36

11.Jg. 3/90 6.-DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Subsistenzwirtschaft

Flüchtlingspolitik

Festung EUROPA

PDS/Linke Liste

Wahlboykott!

Häuserkampf

Entmilitarisierung

Editorial

Innerhalb der Redaktion hat sich seit geraumer Zeit ein Gerücht verbreitet, dem mit rationalen Argumenten nicht beizukommen ist: "immer wenn das Lay Out-Wochenende stattfindet, passiert etwas Entscheidendes". So z.B. Tschernobyl, die Startbahn-Schüsse, Öffnung der Grenze in Berlin usw. usf.

Gut möglich also, daß wir uns diesmal in der Situation finden, daß der erste Nord-Süd-Krieg ausgebrochen ist. Daß sich nach der Entspannung mit dem Osten, die Militaristen aller Länder mit der »Südoption« wichtig machen würden, war bereits durch entsprechende Äußerungen des NATO-Generalsekretärs Wörner abzusehen.

Ganz gleich, ob der Mini-Imperialist Saddam Hussein oder der Maxi-Imperialist George Bush letztlich den letzten verhängnisvollen Zug unternehmen, eskaliert haben den Konflikt beide und beide scheinen ihn auch nötig zu haben. Ähnlich wie das NATO-Land Türkei, dem schon die entscheidende Rolle des »Hüters am Bosperus« davonzuschwimmen drohte, was es noch weiter an die europäische Peripherie gedrängt hätte. So hätte die Regierung in der Türkei am liebsten gleich das Kriegsrecht verhängt, um – auf altbekannte Weise – mit inneren Konflikten fertig zu werden. Im Windschatten des ersten Weltkriegs hat sie ja bekanntlich auf diese Weise bereits das »Armenier-Problem« "gelöst". Zwar hat das türkische Parlament die Entscheidung abgelehnt, doch vertagt ist nicht aufgehoben. Sollte der Irak wegen der amerikanischen Basen die Türkei angreifen, treten umfassende Notstandsgesetze in Kraft.

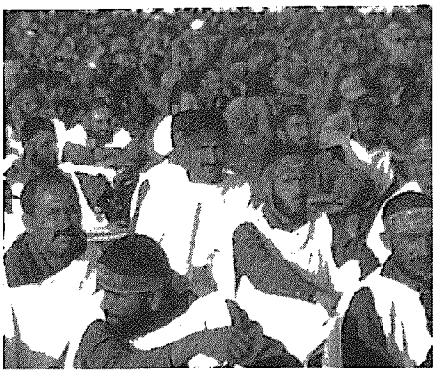
Doch nicht nur das, auch der Paragraph zur Beistandsverpflichtung der NATO würde automatisch verpflichtend, auch für die Bundeswehr. Was dies für die Reduzierungspläne, die Wehrdienstverkürzung oder gar für Entmilitarisierungskampagnen für katastrophale Auswirkungen hätte, kann sich jede/r selbst ausmalen.

1 Million irakische Soldaten ,800.000 Reservisten und Milizen, (bei 16 Millionen Einwohnern, davon ca. 4-5 Millionen "wehrfähige Männer" – und nach 250.000 Toten im Iran-Krieg – sagen diese Zahlen genügend über die Militärdiktatur Iraks aus) und 250.000 amerikanische, 65.000 saudiarabische, 43.000 der Vereinigten Arabischen Emirate etc. könnten die Neubestimmung westlicher Strategie und die "Entschuldungsaktion" eines Militaristen mit dem Leben bezahlen.

Grund genug, daß kein Schiff der Bundesmarine mehr ohne massive Protestaktionen seinen "Heimathafen" verläßt.

Auch dieser Bundesregierung paßt es nur zu gut, die gewachsene "politische Verantwortung" nach der (schon mal vorweggenommenen) Wiedervereinigung in militärische "Verantwortung" umzusetzen.

Die Zeichen für einen Krieg sind jedenfalls deutlich genug, um das abwartende Schweigen zu beenden. Schon zu lange und zu ungestört machen sich unsere Herrschenden Gedanken, wie sie die noch bestehenden rechtlichen Schranken des Grundgesetzes beseitigen könnten, um endlich wieder in den Genuß der "vollen Souveränität" zu kommen. Zwar hat die Bundesrepublik mit der "Rückgewinnung der DDR" gerade ihren größten Erfolg mit ausschließlich wirtschaftlicher Stärke erreicht, doch scheint mann im patriarchalischen Staat diesen "Sieg" so ganz ohne Waffenglanz nicht recht genießen zu können.







10 Jahre Schwarzer Faden-Fest

An alle HelferInnen, besonders an die vielen aus Karlsruhe unser herzliches Dankeschön. Wir schätzen, daß im Lauf des Tages ungefähr 500 Menschen gekommen sind, und wir hoffen, daß sich alle so gut amüsiert und angeregt unterhalten (von Uli Klan (Wuppertal), den Espressos (Berlin), City Suck$ (Karlsruhe, Ostberlin, Hamburg) und den Karlsruher Gauklern unterhalten lassen) haben, wie wir. Mohammedi (der Mann fürs Essen) jedenfalls war so restlos begeistert von "so vielen lieben Menschen", daß er sich gleich mit ein paar Nummern SF eindeckte, um herauszufinden, was die denn so im Kopf haben.

Aufgrund des schönen Wetters nachmittags und des weiteren Festablaufs geriet uns allerdings die Faden-Diskussion zu kurz, so daß wir an dieser Stelle vermutlich einige Interessierte enttäuscht haben. Gefreut hat uns allerdings, daß sich die Solidarität unter den anarchistischen (und linksradikalen) Zeitschriften immer besser entwickelt, was die Anwesenheit von MitarbeiterInnen von *AFAZ, Banal, Contraste, Direkter Aktion und Wildcat* belegt.

Auch finanziell müssen wir niemand anpumpen, uns aber für den Gratisdruck der Plakate bei den Karlsruher DruckerInnen von der *Druckcooperative* extra bedanken! 6000.-DM haben wir für Getränke, Essen, Gagen, die Anlage für den Sound etc. ausgegeben und 6000.-DM kamen über Essen, Getränke und ein paar kleinere Spenden herein.

Vermutlich werden wir nicht wieder 10 Jahre warten, um ein solches Fest zu feiern!

Inhalt Nr.36

SF-Spendenliste:
A.T., Hildesheim 12.-; B.S., Tübingen 10.-; B.W., Paderborn 10.-; H.B., Oldenburg 10.-; H.F., Weil 10.-; P.F., Ludwigshafen 30.-; H.P., Ebern 15.-; K.K., München 5.-

Förderabo: 50.-DM (8 Nummern)
Probepäckchen (3 alte Nummern nach Wahl): 10.-DM
WiederverkäuferInnenrabatt: 30%
SF-Aufkleber: @lle Menschen sind @usländer: 1.-DM, 10 St. zu 7.-DM

SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703

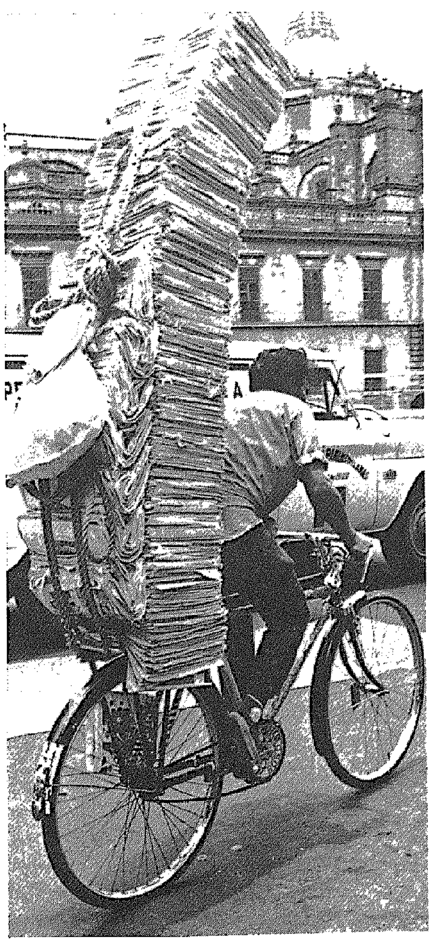
Redaktions- und ABOanschrift: Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau-1, Tel.: 07033/44273; ISSN: 0722-8988.

Lokale Redaktionskontakte:
Ulli, c/o Kulturverein Heddernheim, Alt-Eschersheim 42, 6000 Frankfurt-50
Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen

Redaktionsschluß für Nr. 37 (4/90): **15.10.90**
Anzeigenschluß Nr.37 : **1.11.90**

Monatliche Dauerspenden:
F.-J.M., Dortmund 5.-; A.R., Paderborn 10.-; W.F., Berlin 10.-; T.P., Köln 10.-; E.T., Bremen 10.-; R.M, 20.-; N.H., Nürnberg 25.-; T.D.L., Berlin 30.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.A., Hersfeld 15.-; V.S., 20.-

Spendenaktion für Revista @ in Argentinien:
M.B., Berlin 10.-; xy, Gelsenkirchen 15.-; C.S., L-Schefflеng 100.-; K.R., Bonn 50.-; I.K., Kassel, 25.-; S.M., NL-Hoogenweg 30.-



Und was fehlt uns? (Außer Realitätssinn: die libertären Erben!!) Wir danken allen für die Spenden, auch die zum Fest und sind weiter so frech, ein unrealistisches Projekt zum Bedenken zu geben: was dazu fehlt, ist wie eigentlich immer ausschließlich das Geld. Aus dem beständigen Vorwurf nur für ein eingeschränktes Ghetto oder gar »unter Ausschluß der Öffentlichkeit« zu produzieren, haben wir uns erkundigt, was es uns kosten würde, den **SF an alle Bahnhofskioske der** BRD zu bringen (möglich, daß sich die uns genannten Zahlen nach dem Anschluß wieder ändern). Danach müssten wir pro Ausgabe 5000.-DM Vertriebskosten rechnen, also 20.000.-DM für das erste Jahr, da aber eine Ausgabe nur maximal 6 Wochen verkauft wird, wäre eine zweimonatliche Erscheinungsweise angebrachter, also: 30.000.-. Hinzu käme eine Steigerung der Auflage von momentan 3000 auf 10.000 Exemplare. Das hieße erheblich höhere Druckkosten, wir nehmen mal pauschal zusätzliche 10.000.- pro Nummer an. Um den Preis von zusätzlichen 90.000.-DM wäre also die »Öffentlichkeit« in der Bundesrepublik zu haben – für ein Jahr. Ob die Zeitschrift im zweiten Jahr diese Kosten decken könnte, müßte mensch dann sehen und je nachdem, den Versuch wieder beenden. Ohne libertäre ErbInnen ist aber das erste Jahr nicht zu machen! Also vergeßt's schnell wieder: immerhin wißt ihr jetzt, weshalb wir nicht längst von jedem Bahnhofskiosk unsere Gummibärchen lächeln lassen!

Impressum

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind, anonyme Zuschriften werden nicht mehr berücksichtigt!
"Neue Technologie": Wer selbst an Computer rankommt, kann uns die Artikel (auf DOS- oder Apple-Basis) auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.
Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die Unkosten für aufwendige Interviews mit Photos ersetzen.
Nachdrucke: sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare und nach vorheriger Absprache mit der Redaktion erwünscht.
Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Auflage: 3000 Exemplare; Verlag, Satz und Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe.
Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren: 20.- für 4 Nummern Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.
Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM

Wir werfen den ersten Stein!

Den Wiedervereinigern die Wahlen boykottieren

Es kommt etwas auf uns zu: Mit der doitsch-doitschen Wahl am 2.Dezember läßt sich die BRD qua Votum ihrer BürgerInnen den Anschluß der DDR legitimieren. Eine Schamgrenze ist gefallen, lang erprobte parlamentarische Stellvertreterpolitik entmündigt gerade jene, die ihr die Stimme gegeben haben. Die Ersatzdroge Nationalismus gaukelt eine scheinbare Schicksalsgemeinschaft vor, in der es nur deutsche Konsumenten gibt. Damit die Dinge ihren rechten Gang gehen, dürfen alle amtlichen Deutschen mit der Wahl des gesamtdeutschen Parlaments die Wiedervereinigung absegnen. Die Verweigerung der Wahl ist das einzige Mittel, dem Parlamentarismus und seinen treibenden Kräften die Legitimation zu entziehen.

Selbst an ihren eigenen demokratischen Spielregeln gemessen, mißachtet diese Vorgehensweise jede Möglichkeit einer Mitbestimmung: Eine Volksabstimmung zur Wiedervereinigung steht nicht einmal zur Diskussion. Zwar hätte diese Volksabstimmung den Anschluß der DDR auch nicht verhindern können, doch hätte sie das Potential der GegnerInnen deutlich sichtbar gemacht.

In dem großen Kreis dieser Menschen sind wir sicher nicht die einzigen, die diese Prozedur nicht so einfach über sich ergehen lassen wollen.

Eine Wahlboykottkampagne erscheint uns in diesem Fall dringend notwendig – im Gegensatz zu anderen Wahlen, bei denen eine ungültige Stimmabgabe auch immer politischer Ausdruck der Ablehnung des Parlamentarismus war.

Aufmüpfig, kreativ, provokativ, lustig, spektakulär, aufsehenerregend, ernsthaft, dezentral und vielfältig soll sie werden, diese Kampagne. Dieses Papier ist eine erste Kontaktaufnahme mit Gruppen und Einzelpersonen, von denen wir annehmen, daß sie auch an diesem Thema diskutieren.

Was wir uns vorstellen sind dezentrale Aktivitäten:

* Austausch mit Gruppen, Zeitungen, Einzelpersonen und Organisationen
* Eventuell gemeinsame Aktionen, wie z.B. ein Plakat, Veröffentlichungen, regionale Veranstaltungen, Jubelaktionen vor und am Wahltag etc.

Boykottiert in Haufen!

Schwarzer Haufen Köln

Kontakte:
Anares-Medien
c/o Stadtrevue
Maastrichter Str. 49

5000 Köln-1

STELLUNGNAHME DER TOTALEN KRIEGSDIENST-VERWEIGERER IN DER BUNDESREPUBLIK ZUR AKTUELLEN DISKUSSION UM EINE ENTMILITARISIERUNG

Mit dem vorliegenden Papier verfolgen wir das Ziel, allen, die über Entmilitarisierung nachdenken, ins Gedächtnis zu rufen, was Totale Kriegsdienstverweigerung ist.

Wir möchten damit dazu beitragen, die Diskussionsprozesse in Sachen Militär voranzutreiben, die durch die Veränderungen in Osteuropa in Gang gekommen sind.

Heute bietet sich stärker als je zuvor die Chance, das Militär grundsätzlich in Frage zu stellen, konkrete und substantielle Entmilitarisierungsschritte einzufordern und dafür in der Öffentlichkeit Gehör zu finden.

Dies ist aber nur durch ein zwar vielfältiges, aber in der grundsätzlichen Stoßrichtung gemeinsames Vorgehen der antimilitaristischen Kräfte möglich.

Deshalb suchen wir über diese Klarstellung und Erläuterung unserer Positionen den Kontakt und die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, die für eine Entmilitarisierung arbeiten wollen.

GRUNDSÄTZLICHE FRAGEN

Seit über 15 Jahren wird in der BRD totalverweigert, die Wehrpflicht boykottiert. Worum es dabei im wesentlichen geht, drückt unsere Plattform aus:

"Unsere Totale Kriegsdienstverweigerung richtet sich gegen jeden Kriegsdienst, das heißt für die Bundesrepublik gegen alle Dienste, die der Notstandsartikel 12a des Grundgesetzes vorsieht; im Frieden sind das der Wehrdienst und der zivile Ersatzdienst.

Als Teil der internationalen Bewegung für Entmilitarisierung wenden wir uns gegen jegliche Armee, gegen den staatlichen Anspruch auf ein Recht auf Krieg und gegen alle militärischen Züge der Gesellschaft.

Unsere Verweigerung richtet sich gegen den Anspruch des Staates, seine Bürger als Mittel für seine Zwecke zu gebrauchen, insbesondere gegen jede Form des Zwangsdienstes und der Zwangsarbeit.

Mit unserer totalen Kriegsdienstverweigerung setzen wir uns ein für eine freiheitliche, gerechte und menschenwürdige Gesellschaft."

Zur Erläuterung: 1968 wurde gegen den breiten Protest der Außerparlamentarischen Opposition die Notstandsverfassung in das Grundgesetz eingefügt. Mit dieser Notstandsverfassung ermächtigte sich die Bundesrepublik, für den Fall des inneren oder äußeren "Notstands" die Menschenrechtsgarantien und die demokratischen Kontrollen, die die "Freiheitlich-Demokratische Grundordnung" ausmachen, aufzuheben.

Ein zentraler Bestandteil der Notstandsverfassung ist der Art. 12a GG. Er umfaßt ein ganzes System von Kriegsdienstpflichten, worunter die Allgemeine Wehrpflicht für Männer im Frieden und Krieg nur eine darstellt. Er ermächtigt die Bundesrepublik, im Kriegsfall die gesamte erwachsene und kriegstaugliche Bevölkerung zum Leisten von Waffendiensten, Sanitätsdiensten und verschiedenen zivilen Hilfsdiensten zu zwingen.

Photo: Theo Heimann



Dieser Artikel steht somit in der Tradition der umfassenden Kriegs-, Hilfs- und Notdienstverpflichtungen im Kaiserreich und im Nationalsozialismus. Er ermöglicht es dem Staat, unter modernen Bedingungen den Menscheneinsatz im Krieg überhaupt noch kalkulieren und planen zu können.

Diese vom Standpunkt des Militärs zentrale Seite der Kriegsvorbereitung ist bisher von großen Teilen der Friedensbewegung systematisch unterbewertet worden.

Zugleich ist sie ein entscheidender Ansatzpunkt für die Aktion der Totalen Kriegsdienstverweigerung.

Wenn wir feststellen müssen, daß auch die anerkannten Wehrdienstverweigerer im Krieg unbegrenzt dienstpflichtig sind und vom Standpunkt der Militärs eine Zivilschutzarmee von inzwischen über einer Million Mann darstellen, dann können wir nicht bei einer Verweigerung des Wehrdienstes stehenbleiben, sondern müssen uns der gesamten Wehrpflicht, dem gesamten staatlichen Anspruch auf Kriegsdienstleistungen verweigern.

Es wird uns entgegengehalten, der Zivildienst sei doch gar kein Kriegsdienst, sondern sinnvolle soziale Arbeit.

Dieser Einwand verwechselt das Dienstverhältnis Zivildienst mit der Tätigkeit, die der Dienstpflichtige auszuführen hat. Was wir verweigern und ablehnen, ist nicht die Hilfe für alte, kranke und behinderte Menschen, sondern das Rechtsverhältnis des Zivildienstes. Dieses Rechtsverhältnis ist dem des Soldaten getreu nachgebildet. Wie dieser ist der Zivildienstleistende dienstpflichtig, gehorsamspflichtig, meldepflichtig und seiner Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person und politische Betätigung beraubt.

Darüberhinaus ist der Zivildienst entgegen der gesetzlichen Verpflichtung keineswegs arbeitsmarktpolitisch neutral. Zivildienstleistende werden vielmehr in Friedenszeiten nach primär ökonomischen Gesichtspunkten eingesetzt, um Geld im sozialen Bereich einzusparen.

Dies hat sich in den letzten Jahren derart verschärft, daß sich die von ihren Arbeitsplätzen verdrängten Fachkräfte endlich dagegen zu wehren beginnen. Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden und teilweise auch schon Gewerkschaften stehen dabei auf ihrer Seite.

Unabhängig von der Funktion der Dienste ist die Allgemeine Wehrpflicht als Zwangsverhältnis der Inbegriff der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts.

Eine Dienstpflicht, die der Staat sogar gegen Gewissensentscheidungen, gegen definitive politische Überzeugungen seiner Bürger abpreßt, verletzt die Menschenrechte, die eine freiheitliche Gesellschaftsordnung gewährleisten soll.

Zur Frage der Kriminalisierung

Totale Kriegsdienstverweigerer werden in der Bundesrepublik wegen "Fahnenflucht" und "Dienstflucht" gesucht, angeklagt und verurteilt. Dies beweist zunächst, daß Kriegsdienstverweigerung, entgegen der oft geäußerten Meinung, in der Bundesrepublik kein Grundrecht, sondern ein Straftatbestand ist.

Es handelt sich bei unserer Kriminalisierung um politische Justiz. Zunächst, indem "Fahnenflucht" und "Dienstflucht" politische Straftatbestände sind, ähnlich dem § 129a, da sie nicht dem Schutz der Bürger vor einem Eingriff in ihre Rechte dienen.

Vielmehr dienen sie dazu, den Gehorsam gegenüber dem staatlichen Anspruch auf Kriegsdienstleistungen herzustellen, um der Bundesrepublik außen- und innenpolitisch eine militärische Option offenzuhalten. Und dazu, die politischen Gegner einer solchen Option, die totalen Kriegsdienstverweigerer, zu Kriminellen zu erklären und sie als solche zu verfolgen und zu bestrafen.

Daraus folgt, daß wir nicht nur gegen jede einzelne Verurteilung eines jeden von uns eintreten, sondern der Bundesrepublik prinzipiell das Recht absprechen, irgendjemand wegen "Dienst-" oder "Fahnenflucht" zu verfolgen, auch wenn er sich nicht auf sein Gewissen beruft.

Dies sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein in einem Land, das sich seiner "Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung" rühmt und angesichts der schlimmen Tradition der Wehrstrafjustiz in Deutschland (über 20.000 Hinrichtungen von Fahnenflüchtigen im 2. Weltkrieg).

Aber noch in anderer Hinsicht handelt es sich bei unseren Verurteilungen um politische Justiz. Es ist in der Öffentlichkeit bisweilen der Eindruck entstanden, die totale Verweigerung des Kriegsdienstes führe zwangsläufig ins Gefängnis. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Viele von uns wurden zu Haftstrafen auf Bewährung oder zu Geldstrafen verurteilt, einige wurden sogar - zumindest in erster Instanz - freigesprochen, andere Verfahren wurden ohne Bestrafung eingestellt.

Das bedeutet, daß die mit uns befaßten Richter keineswegs gezwungen sind, uns zu Gefängnisstrafen zu verurteilen. Tun sie es dennoch, so handeln sie aus politischer Überzeugung oder Opprtunismus. Darum ist jede einzelne harte Verurteilung von einem von uns ein politischer Skandal.



Photo: Theo Heimann

Der falsche Eindruck, totale Kriegsdienstverweigerer wanderten sämtlich und zwangsläufig in den Knast, ist zum Teil der Sensationslogik unserer Massenmedien geschuldet. Wir müssen aber selbstkritisch sagen, daß auch einige von uns an dem *Märtyrerimage* der totalen Kriegsdienstverweigerer mitgestrickt haben. Wir bedauern das insbesondere, weil es die staatlich beabsichtigte Abschreckungswirkung der Strafen noch potenziert und uns den Kontakt zu anderen entmilitaristischen Gruppen erschwert hat.

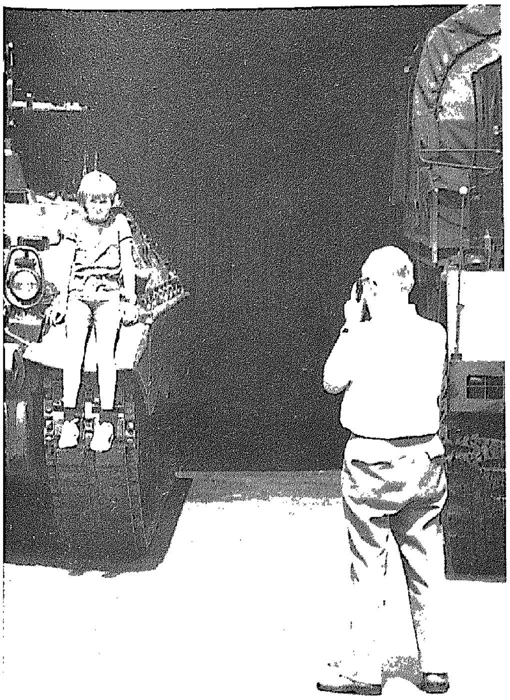
AKTUELLE FRAGEN

> *"Machen wir uns keine Illusionen. Heute sind es die Tiefflüge, morgen sind es die Manöver, und übermorgen wird die gesamte Bundeswehr in Frage gestellt werden."*

Was Ex-Verteidigungsminister Scholz Anfang 1989 befürchtete, ist durch die Auflösung des Ostblocks so schnell Wirklichkeit geworden, wie er und seinesgleichen es sich in ihren schlimmsten Alpträumen nicht vorgestellt hätten: Bundeswehr und Wehrpflicht sind in eine tiefe Legitimationskrise geraten.

Der Sinn der Bundeswehr, insbesondere die damit verbundene Vergeudung von Milliarden von Steuergeldern, steht bei der Bevölkerung ernsthaft zur Disposition. Die stetig anwachsende Zahl von Zivildienstleistenden zeigt, daß der Dienst an der Waffe immer unpopulärer wird.

Aber auch vor dem zivilen Ersatzdienst macht die Legitimationsfrage nicht halt. Bei den KDV-Verbänden und Orga-



nisationen und vielen Zivildienstleistenden sind seit einiger Zeit Unsicherheiten und Orientierungsschwierigkeiten auszumachen. Die Widersprüche zwischen Kriegsdienstverweigerung und dem damit verbundenen politischen Anspruch und dem Zivildienst rücken zunehmend ins Bewußtsein der Betroffenen und sind für viele kaum noch tolerierbar.

Es stellt sich nun für diejenigen, die in diesem Bereich politisch arbeiten, die Frage, was wir in dieser Situation tun können; was wir nun fordern sollen und wie wir diesen Forderungen Nachdruck verleihen kïnnen.

Wir totalen Kriegsdienstverweigerer sind der Auffassung, daß es falsch und schädlich wäre, die Situation dahingehend auszunützen, zahme und verkehrte Forderungen wie die nach einem "unabhängigen, sozialen Friedensdienst", einer Verkürzung der Dienstzeit oder einer Erweiterung des "Rechts auf Kriegsdienstverweigerung" durchzusetzen.

Vielmehr müssen wir zwei radikale Forderungen auf die Tagesordnung setzen: die Abschaffung der Bundeswehr und die Streichung des Artikels 12a GG, und damit auch: die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht.

Eine Armee taugt zu nichts anderem, als irgendwann mit ihr einen Krieg zu führen. Darum lehnen wir sie prinzipiell ab. Es ist schlicht irrational und unvertretbar, unter den modernen waffentechnischen Bedingungen an der Vorstellung eines gerechten Krieges festzuhalten.

Darum erteilen wir allen Überlegungen, die Bundeswehr zu demokratisieren, defensiv umzurüsten oder sonstwie kosmetisch zu verschönern, eine klare Absage.

So wie das 19. Jahrhundert die Sklaverei abgeschafft hat, muß das 20. Jahrhundert der organisierten Massenvernichtung von Menschenleben ein Ende machen.

Wir verstehen nicht, wie irgendein zivilisierter und denkender Mensch heute noch an der Idee militärischer Landesverteidigung festhalten kann.

Eine umso krassere Zumutung ist es, wenn die Bundesrepublik nicht nur an der Option militärischer Landesverteidigung festhält, sondern sich auch noch anmaßt, jeden Mann und im Ernstfall auch jede Frau dazu zu zwingen, bei diesem Kamikazeunternehmen dabei zu sein.

Wenn wir die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht fordern, fordern wir zunächst nichts weiter als die Achtung unserer fundamentalen Grundrechte auf Leben, Selbstbestimmung und Gewissensfreiheit.

Es ist klar, daß zu dem Zeitpunkt, an dem die Bundeswehr noch nicht, die Allgemeine Wehrpflicht aber schon beseitigt wäre, es auf unserem Territorium eine reine Berufsarmee gäbe. Dies ruft bei vielen SozialdemokratInnen, Grünen und anderen politischen Kräften die Befürchtung hervor, diese Berufsarmee könne unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat gefährden.

Dieses Argument unterstellt, die Wehrpflichtigen hätten die Chance, ihre Oberen in irgendeiner Weise zu kontrollieren. Dies wäre zu beweisen.

Die Wehrpflichtigen haben sich noch in keinem Krieg als demokratische Kontrolle bemerkbar gemacht. Seit dem letzten Krieg gibt es zwar in diesem Land eine parlamentarische Demokratie, aber die Wehrpflichtigen sind nach wie vor derart recht- und machtlos, daß nicht einzusehen ist, wie sie diejenigen, denen sie zu gehorchen haben, kontrollieren könnten.

Sie haben im Gegenteil alle Hände voll zu tun, sich ihrer eigenen Haut zu erwehren und sich die spärlichen Rechte zu wahren, die ihnen gesetzlich noch zustehen.

Nicht die Wehrpflichtigen wirken (demokratisierend) auf die Bundeswehr, sondern die Bundeswehr (militarisierend) auf die Wehrpflichtigen, und damit auf die Gesellschaft.

Außer der Schulpflicht greift keine staatliche Dienstpflicht so tief und elementar in das Leben des einzelnen ein, und zwar gezielt im Moment der entscheidenden Reifungs- und Loslösungsprozesse eines jungen Menschen.

Auf der anderen Seite hat die Allgemeine Wehrpflicht zunächst zu Massenheeren, sodann zu Massenkriegen, zu Massenvernichtungswaffen und schließlich zum Massentod geführt; also zu den schlimmen Kennzeichen des modernen Krieges.

Darüberhinaus ist zu bedenken, daß die Bundeswehr schon heute zur Hälfte aus Berufs- und Zeitsoldaten besteht und daß diese alle Befehls- und Schaltstellen des Apparats besetzt halten.

Es sind Überlegungen im Gange, nach Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht zu einer Allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen überzugehen.

Wir stellen dazu fest, daß auch eine Allgemeine Dienstpflicht einer freiheitlichen Ordnung widerspräche und das Recht auf freie Bestimmung über die eigene Zeit und Arbeitskraft verletzte.

Aus diesem Grunde treten wir auch für eine Beendigung der Zwangsarbeit von Gefangenen, Behinderten und Sozialhilfeempfängern ein.

Im übrigen entspricht ein Zwang zu sozialen Diensten nicht der Eigenart sozialer Arbeit und sozialen Engagements.

Was können wir tun?

Wir glauben, daß ein starkes Anwachsen der Anzahl totaler Kriegsdienstverweigerer eine große Chance wäre, die Kritik an Wehrpflicht und Bundeswehr zuzuspitzen.

Eine massenhafte Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern erscheint uns unwahrscheinlich, wie das Beispiel Spanien zeigt.

Spanien ist im Moment noch das einzige europäische Land, wo einige Tausend junge Männer Wehr- und Ersatzdienst organisiert und öffentlich verweigern. Die spanische Regierung schreckte bisher vor einer massiven Kriminalisierung zurück. Die Gründe gälten auch für die bundesdeutsche Regierung: Überlastung der Gerichte, offensichtliche Diskrepanz zwischen den im Grundgesetz garantierten Menschenrechten und massenhafter Verfolgung von Leuten, die niemandem etwas zuleide getan haben, die Erinnerung an die faschistische Vergangenheit.

Die totale Kriegsdienstverweigerung als starke Bewegung könnte mit antimilitaristischen und pazifistischen Kräften unter anderem aus Kirchen und Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Wir sehen hier eine reale Chance, durch Engagement von unten die Politik von oben zu vereiteln.

Dazu bedarf es viel Aufklärung, Unterstützung und Solidarität. Es gilt, Bedingungen zu schaffen, die es denjenigen, die die totale Kriegsdienstverweigerung für eine sinnvolle und notwendige Sache halten, erleichtern, diesen Schritt tatsächlich zu tun.

Als das wären: UnterstützerInnengruppen vor Ort; juristische Hilfe durch kompetente AnwältInnen; finanzielle Hilfe durch Rechtshilfefonds und finanzielle

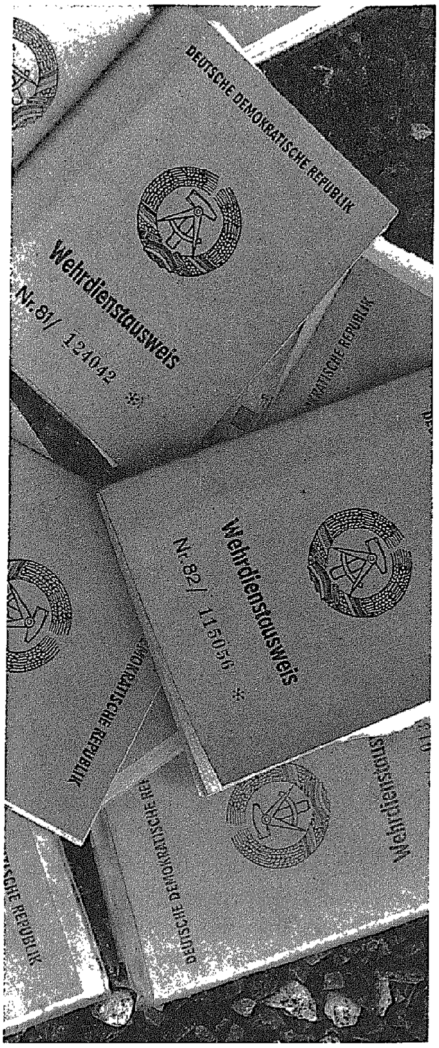


Photo: Theo Heimann

Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit; Hilfe und Beistand für die Inhaftierten.

Es geht darum, aus der bislang noch vorwiegend vereinzelt betriebenen Aktion eine kollektive zu machen.

Das ist einerseits möglich als kollektive Verweigerung, d.h. als gemeinsamer Abbruch des Dienstes zu einem Zeitpunkt mit einer gemeinsamen Erklärung. Dafür gibt es schon Ansätze und Vorläufer: die Aktion Zündsatz 1986, die Hamburger Kollektiv-Verweigerungen im Oktober 86 und März 90, die bundesweite Verweigerung Ende Mai 1990.

Andererseits wäre eine kollektive Unterstützung einzelner Verweigerer denkbar, etwa durch gemeinsames Gewähren von Unterschlupf oder Asyl oder durch öffentliche Aufrufe und Anstiftung zur totalen Kriegsdienstverweigerung.

So könnte die totale Kriegsdienstverweigerung aus dem Ghetto der Vereinzelung und von dem Image des Besonderen befreit werden.

Eine große Bedeutung innerhalb der Anti-Wehrpflicht-Arbeit messen wir der KDV-Beratung und ihren Trägerorganisationen bei.

Wir fordern diese auf, in ihrer Beratung das Unrecht der Wehrpflicht und die Stellung des Zivildienstes in der Allgemeinen Wehrpflicht deutlich darzustellen.

Es dürfen keine Illusionen seitens der Ratsuchenden über den Zivildienst und sein Verhältnis zum Anliegen der Kriegsdienstverweigerung genährt werden, und es ist geboten, über die totale Kriegsdienstverweigerung als klarste und eindeutigste Form der Kriegsdienstverweigerung zu informieren.

Dabei darf die drohende Kriminalisierung keineswegs verharmlost werden. Umgekehrt sollte man aber auch die persönlichen Chancen, die dieser Schritt birgt, nicht verschweigen. Es darf schließlich nicht der falsche Eindruck entstehen, totale Kriegsdienstverweigerung sei nur etwas für besonders konstituierte, besonders kämpferische 'Helden'-Naturen. (...)

Beseitigung der Allgemeinen Wehrpflicht – Abschaffung der Bundeswehr

Im Mittelpunkt einer Bewegung für die Entmilitarisierung müssen unserer Auffassung nach die Forderungen nach Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht und der Bundeswehr stehen.

Deshalb halten wir Kampagnen, die sich zielgerichtet einer der beiden Forderungen annehmen, für sinnvoll und wichtig.

Eine Verknüpfung halten wir für nützlich, aber nicht zwingend notwendig. In jedem Fall wäre eine Koordination und Zusammenarbeit angebracht.

Wir totalen Kriegsdienstverweigerer setzen den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Streichung des Artikels 12a Grundgesetz und damit die Beseitigung der Allgemeinen Wehrpflicht und auf die Bekämpfung einer Allgemeinen Dienstpflicht.

Jeglichen Bestrebungen, den Zivildienst zu reformieren, erteilen wir eine klare Absage.

In der Ausweitung der totalen Kriegsdienstverweigerung sehen wir ein geeignetes und schlagkräftiges Mittel zur Befreiung von Wehrpflicht und Militär.

Wir fordern jeden Wehrpflichtigen auf, den Kriegsdienst total zu verweigern!

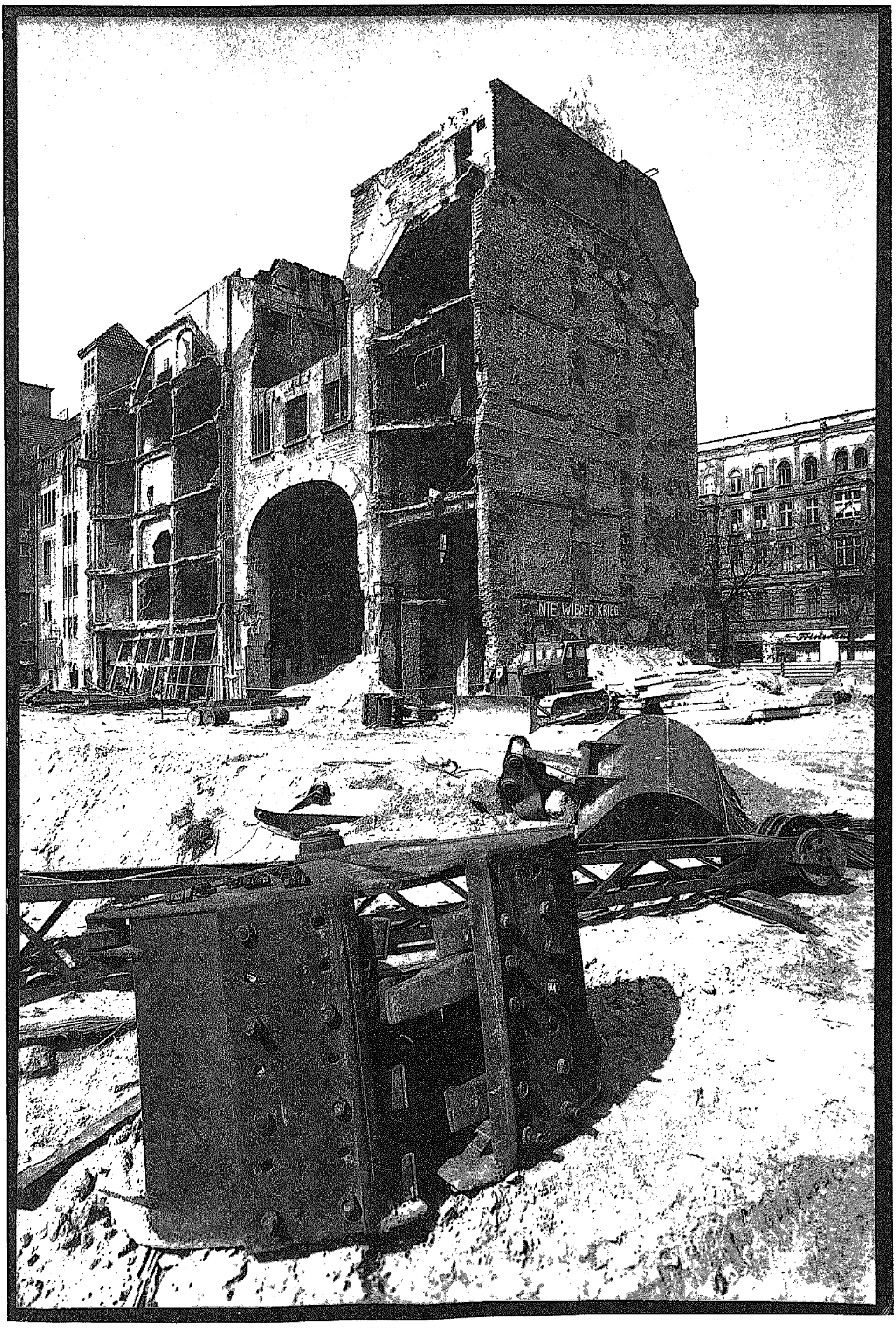
(verabschiedet vom Bundestreffen der totalen Kriegsdienstverweigerer vom 27.-29.04.1990 in Wiesbaden)

Kontakt: Koordinationsausschuß totaler Kriegsdienstverweigerer (BRD)
Christian Herz
Birkenstraße 12
1000 Berlin 21
Tel.: 030/3942662

(Obige Stellungnahme ist um eine kurze Passage zur "Deutschen Frage" gekürzt, da sie zeitlich bereits vom deutschen Einigungsprozeß überholt wurde; sie kann als Broschüre bestellt werden: Einzelexemplare gegen Rückporto (1,-), größere Mengen auf Anfrage)

Der Berliner Häuserkampf hat Lummer überlebt!

Übersteht er seine eigene Bürokratisierung?



Bislang außerhalb Berlins wenig beachtet, hat sich in Ostberlin eine neue Häuserkampfbewegung etabliert. Anfangs euphorisch, bereits im Herbst 1989 schwarz-rote Fahnen über der Schönhauser Allee in Ostberlin, dann vielfach von Nazis angegriffen, steht die Szene jetzt in Gefahr, über das notwendige »Strukturen schaffen« unreflektiert »neue Machtstrukturen« zu etablieren!

Über die ersten Probleme mit den »kampferfahrenen« (?) Westberlinern berichtet ein Mitarbeiter des Ostberliner *»telegraph – unabhängig und behörden-unfreudlich«*. In seinem Bericht, der hoffentlich einiges Nachdenken auslöst, verweist er des öfteren auf vorangegangene Berichte aus früheren Ausgaben; wir haben zwecks der besseren Information versucht, aus diesen Berichten entsprechende Passagen in den neuesten Text einzumontieren bzw. anzuhängen. Der *telegraph, (Schliemannstr.22, Berlin - DDR 1058)* steht in bester Umweltblätter und ID-Tradition, erscheint 14-tägig und ist für 34.-DM jährlich zu abonnieren. SF-Red.

Zwischenspiel im Ost-Berliner Häuserrat

von d.w.,
aus: telegraph Nr.13 (6.8.90)

Im siebten Monat befindet er sich, der Ost-Berliner Häuserrat, Zeit für ein Zwischenresümee.

Im Januar waren es erst wenige besetzte Häuser, hauptsächlich in Prenzlauer Berg, denen klar war, daß nur eine Zusammenarbeit untereinander, die nötige starke Position gegenüber KWV (kommunale Wohnungsverwaltungen, Anm. SF) und Magistrat schafft. Allwöchentlich traf Mann/Frau sich, tauschte Informationen aus, überlegte gemeinsame Aktionen, diskutierte Positionen.

Es war hauptsächlich als informelles Gremium gedacht, ohne Entscheidungsbefugnis, ohne Weisungsrecht gegenüber den Häusern. Das hatte zwar den Haken, daß Aktions- und Verhaltensvorschläge immer erst in die Häuser getragen wurden und nach dortiger Diskussion zurück zum Besetzerrat kamen, also ein kurzfristiges Handeln sehr schwer war, aber konnte so Zentralrat-Allüren und eine Verselbständigung des BesetzerInnenrates ausgeschlossen werden. Schon in den Anfängen der Bewegung stießen Leute aus Westberlin hinzu, besetzten als Ost-West-Projekte z.B. die Kastanienallee 85/86, die Prenzlauer Allee 203/204 oder die Köpenicker 137. Sie paßten sich schnell den Verhältnissen des Ostens an und versuchten in diesen Besonderheiten klar zu kommen.

Dann kamen die ersten reinen Westbesetzungen, z.B. Adalbertstrasse. Auch hier erfolgte eine Annäherung an die OstberlinerInnen vorsichtig und weitgehend solidarisch. In dieser Zeit wurde immer klarer, daß die meisten Häuser mit ihren individuellen Verhandlungen nicht vorankamen.

(Einschub aus telegraph, Nr.10): Mann/Frau beschloß, koordiniert über den BesetzerInnenrat, der Bürokratenclique auf den Leib zu rücken. Zusammen mit der Vereinigten Linken gelang es über den Runden Tisch Berlin, einen gemeinsamen Verhandlungstermin im Roten Rathaus mit Magistrat, Polizei, Räten und KWVen der Stadtbezirke zu erwirken.

Am 25. April um 17 Uhr fanden sich dann auch HausbesetzerInnen, Vereinigte Linke, Polizeichefs der Stadtbezirke und Bürokraten der Stadt und der Stadtbezirke ein. Jedoch was da an Bürostrategen rumsaß! Vertreter von Vertretern, Personen ohne jede Kompetenz... Die KWV-Stellvertreter von Mitte und Friedrichshain bekundeten Verhandlungs- und Vertragsbereitschaft. Nur Häuser, die bereits auf dem Bebauungsplan 1990 ständen, könnten keinesfalls mit Verträgen rechnen. Man würde dort in jedem Fall eine »Entsetzung« vornehmen. (Es folgten weitere ergebnislose Treffen, ohne besondere Vorkommnisse, außer:) Unangenehm fiel auf, daß die Vertreterin der Vereinigten Linken dem BesetzerInnenrat riet, keine Neubesetzungen zuzulassen bzw. Neubesetzer zum Verlassen der Häuser zu veranlassen, da sonst die Verhandlungen erschwert würden..... Als sich alle am 9. Mai wiedertrafen ... meinte der Vertreter von Prenzlauer Berg, zuständig für Rekonstruktion und Instandsetzung, es gebe im Rat und KWV Stimmen, den Besetzern in Prenzlauer Berg keine Verträge zu geben, ehestens könne man sich auf ein Duldungsverhältnis für einzelne Häuser einlassen... Dies alles reichte dann den BesetzerInnen. Einen Tag später wurde gemeinsam besetzt. Und zwar der Rat des Stadtbezirks Prenzlauer Berg, Abteilung Wohnungspolitik. Damit gelang es immerhin den Stadtbezirksbürgermeister und den stellvertretenden Chef der KWV und Bauchef herbeizurufen... In den nächsten Tagen brachten dann die BesetzerInnen die Räte der Stadtbezirke Friedrichshain und Mitte mit Besetzungen auf Trab.

Die nächste Verhandlungsrunde fand nicht im Roten Rathaus statt, sondern im Haus der Demokratie, weil die Herren Räte das Gerücht erreicht hatte, daß die Besetzer im Falle mangelhaften Beratungstempos eine Besetzung des Roten Rathauses planten. Es war diesmal eine erstaunlich vollzählige Versammlung. Nur die Herrschaften aus Friedrichshain waren scheinbar wieder alle krank. Der neu hinzugekommene »Mittler«, ein Stadtrat für Wohnungspolitik, erläuterte das Konzept: Duldungsvertrag, Sicherungsvertrag, Muster-Nutzungsvertrag. Alle bekämen mindestens einen Duldungsvertrag. Dieser für Häuser, die für Baumaßnahmen vorgesehen sind, oder zur »planmäßigen Instandsetzung«. Verträge würden jedoch nur mit »juristischen Personen« unterzeichnet, also Vereinen, angemeldeten Vereinen, Genossenschaften etc. Für Häuser, die noch keine dieser Organisationen gegründet hätten, wurde eine einseitige Erklärung zur vorübergehenden Duldung angeboten. Anschließend wurde erläutert, wer für welchen Vertrag vorgesehen ist ... Die BesetzerInnen bleiben dabei: Verträge für alle. Duldungsverträge werden abgelehnt, da es sich hierbei sowieso nur um Verschleppungsmanöver handle. (31.5.90)

Ende Februar/Anfang März kam dann als Problem der immer stärker werdenden Bedrohungen der Häuser durch Faschos und Fußball-Hooligans dazu.* An diesem Punkt übernahm der Häuserrat erstmals koordinierenden Charakter: Häuserschutz, Fahrwachen etc. Am 17.März kam es nach dem Fußballspiel BFC Energie Cottbus zum ersten massiven Angriff mehrerer hundert Nazi-Skins und Fußball-Hooligans auf das besetzte Haus Schönhauser Allee 20/21. Erstmals stiessen sie aber auch auf organisierte Gegenwehr. In dieser Zeit bekamen die Hausbesetzungen dann eine völlig neue Dimension. In der Kreutzinger Str. besetzte eine Gruppe Ostberliner die Nr.22 in der fast vollständig leeren Häuserzeile der Strasse. Dies war die Reaktion auf Aktivitäten westlicher Spekulanten, Zugriff auf DDR-Bausubstanz zu erlangen.

Da diesem Beispiel erst einmal keine weiteren Besetzungen folgten, kam es zu einem Aufruf von Ost- und Westberliner Autonomen und den Besetzern der Kreu-

tziger 22, für massive Besetzungen in diesem Gebiet. In den nächsten Wochen erfolgte Massenbesetzung in der Kreutziger und der Mainzer Strasse. Die Hoffnungen der Aufrufer, weitere Ost-Westbesetzungen zu initiieren, wurden nicht erfüllt. Die Massenbesetzung wurde bis auf ein zweites Haus in der Kreutziger Strasse in beiden Straßen nur von Westberlinern getragen. Das leitete auch eine neue Phase im Besetzerrat ein. Die informellen Strukturen veränderten sich immer mehr in organisatorische.

Der Anteil westberliner VertreterInnen im BesetzerInnenrat nahm sprunghaft zu. Im April kam es zu organisierten Aktionen gegen die Kommunale Wohnungsverwaltungen, Stadtbezirksräte, zu Gesamtforderungen und -verhandlungen, Kurzbesetzung der Stadtbezirksräte. Der Initiator war der BesetzerInnenrat. Der Druck war groß und die Behörden mußten einlenken. (siehe oben) Als aber die Behörden bald darauf wieder zu Verschleppungen übergingen, schlugen die BesetzerInnen eine neue Taktik ein. Das Vertragsgremium entstand. Zusammen mit Rechtsanwälten wurde ein Rahmenvertragsentwurf der Häuser verfaßt und an den Komunen vorbei zentrale Verhandlungen mit dem neuen Magistrat begonnen. Der BesetzerInnenrat nahm neue Gestalt an. Immer mehr Menschen kamen aus dem Westteil der Stadt und besetzten massenhaft Häuser im Ostteil.

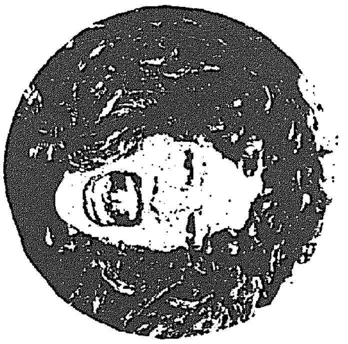
Das blieb im Häuserrat nicht ohne Auswirkung. Das Verhältnis Ost-West kippte um. Viele OstberlinerInnen zogen sich entnervt zurück und gingen zu Einzelverhandlungen und -Verträgen über. Dazu zählten auch die Erstaktivisten wie die Schönhauser Allee 20/21. Die Dominanz der WestberlinerInnen nahm zu. Das Vertragsgremium koppelte sich auf Betreiben vieler WestberlinerInnen vom Besetzerrat ab. Sein Einfluß auf dieses Gremium war damit Null.

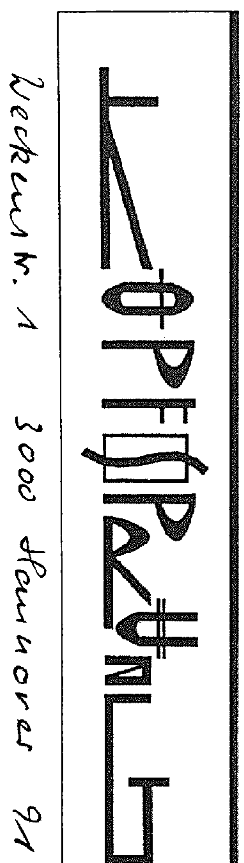
Es besteht mittlerweile die Gefahr, daß sich der Häuserrat instrumentalisiert und bürokratisiert. Grund für diese Befürchtungen sind Forderungen vieler neu hinzugekommener BesetzerInnen nach Strukturen, weiteren »festen« Arbeitsgruppen, Delegiertenprinzip, Besetzerrat als entscheidungsbefugtes übergeordnetes Ratsgremium, Schaffung von SprecherInnen und SchriftführerInnen. Für neu hinzukommende Häuser soll Bedingung der Teilnahme am Besetzerrat bzw. Vertragsgremium eine volle diskussionslose Akzeptanz des bisher Beschlossenen sein.

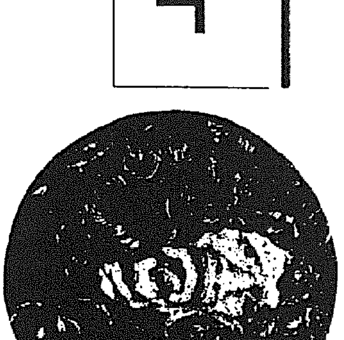
Erstaunlich ist nur, daß diese Forderungen hauptsächlich von WestberlinerInnen kommen, obwohl doch gerade diese aus autonomen Positionen heraus, also dezentralen, selbstbestimmten, selbstorganisierten Lebens- und Kampfformen und der Ablehnung zentraler und hierarchischer Strukturen, derartige Dinge ablehnen. Bei vielen OstberlinerInnen stossen diese Töne auf Grausen und lassen dunkelste Erinnerungen an 40 Jahre DDR wach werden.

Noch ist hierbei das letzte Wort nicht gesprochen. Eins ist jedoch gewiß. Genau das wird der Knackpunkt sein, an dem sich festmacht, ob die WestberlinerInnen in nächster Zukunft im BesetzerInnenrat ganz alleine sind. Ostberliner VertreterInnen sind im Häuserrat schon jetzt mit der Lupe zu suchen.

* – Am 3. März griffen 100 rechte Fußballanhänger und Fascho-Skins ein besetztes Haus in der Kastanienallee 38 an. Das an diesem Tag eröffnete Cafe RAT-PUB wurde demoliert und mit Steinen wurden die Fenster des Hauses zertrümmert.
– Im März wurde in Potsdam mehrfach ein besetztes Haus von Faschisten, darunter auch Westler, angegriffen.
– am 17.3. griffen 300 Fascho-Skins etc. die Schönhauser Allee 20/21 an
– am 4. April überfielen 12 Faschisten mit Gasmasken und SS-Mützen ein besetztes Haus und schlugen eine Frau krankenhausreif
– in der Nacht vom 5./6. April wurde das besetzte Haus in der Adalbertstraße/Berlin Mitte von Faschisten angegriffen
– am 20.4. (Geburtstag Hitlers) zogen ca. 500-600 Nazi-Skins und Hooligans vom Cantianstadion (FC Berlin-Fußballspiel) gegen 18 Uhr zum besetzten Haus Schönhauser Allee 20/21. Dort verweilten sie, riefen »Rote raus« und »CDU und FAP«. Die Polizei ging gegen die Faschisten mit Schilden und Knüppeln vor und trieb die Hooligans in Richtung Alex. Von 19 Uhr bis 21 Uhr zogen 500 bis 1000 Faschisten über den Alex, prügelten AusländerInnen, RadfahrerInnen und zerstörten wieder einmal das Espresso (Treffpunkt von Schwulen), u.v.a. wurde in einer Art ein menschliches Hakenkreuz gebildet, die auf einen gewissen Drill schließen läßt.
– in Leipzig wurden in der Nacht vom 20./21.4. mehrere besetze Häuser von Faschisten angegriffen und stark beschädigt.
– am 1.6. brachen Faschisten die Tür im Tacheles-Gebäude auf und gingen brutal gegen die BesetzerInnen vor. Eine Frau wurde von einem Molotow-Cocktail getroffen und kam mit Erblindungsgefahr ins Krankenhaus
– in derselben Nacht konnten sich einige Nazis in das besetzte Haus in der Kastanienallee 86 einschleichen, die Gashähne aufdrehen und an die Wände »Juda verrecke!« schmieren.







Die Festung Europa

von Herby Sachs

Wo Mauern abgerissen werden, Grenzen und Schlagbäume fallen, scheint eine neue Zeit der Gleichheit vor den bisher halb geöffneten Toren der europäischen Nationalstaaten zu stehen. Doch der Schein trügt. Vielleicht gerade weil ständig von Mauersturz und Grenzabbau die Rede ist, erwartet viele Menschen aus anderen Ländern die Holzhammermethode schon vor dem Grenzübertritt, frei nach dem Motto: Der Bewegungsfreiheit sei keine Grenze gesetzt, doch bitte außerhalb des europäischen Staatengebildes.

Europäische Gemeinschaft der inneren Sicherheit

Mit dem seit Mitte Juni dieses Jahres unterzeichneten »Schengener Abkommen« sollen die Grenzen zwischen fünf EG-Staaten fallen. Gemeinsam haben die Benelux-Staaten, Frankreich und die BRD beschlossen ihre Binnengrenzen zu öffnen – allerdings nur, um die Außengrenzen der »Festung Europa« dichter zu schließen.

Der Vertrag stellt u.a. die Weichen für eine gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik. Fast alle EG-Staaten haben in den vergangenen Jahren ihre Asylgesetzgebung verschärft. (Nach der Kehrtwende von Lafontaine steht nun in der BRD, trotz vorausgegangener Verschärfung, mit einer angestrebten Grundgesetzänderung die Abschaffung des Rechts auf Asyl an).

Das im Zuge der deutschen Besoffenheit kaum beachtete Abkommen wird für Flüchtlinge besonders aus der »3.Welt« und dem Osten unter dem trügerischen Begriff »Harmonisierung« weitreichende Folgen haben:

a) Scharfe Kontrollen an den Außengrenzen der fünf Schengener Partner stehen im Vordergrund. Zusätzlich geht es um Einreisehindernisse, wie mit gemeinsamer Visumuspolitik und Maßnahmen gegen die Transportgesellschaften Flüchtlinge aus Europa ferngehalten werden können.
b) Abstimmung der Zuständigkeit für dennoch eingereiste Flüchtlinge, Datenaustausch und gegenseitige Anerkennung der Entscheidungen.
c) Ausweisung aus dem Schengengebiet und die Verhinderung der Wiedereinreise mit der »Ausschreibungsliste« des Schengener Informationssystems« *(Ali Yurttagül, Festung Europa, S.24 in: Die Bullen greifen nach den Sternen, Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit, hrsg.: Bürger kontrollieren die Polizei, Bremen Mai 1990)*

Die Verhandlungen zum Schengener Abkommen fanden seit mehr als fünf Jahren hinter verschlossenen Türen statt. Der Vertrag der 5 Staaten wurde ähnlich wie Europas Geheimkabinett für Sicherheit und Ordnung »TREVI« (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violance International) unter *Umgehung* des Europa-Parlaments angelegt und beschlossen.

Das Spiel mit dem Euro-Parlamentarismus

Beide Abkommen fallen nicht unter die EG-Richtlinien, da die beteiligten Regierungen eine Kontrolle durch das EG-Parlament vermeiden wollen. Die Zusammenarbeit regelt eine völkerrechtliche Konvention, die den »Vorteil« besitzt außerhalb der EG-Verträge angesiedelt zu sein. Also keiner Zustimmung des Europaparlaments bedarf.

Das EG-Parlament wird keine Eingriffsmöglichkeiten bei den polizeilich, grenzüberschreitenden Fragen der »Inneren Sicherheit« und öffentlichen Ordnung besitzen. Die Zusammensetzung des EG-Parlaments scheint den Strategen der »Festung Europa« unter der Hegemonie des »Modell Deuschland« zu unsicher. Ohne sich an die selbstgeschaffenen Spielregeln des Sandkastens Euro-Parlamentarismus zu halten, soll ein gleichwertig hohes Sicherheitsniveau in allen Mitgliedsstaaten erreicht werden. Daß zum Beispiel Griechenland mit seinen traditionell anders gelagerten Kontakten und Interessen zum Nahen Osten eine Gefahr für de BRD oder Frankreich bedeuten kann, wird als offizielle Begründung herangezogen. Aber auch die verschiedenen grünen und sozialistischen Parteien im EG-Parlament stellen für eine einheitliche Gesetzgebung noch einen Unsicherheitsfaktor dar.

Auch die neueste Gesetzesinitiative eines »freien Datenflusses« in der EG bei der Verarbeitung personenbezogener Daten in allen Bereichen wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit zeigt das vorherrschende Interesse bestimmter europäischer Regierungen. Die Regelung des Datenaustauaschs wird ebenfalls nicht unter EG-Richtlinie fallen. Die EG dient als territorialer Rahmen, um bei der Vernetzung des Informations- und Rechtshilfeverkehrs sicherheitspolitisches Alibi zu leisten.

In der kürzlich erschienenen Broschüre *»Europa – Die Bullen greifen zu den Sternen – Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit«* wird das Scenario des Zusammenschlußes Westeuropa auf einen Punkt gebracht:

> »Europa im Jahr 2000. Ein Europa des Kapitals und einer mächtigen Bürokratie. Ein Staatenbund mit mehreren hundert Millionen Menschen, weltweit an der Spitze der Wirtschaftsmächte. Mit einem starken sozialen Gefälle zwischen den ökonomischen Zentren und der Peripherie. Im Inneren bewacht von einem Europäischen Kriminalamt. Europa 2000: Die alten kolonialen Zentren haben sich zusammengeschlossen und sind mächtiger als zuvor.«

Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge

Ein Baustein in der Mauer des ordnungspolitischen Trends der EG ist das Schengener Abkommen. Unter der Horrorvision vordringender Gefahren von außen werden in Zukunft Maßnahmen gegen einen »sintflutartigen Einwanderungsstrom«, gegen den Terrorismus, die Drogenmafia und die organisierte Kriminalität ergriffen.

Wenn Anfang 1993 endgültig die Binnengrenzen zugunsten eines einheitlichen Marktes fallen, sollen u.a. die übrigen Strukturen polizeilicher und geheimdienstlicher Zusammenarbeit entwickelt sein. Unliebsame Störungen im Gefüge der innereuropäischen Ordnung können somit gemeinsam im Keim erstickt werden.

Das Bild des dumpfen Gefühls der Bedrohung des Kontinents durch die Flüchtlingsströme aus der »3.Welt« und des Ostens muß für diese Politik des »Teile und Herrsche« herhalten. Die EG-Staaten befassen sich selten mit den *Ursachen* der Flüchtlingsbewegungen, um zu vermeiden, die Verantwortung für die Folgen des kolonialen Erbes und der anhaltenden ökonomischen Abhängigkeit übernehmen zu müssen. Im Gegenteil die Spirale der Gewalt und des Elends dreht sich weiter, besonders vor dem Hintergrund der zukünftigen Flüchtlingspolitik.

Eurozentrismus und Kolonialisierung

Bei der absehbar neuen Entwicklung der von Süd nach Ost umgeleiteten Gelder



wird die Ausplünderung der »3.Welt« intensiviert. Die EG hat kürzlich angekündigt, ihre auf die »3.Welt« bezogenen Exportgarantien zu kürzen und die frei werdenden Mittel nach Osteuropa zu verlagern. Ohne Umschweife werden die neuen, attraktiveren Partner aus dem Osten hofiert. Die Länder der »3.Welt« dürfen weiter in verstärktem Ausmaß mit dem von IWF und Weltbank diktierten Schuldendienst kämpfen. Die unter dem Stichwort »Strukturanpassung« angesetzte Kapitalisierung und Technologisierung gilt dort schon seit langem als gescheitert.

Die Armutsgrenze der Bevölkerung in der »3.Welt« sinkt ständig. Die internationale Arbeitsteilung überläßt diesen Ländern einzig die Rohstoffproduktion, in bedingtem Maße die Lieferung und Verarbeitung. Es gilt nach wie vor die Devise: rausholen was rauszuholen ist!

Die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft, der Rückgang von Handel und Investitionen und systematisches Ausbluten sozialer und ökonomischer Zusammenhänge ist eine der Ursachen des Entstehens gigantischer Flüchtlingsströme. Die Menschen werden zur Verschubmasse eigener und westlicher Politiker oder zur großen Belastung unmittelbarer Nachbarländer. Die Gründe spielen in dieser Politik keine Rolle. Ob sie nun flüchten vor politischer Verfolgung, wegen der Zugehörigkeit zu einer anderen Ethnie, vor Krieg und Bürgerkrieg, wegen ihrer Sexualität oder patriarchalischer Unterdrückung, wegen Dürre und Überschwemmungen oder ökologischen Katastrophen, die Grenzen werden dicht gemacht, auf den internationalen Flughäfen, den Häfen oder den sogenannten grünen Grenzen! Selbst die militärische Strategie wird zum erstenmal öffentlich von Ost nach Süd verlagert.

Auf der letzten NATO-Tagung beschwört der derzeitige Generalsekretär Wörner Gefahren herauf, die durch zukünftige soziale Unruhen, Revolutionen, Bürgerkriege etc. den »freien Westen« bedrohen. Das Vernichtungspotential und die zukünftige Strategie militärischen Eingreifens wird ganz ohne Widerspruch mehrheitlich auf den Nahen Osten und den südlichen Teil der Erdkugel gelenkt.

Was auch immer die Ursache für den erneuten Krieg im Nahen Osten sein mag, die USA und ihre Verbündeten reagierten gemäß der neuen Devise in Windeseile. Aber auch die zukünftigen osteuropäischen Partner, Sowjetunion, Polen etc. haben sich mit dem Westen zu einer Art neuer Sicherheitsgemeinschaft zusammengefunden. Zusammen gedenken sie in Zukunft wildgewordene »Dritte Welt Länder« mit einem Einsatz militärischer oder sonstiger Mittel (Wirtschaftsboykott) zur Räson zu bringen.

Euro-Nationalstaat

Das vereinte Europa wird als zukünftiges Macht und Lenkungszentrum in diesem Kontext besondere Bedeutung besitzen. Neue Zeiche wurden gesetzt beim letzten EG-Gipfel in Dublin. Er stand nicht nur unter dem Motto der EG-Währungsunion (natürlich im Schatten der deutschen) einheitlicher Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik, sondern – im Zusammenhang mit der anstehenden deutschen Wiedervereinigung – war er auch geprägt vom nationalstaatlichen Gedanken und den Sicherheitsinteressen der mächtigen europäischen Regierungen.

Neben der Tatsache, daß sich die BRD den Anschluß der DDR u.a. aus dem EG-Regionaltopf für strukturschwache Gebiete von dem kurz vor dem Kollaps stehenden Griechenland oder dem »strukturschwachen« Portugal mitfinanzieren läßt, wird die Vereinigung Europas immer offener mit einem zwar in Zentrum und Peripherie getrennten, aber gemeinsamen Euro-Nationalbewußtsein begründet.

Nur auf dieser Grundlage bietet sich ideologisch die Berechtigung zur Weltherrschaft, der Installierung eines abgesicherten Zusammenschlußes zum mächtigen, europäischen Abendland. Der freie politische und ökonomische Zugang für Flüchtlinge nach Europa richtet sich nicht nur gegen die soziale Marktwirtschaft, sondern im Besonderen gegen die Vorhaben der europäischen Industrienationen als nationalstaatliche Interessengemeinschaft. Das Prinzip »Nationalstaat« übernimmt ideologisch die Garantie für die Sicherung der nationalen wie europäischen Außengrenzen und ist auch in Zukunft Basis für die europäische Politik.





Flüchtlingspolitik in Mittelamerika

– Fortsetzung systematischer Zerstörung von Lebensstrukturen

Teil 2
(Fortsetzung aus SF-35: Flüchtlingspolitik in der BRD)

von Rainer Hammerschmidt und Manfred Lontke

Von der Entdeckung zur Eroberung, Plünderung und Entvölkerung Amerikas

Ein Prozeß der Reichtumsakkumulation durch die Kolonisatoren fand zunächst auf der Ebene der Ausbeutung der Rohstoffe und Bodenschätze statt, begleitet von der Ausrottung der indianischen Bevölkerung. Deren Wert als Ware Arbeitskraft, die für eine längerfristige Ausbeutung auch unverzichtbar war, wurde aber schon bald erkannt.

»Unmittelbar im Anschluß an die verhältnismäßig kurze Phase der ausschließlichen Vernichtung der Bevölkerung und damit auch der Arbeitskraft – sie geht zu Ende, sobald in den eroberten Gebieten direkter Raub und Plünderung als Einkunftsquellen zu versiegen drohen – wird die Anwendung indianischer Arbeitskraft für die Konquistadoren unverzichtbar. Das bedeutet nicht, daß die Ausrottung damit beendet wäre – die Überarbeit als weitere Form des Ethnozids kommt jetzt hinzu, – aber unter den Eroberern oder von staatlicher Seite erheben sich nun immer wieder Stimmen, denen es daran gelegen ist, die Arbeitskraft als Quelle ihres gegenwärtigen oder zukünftigen Reichtums zu erhalten. – Auch diese Prozesse, die in Spanisch-Amerika zuerst stattfinden, wiederholen sich später in vielen anderen europäischen Kolonien. (Potts, S.26)

Es folgte die Versklavung der Indianer, die in der Geschichte des Kapitalismus das erste große System war, mit dem im bedeutenden Umfang die Arbeitskräfte eroberter Gebiete außerhalb Europas ausgebeutet wurden. Verbunden damit waren auch schon Zwangsmigrationen innerhalb der Kolonien, aufgrund eines Arbeitskräftemangels der einheimischen Bevölkerung, was nur die Ausmaße der vorhergegangenen systematischen Ausrottung von Millionen von Menschen verdeutlicht.

1542 wurde die Sklaverei aufgrund von Widersprüchen zwischen den Konquistadoren und der Krone in den Mutterländern offiziell wieder abgeschafft, was aber nicht zur Folge hatte, daß die Überausbeutung der indianischen Arbeitskraft beendet wurde. Verschiedene Systeme der Zwangsarbeit lösten die Sklaverei ab. Als gemeinsame ideologische Grundlage galt »die sittliche Verpflichtung zur Arbeit« und deren »zivilisatorische Wirkung«. Hand in Hand legitimierten Konquistadoren, Krone und Kirche damit die Einführung der Zwangsarbeit, deren verschiedene Erscheinungsformen die Ausbeutungspraxis in den nächsten Jahrhunderten fortsetzt. Alle Formen der Zwangsarbeit schlossen Frauen und Kinder ein (von der Minenarbeit über Trägerinnen-, Land- und Hausarbeit bis hin zum Weben für die Kolonialherren). Darüberhinaus waren Frauen der spezifischen Ausbeutung im sexuellen Bereich und bei der Reproduktion der Arbeitskraft ausgesetzt (Befriedigung sexueller Bedürfnisse, Vergewaltigungen, Zwangsheiraten, persönliche und häusliche Dienstleistungen aller Art). Das Ergebnis der sexuellen Ausbeutung indianischer Frauen war auch die Entstehung eines neuen Arbeitskräftepotentials, das von ihnen aufgezogen wurde, die Mischlingsbevölkerung.

> »Am Ende der Kolonialzeit sind in Südamerika dreißig Prozent der Bevölkerung Mischlinge, fast alle enterbte Söhne und Töchter von Spaniern, denen der Zugang zu Produktionsmitteln jeder Art verwehrt und jede gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeit genommen ist. Sie gehören gesellschaftlich, ökonomisch und juristisch weder zu den Spaniern noch zu den Indianern, also weder zu den Kolonisierten noch zu den Kolonisatoren. Mischlinge ersetzen nach und nach das ausgerottete Arbeitskräftepotential der Indianer: sie haben ihren Ursprung in der spezifischen Ausbeutung indianischer Frauen und bilden heute den größten Teil der Bevölkerung Lateinamerikas.« (Potts, S.47)

Die Polarisierung der Entwicklung im Länderkontext USA – Mexiko – Zentralamerika

Wanderungsbewegungen in die USA im 20.Jahrhundert

Grundsätzlich beruht die Gesellschaft der USA auf dem Import von Arbeitskraft, denn auch die ersten weißen ImigrantInnen stellten ja einen kostenlosen Zufluß von Arbeitskräften dar. Sie legten den Grundstein für die Entwicklung und auch spätere Industrialisierung des Landes. Allerdings waren die USA von Anfang an nur ein Einwanderungsland für Weiße. Der Ausschluß der Nicht-Weißen von der Einwanderung und auch der Inanspruchnahme von BürgerInnenrechten etc. bedeutete aber zu keiner Zeit ihren Ausschluß, wenn es um den (Zwangs-)Import billiger Arbeitskraft ging.

> »So kamen zuerst afrikanische Sklaven, auf denen die Südstaaten-Ökonomie basierte, später dann Chinesen, Japaner und andere Asiaten ins Land. Mit der Sklavenbefreiung wurde die aus Afrika importierten Arbeitskräfte und ihre Nachkommen zwar zu Bürgern des Landes, aber auch als solche unterlagen sie zahlreichen diskriminierenden Gesetzen und Maßnahmen, die sicherstellen sollten, daß sie weiterhin als billige Arbeitskraft zur Vefügung standen. Die Funktion hat die schwarze Bevölkerung der USA auch heute noch. Ihre Zahl beträgt inzwischen 28,6 Mio. Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von 236 Mio. (1985).« (Potts, S.183)

Und auch im 20.Jh. gibt es in den USA Prozesse von Arbeitsmigrationen, deren wichtigstes Herkunftsland Mexico darstellt. Weitere Arbeitskräftereservoirs sind Puerto Rico, Haiti und Jamaika oder auch die mittelamerikanischen Staaten, in denen die imperialistische Wirtschafts- und Kriegspolitik schon das ganze Jahrhundert über Flüchtlinge produziert, die oft genug als illegale MigrantInnen in die Vereinigten Staaten gelangen und deren Arbeitskraft dort billig verwertet wird. Der illegale Status vereinfacht letzteres natürlich, denn die Alternative bei Nichtinkaufnahme dieser Bedingungen ist gar keine Arbeit und damit auch kein Verdienst oder sogar die Denunziation und damit Ausweisung bzw. Deportation. Statistischen Angaben entsprechend:

> »sind zwischen 1960 und 1978 etwa zwei Millionen Lateinamerikaner, davon etwa die Hälfte aus Mexico, in die USA gewandert. Für Anfang der 80er Jahre wird die Gesamtzahl der Arbeitsmigranten in den USA auf sechs bis zehn Millionen Menschen veranschlagt. Die Schätzungen für die Zahl der Illegalen variieren zwischen vier und zwölf Mililonen.« (Potts, S.184)

Bis zur Mitte des 19.Jh. gehörten die US-Bundesstaaten Texas, Kalifornien, Neu-Mexico, Arizona, Nevada und Utah noch zu Mexiko. Sie wurden 1848 annektiert.



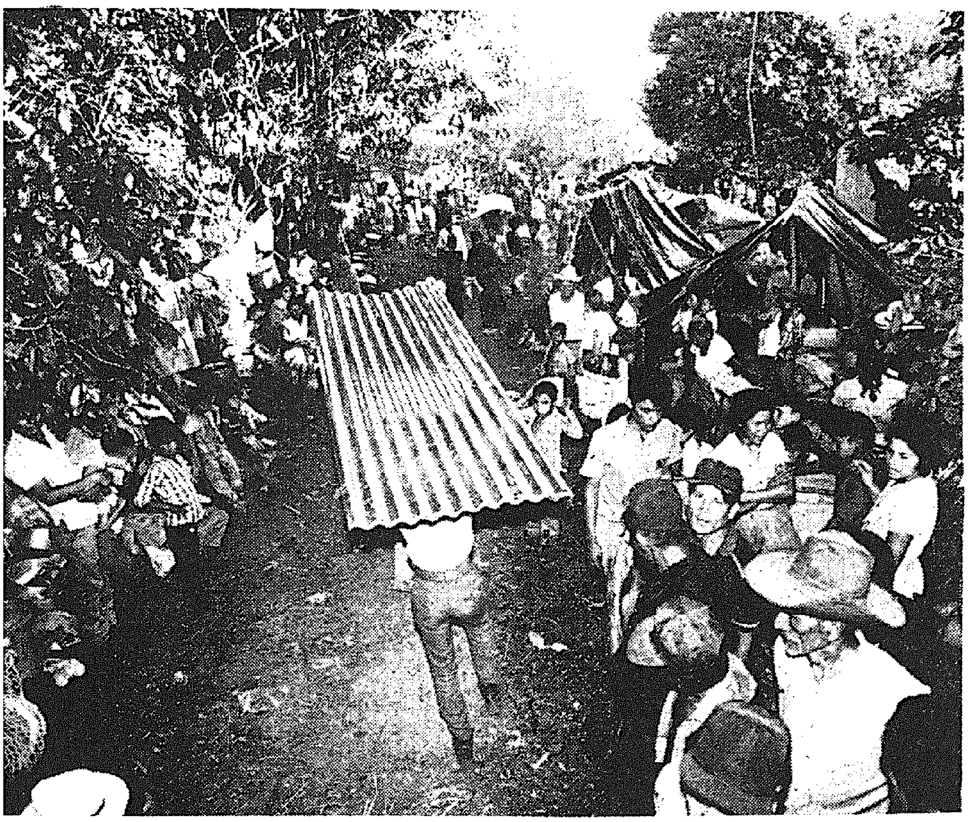
allerdings war die Grenze zwischen beiden Ländern um die Jahrhundertwende weiterhin offen und die Zahl der mexikanischen MigrantInnen gering. Erst mit der mexikanischen Revolution 1911 und auch dem 1.Weltkrieg und dem einhergehenden Arbeitskräftebedarf der USA verstärkten sich auch die Wanderungsbewegungen. Sie hielten in den 20er Jahren an, bis die Weltwirtschaftskrise zum Ende des 20.Jahrhunderts einen vorübergehenden Rückgang der Migration mitsichbrachte.

Erst in den 40er Jahren steigerte sich in den USA die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder und führte zur Verabschiedung des sogenannten *Bracero-Programms* zwischen den USA und Mexiko 1942.

»Das Bracero-Programm, als kriegsbedingte Notmaßnahme geplant, wurde für 22 Jahre zu einer festen Institution der Billig-Arbeitskraft-Beschaffung. Wer im Rahmen dieses Programms einreiste, erhielt bestimmte Garantien hinsichtlich fester Beschäftigung, Arbeits- und Unterkunftsbedingungen, die illegale Arbeiter nicht erwarten konnten.« (ebd., S.185)

Trotzdem kamen auf einen "bracero" in den 50er Jahren bereits vier illegale MigrantInnen, die zumeist die Grenzflüsse durchschwammen und von daher "wetbacks" genannt wurden. 1954/55, zwischenzeitlich hatte der Korea-Krieg die Arbeitskräftenachfrage nochmal erhöht, wurden dann aber zum ersten Mal in der sogenannten "operation wetback" 2,9 Millionen MexikanerInnen ausgewiesen, wie auch die legale Einwanderung erschwert.

Dennoch dauert die illegale Migration bis heute ungebrochen fort, wobei die MigrantInnen vor allem als häuslich Bedienstete und LandarbeiterInnen Abeit finden. Dabei wird die Rotationsmigration (Arbeitsaufenthalt für z.B. einige Monate, dann Rückkehr und spätere Wiedereinreise) zunehmend von der Migration, mit dem Ziel in den USA zu bleiben und sich dort den Lebensunterhalt zu sichern, abgelöst. Immer mehr versuchen z.B. auch ganze Familien über die Grenze zu gelangen, während früher vorwiegend die Männer zwecks saisonaler Farmarbeit o.ä. die Grenze überquerten und mit ihrem Verdienst zurückkehrten.



Daß es sich dabei gerade in den letzten Jahren immer mehr um unerwünschte ZuwanderInnen handelt, zeigt die zunehmende Abschottung der Grenze durch strengere Gesetze einerseits und verstärkte Überwachung als auch Militarisierung des Grenzbereichs andererseits.

Darüberhinaus gibt es gegenwärtig in den USA etwa drei Millionen Personen mexikanischer Abstammung, aber mit amerikanischem BürgerInnenrecht und Paß, die "Chicanos" genannt werden. Sie sind jedoch genauso wie MexikanerInnen generell in den USA von Diskriminierung betroffen und verdingen sich ebenso vor allem als Saison- und WanderarbeiterInnen in der Landwirtschaft.

»Die Wanderungsströme der Farmarbeiter in den USA umfassen etwa zweieinhalb Millionen Menschen. Gespeist werden sie aus dem Grenzgebiet zu Mexiko und über Florida, wo Arbeitsmigranten aus der Karibik einreisen.« (ebd., S.186)

In Kalifornien und Florida, den zwei wichtigsten Agrarstaaten der USA, stellen die MexikanerInnen bzw. "Chicanos" und die Schwarzen jeweils den größten Teil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte.

Ausbeutung und Bevölkerungspolitik in Puerto Rico

Die Migrationsbewegung von Puerto Rico in die USA entwickelte sich fast ausschließlich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts und ist im wesentlichen Produkt der kolonialistischen und imperialistischen Politik der USA auf dieser kleinen Insel. Puerto Rico ist inzwischen Teil der USA geworden und hat heute etwa 4 Mio EinwohnerInnen. Dabei wurde das Bevölkerungswachstum

»mit einem Sterilisations- und Familienplanungsprogramm von extremer Brutalität gestoppt, so daß der US-amerikanische Arbeitsmarkt vor unerwünschter Zuwanderung in größerem Umfang gesichert ist.« (Potts, S.183f)

Bereits Ende der 30er Jahre wurden Massensterilisationen in großem Umfang praktiziert. Ca. 40% aller puertoricanischen Frauen sind heute sterilisiert. Seit die USA die Insel um die Jahrhundertwende an sich rissen, ist sie systematisch wirtschaftlich und militärisch ausgebeutet worden.

Schon früh monopolisierten die USA die Produktion auf Zuckerrohr. Die Landwirtschaft wurde zentralisiert, es entstanden große Plantagen, die für Weltmarktmaßstäbe profitabel waren. Während vorher genügend Nahrungsmittel für den Eigenbedarf produziert wurden, die Bauern pflanzten Kaffee, Tabak, Zuckerrohr, Zitrusfrüchte und verschiedene Getreidesorten, mußten diese nun vielfach aus den USA importiert werden. Siedlungsstrukturen wurden zerrissen, Bauern entwurzelt und LandarbeiterInnen verloren ihre traditionelle Arbeit.

Es kam zu sozialen Unruhen und Aufständen, die aber niedergeschlagen wurden und tausende PuertoricanerInnen emigrierten auch schon in den 30er Jahren in die USA, wo sie sich bessere Lebensbedingungen versprachen. Die US-Regierung reagierte auf die elenden Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung und deren wachsenden Widerstand auf ihre Art und Weise: mit großangelegten Geburtenkontrollprogrammen und Zwangssterilisation.

In einer Kampagne wurden Sterilisationen massenpropagandistisch angepriesen und möglichst rentabel durchgesetzt. Beispielsweise überredete man Frauen kurz nach der Geburt eines Kindes in der Klinik zu einer Sterilisation, da sie von der Geburt noch geschwächt und deswegen schnell zu »überzeugen« waren, oder die Eingriffe wurden auch ohne das Wissen der Frauen während eines Klinikaufenthaltes zusätzlich durchgeführt. 1937 schon bekam die Sterilisation eine gesetzliche Grundlage. Eine grundsätzliche Verbesserung der Lebensverhältnisse fand indessen nicht statt.

Nach dem 2.Weltkrieg stellten die USA die monokulturelle Zuckerindustrie größtenteils auf andere Industriezweige um. Großzügige Investitionsanreize (z.B. Steuerfreiheit; Finanzierung von 25% der Lohnkosten aus der Staatskasse) sorgten dafür, daß sich rund 2000 US-Unternehmen in Puerto Rico ansiedelten, darunter mindestens 150 Niederlassungen der größten US-Konzerne. (Vgl. Materialien gegen Bevölkerungspolitik, 1984, S.17)

Dies brachte dem US-Kapital zwar höhere Gewinnchargen, der Bevölkerung aber keinen versprochenen Wohlstand, da die Profite in die USA zurücktransferiert wurden. Im Gegenteil, zur Eindämmung sozialen Elends, weitete man die Verhütungs- und Sterilisationsprogramme noch weiter aus.

Schon heute sind über 13% des Landes von US-Militär besetzt, Atomwaffen stationiert und in Trainingslagern werden auch Truppen zum Einsatz gegen revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika ausgebildet.

Im Gegensatz dazu verließen immer mehr PuertoricanerInnen ihr Land, weil sie dort für sich keine (Über-)Lebenschancen mehr sahen. Die Flucht in die Metropole USA war verbunden mit der Hoffnung auf ein besseres Leben, doch diese erwies sich auch als trügerisch.

»1910 gab es erst 1513 Puertoricaner in den USA, die sich auf 39 Staaten verteilten. 1940 war ihre Zahl auf 70.000 gestiegen, um dann bis 1970 auf 1,4 Millionen anzuwachsen. Statistisch sind neun von zehn Puertoricanern in den USA Weiße, das sagt aber nichts über ihren sozialen und ökonomischen Status. Allein eine Million von ihnen lebt in New York, und dort vor allem in den Slumgebieten.« (Potts, S.183)

Qualität. Zur Regulation der Migration – also Durchlässigkeit da, wo billige Arbeitskraft in der Landwirtschaft gebraucht wird, und Abschiebung als Reaktion auf und Befriedung von Arbeitskämpfen von US-Landarbeitern – kommt jetzt im Sinne einer geopolitischen Strategie als Antwort auf die Kämpfe in den USA die Grenzüberschreitung des Kapitals aus den USA nach Mexiko hinzu.« (ebd., S.29)

Mexiko bot dabei den Vorteil der direkten Grenze, der dadurch sehr geringen Transportkosten und der Möglichkeit, jenseits und diesseits Standorte zu nutzen, also Firmen in den US-Grenzstädten anzusiedeln und nur die arbeitsintensiven Schritte der Produktion über die Grenze, aber nur wenige Kilometer entfernt, auszulagern. Gerade die Bekleidungs- und Elektroindustrie, deren Auslagerungskosten relativ gering sind, machten sich dies zunutze und errichteten Weltmarktfabriken.

Und erwies sich mexikanische Arbeitskraft doch nicht als so bequem ausbeutbar und billig wie erwartet, wurden Produktionszentren einfach wieder ab- und an noch günstigeren Standorten erneut aufgebaut. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Mobilität des Kapitals war natürlich die sich fortsetzende Aufsplitterung der Produktion in eine Vielzahl von Arbeitsschritten, wobei für den einzelnen Arbeitsschritt keine besondere Qualifikation mehr nötig war. So konnte man auf unqualifizierte Arbeitskraft zurückgreifen, in den Weltmarktfabriken vor allem auf junge Frauen, und so die Löhne noch mehr drücken oder aber auch gewerkschaftliche Organisationsunerfahrenheit ausnutzen.

»Unsere Idee ist es (nordamerikanischen) Geschäftsleuten eine Alternative zu Hong Kong, Japan und Puerto Rico zu bieten.« (Pena, in: ebd., S.32)

Für Mexiko selbst bedeutete die Einrichtung dieses sogenannten Grenzindustrialisierungsprogramms (GIP) Hoffnung auf Befriedung des eigenen Grenzterritoriums, denn das Anwachsen der Grenzstädte durch neue Arbeitssuchende bei schon vorhandenen hohen infrastrukturellen Defiziten (Wasser, Strom, Wohnungen, Straßen etc.) machte die Nordgrenze zunehmend zum Unruheherd. Wie im ganzen Land wirkte sich die mexikanische Krise 1982 (Verkündung der Zahlungsunfähigkeit) noch verschärfend aus.

Die Spirale von Widerstand und Repression

Gegen Ende der 70er und in den 80er Jahren nahmen Widerstand, Organisierung und Kämpfe von MigrantInnen und Flüchtlingen zu. Immer mehr wehrten sich aktiv gegen ihre Ausbeutung und Verwertung. Diese Entwicklung bezeiht sich sowohl auf die USA wie auch auf Mexico und die mittelamerikanischen Staaten. Auch die immer größer werdende Zahl



von (illegalen) MigrantiInnen und Flüchtlingen trägt zu einer Polarisierung bei und macht die Situation insgesamt, wie auch die erzwungene Mobilität der Menschen, unkontrollierbar.

Autonome Organisationsformen (auch als Reaktion auf die korrupten offiziellen Gewerkschaften) in und außerhalb der Weltmarktfabriken nehmen zu. Repressive Gesetzgebungen und Organisationsverbote bzgl. autonomer Gewerkschaften sind die Folge. Zudem reichen die Fabriken nicht mehr, um den Druck an der Grenze aufzufangen. In den Grenzstaaten der USA selbst gehen (Arbeits-)Kämpfe vermehrt von der Initiative mexikanischer ArbeiterInnen, legale wie illegale, aus. Gerade im letzten Jahrzehnt gibt es ein deutlicheres Zusammenarbeiten von autonomen Organisationen und sozialen Bewegungen diesseits und jenseits der Grenzen. Dies gilt auch für die vielen mittelamerikanischen Flüchtlinge vor allem aus El Salvador. Gegen diese Entwicklung wendet sich eine neue Gesetzgebung in den USA, das sogenannte "Simpson-Rodino-Gesetz", welches 1987 verabschiedet wurde, und eine enorme beinahe militärische Aufrüstung zur Sicherung der Grenze sowie vermehrte Abschiebungen in den letzten Jahren zur Folge hatte.

»An ihr wurden im letzten Jahr 1,2 Mio. illegale Einwanderer zurückgeschickt... (FR, 2.5.84); allein in den vergangenen zwei Jahren haben die 2.700 Border-Patrol-Agenten des "Immigratrion-and Naturalisation-Service (INS)", von denen freilich nur je 450 Mann pro Schicht auf Grenzwacht sind, über 2 Mio. illegale Grenzgänger abgefangen. (DER SPIEGEL, Nr.51, 1985); Und besonders in den letzten Monaten steigt die Zahl junger Mexikaner, die für längere Zeit in die USA hinübergehen. (Washington Post Service v. 26.7.1986); In diesem Jahr werden sie (die Grenzwachen) voraussichtlich 1,8 Mio Illegale vorübergehend festnehmen und nach Mexiko zurückschikken... (FAZ v. 18.9.86)

Nach Schätzungen ist die Zahl derer, die über die Grenze gehen, ca. 3 bis 4 mal so hoch, wie die Zahl der Zurückgewiesenen.«

Sogar Überlegungen entlang der 3.000 km langen Grenze zu Mexiko eine Mauer zu errichten und sich so abzuschotten, wurden laut. Zu den wichtigsten Inhalten der neuen Gesetzgebung gehören:

»Angekündigte Deportation aller Illegaler. Davon ausgenommen sind diejenigen, die nachweisen können, daß sie schon länger als fünf Jahre ständig in den USA gelebt haben. Diese Ausnahmeregelung wird mit Amnestie bezeichnet. Bestrafung von US-Amerikanern, die Illegale einstellen. Diese Bestrafungsklausel ist insofern irrelevant, als der Unternehmer nur davon ausgehen muß, seine Angestellten seien legal. Anhand irgendeines Papiers. Eine Neuauflage des Bracero-Abkommens, das jetzt "guest-workers-program", also Gastarbeiterprogramm heißt, und weiterhin die ausreichende Anzahl billiger und kontrollierbarer Erntearbeiter garantieren soll.

Und indirekt der Versuch, alle Nicht-Weißen, Nicht-fließend-englisch-sprechenden zu erfassen, denn, um bei Kontrollen den Behörden zu entgehen, muß man sich ausweisen können. Es ist eine Art Personalausweis in der Diskussion. Personalausweise sind in den USA bis heute nicht Pflicht.« (Materialien..., S.34)

Daß dieses Gesetz erst 1987 in Kraft treten konnte, obwohl es schon fünf Jahre vorher dem Kongreß unterbreitet wurde, liegt zum großen Teil daran, daß es massiven Protest aller Latino-Organisationen und -Gemeinden gegeben hat, der auch von



zahlreichen anderen Gruppierungen in den USA unterstützt worden ist. Zu den bekanntesten gehört beispielsweise die *Sanctuary-Bewegung,* die in Solidarität mit den mittelamerikanischen Flüchtlingen entstanden ist.

Dabei haben verschiedenen Kirchen und Gemeinden einen Weg organisiert, auf dem salvadorianische und guatemaltekische Flüchtlinge in die USA gebracht und dort "versteckt" werden. Das heißt, sie werden zunächst,

> »nachdem sie über die Grenze gekommen sind, in einer Kirche untergebracht, dort wird Öffentlichkeit hergestellt; die Flüchtlinge informieren in den Gemeinden über die Situation. Sie machen damit einen wichtigen Teil der Gegenöffentlichkeit zur unglaublichen Des- und Fehlinformationspolitik in den US-Medien zu Mittelamerika aus. Da die Flüchtlinge in den Kirchen eine Art Asyl erhalten, hat die Einwanderungsbehörde keinen Zugriff. Für die Flüchtlinge wird Arbeit gesucht und sie integrieren sich nach ein paar Wochen in irgendeine Latino-Gemeinde, die ihnen relativen Schutz vor Entdeckung bietet.« (ebd., S.43)

Die Zahl allein der salvadorianischen Flüchtlinge in den USA wird auf fast eine Million geschätzt (bei einer Einwohnerzahl El Salvadors von ca. 5 Millionen) Insgesamt sind über ein Viertel der salvadorianischen Bevölkerung Flüchtlinge, die sich auf mehrere Länder verteilen oder innerhalb des eigenen Landes zwangsmobilisiert werden.

Doch immer mehr Flüchtlinge in El Salvador und in den Lagern der angrenzenden Staaten organisieren sich und versuchen beständig, ihre Rücksiedlung an ihre Herkunftsorte praktisch und selbstbestimmt durchzusetzen. Anfang 1986 gründeten Flüchtlinge z.B. eine Nationale Rücksiedlungs-Koordination. Mit Hilfe der internationalen Solidarität und gegen die starke Repression der eigenen Regierung und des Militärs vertreten sie ihre Interessen in Eigenregie und haben trotz aller Widrigkeiten Erfolg damit.

> »Am 10.Oktober 1987 machten sich ungefähr 4.500 Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager Mesa Grande in Honduras auf den Rückweg in ihre Heimatorte in El Salvador. Schon im Januar 1987 hatten die Flüchtlinge ihren Plan zum ersten Mal öffentlich gemacht. Sie nannten dabei ihre Bedingungen: "Rückkehr an ihren jeweiligen Herkunftsort; das Recht, frei zu arbeiten; die Ablehnung von Zwangsrekrutierungen; die Ablehnung von Militärposten oder einer Zivilverteidigung in den Orten, in denen sie sich niederlassen würden; die Ablehnung von Bombardierungen dieser Orte; Freizügigkeit; Recht auf Hilfe der internationalen Gemeinschaft und des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge; und freien Zugang zu den Kommunikationsmedien.« (ebd., S.46)

All dies macht deutlich, daß die Realität verzerrt wird, wenn Flüchtlinge lediglich als Opfer dargestellt werden, was ihre Not nicht beschönigen soll. Es geht aber darum, in den Flüchtlingen Menschen zu erkennen, die auch eine aktive Rolle in der gegenwärtigen Geschichte spielen. Dies drückt sich vielfach allein schon in der Flucht selbst aus. Ebenso können EmigrantInnen und Flüchtlinge nicht getrennt behandelt werden.

In den USA wird wie in Europa der Begriff des *"Wirtschaftsflüchtlings"* verwendet, um damit deren Ansprüche zu diffamieren. Einem Flüchtling aber vorzuwerfen, daß er mit seiner Flucht den Anspruch auf eine bessere Lebenssituation manifestiert, kann nur als zynisch bezeichnet werden. Gerade die imperialistischen Metropolen, die mit ihrer Politik maßgeblich für die ungeheure "Produktion" von Flüchtlingen im Trikont verantwortlich sind, widersetzen sich dieser Entwicklung vehement mit einer zunehmend repressiven Flüchtlingspolitik, um sich gegen diese berechtigten Ansprüche abzuschotten.

Die imperialistische Politik in den Ländern der drei Kontinente während der letzten Jahrzehnte bzw. gar Jahrhunderte sol ihre konsequente Fortsetzung in den Metropolen selbst finden. Daß dies auch an seine Grenzen stößt, wird am Beispiel der Situation in den USA deutlich. So haben sich z.B. die mexikanischen EinwanderInnen in die USA dort fast immer auch in eigenen Stadtvierteln angesiedelt, in denen das Weiterleben in eigenen Lebensstrukturen, der eigenen Sprache und Kultur verläuft. Das Vorhandensein solcher Strukturen ist ein wichtiges Element für die verstärkte und dauerhaft werdende Migration in die USA.

Literatur:

Ferdos Forudastan: Eiserner Vorhang für die Dritte Welt, in: TAZ v. 15.11.1989

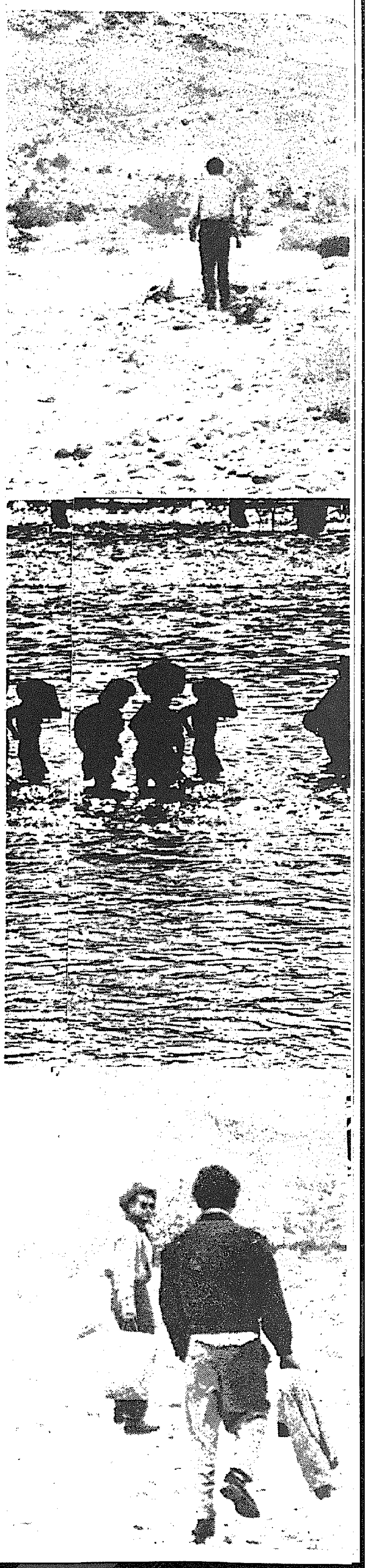
Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.1, Zentralamerika–Mexiko, Klassenkämpfe ohne Grenzen, Berlin 1988

Materialien gegen Bevölkerungspolitik, Hamburg 1984

Mies, M.: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung; in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr.9/10, 1983

Opitz, P.J.: Das Weltflüchtlingsproblem, München 1988

Potts, L.: Weltmarkt für Arbeitskraft, Hamburg 1988



Überleben in der Wirtschaftskrise und die Würde des Menschen Teil 2

von Veronika Bennholdt-Thomsen

Die Würde der Frauen ist der Reichtum von Juchitan

Die Marktfrauen schaffen eine regionale und lokale Integration



Photo: Brigitte Holzer

Die Frauen von Juchitan bzw. vom Isthmus von Tehuantepec sind in der ganzen mexikanischen Republik berühmt, – wegen ihrer Schönheit und wegen ihrer Stärke. Dort herrscht das Matriarchat, habe ich oft sagen hören. Das ist zwar gewiß nicht wahr, spiegelt aber den Eindruck wider, den man von ihnen hat. »Teco« wird ein Mann geschimpft, der sich um das Haus, die Kinder und die Küche kümmert. Darin schwingt ein Vorwurf von Homosexualität mit, wie auch von Unterwerfung unter die Frau. Auch das gilt nicht in Juchitan, wenn auch der Umgang mit der männlichen Homosexualität dort tatsächlich auffallend anders ist, worauf ich noch zu sprechen kommen werde. »Teca« wird eine Frau genannt, die stolz, energisch und in der Geschlechterauseinandersetzung durchsetzungsfähig ist. Diese Kennzeichnung trifft m.E. den ethnischen Geschlechtscharakter der Frauen von Juchitan gut.

Den geläufigen Wertmustern *unserer* Gesellschaft entsprechend liegt als Erklärung nahe, daß die Juchitecas sozial so stark seien, weil sie über eigenes Geld verfügen. Ich halte diesen Ansatz aber für falsch und glaube vielmehr umgekehrt, daß sie in dieser kapitalistischen, ganz von der Geld- und Warenproduktion bestimmten nationalen und regionalen Gesellschaft dennoch weiterhin über ihr spezifisches Geld – nämlich durch die Kontrolle über den Markt – verfügen, weil sie so stark sind.

Es ist nämlich durchaus die Frage, ob das Faktum des Geldbesitzens allein die Besonderheit der Frauen von Juchitan ausmacht. Tatsächlich hat dort jede Frau ihr eigenes Geldeinkommen aus ihrer eigenen Arbeit, vornehmlich als Händlerin. Dieses Geld wird in erster Linie für das alltägliche Essen, zumal der Kinder, verwendet, für Kleidung, die Ausbildung, für das Haus. Das aber entspricht durchaus den Verhältnissen im Rest von Mexiko und ich bin sicher, auch in der übrigen dritten Welt, ja selbst Europa. Außer vielleicht während einer kurzen Zeit im Nachkriegsdeutschland (Nachkriegs-USA (Friedan 1963) und -Europa), in der die Mehrzahl der Frauen Nur-Hausfrauen waren, gibt es den Idealtypus von weiblicher Nur-Hausarbeiterin und sog. männlichem Brotverdiener auch bei uns als breites gesellschaftliches Phänomen weder historisch noch zeitgenössisch. Frauen arbeiten hier und weltweit für ein Einkommen und ernähren damit vordringlich ihre Kinder. Der Unterschied in Juchitan scheint mir darin zu liegen, daß dies dort nicht unter dem Vorzeichen des Zusatzverdienstes zu einem vermeintlichen männlichen Familieneinkommen geschieht, und auch nicht als Ausnahme von der richtigen Regel begriffen wird, sondern daß dies als absoluter Normalfall und als Standard für ein Frauenleben angesehen wird. Jede Frau sorgt unabhängig von einem Mann für ihre und ihrer Kinder Ernährung, Kleidung und das Dach über dem Kopf. Alles andere ist unrühmlich.

Es ist also nicht so, daß die Frauen von Juchitan Geld hätten, und daß sie in anderen Gegenden keines hätten, sondern es herrscht ein anderer sozialer Umgang mit dem Geld, eine andere soziale, weibliche Herangehensweise an das Geld. Denn das große Geld haben auch in Juchitan nicht die Frauen. selbst im Handel liegt die Vermarktung mittels Lastwagen, auch bezogen auf den Markt, in Männerhand, auch der Verkauf von Maschinerie und auch der große Grundstückshandel.

Der Handel der Frauen betrifft Nahrungsmittel, Lebensmittel insgesamt, und zwar über größere Entfernungen auch in einer Menge, die sie selbst im Autobus transportieren können. Ähnlich wie in West-Afrika, wo die Frauen ebenfalls den Markt beherrschen, haben die Handelsaktivitäten der Frauen in Juchitan einen handwerklichen Charakter. Der Tausch, der den Regeln der einfachen Warenproduktion gleicht, ist heute aufgrund der nationalen Entwicklung in Wirklichkeit eine *Informeller-Sektor-Aktivität* (Menne 1983). Wichtig erscheint mir, daß er an die Subsistenz geknüpft bleibt.

Wieso aber wird in Juchitan durch die besondere soziale Stellung der Frauen und durch ihre spezielle Marktstruktur eine Verelendung infolge der Krise verhindert? Ich sehe vor allem drei Aspekte.

1) Es gibt einen regionalen Markt. Die Versorgung der Kleinstadt mit Nahrungsmitteln geschieht ganz auf der Grundlage der regionalen Ressourcen. Auf diese Weise entsteht zwischen ErzeugerInnen, HändlerInnen und VerbraucherInnen ein eigener regionaler Warenkreislauf, in dessen Rahmen sich zwar nicht das große Geld akkumulieren läßt, in dem aber alle ihr Auskommen finden können. Die Verarmung durch ungleichen Tausch, die sonst immer auf Länderebene analysiert wird, kann hier auf die Region angewandt werden. Sie findet, in Bezug auf die Lebensmittel zumindest, nicht statt. Darüber hinaus wird der regionale Markt durch den Austausch von handwerklichen Produkten abgesichert, der auf der Wertschätzung der einheimischen Kenntnisse und Fähigkeiten beruht. Zu dieser nur regionalen Zirkulation gehört die reich bestickte Kleidung der Frauentracht, der Goldschmuck, gehören Hängematten und Bilder ebenso wie einheimische Musik uind Poesie.
2) Gestützt wird die regionale Zirkulation durch die besondere Wertschätzung, die hier die ethnische Identität als Zapotecas genießt. Ziel der Tecos ist es nicht, sich durch Akkumulation gegenüber den anderen herauszudifferenzieren, sondern ihnen geht es um das soziale Prestige, das gerade durch Freigebigkeit erworben wird. Eine besondere Rolle spielen dabei die großen Verdienstfeste, von denen es 26 verteilt über das Jahr gibt. Freigebigkeit bedeutet, reichliches und gutes Essen und Trinken anzubieten, für gute Musik und Festschmuck zu sorgen. Dies gilt nicht nur für die großen Verdienstfeste, die »Velas« genannt werden, sondern Hochzeiten, Geburtstage, Examina, Einweihungen usw. werden in gleicher Weise gefeiert. Man sagt in Juchitan, daß dort schon deshalb niemand hungrig bleiben braucht, weil es täglich irgendwo ein Fest gibt, auf dem man sich satt essen kann.
3) Die regionale und lokale ethnische Kultur wird von einem Netz der Gegenseitigkeit, das auf verwandtschaftlicher und territorialer Zugehörigkeit beruht, getragen. So gibt es zwei Velas, die von je einer Art Sippe, nämlich von allen Personen gleichen Nachnamens, ausgerichtet werden. Hier treffen Menschen unterschiedlichster Schichtzugehörigkeit zusammen, mit anderen Worten, es gibt einen der Schichtentrennung übergeordneten, verbindenden Mechanismus. Insgesamt ist in Juchitan jegliche Überheblichkeit, die sich auf ökonomische Besserstellung beruft, extrem verpönt. Solche Personen werden, so reich sie auch sein mögen, sozial isoliert. Freilich vermag diese Art der Gegenseitigkeit die Schichtenbildung nicht grundsätzlich zu verhindern, aber sie hat sicherlich die Funktion, krasse Unterschiede zu vermeiden. Als Indikator dafür, daß sie funktioniert, mag vielleicht genommen werden, daß Juchitan zusammen mit dem benachbarten Tehuantepec, im Bundesstaat Oaxaca die niedrigste Kindersterblichkeitsrate hat und die höchste Alterserwartung, denn, so weist eine andere Statistik

nach, die Ernährung in diesen beiden Orten ist im Durchschnitt auffallend besser als in vergleichbaren Gemeinden (Corona 1979: Tab. 8, 9, 12; Ortiz Wadgymar 1971, Tab. 7).

Die gesellschaftliche Wertschätzung der Frau verhindert eine polarisierende Akkumulationsökonomie

Was hat die spezifische Situation in Juchitan mit der Würde der Menschen zu tun, um die sozialen Verpflichtungen zu erfüllen« (Peterson Royce, 1975: 64)

In einer Welt des Geldes zählen – für uns sehr erstaunlich – in erster Linie menschliche soziale Beziehungen, und das Geld ist eine Funktion derselben und nicht umgekehrt. Wie ist das möglich? Die Erklärung, daß es sich hier einfach um besondere, geradezu einzigartige Bedingungen handle, liegt nahe. Tatsächlich ist die Besonderheit Juchitans augenfällig. Die Gründe dafür können nur durch historische Forschung beantwortet werden. Die bisherige Bearbeitung des Quellenmaterials macht deutlich, daß die und exotisch ist Juchitan auch nicht, daß wir nicht davon lernen könnten.

So ist die Existenz einer Prestigeökonomie, eingebettet in eine sonst weltmarktorientierte Geldökonomie, ein weltweit vielfach beobachtetes und analysiertes Phänomen (vgl. Bourdieu 1979, um nur eine der bekanntesten Analysen zu nennen). Im Gegensatz zu Juchitan jedoch sind die Akteure fast immer Männer und Frauen die Objekte des Prestiges der Männer, sozusagen die vergegenständlichste männliche Ehre (Peristiany 1966). In Juchitan hingegen sind die Frauen die handelnden Subjekte der Prestigeökono-



Photo: Brigitte Holzer

mit der Würde der Frauen? Die Menschen von Juchitan haben trotz der Kolonisierung durch die Spanier und danach durch den Nationalstaat ein stabiles Selbstbewußtsein, Selbstwertgefühl, behalten. Sie verstehen sich nicht als Indios sondern als Zapotecas. Auf diese Weise konnte ihnen die Entwicklungsideologie, in der nur Wert ist, was mit Maschinerie und großem Geld funktioniert, nicht viel anhaben. In Juchitan strebt man explizit nicht nach europäischem Konsummustern. Autos und Fernseher, ein modernes Haus, jene an die private, kleinfamiliäre Nutzung gebundenen Statussymbole spielen eine untergeordnete Rolle. »... Geld wird in erster Linie dazu benutzt, um Freunde und Verwandte vergnüglich zu unterhalten, um das System der Freundschaft und der rituellen Verwandtschaft zu erweitern und Frauen am Isthmus von Tehuantepec aus der vorkolonialen über die koloniale Zeit hinweg bis heute eine auffallend herausragende Rolle gespielt haben.

Wenn aber mit dem Hinweis auf die Besonderheit von Juchitan gesagt werden sollte, daß eine Analyse des speziellen Umganges mit dem Geld keine Relevanz für andere Gegenden haben könnte, dann hat man es sich ohne Zweifel zu einfach gemacht. Die Frage, die wir uns aktuell stellen und aus den gegenwärtigen Strukturen sehr wohl beantworten können, zielt auf die Ergründung jener Mechanismen, die es ermöglichen, daß sich hier Verhältnisse halten können, die weltweit sonst dem Ansturm der Geldökonomie, der Warenwirtschaft und vor allem den Zwängen des internationalen Marktes längst erlegen sind. Denn so einzigartig, isoliert mie. Diese Besonderheit ist allerdings schon ein Teil der Antwort darauf, warum sie in Juchitan noch nicht verschwunden ist, und warum sich die nahtlose Integration in die Kultur der kapitalistischen Weltmarktökonomie mit ihrer Akkumulationsmoral, die sich auch bei der Prestigeökonomie vollzogen hat – wie Bourdieu so überzeugend argumentiert – hier dennoch nicht hergestellt hat. Dort, wo Frauen Objekte des Prestiges sind, verfügen Männer über den Besitz, kontrollieren das Geld und beherrschen dadurch die Frauen. Phänomene, die den Übergang in die moderne geschlechtlich hierarchische Ökonomie fast schon automatisch mit sich bringen.

Bei meiner Suche nach der Antwort darauf, warum sich in Juchitan die weibliche Subsistenzorientierung *gesamtge-*

sellschaftlich als positive kulturelle Prägung halten kann, will ich mein oben bereits angeführtes Argument, daß es nicht der Geldbesitz ist, der dazu führt, daß Frauen in Juchitan diese Stärke und soziales Prestige haben, aufgreifen. Frauen verfügen auch hier, wie gesagt, nicht über das große Geld, sondern vor allem über das kleine Handelsgeld des informellen Sektors. Diesem allgemeinen Tatbestand widerspricht in keiner Weise, daß es in Juchitan auch einige sehr reiche Frauen gibt. Denn auch sonst ist bekannt, daß man im informellen Sektor durchaus sehr reich werden kann. So war der vor ein paar Jahren in Mexico-Stadt verstorbene »Rey de la Basura« (König der Müllhalden) ein Milliardär. Auch ist es nichts besonderes, daß Frauen den kleinen Warenhandel betreiben und – so könnte man argumentieren – dadurch ausnahmsweise Verfügung über das Geld haben, denn auch dies ist im sonstigen Lateinamerika durchaus üblich: 75% der Arbeitenden im informellen Sektor, der sich zu einem hohen Anteil aus Marktaktivitäten zusammensetzt, sind Frauen. Das besondere an Juchitan ist, daß die Frauen unabhängig von jeglicher männlichen Kontrolle über dieses Geld verfügen, und daß sie es zur Mehrung des *eigenen* Prestiges im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Prestigeökonomie verwenden.

Diese Besonderheit der unabhängigen weiblichen Verfügung über das Geld und die Art und Weise des Umgangs damit, bedarf der Erklärung. Davon auszugehen, daß Menschen, bloß weil sie in einem Bereich arbeiten, automatisch auch über denselben verfügen, hält, obwohl die Ansicht häufig geäußert wird, einem zweiten Nachdenken offensichtlich nicht stand. Auch die hohe Zahl der »self-employed« Frauen bedeutet nicht, daß sie über die Produkte dieser Aktivitäten verfügen könnten, denken wir nur an die große Zahl der Kleinbäuerinnen, die bei Arbeitsemigration der Männer über Jahre hinweg den Boden in eigener Regie bearbeiten. Oder denken wir, einfacher noch, an die Hausfrauen, denen schließlich das Haus und der Haushalt, die sie produzieren und reproduzieren, nicht gehören.

Daß die Frauen von Juchitan die Verfügung über ihren Arbeitsbereich, das Geld und dessen Verwendung behalten haben, liegt daran, daß sie die Würde des weiblichen Geschlechtes nicht verloren haben. In einem engen Wechselverhältnis damit, sozusagen das entsprechende gesellschaftliche Klima produzierend, steht die Tatsache, daß die Achtung vor der alltäglichen Nahrung, vor dem Überlebenswert der Subsistenzproduktion nicht verloren gegangen ist.

So ist es eine Quelle von Prestige und Selbstwertgefühl für die Frauen, daß sie die »Brotverdienerinnen« im wirklichen Sinne, die Beschafferinnen des Essens sind. Dick sein gehört in Juchitan immer noch zum weiblichen Schönheitsideal. Hier wird man ganz gewiß keine magersüchtigen Frauen antreffen.

In einem engen Wechselverhältnis zum Bewahren der weiblichen Würde steht auch das Bewahren des ethnischen Stolzes, der ethnisch-kulturellen Identität. Ein Mann in Juchitan kann stolz darauf sein, der Sohn seiner Mutter zu sein; da sie sozial geachtet ist und sogar ein besonderes Prestige erlangen kann und nicht, wie in der modernen Gesellschaft aufgrund ihrer Mutterschaft Geringschätzung erfährt. Insofern ist die Würde der Frauen der Kernpunkt in der Reproduktion des besonderen lokalen gesellschaftlichen Gefüges.

Welche sind nun die Elemente im einzelnen, die das genannte soziale Klima immer wider neu herstellen? Es sind im wesentlichen zwei:

1) Die Existenz einer weiblichen Öffentlichkeit, de über den Markt hergestellt wird, und
2) die Möglichkeit für Frauen ein weibliches gesamtgesellschaftlich anerkanntes Sozialprestige vermittelt über die Verdienstfeste zu gewinnen.

Wie hoch die Bedeutung des Marktes beim Herstellen weiblicher Öffentlichkeit ist, kann daran gesehen werden. daß es in Juchitan außer der obligaten staatlichen Verkaufsorganisation CANASUPO keinen Supermarkt gibt. Das ist bei einem Ort mit über 40.000 Einwohnern sicher eine Besonderheit. Mit anderen Worten, die Frauen tragen auch als Konsumentinnen durch ihre Verhaltensweisen – besser gesagt: durch ihre Politik des Alltags – dazu bei, daß die typisch kapitalistische Warenökonomie nicht in



Photo: Brigitte Holzer

der Weise Fuß fassen kann, wie anderswo. Nach wie vor sind in Juchitan Zeit – und Geldersparnis nicht die obersten Prinzipien.

Fast ein Viertel der erwerbsfähigen weiblichen Bevölkerung von Juchitan arbeitet täglich auf dem Markt oder für den Markt. Und der Markt ist Treffpunkt mit der Mehrheit der anderen Frauen, denn jede Frau oder je Haushalt mindestens eine Frau gehen täglich zum Markt. Entsprechend ist das Straßenbild von Juchitan jeden Vormittag von geschäftigen Frauen bestimmt. Dabei sind der Gang zum Markt und die Transaktion nicht in erster Linie von Gelderwägungen bestimmt, sondern gehandelt wird mit ausführlichen Diskussionen und Späßen, und eingekauft wird bei Verwandten und Freundinnen. Da jede Frau in Juchitan in der einen oder anderen Form erwerbstätig ist, um den Lebensunterhalt für sich und die Kinder zu bestreiten, wodurch sie an der weiblichen Öffentlichkeit teilhat, konnte sich hier die »private« Hausfrau nicht etablieren.

Es herrscht zwischen den Frauen eine hohe und komplexe Arbeitsteilung, jedes Produkt und jede Dienstleistung für das alltägliche Überleben kann gekauft werden, im Gegensatz zur Reduzierung der Arbeitsteilung, die sonst aus dem modernen Haushalt einen Ein-Frau-Betrieb macht. In Juchitan also spielen Kauf und Verkauf gerade in Bezug auf die alltägliche Produktion des Überlebens eine wichtige Rolle, dennoch ist nicht das Geld und dessen Akkumulation das oberse Kriterium, sondern der soziale Aspekt der Transaktion. Und diese bleibt immer eng an den Subsistenzbedürfnissen orientiert.

Die Verdienstfeste von Juchitan sind im wesentlichen Angelegenheit der Frauen. Sie organisieren sie, sie beherrschen das Bild des Festes, indem sie zu Speisen und Getränken, die *ihre* Produkte sind, einladen, indem sie die Tänze eröffnen und indem sie miteinander tanzen. Auch Männer sind hier beteiligt, jedoch gehören sie in den Hintergrund, auch bildlich, ihr Platz ist in den hinteren Reihen. Die Verantwortung für eines der großen Feste zu übernehmen rangiert auch in der männlichen Prestigeskala, dort aber auf einer unteren Stufe der Hierarchie einer Lebenskarriere. Für Frauen hingegen ist das Ausüben eines derartigen Amtes Ziel für spätere Lebensjahre. Dennoch können auch die politischen Posten, die in der Männerskala höher rangieren, nur auf der Gundlage und mit Hilfe des ethnischen Sozialprestiges erreicht werden.

Die juchitekische Gesellschaft geht anders mit der Sexualität um

Einher gehen die andere geschlechtliche Arbeitsteilung und die andere Geschlechtshierarchie in Juchitan auch mit anderen Regeln bezüglich Ehe und Sexualität. Obwohl auf ideologischer Ebene von den Frauen in Juchitan das Bild der monogamen Ehe mit dem Ehemann als Brotverdiener als Ideal vertreten wird, ganz wie es der Vermittlung durch die Schule, die Kirche und die Massenkommunikationsmittel entspricht, ist die Praxis dennoch eine ganz andere. Frauen, gerade auf der oberen Ebene des Sozialprestiges, haben Kinder von verschiedenen Vätern. Auch die politische Karriere von Männern wird durch die Herkunft aus einer unehelichen Verbindung in keiner Weise behindert.

Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Umgang mit der männlichen Homosexualität bzw. mit der Geschlechterzuschreibung. In Juchitan gibt es drei Geschlechter: Männer, Frauen und *Museh*, das sind homosexuelle Männer. Auch homosexuelle Frauen sind in Juchitan freilich bekannt, sie werden aber nicht gesondert gruppiert, da sich ihre Verhaltensweisen gegenüber denjenigen der anderen Tecas nicht besonders abheben. Die Museh haben, obwohl die Offenbarung ihrer Homosexualität. sozusagen das »coming out« dennoch konfliktbeladen sein soll, einen anerkannten, öffentlichen gesellschaftlichen Ort und werden nicht diskriminiert. Mit Harriet Whitehead könnte man deshalb auch von »institutionalisierter Homosexualität« in Juchitan sprechen (Whitehead 1985). Tatsächlich läßt sich ihr Ansatz, die Homosexualität der historischen eingeborenen Gesellschaften Nordamerikas zu verstehen, direkt übertragen. Unter den Zapoteken von Juchitan wie bei der Mehrheit der ethnischen Gruppen des Nordens haben die homosexuellen Männer bestimmte Aufgaben innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. So wie Männer vor allem Fischer und Ackerbauern sind und Frauen Händlerinnen, sind sie für kunsthandwerkliche Tätigkeiten zuständig (Papiergirlanden und Schmuck für die großen Feste; Entwerfen der Stickmuster für die Festgewänder der Frauen; Malerei und ähnliches mehr). Dieser klare gesellschaftliche Ort, also die Institutionalisierung der Homosexualität, setzt laut Whitehead voraus, daß Frauen und deren Tätigkeiten ein relativ hohes Prestige haben, im Gegensatz zu dem, so muß hinzugefügt werden, von Geburt an niedrigen sozialen Status, den sie in der modernen industriellen Gesellschaft haben.

Obwohl das männliche Geschlecht auch unter den Ethnien des Nordens, die die institutionalisierte Homosexualität kennen, mehr Hochschätzung erfahren hat als das weibliche, war es für Männer, vor allem wenn sie eine oder mehrere weibliche Fertigkeiten gut beherrschen, möglich einen gesellschaftlichen Platz zwi-



Photo: Brigitte Holzer

schen Mann und Frau einzunehmen, der für einen Mann immer noch so viel soziale Anerkennung versprach, daß er diesen jederzeit dem Verstecken der physischen Homosexualität vorziehen konnte.

Klarer noch als Whitehead es tut, möchte ich vor dem Hintergrund meiner theoretischen Überlegungen zur geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus noch einen weiteren Aspekt betonen (Bennholdt-Thomsen 1983). Als eine wesentliche Bestimmung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus im Verhältnis zu früheren Produktionsweisen sehe ich deren Abstraktheit an. Die geschlechtliche Arbeitsteilung verläuft nicht mehr in erster Linie entlang von Tätigkeiten und Tätigkeitsbereichen, sondern Arbeitsbereiche von Frauen gelten als gesellschaftlich minderwertig und wo Arbeiten als niedrig eingeschätzt werden, sind Frauen zu finden. Grund ist der für Arbeit herrschende abstrakte Wertmaßstab des Geldes im Gegensatz zu dem konkreten des Könnens, der Fertigkeiten und der gelungenen Produkte (anstelle etwa von deren Quantität). So arbeiten Frauen nach den Kriterien der modernen Gesellschaft nicht etwa im Haushalt als gute Köchinnen oder besonders gute Erzieherinnen ihrer Kinder, sondern sie arbeiten in den Augen ihrer gesellschaftlichen Umwelt, vor allem *ohne* Geld, weshalb in diesen Fällen auch gesagt wird, daß sie *nicht* arbeiten würden.

Typischerweise – oder besser gesagt: perverserweise – gelten gerade jene Bereiche, die unmittelbar das alltägliche Überleben betreffen, die Subsistenzproduktion also, die vor allem von Frauen getan wird, nicht als Arbeit. In Juchitan aber ist dies anders. Frauenarbeit, obwohl sie über Geld vermittelt ist, und dies, was die alltäglichen Verrichtungen anbelangt, in wesentlich stärkerem Maße als bei uns, bemißt sich nicht nach Geld, sondern nach Qualität der Tätigkeit. Aufgrund der Bedingung, daß sie an die Subsistenz geknüpft bleibt und die stoffliche Seite, anstelle von irgendwelchen Warenmengen Bedeutung hat, kann sie auch gesellschaftliches Prestige erlangen. Deshalb, weil die geschlechtliche Arbeitsteilung an den konkreten Tätigkeiten und dem *Überlebenswert* der Dinge orientiert ist, ist sie auch nicht sexistisch (modern-hierarchisch) und ist, so meine ich mit Whitehead, die Existenz der institutionalisierten Homosexualität in Juchitan erklärlich.

Subsistenzorientierung versus Entwicklungsideologie

Anhand von Juchitan wird deutlich, daß Subsistenzorientierung, Marktökonomie und selbst verallgemeinerte Geldökonomie nicht notwendig Widersprüche zu sein brauchen, daß es also durchaus zeitgenössische Mechanismen gibt, die die Automatik der Wachstumsökonomie – Ignoranz gegenüber dem Überlebenswert, Akkumulationsmoral,[1] Zerstörung der Umwelt und der sozialen Gegenseitigkeit – zu durchbrechen vermögen. Hierauf möchte ich mit meinen Schlußbetrachtungen zu Juchitan eingehen.

Die dominierende sozialwissenschaftliche Theorie zu gesellschaftlicher Entwicklung tut sich aufgrund ihrer evolutionären Grundannahmen, daß die Subsistenzwirtschaft vollständig verschwinden und von der Warenwirtschaft abgelöst würde, schwer, die nicht nur in Juchitan, sondern weltweit anzutreffende Situation, daß die Subsistenzproduktion und moderne Marktökonomie eng miteinander verzahnt sein können, anders als in Termini eines Überbleibsels zu analysieren, das bald aufhören wird zu existieren. Mich hingegen interessiert gerade, wie sich diese Ökonomie der Subsistenzorientierung, die so deutlich mit weiblichem und ethnischem Selbstbewußtsein verbunden ist, wie sich dieser andere Umgang mit Geld heutzutage, am Ende des 20. Jahrhunderts immer wieder neu reproduziert.

Hintergrund meines Interesses ist die Erkenntnis, daß eine fortgesetzte Monetarisierung aller Verhältnisse und eine fortgesetzte »Verwandlung aller Dinge (und Dienste) in Waren« (Wallerstein 1984) nicht wünschenswert ist, da sie nur unter fortgesetzter Zerstörung sowohl der umgebenden äußeren als auch der inne-

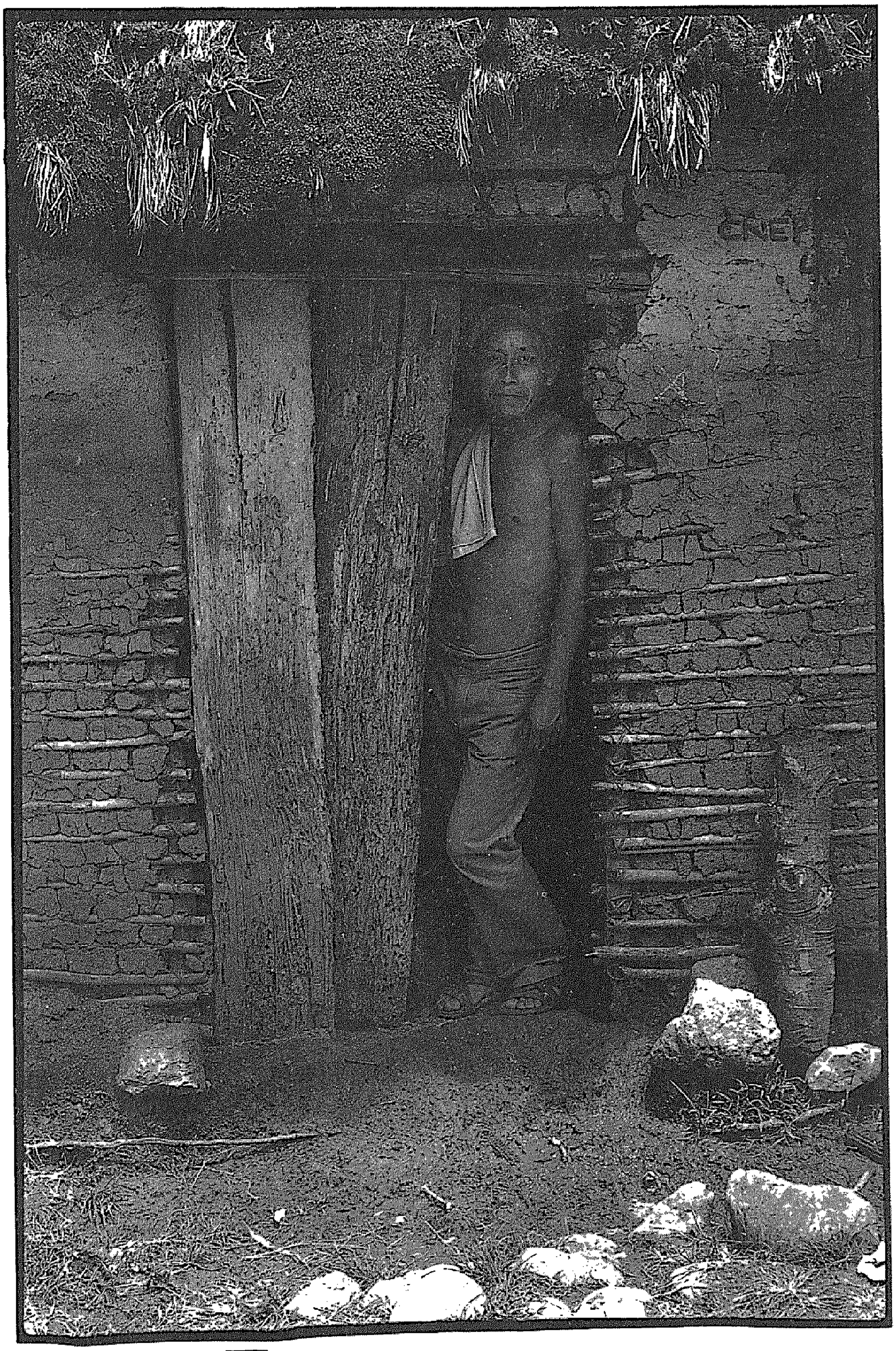


Photo: Eckhard Hochgrebe/Reinhard Jenke

ren, menschlichen Natur vonstatten gehen kann. Dennoch ist realistischerweise unverkennbar klar, daß wir in einer Welt leben, in der heutzutage niemand ohne Geld überleben kann. Deshalb ist das Verständnis eines anderen Umgangs mit dem Geld, einer anderen als nur ökonomistisch-utilitaristischen Wertschätzung sozialer Beziehungen von besonderer Wichtigkeit.

Es geht hier also nicht um den Traum vom goldenen Zeitalter. Auch der Vorwurf von realitätsferner Nostalgie, der meinem Forschungsinteresse gerne entgegengehalten wird, trifft mich nicht, denn er entspringt wieder der kritisierten Sichtweise, die fortschrittsverherrlichend in der einschienigen dualistischen Interpretation gefangen bleibt.

An der Kritik an dualwirtschaftlichen Vorstellungen, die in der gegenwärtigen bundesdeutschen Sozialwissenschaft sogar eine Renaissance erlebt, hat sich der von mir hier verwendete Begriff der »Subsistenzproduktion« entwickelt. Die Kritik lautet, daß ein Begriff von »Subsistenzwirtschaft« verfehlt ist, der diese nur als eine geschlossene Produktionsweise versteht im Sinne der Autarkie kleiner Gruppen, Haushalte, Familien oder einzelner Individuen.

1) Denn die Produktion unmittelbar für die Subsistenz verschwindet nicht, sondern sie verändert ihren Charakter. Immer, auch unter Bedingungen der Hochindustrialisierung und der verallgemeinerten Geld- und Warenzirkulation, ist die Arbeit für das direkte Überleben, unmittelbar für den Konsum ohne vorher über Waren vermittelt worden zu sein, notwendig.
2) Auch die einfachste Wirtschaft kennt Tauschbeziehungen, wie etwa das Wildbeutertum im vorkolonialen Australien, wo über weite geographische Entfernungen hinweg ebenfalls entfernte verwandschaftliche und/oder territorial-soziale Bindungen vermittelt über Tauschbeziehungen aufrechterhalten wurden.

Unter dem Eindruck der Herrschaft der verallgemeinerten Tauschbeziehungen in der Moderne hat sich in der Theoriebildung ein ideologisches Postulat breitgemacht, dessen eine Seite darin besteht, für die Moderne nur noch Tauschbeziehungen, nicht aber die unmittelbare Produktion für den Konsum zu sehen. Dazu gehört als andere Seite, daß die Existenz der Subsistenzproduktion vollständig in nicht-moderne Gesellschaften projiziert wird, für die nun wiederum die Tauschbeziehungen ausgeblendet werden.

Diese Ideologie rechtfertigt die Moderne insofern, als alle vorgeblich evolutionär davorliegenden Verhältnisse so gesehen werden, als hätten die Menschen nichts anderes, als ihre alltägliche lokale, enge Welt gekannt, in der sie sich für das alltägliche Brot schinden mußten. Jeder Hiweis auf die Bedeutung und womögliche notwendige Stärkung der Subsistenzproduktion in der Gegenwart wird entsprechend als Rückschritt angesehen, als Versuch Unwiederbringliches wiederzubeleben und nicht zuletzt als verfälschende Verklärung einer in Wirklichkeit nur mühevollen Existenz. Diese Ideologie, in der nur ein Ausschnitt der modernen Gesellschaft für das ganze gesetzt wird, führt ferner zu einer geradezu aussichtslosen Einseitigkeit. Andere als industrielle Formen der Produktion und andere als über den großen nationalen und internationalen Markt vermittelte Tauschverhältnisse können für die Gegenwart nicht konzipiert werden, weil sie vorher aus der Konzeption der Moderne verbannt worden sind. Existierende andere Formen können nicht wahrgenommen werden, obwohl sie sich unter den Augen der Betrachter selbst vollziehen.

Anstatt einen Bruch zwischen der kapitalistischen und allen vorkapitalistischen Gesellschaften zu postulieren, der noch dazu als qualitativer Sprung verstanden wird, geht es also vielmehr darum, die verschiedenen, sich verändernden Formen der Subsistenzproduktion im Verein mit den entsprechenden Tauschrelationen zu analysieren, nicht zuletzt um die Mechanismen einer subsistenzorientierten gesellschaftlichen Reproduktion gerade auch für die Gegenwart kennenzulernen.

Rio Grande: Die Subsistenzproduktion schafft Selbstvertrauen, Stolz und Eigensinn

Während ich mich in Juchitan gefragt habe, welche *sozialen, kulturellen und ethnischen* Bedingungen die subsistenzorientierte *Ökonomie* fördert, drängt sich mir in Rio Grande, aufgrund meiner Erfahrungen in diesem Dorf, genau der entgegengesetzte Blickwinkel auf. Hier sehe ich, wie die Ökonomie, nämlich die krisenkonjunkturell bedingte Stärkung der Subsistenzproduktion, die ethnische soziokulturelle Eigenart und erhöhtes Selbstvertrauen in die eigenen Ressourcen und Kräfte fördert.

Bei meiner Untersuchung 10 Jahre davor, stand Rio Grande ganz unter dem Einfluß entwicklungsfördernder Maßnahmen. deutlich fühlbar war der Sog in Richtung kapitalistischer Geldökonomie, der entsprechenden Kultur und entsprechender sozialer Wertschätzungen, in den die Menschen von Rio Grande gezogen wurden. Der Mechanismus, der dieser Wirtschaftsform auch im mikrosozialen Bereich zur Durchsetzung verhilft, begann zu operieren: daß nämlich in dieser Gesellschaft Wertschätzung erfährt, wer Geld hat, bzw. daß nur die Arbeit und die sozialen Bedingungen zählen, die Geld einbringen. Dieser Herrschafts- und Kolonialisierungsmechanismus machte sich auf drei Ebenen der sozialen Kategorisierung bemerkbar, – bezogen auf die Existenz als Indios, bezogen auf die Männer und bezogen auf die Frauen.

Erstens, bezogen auf die Indios, insofern als man sich versprach, die rassistische Verachtung, die in Chiapas noch dazu besonders extrem ist, dadurch zu überwinden, daß auch die Campesinos Choles Geld in die Hände bekamen, indem sie ihre gesamte Agrarproduktion auf Cash Crops umstellten. Der Mechanismus ist bekannt und vor allem von Fanon eindringlich beschrieben worden. Es ist der Versuch, der rassistischen Diskriminierung dadurch zu entgehen, daß man die Lebens- und Kulturformen der Herrschenden nachahmt. Dies war zweifelsohne ein Grund, warum die indianischen Bauern von Rio Grande dem Anbau von Sorghum anstelle von Mais und dem Kreditprogramm einschließlich des Traktors nicht mehr Widerstand entgegensetzten, obwohl sie sich davon kaum eine bessere Ernährung versprechen konnten.

Der zweite Mechanismus operierte im Geschlechterverhältnis. Es war von vornherein klar, daß das Geld wie bisher und nun in verstärkterem Maße zu Händen der Männer gehen würde, wodurch ihre Herrschaftsposition gegenüber den Frauen noch erheblich ausgebaut worden wäre. An die Stelle der Kooperation und der geschlechtlichen Arbeitsteilung nach Subsistenztätigkeiten drohte sich endgültig die moderne Geschlechterhierarchie vom männlichen Brotverdiener und der weiblichen, abhängigen zuarbeitenden Arbeitskraft durchzusetzen.

Drittens, in Bezug auf die Frauen hatte das zur Folge, daß sie die aufkommende Verachtung gegenüber Subsistenzaktivitäten dadurch mitvollzogen, daß sie sich gegen die Ausweitung von Subsistenztätigkeiten in ihrem Aufgabenbereich sperrten und sich lieber auf Heimarbeit für Verleger oder sogenannte einkommenschaffende Maßnahmen orientierten. Konkret wurden Programme zum Gemüseanbau im Hausgarten und zur Diversifizierung der Nahrung, um Mangelernährung entgegenzuwirken, von ihnen durchweg boykottiert, wohingegen die

Masthähnchenzucht, die Hausfrauenkredite für Nähmaschinen und Näharbeiten im Verlagssystem – all das was Geld einbringt – sehr gefragt waren.

Zehn Jahre später, da der Traktor und das Sorghum, die Zuchthähnchen und die Näharbeiten und insgesamt das entwicklungsfördernde Projekt verschwunden waren, galt wieder anderes als nur das Geld. Gleich am ersten Tag werden wir zu einem Chaya-Gericht eingeladen, einem wildwachsenden Sprößlingsgemüse. Und Adelina, die uns dieses anbietet, scheint sich, anders als vor 10 Jahren, nicht darum zu scheren, daß die Indios in Chiapas von den Ladinos als »Grasfresser« bezeichnet werden, weil sie wildwachsende Pflanzen sammeln. Maria baut sogar Gemüse an, nämlich die traditionelle Kürbisart Chayote, die in der Gegend schon fast verschwunden ist. Allerdings kultiviert sie sie in der Milpa, dem gesellschaftlich anerkannten Produktionsort, und nicht im Hausgärtchen, das eine typisch weibliche Zusatzleistung signalisieren würde. Sie geht auch mit der Machete los, um sie zu ernten. Neu in Rio Grande ist für mich auch, daß sehr eindringlich versucht wird, mir Chol, die einheimische Sprache, beizubringen.

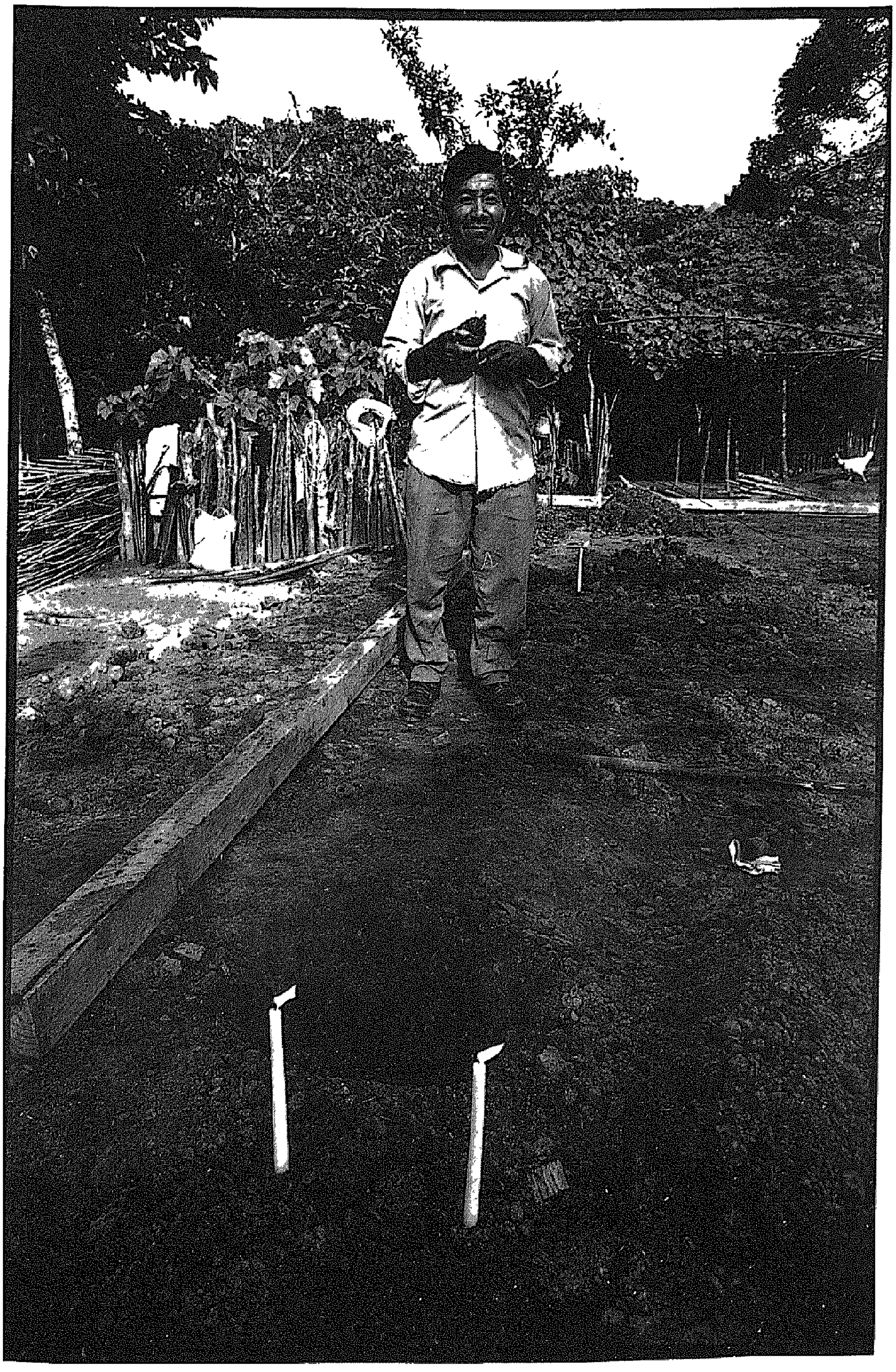
Daß es sich bei dieser offensichtlichen Aufwertung eigener Ressourcen und Kenntnisse nicht nur um Zufälle, sondern vermutlich um Bausteine in einem neuen und zugleich alten Gefüge handelt, wird mir in einem anderen Zusammenhang klar. Die nationale Aufkauforganisation für Kaffee INMECAFE will die Bauern von Rio Grande davon überzeugen, eine neue Kaffeesorte anzubauen. Es ist eine niedrigere buschartige Pflanze, die keine Schattenbäume benötigt und die wesentlich höhere Erträge liefern soll. Zu diesem Zweck unterstützt INMECAFE zusammen mit Nestlé eine Demonstrationsplantage, in der die Stauden schon mal akkurat ausgerichtet im richtigen Abstand gepflanzt sind. Aber die Bauern von Rio Grande haben sich mehrheitlich dagegen entschieden.

Antonio erläutert mir warum: Die neue Sorte brauche verstärkte Düngemittel-, Insektenvertilgungsmittel und Herbizidgaben, setze also eine Investition voraus, für die sie sich höher verschulden müßten. »Endrogarse«, sagt Antonio in der hier üblichen Weise zur Verschuldung, was soviel heißt wie »Drogen nehmen« und »süchtig werden«. Wie treffend, schießt es mir durch den Kopf. Das eben aber wollen sie nicht, sie wollen nicht abhängig werden. Kaffee ist ein Weltmarktprodukt und daher im Preis zu schwankend. Sich noch stärker davon abhängig zu machen, indem man für die Bezahlung der Kredite arbeitet und für die notwendige intensivere Pflege mehr Zeit aufwendet, das will man in Rio Grande nicht. Die Milpa ist etwas Sicheres, sagt man mir, der Kaffee aber nicht. Die Schattenbäume würden durch ihr Laub außerdem einen guten natürlichen Dünger abgeben. Das spart Geld und Zeit. Ferner eignet sich die gegenwärtige Sorte gut zur Ergänzung des Maisfeldes, da sie auch an steileren Berghängen gedeiht und die Schattenbäume zudem einen Erosionsschutz darstellen, und die Milpa, die auf den ebeneren Flächen betrieben wird, vor Anschwemmungen schützt. Die neue Sorte jedoch soll in der Ebene gepflanzt werden, wodurch der Mais auf diese Hänge verdrängt würde. Einige Nachbargemeinden hätten diese Umstellung vollzogen. »Sie können uns nur leid tun«, sagen die Leute von Rio Grande. Bemerkenswert erscheint mir diese Haltung vor allem deshalb, weil man in den letzten Jahren durchweg gute Preise mit dem Kaffee erzielen konnte, nicht zuletzt deshalb, weil

Photos zu Rio Grande: Eckhard Hochgrebe/Reinhard Jenke



der ständig sinkende Wechselkurs des Peso bei Exportprodukten ein Vorteil ist. Wie recht die Bauern von Rio Grande mit ihrer Einschätzung des unsicheren Kaffee-Einkommens dennoch auch in der Aktualität haben, zeigte sich schon Ende Oktober/Anfang November 1987. Die drastisch sinkenden Weltmarktpreise für



Kaffee führten dazu, daß das INMECAFE den Kreditvorschuß auf die Ernte 86/87 zugleich als deren abschließende Bezahlung deklarierte, die erwartete Nachzahlung bei Verrechnung mit der Ernte also einbehielt.

Gestärkt durch die Erfolge der letzten Jahre in der Subsistenzproduktion scheint man sich in Rio Grande bewußt wieder für diesen Weg entschieden zu haben. Bewußtsein als bewußtes Sein, als kulturelle Prägung der Menschen durch ihre alltägliche Praxis vermochte hier aufgrund der jahrhundertelangen indianisch-bäuerlichen Geschichte und trotz der kolonialen Unterwerfung, die Entwicklungs- und Geldgläubigkeit zu unterminieren. Damals vor 10 Jahren habe ich offensichtlich die Effizienz der entwicklungspolitischen Planung und Durchführung und ihres Korsetts, der florierenden Weltwirtschaft, überschätzt und die Einsicht und Weitsicht der Menschen von Rio Grande unterschätzt. Tatsächlich ist Rio Grande, wie die Mehrzahl anderer Dörfer in Mexiko auch, geradezu übersät mit Entwicklungsprojektruinen – einem teuren Staudamm für ein Bewässerungsprojekt, das nie in Gang gesetzt wurde und dessen Staubecken voller Geröll ist; einem verwaisten Schweinekoben für die Mastzucht für den Verkauf; einem Backofen für einkommenschaffende Maßnahmen für Frauen, der seinen Zweck ebenfalls nicht erfüllt; verschwunden ist der Traktor, das Ochsengespann von damals, der Sorghum und so weiter. Diese Erfahrung, verbunden mit der positiven Entwicklung der Subsistenzproduktion in der Krise, hat in Rio Grande – und nach Aussage anderer ForscherInnen auch in anderen Gebieten Mexikos – dazu geführt, daß der kolonialistisch abhängige Glaube an die Entwicklung einer selbstbestimmteren kritischen Einschätzung Platz gemacht hat.

Schlußfolgerung: Die Krise als Chance?

Dieser Meinung zumindest ist ganz dezidiert Gustavo Esteva, der frühere Initiator und leitende Koordinator des SAM, Sistema Alimentario Mexicano, eines Regierungsprogramms zur Förderung der Grundnahrungsmittelproduktion in Mexiko. Das SAM wurde 1979, als steigende Importe von Grundnahrungsmitteln besorgniserregende Ausmaße angenommen hatten, eingerichtet, nicht zuletzt wegen der anderweitig benötigten Devisen. Noch bis 1960 war Mexiko in Grundnahrungsmitteln autark gewesen.[2]

Die Einrichtung des SAM in Mexiko war ganz richtig auf der Einsicht gegründet, daß der Rückgang in der Produktion, zumal des Grundnahrungsmittels Mais, auf den Rückgang seines Anbaus durch die Kleinbauern im Trockenfeldbau zurückzuführen war. An sie richtete sich deshalb auch in erster Linie das SAM. Trotz einiger Erfolge – immerhin konnte die Maisproduktion in drei Jahren von 9 Millionen Tonnen auf 13 Millionen Tonnen erhöht werden – wird das Programm nach diesen drei Jahren dennoch abgebrochen. Esteva selbst meint, daß es gescheitert sei. Und zwar sieht er das Scheitern als ein institutionelles Scheitern an, und zwar insofern, als es nie gelungen war, das SAM als ein Projekt der Bauern selbst zu etablieren. Ohne hier auf die verschiedenen Gründe, warum dies so war, im Einzelnen eingehen zu können, möchte ich an diesen Punkt anknüpfen: Mit Esteva bin ich der Meinung, daß ein Projekt der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln nur funktioniert, wenn es bei den Produzenten selbst ein Konzept, eine Wertschätzung, eine Orientierung auf die Grundnahrungsmittel gibt. Mein Blickpunkt dabei ist allerdings nicht derjenige, wie ein staatliches Programm am besten so propagiert werden kann, daß es von den ProduzentInnen angenommen und

umgesetzt wird, sondern ich bin vielmehr der Meinung, daß eine Selbstversorgung eines lokalen und regionalen Rahmens bedarf, in dem sie sozial verankert ist, wo sie sozusagen von unten her getragen und aufgebaut wird. Esteva geht sogar so weit zu sagen, daß »eine Strategie, die solch einen tiefen Wandel anstrebt, wie das SAM es vorhatte, nur gemeinsam mit der gesamten Gesellschaft und nicht hinter ihrem Rücken... geleistet werden kann« (1984, S.32). Er meint damit eine umfassende Subsistenzorientierung und, wenn man so will – Kultur im Gegensatz zur herrschenden Geld- und Warenorientierung mit ihren entsprechend kolonialistisch geprägten Konsummustern. Vielleicht vermag die Krise in Mexiko jenen Beitrag zur gesellschaftlichen Kehrtwendung, die für die Subsistenzorientierung notwendig ist, zu leisten, wie Esteva meint.

Dabei bin ich nicht der Meinung, daß es einen einfachen materiellen oder ökonomischen Mechanismus zwischen Einkommensknappheit und Wiederaufleben der (agrarischen) Subsistenzproduktion gibt. Erfahrungen aus verschiedenen Gegenden der Welt sprechen vielmehr dagegen. So ist etwa in Bielefeld zu beobachten, daß EmigrantInnen aus der Türkei sich sehr häufig unbenutzte Stücke Land für den eigenen Gartenanbau aneignen, wohingegen diese Tendenz bei deutschen Erwerbslosen, die vermutlich noch stärker auf ein zusätzliches Naturaleinkommen angewiesen wären, wesentlich geringer ist. Oder betrachten wir die Homelands im südlichen Afrika, für die Vesper kritisiert hat, daß die Männer eher müßig auf den nächsten Kontrakt etwa für die verhaßte Minenarbeit warten, als eine Eigenkonsumproduktion aufzubauen (Vesper 1983). Ähnlich enttäuschende Erfahrungen habe ich im Norden Mexikos bei Landbesetzergruppen gemacht, die das besetzte Land eher brachliegen ließen und auf den Kredit für die Cash Crop-Produktion warteten, als es ohne Kredit für den Eigenkonsumanbau zu nutzen (Bennholdt-Thomsen 1982). Es bedarf offensichtlich (zusätzlich?) einer bestimmten sozialen und kulturellen Disposition, damit unter modernen Bedingungen die Subsistenzproduktion an Bedeutung gewinnen kann.

Angesichts der zunehmenden ökologischen Zerstörung durch die industrielle Agarproduktion, angesichts des rapiden Verdrängens von ökologisch angepaßten Kulturpflanzen durch künstlich gezüchtete »Weltwirtschaftspflanzen«, angesichts der prekären lokalen Nahrungsmittelversorgung, die z.B. im Afrika südlich der Sahara weiter abnimmt, wie die FAO besorgt bemerkt hat, angesichts schließlich des schwindenden sozialen Status von Frauen weltweit und der damit einhergehenden Geringschätzung der weiblichen Überlebensproduktion, bin ich der Meinung, daß die Analyse der sozialen und kulturellen Mechanismen, die eine Subsistenzorientierung fördern oder verhindern, ein vordringliches Thema ist.



Photo: Brigitte Holzer

Anmerkungen:

1) Den Begriff habe ich zum ersten Mal in einem Aufsatz zur Ökologiefrage benutzt: »Von Moral der Akkumulation anstelle von Fortschritt spreche ich deshalb, um uns klarzumachen, wieviel enger diejenigen, die mit der Akkumulation scheinbar nichts Positives verbinden, weil sie im Gegenteil darunter leiden, mit dem Kapital verstrickt sind, als uns jene Theorie glauben machen will, derzufolge es sich dabei um ein objektives Sstem handelt, das sich nach der eigenen eisernen notwendigen Gesetzlichkeit entfaltet, jenseits des Willens der Mehrheit der Menschen.« (Bennholdt-Thomsen, Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. Heft 19, 1987)

2) »Zwischen 1980 und 1989 bedeutete der Import von Mais, Soya, Sorghum und Weizen einen Devisenabfluß von mehr als 9 Millionen Dollar, wobei allerdings nur 36% davon auf den Mais und 9% auf den Weizen entfielen, dagegen 28% auf Soya und 29% auf Sorghum, beides ausschließlich Futtermittel« (U. Oswald, Manuskript). Die Autorin weist damit daraufhin, wie teuer der mexikanischen Volkswirtschaft der Luxuskonsum von Fleisch, der im Zuge der Verstädterung erheblich zugenommen hat, kommt. Gleichzeitig werden bäuerliche Anbauflächen durch diese typisch auf Gewinnmaximierung zielende Viehproduktion enteignet.

Literaturliste
(Ergänzung zur Liste in SF-35):

Boserup, Ester (1982): Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika; Edition Cordeliers, Stuttgart

Bourdieu, Pierre (1979), Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabylischen Gesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt

Coronoa, Rodolfo (1979), Cuantificacion del nivel de la mortalidad en Oaxaca 1970, Centro de Sociologia, Universidad Autonoma, »Benito Juarez«, Oaxaca

Etienne, Mona und Eleanor Leacock (Hg.) (1980), Women and Colonization, New York, H.F. Bergin Publishers

Fanon, Frantz (1985), Schwarze Haut, weiße Masken, Frankfurt, Suhrkamp

Friedan, Betty (1970), Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefriedigung der Frau, Rowohlt, Reinbek

Menne, Birgit (1983), Der Handel mit Grundnahrungsmitteln in Westafrika. Frauenarbeit und Subsistenzsektor im Akkumulationsprozeß, Diplomarbeit an der Fakultät für Soziologie, Univ. Bielefeld, unveröff. ms.

Peristiany, Jean G. (Hg.) (1966), Honour and Shame The Values of Mediterranean Society, London, Weidenfeld and Nicholson

Vesper, Michael (1983), Überleben in Namibia. Homelands und kapitalistisches Weltsystem, Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn

Wallerstein, Immanuel (1981), Der historische Kapitalismus, Berlin, Argument-Verlag

Whietehead, Harriet (1981), The Bow and the Burden Strap: A new look at institutionalized homosexuality in native North America, in: Ortner, Sherry B. und Harriet Whitehead, Sexual Meanings. The Cultural Construction of Gender and Sexuality, Cambridge University Press, Cambridge, S.80/115

Termine

Kongreß »Migration und Rassismus in Europa

Vom 27.-30.9.1990 findet dieser Kongreß in Hamburg statt. Teilnahmekosten: 50.- DM, für Nichtverdienende 20.-DM. Es sprechen u.v.a.:

Jessica Jacoby/Gotlinde M. Lwanga: Unterschiede und Zusammenhänge zwischen Rassismus und Antisemitismus

Stefan Gaitanides: Sozialer Wandel und Ausländerfeindlichkeit

Stephen Castles: Globale Arbeitskraft, Rassismus und der Niedergang der Nationalstaaten

Czarina Wilpert: Rassismus – der blinde Fleck der Migrationsforschung in der Bundesrepublik

Friedrich Heckmann: Nationalstaat und ethnische Minderheiten

Clara Gallini: Die Stereotypen der rassistischen Imagination in der Alltagskultur

Siegfried Jäger: Rassismus, Konservatismus und Rechtsextremismus in der BRD

Alma Thiery-Boumedienne: Strategien gegen Rassismus und Sexismus

Henning Melber: Zur Kontinuität kolonialen Denkens etc.

Kontakt/Anmeldung: Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Rutschbahn 38, 2000 Hamburg-13, Tel. 040-45 21 62

Anarchistische Tage in München

Weil sich im Rahmen der Veranstaltungsreihe November 88 - Mai 1989 »70 Jahre Revolution und Räterepublik in München 1918/19 gezeigt hat, daß zum Stichwort Anarchie viel konfuse und falsche Meinungen vorherrschen, hat der Wetzstein e.V. beschlossen, dagegen politische Bildung zu setzen.

Die Einstimmung soll ein Vor-Abend am 7.11.90 geben: ein Abendessen im Stragula (bitte Voranmelden!).

Am Freitag, 16.11. abends dann: Bücher und Theorie-Abend: Literaten und Leitfiguren, KämpferInnen und Ideen ...

Am Samstag, 17.11. nachmittags ein Projektemarkt, auf den nicht nur Münchner Projekte und Betriebe, sondern auch Ideen und Ansätze aus anderen Gegenden vorgestellt werden sollen. Abends: Kultur.

Am Sonntag, 18.11. nachmittags eine Zukunftswerkstatt zum Szeneleben. Hindernisse, Utopien, neue Projekte ... Anschließend: Eine Abendmesse der heiligen Inquisition.

Am Montag, 19.11. vormittags: Pressekonferenz, abends Auswertung und Ausblick.

Wer Lust hat mitzuarbeiten, melde sich bei: *Wetzstein e.V., Fritz Letsch, Pariserstr. 23, 8000 München-80*

Tagung **»Brauchen wir ein zweites Krüppeltribunal?«** vom 19.-21. Oktober 1990

Neben einigen Verbesserungen für Behinderte im schulischen und pflegerischen Bereich, sind vermehrt Angriffe auf das Lebensrecht behinderter Menschen zu bemerken. Die Tagung wird an Gegenstrategien arbeiten. Ort: Jugendherberge Nürnberg,

Kontakt: AG-SPAK, Anneliese Mayer, Adlzreiterstr. 23, 8000 München-2

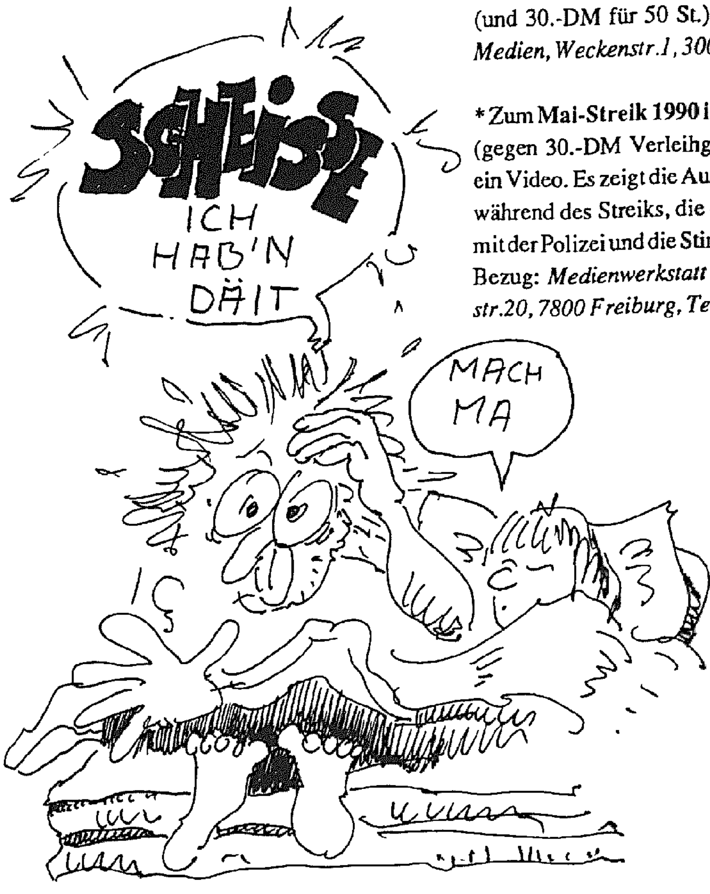
Europa-Tagung

Vom 25.11.-2.12.90 findet in Bremen eine Tagung statt, die vom »Internationalen Komitee zur Beobachtung der europäischen Vereinigung« (CIRUE) vorbereitet wird. Unter den Themen: »Rechtliche und soziale Veänderungen in den jeweiligen Ländern im Zusammenhang mit "Harmonisierungsbestrebungen" (Schengen, TREVI etc.), Ausbau des Polizeiapparats als sogenannte Sicherheits-»Ausgleichsmaßnahme« (Rolf Gössner), Asly im Rahmen Europa mit Dritt-AusländerInnen (Ellen Olms/Dieter Lühmann), Natonalstaat – Nationalismus/Rassismus.

Kontakt: *CIRUE, c/o Stadtjugendring Bremen, Bürgermeister-Smidt-Str. 114, 2800 Bremen*

Europas Macht zum Frieden. Vision und Wirklichkeit. Tagung des Bundes für Soziale Verteidigung vom 14.-16.12.90 in Köln/Deuz. Angekündigt sind u.a. Theodor Ebert, Johan Galtung, Dieter Senghaas und diverse GRÜNE.

Kontakt: *Bund für soziale Verteidigung, Friedensplatz 1a, 4950 Minden*



Kurzes/Kleinanzeigen

* **Antifaschistischer Taschenkalender 1991**
Erstmals wird es einen antifaschistischen Taschenkalender geben. Er soll bereits ab September 90 im Handel sein und wird inhaltlich von verschiedenen antifaschistischen Gruppen gestaltet und vom Antifaschistischen Plenum in Münster herausgegeben und technisch produziert. Inhaltliche Themen sind: Selbstverständnis verschiedener Antifa-Gruppen, Die »Neue Rechte« in der BRD, das Frauenbild faschistischer Gruppierungen, Faschismus und Antifaschismus in der DDR, imperialistische Flüchtlingspolitik, Kunst als Widerstand etc.. Ladenpreis: 9,50DM.
Kontakt: *Antifa-Plenum, c/o Themroc, Bremerstr. 42, 4400 Münster*

* Suche **alte SF: Nr.1-8.** Bitte um Angebote: *U. Schrock, Forster Weg 47, 3250 Hameln*



* Weltmeister Deutschland, Ausländerhatz, Asyl- und Sicherheitsgesetze, Schnellanschluß, Gewendete Revolutionsgewinnler, National gesinnte Linke...! Trotz alledem und deswegen: Anarchie statt Deutschland – diesen schwarzroten Aufkleber gibts für 0,90 DM (und 30.-DM für 50 St.) beim: *Rhizom, AG Medien, Weckenstr. 1, 3000 Hannover-91*

* **Zum Mai-Streik 1990 in Nicaragua** gibt es (gegen 30.-DM Verleihgebühren + MWST) ein Video. Es zeigt die Auseinandersetzungen während des Streiks, die erste Konfrontation mit der Polizei und die Stimmung in Managua. Bezug: *Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg, Tel. 0761/709757*

Kurz nach Redaktionsschluß erreichte uns noch die Nachricht, daß die Nationalismus-Diskussion mittels eines Beitrags , der Rezension der Guhl-Broschüre und einem Interview mit Hans-Jürgen Degen und Rolf Raasch auch in der neusten Nummer der *Direkten Aktion* in Hamburg aufgegriffen wurde. Wir wollen hier nicht der öffentlichen Debatte dieser neuen Aussagen vorgreifen, deshalb nur zwei kurze Anmerkungen: angeblich haben alle Diskutanten und KritikerInnen im SF an Degens Text vorbeidiskutiert und angeblich haben die Libertären die gleiche geheime Liebe für den realexistierenden Sozialismus wie die übrige Linke. Beide Grundannahmen werden des öfteren geäußert und von der DA-Redaktion anscheinend geteilt. Für beide Aussagen gibt es unserer Meinung nach keinerlei Grundlage, sie sind in ihrer Pauschalität jedoch geeignet, neuen Ärger hervorzurufen; wer sich deshalb wie Degen/Raasch im Interview beklagt, daß er mißverstanden wird, muß vielleicht deutlicher differenzieren lernen, bevor er seine Thesen veröffentlicht.
Eine ausführliche Antwort im nächsten SF, für diesmal empfehlen wir die aufmerksame Lektüre der DA.

Anti-Nationalismus statt Inter-Nationalismus!

von Antisemitismus-AG/Frankfurt

Ohne Frage hat *Wolfgang Haug* recht, wenn er in seinem Vorwort zur Debatte um Nationalismus und Anarchismus (SF-35) feststellt, daß die Zahl derjenigen Libertären, die in dieser Diskussion einen nationalistischen Standpunkt einnehmen, auf eine »Handvoll« begrenzt bleibt. Problematischer wird es allerdings hinsichtlich der Frage: Ist die anarchistische Bewegung der BRDDR tatsächlich durchgängig antinationalistisch eingestellt und frei von jeglicher Begeisterung für Volk, Heimat, Nation und Staat?

Erhebliche Zweifel komen auf, wenn wir unsere Haltung gegenüber den Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika kritisch betrachten, stellt sich doch schnell heraus, daß wir unsere diesbezügliche Solidarität oftmals überhaupt nicht von anarchistischen, d.h. antistaatlichen, antihierarchischen, antipatriarchalischen und antinationalistischen Inhalten, leiten lassen, sondern häufig unsere Utopie der Freiheit verraten und uns am – vermeintlich – realpolitisch Machbaren orientieren.*

Um es an einem Beispiel zu erhellen: Wir regen uns völlig zu Recht über unsere, die Vereinigung von BRD und DDR bejahenden Nationalanarchisten auf, sehen aber nicht oder wollen nicht erkennen, daß die Forderung nach einem eigenen Staat der Palästinenser (wir verwenden hier bewußt nur die männliche Schreibweise, um zu verdeutlichen, in welche Richtung diese Angelegenheit läuft) und nach deren nationaler Souveränität, zumindest soweit wir sie erheben, nichts anderes als reaktionär sein kann *(vgl. Graswurzelrevolution, Nr.136/ Sept.1989, S.19f.)*

Natürlich wollen wir nicht leugnen, daß diese Forderung seitens der PalästinenserInnen von deren Schutzbedürfnissen ausgeht und außerdem einer Stärkung der Widerstandskraft gegen die Besatzung Israels dient. Gleichzeitig jedoch bleibt festzustellen, daß sich diese kulturelle Identität nach dem Ende des Kolonialismus bzw. nach dem Rückzug der Besatzungsregimes stets in ein Herrschaftsinstrument verwandelt hat (vgl. Hélé Béji, Désenchatement national, Nationale Ernüchterung, Paris 1982). Die erkämpfte nationale Unabhängigkeit führt nicht zur Erweckung von Individualität, sondern befördert den Zwang zur Einmütigkeit. Verleiht die kollektive Identität, das »Wir« im antikolonialistischen Kampf, Authentizität und Homogenität, so verbleibt danach, mit Erringung nationaler Souveränität – und die nationale Frage ist hierbei stets eine Staatsfrage – kein Raum mehr für das Individuum. Der Nationalismus als Unterdrückungs- und »Volksgemeinschaftsideologie« zielt nämlich stets auf Knebelung individueller Bedürfnisse und Sehnsüchte. Diese werden nicht selten als egoistisch oder kleinbürgerlich verteufelt und sollen hinter dem sogenannten Gemeinwohl zurückstehen.

Die – zumeist in Europa oder den USA ausgebildeten – politischen und ökonomischen Eliten der neuen Nationalstaaten vollführen also nichts anderes, als das, was sie bisher gelernt haben, nämlich die Vereinheitlichung von Meinungen, das Aufblähen des Staatsapparats mit Polizei, Militär und Knästen usw. Die revolutionäre Wärme verwandelt sich so in bürokratische Kälte. Kulturelle Identität und das Streben nach nationaler Souveränität, sind demnach stets freiheitsfeindlich und zielen immer gegen Individualität und Kosmopolitismus. Doch nicht die Suche nach äußerlichen Abgrenzungen und nach letztlich konstruierten – sprich nationalen Gemeinsamkeiten wie Amtssprache, Kultur, Geographie, Geschichte, Religion usw., aus der sich eine »Nation« zusammensetzt, bestimmt unsere individuellen und kollektiven Interessen.

Hinsichtlich des Palästina-Konflikts und der darin um nationalstaatliche Souveränität bemühten PalästinenserInnen wirken eben diese Mechanismen. Auch der palästinensische Staat wird Grenzen, Nationalismus, Militarismus, Sexismus und Rassismus schaffen und dadurch eine echte Koexistenz und Zusammengehörigkeit der dort lebenden Menschen in freier Vereinbarung auf kommunitärer Grundlage eher behindern denn befördern, da sie seinen eigenen Bestand gefährden. Konkrete Erfahrungen mit sämtlichen nationalen Befreiungsbewegungen in den letzten drei Jahrzehnten (Kuba, Algerien, Vietnam, Kambodscha, Nicaragua, El Salvador oder in Afrika) belegen, daß diese, einmal an die Macht gelangt, staatliche Repressionsstrukturen zur Grundlage ihrer Herrschaft erklärten. Verfolgung von Minderheiten oder Kulturen ohne Staat ist nämlich gerade eine Folge des Staatensystems.

Gegen Nationalismus in jeglicher Erscheinung, ob hier in Europa oder bei den das europäische Nationalstaatenmodell kopierenden Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien anzugehen, bedeutet, wenn unser libertärer Antinationalismus glaubwürdig sein soll, sämtliche nationalen »Korsettstangen« *(Wolfgang Haug)* prinzipiell zu denunzieren. Wollen wir ernsthaft sämtliche Herrschaftsstrukturen beseitigen, so darf uns falsch verstandene Solidarität mit den Befreiungsbewegungen nicht den kritischen Blick auf Hierarchie und Herrschaft vernebeln. Zudem: Nicht antinationalistische KritikerInnen unserer Zivilisation sind demnach europazentriert, sondern die um Unabhängigkeit bemühten »Völker« des Trikont, die ihre kulturellen Normen von ihren Unterdrückern (Industriestaat) kopieren.

Soll anarchistische Kritik an Hierarchie und Herrschaft nicht zu Kompromissen verkommen, so müssen wir unsere Prinzipien von Antistaatlichkeit und Antinationalität immer und überall, auch gegenüber dem internationalistischen Befreiungsnationalismus betonen. Denn nicht staatlich organisierte »Territorialkollektive«, sondern allein der kommunitäre Zusammenschluß unter freier Vereinbarung, d.h. die Gleichberechtigung verschiedener Lebensformen sowie herr-

schaftsfreier Austausch von Kultur und uneingeschränkte Kommunikation, kann unser Ziel sein. Fangen wir in »Deutschland« damit an.

** Hier könnte und müßte eine gesonderte Diskussion zu unserem Verhältnis zu den »Befreiungsbewegungen« eröffnet werden, denn für uns steht keineswegs fest, daß es sich bei den Befreiungsbewegungen »der letzten 3 Jahrzehnte« so ausschließlich, wie hier betont, lediglich um »nationale Befreiungsbewegungen« gehandelt hat. Im Gegenteil, scheint uns das Motiv gegen diktatorische und korrupte Regimes vorzugehen in erster Linie ein soziales Motiv zu sein, das nur beiläufig nationalistisch wird, nämlich dort, wo diese Regimes grundsätzlich für ihre kleine Elite wirtschaften, ihr "privates" Geld im Ausland investieren etc. Das antihierarchische Denken im Anarchismus ist deshalb ganz ausdrücklich berücksichtigt, wenn AnarchistInnen mit Befreiungsbewegungen solidarisch sind. Hinzu kommt, daß theoretische und praktische Solidarität mit konkret Unterdrückten jederzeit geboten ist und nicht erst dann, wenn diese eine anarchistische Gesellschaft anstreben. Soviel mal zum Einstieg in diese neue (und alte) Debatte. SF-Redaktion.*

Die »mißhandelte« Nation?

von Thea A. Struchtemeier

Lieber Hans-Jürgen, ich möchte meinen Diskussionsbeitrag ganz bewußt auch an Dich persönlich formulieren, weil die Argumente, die ich versuche vorzutragen, nicht den Anschein einer abgezockten Diskussion unter »Polit-ExpertInnen« erwecken sollen. Die Äußerung meines Erstaunens und meine Kritik an Deinem Artikel will sich hier nur auf wenige Punkte beschränken, ohne damit zu sagen, daß es nicht noch andere gäbe, worüber sich eine »libertäre Linke« mit Dir auseinandersetzen könnte.

Meine Kritikpunkte sind:

1. Nation als Positivbegriff (Nazismuskritik, Vereinigung, die Vorstellung der »mißhandelten Nation«)
2. die Verwechslung der Zusammenhänge von Nation und Staat und
3. Dein Traum von der »großen« Freiheit.

1.

Du schreibt a), »wir« linken libertären Deutschen hätten »unsere« Geschichte »nur auf ihr Negativkonto reduziert«, indem »Nation« im Kontext mit deutsch nur mit chauvinistisch, mit nazistisch gleichgesetzt werde. Von meinem Informationsstand her gab es immer Menschen, die den Begriff der Nation kritisierten, ohne bis dahin ihre Verwirklichung im eigenen Lande erfahren zu haben – ich denke da z.B. an C.M. Wieland. Wieland formulierte seine Kritik an nationalen Ideen noch vor der Französischen Revolution, d.h. nicht über die reale Umsetzung nationaler Ideen in Deutschland, sondern »aus dem Lesen der alten Griechen und Römer« (1795). Mit seiner Ablehnung nationaler Ideen verweigerte Wieland ebenso einen »teutschen Patriotismus«. Seine Gründe entsprangen nicht aus der Erfahrung eines nazistischen Charakters von Nationen, sondern dem Wissen, daß Nationen etwas mit Gebietsansprüchen und Grenzen zu tun haben. Die Französische Revolution mit ihrer (Frankreich spezifischen) Umsetzung von Nation *und* Staat gab ihm kurz darauf Recht.

Für »teutsche« Verhältnisse liefert U. Bräker anschauliche Beispiele darüber, wie sich Militärs in gespaltenen, unvereinten Verhältnissen später in geeinten Verhältnissen zu »freiwilligen« Volks- und Bürgerheeren entwickelten. Bräker verdeutlicht, wie sich die »fremden« unvereinten Söldnerheere des 7-jährigen Krieges im Lande derjenigen aufführten, für deren angebliche Interessen sie kämpfen mußten. Resultate französischer und deutscher nationaler Einigungsbestrebungen sowie ihr sogenannter staatspolitischer »Fortschritt« waren dann: 1793 wurde die erste **allgemeine Wehrpflicht** als »Levée en masse« vom französischen Nationalkonvent veranlaßt; Preußen folgte 1814. Kriegsdienst war damit nicht mehr Söldnerdienst, der von »Fremden« ausgeführt wurde, sondern »freiwillige« Bürgerpflicht. Den Schutz eines nationalen Staatensystems zu genießen, brach-



te als Gegenleistung mit sich, die Rolle des Bürgers im Waffenrock zu übernehmen. Da Frauen nicht wählen durften, brauchten sie diesen »Staatsentgelt« nicht zu entrichten. Die Systematik von Freiwilligkeit und Wehrpflicht wurde perfektioniert mit dem Entstehen nationaler – und in Deutschland noch geforderter – politischer Einheit. Die Vorstellung von Nation, so wie sie Deinem Text zugrundeliegt, wird nicht »verschieden definiert«, sondern sie entstand Mitte des 18. Jahrhunderts. Mit ihr bildete sich gleichermaßen das Bekenntnis zum »Vaterland« als Patriotismus heraus, dessen Umkip-

pen in feindliche Vorurteile außer Wieland auch schon J.G. Herder und J.G. Zimmermann (Arzt Friedrich des Gr.) diskutierten.

b)
Du führst weiter aus, *»daß die Nation in Deutschland von der rechten permanent vergewaltigt wurde/wird ... (...) daß die Linke diese Vergewaltigung hinnimmt, sich noch genüßlich an ihr weidet«* usf.

Als in Frankreich die nationale Einigung vollzogen war und sie in Deutschland noch herbeiphantasiert wurde, traten schon



Photo: Theo Heimann

die ersten Bilder über die Nation, ihre Repräsentationen auf: als Statuen, als Karikaturen in Schrift und Bild usf. Mit diesen Bildern waren weitere Vorstellungen verbunden, und es sind die, von denen Du eines so offen (oder unreflektiert) wiederholst: das Bild der vergewaltigten Nation.

Honore de Balzac schrieb einmal: »Es kommt ein Alter, da die hübsche Maitresse, der man dienen kann, die Nation ist.«

Bei aller Kritik, die Balzac in seiner Bildverwendung versuchte (und die auf ihn wegen der Motivverwendung zurückschlagen könnte), möchte ich Dich, Hans-Jürgen fragen, woran Du bei Deiner Formulierung von »Nation« denkst? Du hälst es vom jetzigen historischen Standpunkt DDR/BRD für *»überlegenswert, Nation als etwas Verbindendes (...) anzusehen«*; Du definierst Nation als das Gegenteil von »Ruhe«, also Unruhe oder Bewegung; Du meinst, die gesamte Linke, der es vor einer geeinten Nation grause, sei »handlungsunfähig«, sie sei sogar ihrer *»Identität amputiert«* (ich halte mich hier zurück, auch noch den Begriff »Identität« zu diskutieren). Auffällig ist die Tatsache, daß Du politische Begriffe wie Nation oder Linke als Körper imaginierst und zwar getrennt gemäß der Geschlechterverhältnisse. Daß Du die Nation als eine Frau beschreibst, wundert mich, die mit Bildern arbeitet, einerseits nicht, es stellt Dich aber in eine lange Kette von traditionellen und patriarchalischen Argumentationsmuster. Bilder, wie z.B. die Erde als Frau, die Natur als Frau, die Nation als Frau, die Freiheit als Frau, die Vernunft als Frau, die Gerechtigkeit als Frau (ich will nicht weiter fortfahren) existieren in ihren Ursprüngen schon seit urmythischen Zeiten (z.B. babylonisch, Enuma elish) und sie sind auffindbar, seitdem es Bilder und Schrift gibt. Es sind Zeichensysteme aus den Köpfen derjenigen, die sie produzierten und verbreiteten – und das waren zum überwiegenden Teil Männer. Deren Gewaltphantasien (wobei die Ersetzung eines Objekts durch eine quasi »Kühlerfigur« Frau, also durch ein Subjekt, das zum Objekt gemacht wird, auch schon unter sexistische Gewalt fällt) machten auch vor dem »politischen Körper« nicht halt, und Du befindest Dich völlig im Unrecht, wenn Du meinst, nur Rechte hätten die »deutsche Nation vergewaltigt«. Im Gegenteil – gerade oppositionelle Gruppen (rechte wie linke) neigten (in Frankreich wie in Deutschland) dazu, den Umsturz eines Regimes am politischen Körper »Frau« (und sogar real am Körper der politischen Frau) zu vollziehen.

Beispiele?

E. Delacroix entblößte seiner »Freiheit« die Brust, und diese Aktion erregte in der Mitte des 19. Jahrhunderts großes Aufsehen, sollte aber als revolutionär gelten. Besaßen damit die realen Frauen in der Öffentlichkeit gleichermaßen das Recht, den Genossen Männern die Hosen runterzuziehen?

B. Brecht malte sprachlich schöne Engelbilder – manchmal jedoch »mußten« sie vergewaltigt werden. Wer waren diese Engel? Es waren die so allegorisierten bürgerlichen Frauen, an deren Körper sich der Übergang des bürgerlichen zum sozialistischen System zu vollziehen hatte....

Usw.usf. ich möchte nicht noch die unzähligen gefesselten »Mariannen-« und »Germania«figuren aufzählen, die Bilder aus der spezifisch-nationalen Perspektive sind.

Ich sagte, Du imaginierst Politik getrennt gemäß der Geschlechterverhältnisse. Ich habe den Eindruck, daß Du, der sich als ein Teil der Linken definierst, diese nur von deinem männlichen Politikverständnis her begreifst. Auf der einen Seite steht die als Frau, dazu noch als passives Opfer gezeichnete Nation. Auf der anderen Seite ist die »amputierte Linke«, deren körperliche Wiederherstellung angesagt wäre. Mir persönlich wären solche Begriffe wie »Handlungsunfähigkeit« und »amputierte Identität« in bezug auf politische Verhältnisse (bei Dir »Körper«) niemals eingefallen. Ich frage Dich, meinst Du nicht, daß die Probleme, die Du formulierst, nicht auf anderem Gebiet liegen, nämlich dem, wie Du sie interpretierst und fühlst? Ich greife nun Deinem eventuellen Gegenargument vor, nämlich daß ich mit psychoanalytischen Argumenten den Diskurs entpolitisiere. In der Tat, um es lax auszudrücken, halte ich »Nationalismus« und »Patriotismus« *auch* für eine Angelegenheit der Couch, aber nicht, um die Zuweisungen zu verschieben, sondern frei nach der Devise W. Reichs, der die Couch in die Politik holte.

2.
Du verwechselst die Zusammenhänge von Nation und Staat, was insbesondere in der Passage IV zum Vorschein kommt. Du schreibst über die Libertären, sie besäßen *»ein Haßverhältnis zu diesem Land«*, das sie »nur mit Barbarei und totalem Staat« assoziieren; Libertäre gingen den *»Staatsfetischisten von links und rechts auf den Leim«*. Erstens: Soweit ich die Diskussion in anarchistischen/autonomen/feministischen Zusammenhängen überblicke, besitzen die dort arbeitenden Frauen und Männer – wenn schon von »Haßverhältnissen« gesprochen wird (gibt es keine analytischen Argumente gegen ein geeintes Deutschland?) – Antipathien sowohl gegen die konkrete Vergangenheit dieses Landes als auch gegen die Kontinuitäten aus dieser Vergangenheit. Dazu gehört die Ablehnung derjenigen Mechanismen, die es ermöglichten, Menschen zum Schweigen gleichzuschalten und andere systematisch auszurotten.

Die ablehnende Haltung zu einer »geeinten Nation« seitens libertärer Frauen und Männer kann sich aber noch auf mehrerlei Ebenen vollziehen: Durch die Vergrößerung des Territoriums ent-

stehen größere Kontrollgebiete; die Repräsentanz einer nicht mehr nur Kulturnation erfordert gemäß der herrscheden Denkweise, neue Abgrenzungen und damit verbunden neue Feindbilder; »Nation« – nicht nur als politisch definierter Begriff, sondern auch als Wert – läßt neue, gefühlsmäßig besetzte Symbole aufkommen: welche Nationalhymne wird aktuell werden? Welche Nationalfarben werden an welchem noch zu bestimmenden Tag der Öffentlichkeit gezeigt werden? Welche Hauptstadt ? usw. Das alles sind Fragen, die mir im Grunde genommen nicht wichtig sind und mich nur insoweit beschäftigen, als sie mir von diesem System vorgesetzt wurden.

Das ist kein national- oder »staatsfixiertes« Denken mit Umkehrzeichen, sondern ein Verhalten, das die Auswirkungen von Nation, Staat und Nationalstaat ernst nimmt. Auf solche Trophäenpolitik würde ich also gerne verzichten, und nicht nur, weil es sich mit einer antietatistischen Haltug begründen ließe. Um es auf den Kern zu bringen: An der Frage der Nation ist das geforderte symbiotische Denken erschreckend, was mit Besatzungspolitik einhergeht – am Staat, daß er die Mechanismen zur Verfügung stellt, dieses idealistische Denken umzusetzen. Im konkreten Fall der Jahre 1989/90 kann der Nationengedanke nicht losgelöst vom Staatsapparat gedacht werden. Glaubst Du denn, daß eine geeinte Nation auf dieses Organisations- und Kontrollinstrument verzichten wird? Ich vermute, daß Du das »glaubst«.

Zweitens: Die französischen und deutschen Zustände waren nicht imer deckungsgleich. Es gibt das Argument, daß in Frankreich die Nation als mit dem Staat identisch begriffen wurde (F. Meinecke), jedoch in Deutschland wurde der nationale Traum schon geäußert, als es noch gar keinen gemeinsamen (und später kleindeutschen) Staat gab. Nun denn, »wir« in unserer Tradition müßten uns jedenfalls fragen, ob wir es heute, angesichts der Nachahmung französischer Verhältnisse, noch wagen können, den Traum der Nation staatenlos zu träumen (d.h. sich solchen Träumereien überhaupt auszusetzen).

3.
Du artikulierst die nationale »Vereinigung« unter Ausschluß ihrer (Ein-)Staatlichkeit als deine »wirkliche deutsche libertäre Utopie« und als das Nirwana des »Raumschiffes Deutschland« (wer gab Dir nur diese Metapher ein?) Es tut mir leid, und vielleicht überstrapaziere ich jetzt das Bild, aber wenn ich konsequent Deinem Denken folge, höre ich es da nicht das Rufen eines saint-simonistischen Prosper Enfantin nach der »obersten Mutter«? Ich möchte den Film noch um eine Einstellung verlängern und fragen: Ist deine Utopie nicht die Hochzeit Deines Raumschiffes mit dem Männerimago von »mütterlicher Föderation«?

Mir selbst wird ganz schwindelig bei dieser »Umarmung«, nein: »Vereinigung«. Nicht wegen des angedeuteten Inzests und dem, was sich noch weiteres aus solcherlei Utopien herausarbeiten ließe.

Ich hoffe, Du magst Bilder lesen.

Tendenz ärgerlich

von Rolf Raasch

Mein Eindruck über den Stil der Nationalismus-»Diskussion« im SF: Tendenz unsolidarisch bis ärgerlich. Hans-Jürgen Degens Artikel im SF-34 hätte so nicht veröffentlicht werden dürfen. Denn er bildet nur einen Teil eines Gesamtpakets von drei Beiträgen zum Thema *»Die Linke und die Nationale Frage«*. Alle drei Beiträge sind als zusammenhängend gedacht und beziehen sich aufeinander.

Die isolierte Darstellung des subjektivistisch-emotionalsten, d.h. »schwächsten«, weil sachlich angreifbarsten Artikels, hat eine Kampagne ausgelöst, die den Charakter eines Rufmordes anzunehmen droht. Dieser Eindruck drängt sich mir auf, wenn ein Genosse, der seit vielen Jahren zu den aktivsten und originellsten innerhalb der libertären Szene Berlins zählt, inzwischen im SF unwidersprochen in einem Atemzug mit Schönhuber genannt werden darf.

Das nur als Anmerkung zur Form »libertärer« Streitkultur, wie sie im Augenblick im SF »gepflegt« wird.

Inhaltlich hat die ganze bisher dokumentierte Debatte nichts Neues gebracht. Höchstens vielleicht die Feststellung der Unkenntnis darüber, daß es in der Geschichte der anarchistischen Bewegung oft ähnliche Positionen zur Nation wie die Hans-Jürgen Degens gegeben hat. Darüber hinaus die erneute Bestätigung des – mit Verlaub – Sektencharakters der libertären Bewegung, die nicht davon loskommen will, ein Teil der linken Gesamtsekte zu sein.

Libertär-Sein heißt für mich: mindestens auch im Denken frei und originell zu sein, d.h. gewohnte Schemata zu verlassen und in Frage zu stellen.

Ob wir es wollen oder nicht, die nationale Problematik wird für die nächsten Jahre nicht nur bei uns eine entscheidende gesellschaftliche Dynamik ausmachen. Es muß erlaubt sein, auch nach den positiven Faktoren dieser Dynamik zu fragen, die ja für Millionen Menschen anscheinend darin enthalten sind. Die immer wieder erneute linke Feststellung bloßer Verdummung und Manipulation der Massen wird uns diesen nie näher bringen. Oder wir warten und setzen immer wieder auf die nächste Krise und die große Verelendung, auf die negativen Gründe, durch die für die Massen der Sozialismus erst attraktiv werden soll. Wir haben hoffentlich mehr zu bieten.

Anm. der SF-Red.: Der implizierte Vorwurf, wir hätten uns bewußt den schwächsten Beitrag ausgesucht, um eine Kampagne zu beginnen, entbehrt jeder Grundlage. Aus unserer Sicht ist das Gegenteil wahr. Die beiden abgelehnten Beiträge waren keineswegs »besser« oder gar weniger angreifbar. Allein das wiederholte Zitieren linksnationalistischer Autoren wie Brandt/Ammon hätte gegen Jochen Schmücks Beitrag eine ähnliche Reaktion provoziert. Der Artikel von Rolf Raasch wiederum ist leicht angreifbar, weil er historische Beispiele, in denen sich die Linke opportunistisch auf nationale Inhalte einließ und böse auf den Bauch gefallen ist (siehe z.B. KPD-Politik in den 30er Jahren oder auch das Abdriften der maoistischen KPD der BRD in nationalrevolutionäre "Sekten" etc.pp.), einfach wegließ, so daß seine Argumentation, die Linke könne ihr Sektendasein beenden, wenn sie sich nur auf diese aktuelle Frage einlasse, wenig mehr als gezielte Augenwischerei ist.
Auch die Haltung, die drei Artikel hätten unbedingt gemeinsam veröffentlicht werden müssen, ist erst im Nachhinein entstanden. So schrieb Hans-Jürgen Degen in seinem Begleitbrief zum Artikel: »Die Beiträge von Jochen Schmück und Rolf Raasch kommen noch. Wir haben uns nicht abgesprochen.« Jochen Schmück teilte seinerseits mit, daß wenn sein Artikel abgelehnt werde, er es außerordentlich wichtig fände, daß dann einer der anderen auf jeden Fall im SF stehe.
Wenn deshalb diese Diskussion dem Ruf einiger Libertärer schadet, so nicht, weil der SF mit dieser Diskussion irgendwie »bösartig« umgegangen ist, sondern aufgrund der inhaltlichen Positionen, die diese Libertären vertreten. Wenn diese Positionen in der Geschichte des Anarchismus häufiger auftreten, so ist das nur ein Grund für uns, sie endlich mal genauer anzusehen. (Vgl. in diesem Zusammenhang auch Banal, sowie eine Antwort auf Banal in diesem SF).

»Deutsch ist Deutsch – da helfen keine Pillen«

Rezension

Das wiedervereinigte, deutsche Nationalgefühl sieht großen Zeiten entgegen. Patriotische Grundwerte werden aus der Mottenkiste gekramt. Die Rufe nach »Deutschland einig Vaterland« sind nicht mehr zu überhören. Nach Jahren des »schlechten Gewissen« und der »Niederlage« scheint die Zukunft unwiderruflich im Taumel des nationalen Aufbruchs zu stehen. Währungsunion, deutsch-deutsche Wahlen, Nationalstolz usw. sind nur einige Schlagworte der Begeisterung. Sozusagen ein kleiner Vorgeschmack auf die erneute Ausübung des 'Selbstbestimmungsrechts' der Deutschen.

»Gemeinsam sind wir unausstehlich« ist der Titel einer aktuellen Aufsatzsammlung zur Stimmungslage vor der Wiedervereinigung. Die Autoren des Buches untersuchen verschiedene Aspekte der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates. Auch den versteckten Jubel und offenen Beifall eines Teils der Linken, die endlich über Systemgrenzen hinweg eine neue »Stunde Null« beklatschen dürfen.

Zu Beginn erzählt Wolfgang Pohrt die Geschichte »Vom gefräßigen kleinen Dummerchen«, dem wiedervereinigten Deutschland nämlich, »einer Gesellschaft von ressentimentgeladenen Enttäuschten, hadernd mit ihrem Schicksal, mit Gott und der Welt nach dem Motto: Gemeinsam sind wir unausstehlich und daran sind die anderen schuld.«

Außerdem erfahren wir einiges über die gesamtdeutschen Gemeinsamkeiten: »Vereint gegen Ausländer/-innen«!

Die hier lebenden AusländerInnen spüren nicht erst seit dem 9. November im modernen bundesdeutschen Staat brutalen Fremdenhaß und institutionalisierte Ausgrenzung. Doch die Situation hat und wird sich weiter verschärfen. Nicht nur der Kampf um Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialunterstützung wird auf einem härteren Niveau zum Ausschluß vieler AusländerInnen führen. »So werden in einer Zeit, in der die Deutschen offene Grenzen und geschleifte Mauern bejubeln, die schon vorher vorhandenen Staatsgrenzen und Mauern mitten durch die Bevölkerung neu und höher gezogen; die Mauern um Gesamt-Deutschland werden verstärkt und für die Ausgegrenzten und Draußen-Stehenden nahezu unüberwindlich.«

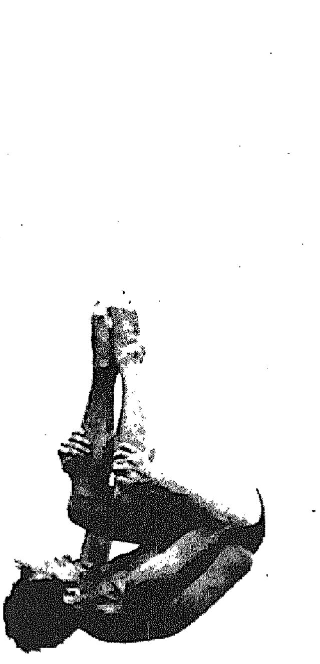
Der Beitrag des Herausgebers, Klaus Bittermann, präsentiert mit großer Wollust den Intellektuellen-Streit um die Einheit. Ergebnis: Eine herzzerreißende Farce über opportunistisches Denken und ein sich zu schwindelnder Höhe steigernder Identitätskonflikt.

Neben einem interessanten Artikel über die nationalistischen Kommentare des ehemals als linksliberal gehandelten SPIEGEL-Herausgebers Rudolf Augstein begeistert mich der Essay über die »gute Gesinnung und die moralisch integre Haltung« des Bundespräsidenten aller Deutschen, Richard von Weizäcker.

Daß es den Deutschen nach der Wiedervereinigung gar nicht so gut gehen wird, zeigt ein Artikel über die Folgen der Wirtschafts- und Währungsunion. Und nicht zuletzt lese ich ein besonderes Kapitel: »Wären sie doch sitzengeblieben, am 9. November 1989, als im Bundestag die Nationalhymne angestimmt wurde...« Es heißt: "Die Rückkehr der GRÜNEN nach Deutschland."

von Herby Sachs

Gemeinsam sind wir unausstehlich
Über die widerstreitenden Gefühle der Deutschen bei der Wiedervereinigung
Mit Beiträgen von Wolfgang Pohrt, Charlotte Wiedemann, Jochen Bruhn, Ingo Klein, Wolfgang Schneider, Werner Kopp, Roger Willemsen, Klaus Bittermann
Herausgegeben von Klaus Bittermann, Critica Diabolis 27, Edition Tiamat Berlin, 140 S., 18.-



Kon
Radikale
Köln 1.

Ein Bericht und eine Menge kritischer Anmerkungen

von Peter Walter

Groß angekündigt und umfangreich vorbereitet war er ja, der Kongreß der *Radikalen Linken* in Köln. Wer gedacht hatte, auf diesem Kongreß würden inhaltliche Positionen weiterentwickelt, die vorher schon umfassend publiziert waren (ein Reader mit Diskussionsbeitragen erschien im KONKRET-Verlag) [wobei überall schön die Quellenangaben der Beiträge angemerkt wurden, wie z.B. *Arbeiterkampf, Konkret* etc., nur beim Michael Wilk-Beitrag aus dem *SF* wurde dies "vergessen", SF-Red.], der/die sah sich erst einmal enttäuscht: in elend langen und zermürbenden Massensitzungen wurden Positionen bekanntgegeben.

Ein Dialog, geschweige denn eine Diskussion, konnte nur mühsam aufkommen: Schon aus formalen Gründen, da vor einer großen ZuhörerInnenschaft (rund 1000 Leute waren gekommen) auf dem Podium die Prominenten ihre Redebeiträge hielten und das Publikum sich mit einigen heftig umlagerten Mikrofonen begnügen mußte. Zudem wurden die diversen »Runden« (so waren die einzelnen Themenschwerpunkte bezeichnet worden) mangels Zeit hintereinander ohne große Pausen durchgepeitscht.

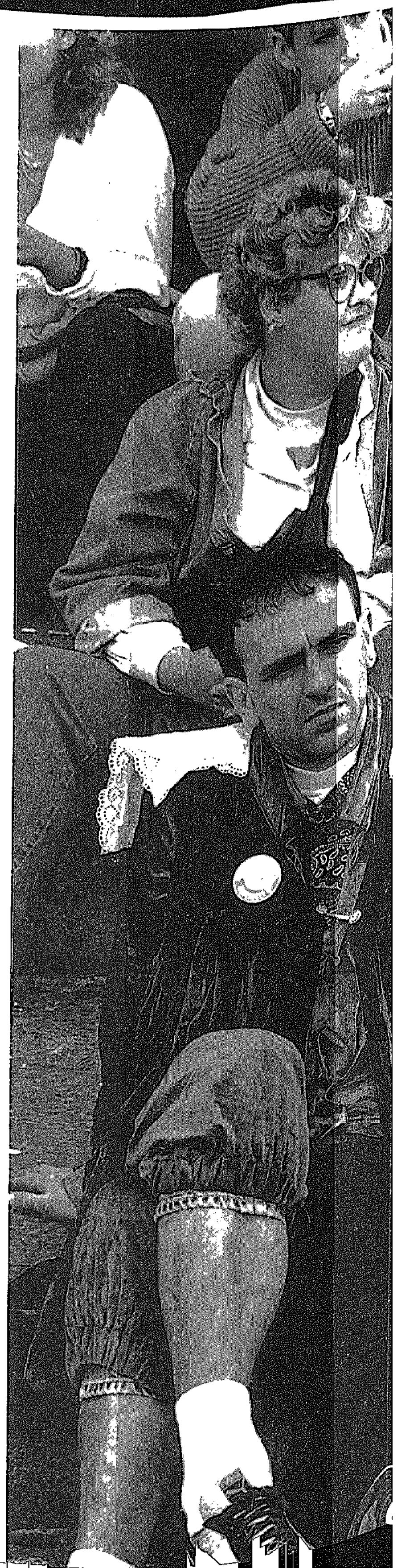
Aber auch inhaltlich boten die verschiedenen Statements von Bühne und Publikum wenig Neues. Daß die gesellschaftliche Analyse bei den Produktionsverhältnissen ansetzen müsse, war mensch ja schon aus dem »Gründungsmanifest« der Radikalen Linken [oder vorher!] bekannt. So wurden auf dem Kongreß zwar auch andere Ansätze, wie der feministische, bemüht, aber nicht zum Zwecke der Verknüpfung sondern wohl mehr aus kosmetischen Gründen: So ließ mann Silke Struckmeyer ihren Redebeitrag mit der vehementen Forderung an die linke Mannschaft, sich feministische Positionen endlich zu eigen zu machen (oder zumindest zu reflektieren) vor den Redebeiträgen von Ebermann und Roth halten. Silke Struckmeyer redete zu Ende, die Frauen klatschten, die Männer auch. Ebermann und Roth legten los als hätten sie nicht nur die letzte halbe Stunde verschlafen.

Ein Beispiel unter vielen für die Hauptschwäche des Kongresses: Der fehlende Bezug inhaltlicher Positionen aufeinander. Darüber konnte auch nicht das gemeinsame »Feindbild« hinwegtäuschen. Aus der Tatsache gemeinsam gegen Nationalismus, Wiedervereinigung etc. zu sein, ergaben sich noch lange keine gemeinsamen Handlungsmaximen und auch keine konstruktiven inhaltlichen Ansätze.

So bot der Kongreß für viele etwas, aber wenig für alle gemeinsam: Gremliza zitierte sich selbst, Monika Berberich verlas einen Beitrag der hungerstreikenden Gefangenen aus Spanien. Ebermann rief zum spielerischen Umgang mit dem Parlamentarismus auf und die Vertreter der »Linkswende« beschworen das revolutionäre proletarische Subjekt. Aber wo war die Klammer?

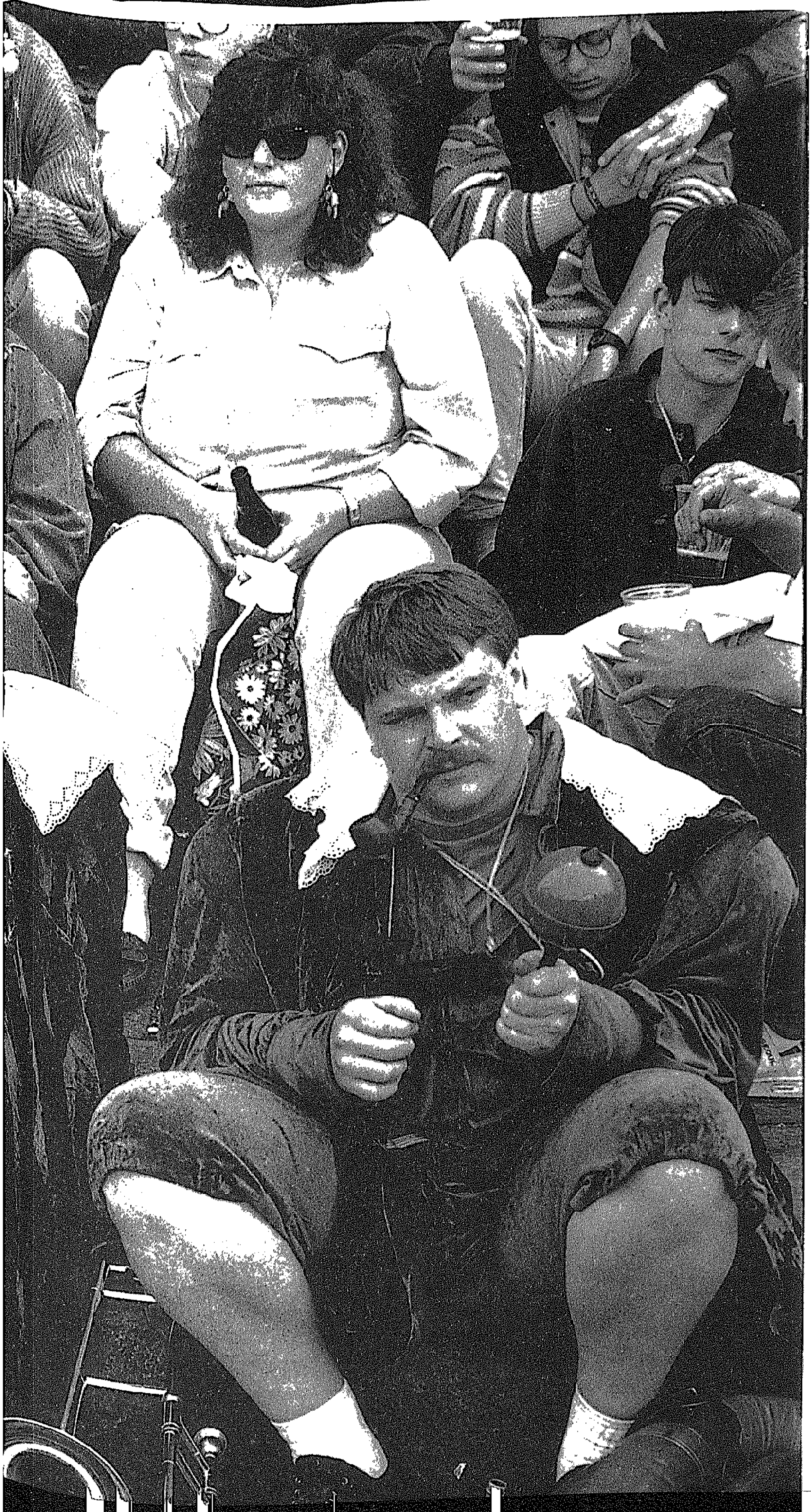
So ließe sich erst einmal kritisch ein erster Eindruck festhalten. Aber ich glaube, wir würden es uns zu einfach machen, über diese Gruppierung (oder das, was die Erwartungen ihrer OrganisatorInnen auszumachen scheint) und ihren Kölner Kongreß so einfach wieder zur Tagesordnung überzugehen; so etwa in der schulterzuckenden Erkenntnis: »Der alte Wein in neuen Schläuchen«. Dafür nämlich waren eine Reihe von Ansätzen viel zu wichtig und zu interessant, als sie auf diese Weise denen zu überlassen, die sich innerhalb der radikalen Linken zu der »Radikalen Linken« mutieren wollen. Dabei soll natürlich auch nicht vergessen werden, daß die »Radikale Linke« nach ihren Anfängen in den Gehirnen von ein paar Prominenten nun so ihre Schwierigkeiten hat, als größeres Projekt an der Basis (oder von mir aus: in der Masse) vorwärts zu kommen und aktiv in die linke Diskussion einzugreifen.

Und einzugreifen und zu sagen gibt es ja nicht wenig; da versteht sich die »Radikale Linke« – zu recht – als einzige Kraft in der Linken, die sich vehement gegen den neuen deutschen Nationalismus, den Anschluß der DDR an die BRD und die Staatstreue der autoritären Linken wendet. Auch wenn es so aussieht, daß sich eine Reihe von Organisationen – namentlich diverse marxistische – innerhalb der »Radikalen Linken« nur schwer auf Diskussionen einlassen, in denen vieles, was noch vor wenigen Jahren für



...ngreß
... Linke
...–3. Juni

Photo: Theo Heimann



diese als unumstößlich galt, in Frage gestellt wird, so haben wir AnarchistInnen aderèrseits überhaupt keinen Anlaß; mit dieser Entwicklung nichts zu tun haben zu wollen – auch wenn uns diese Entwicklung in unseren Einschätzungen Recht gegeben hat, sondern gerade deswegen.

Auf dem Kölner Kongreß sind mehrmals Meinungen vertreten worden, die ganz entschieden feministische, autonome und anarchistische Ansätze miteinbezogen sehen wollen.

Abgesehen davon, daß die Zusammensetzung der KongreßteilnehmerInnen diesen Wünschen nur ganz minimal entsprach (eindeutig feministische, autonome und anarchistische Zusammenhänge waren kaum vertreten), so sollte das uns nachdenklich werden lassen. Wenn wir uns in unserer Stellungnahme zur »Radikalen Linken« damit einlullen, daß wir uns einreden, dieses ganze Projekt wäre ein großes gemeinsames Rettungsboot von K-Gruppen-Nachkommen samt ihrem frustrierten Anhang in den GRÜNEN, dann nehmen wir uns die Möglichkeit, differenziert auf solche Entwicklungen einzugehen, wie sie sich beispielsweise im KB (Kommunisticher Bund) abspielen, wo sich in der Einschätzung des Anschlusses der DDR und ihrer Rechtfertigung eine Spaltung anzubahnen scheint.

Ich denke, daß es weiterhin lohnt, sich in die Diskussionen in der »Radikalen Linken« zu begeben. Es wird sich sowieso zeigen, wie ernst es dort mit der Einbeziehung autonomer Inhalte (oder nur das Liebäugeln mit der autonomen Bewegung?) gehalten wird, oder auch mit der Selbsteinschätzung als »Staatsfeinde«.

Und was von der Ernsthaftigkeit antiparlamentarischer Inhalte der »Radikalen Linken« – besonders im Zusamenhang mit der sogenannten »Deutschen Einigung« – zu halten ist, könnte sich auch von einer breiten anarchistischen Wahlboykottkampagne anläßlich der Dezemberwahlen 1990 (mit denen – unter Beteiligung aller gutgesinnten patriotischen Kräfte – die Legitimierung der deutschen Rambo-Wiedergeburt beschafft werden soll) ausloten lassen.

Einige kritische Anmerkungen zur »basisdemokratischen« Einsetzung der PDS/Linke Liste

von Wolfgang Haug

er die Hetze gegen die PDS im Ohr hat und das undemokratische Lavieren der Sozialdemokraten gegen diese lästige Schwester(konkurrenz-)partei beobachtete, mußte zwangsläufig erste Sympathien für eine Partei entwickeln, die sich wandeln wollte, und doch mit aller journalistischen Gewalt auf ihre Vergangenheit (»die ehemalige SED, jetzt PDS«) festgenagelt wurde.

Doch nicht immer stimmt der Umkehrschluß, daß die Unverschämtheit der Herrschenden und ihrer journalistischen Speichellecker zum Engagement für die Betroffenen führen muß. Inwischen ist deutlich geworden, daß die Sprecher der PDS sich den herrschenden Bedingungen nur allzugut anzupassen wissen. Mit grossem Elan versuchen sie, als linkssozialdemokratische Partei hoffähig zu werden. Probates Mittel dafür ist wie eh und je die Ausgrenzung anderer Linker. Deshalb die Stellungnahme gegen die Ex-RAF-Leute, deshalb die Abgrenzung der Linken Liste/PDS gegen linksradikale Sekten in der BRD, deshalb der Angriff auf die Antifa-Leute in Ostberlin, die die Demo gegen das von faschistischen Skinheads besetzte Haus in Berlin-Lichtenberg organisiert hatten.

Mag dies alles noch einen nachvollziehbaren praktischen Hintergrund haben,



so zeigt Gregor Gysis Warnung vor der – sicherlich undemokratischen – 5%-Hürde, daß seine Orientierung am bürgerlichen Parlamentarismus viel tiefer reicht und er für die PDS bereits die Rolle der GRÜNEN als integrierender Faktor im Herrschaftsgefüge anstrebt. *»Sie* (die Parteien von SPD bis DSU, SF) *wissen je größer die Hürde für eine Gruppe von Menschen ist, parlamentarisch vertreten zu sein, desto größer ist die Gefahr, daß diese den Parlamentarismus überhaupt ablehnen und sich in andere Richtungen entwickeln.«* Herr Gysi, gerade mal Parlamentarier geworden, sieht also *eine Gefahr* in einer neuen außer- oder antiparlamentarischen Bewegung. Und empfiehlt eine parlamentarische PDS als integrativen Rettungsanker, um auch diejenigen Teile der Bevölkerung unter Kontrolle zu



halten, die mit dem Einigungsprozeß nicht rundherum glücklich sind und dieses Unbehagen bei keiner derzeit im Bundestag sitzenden Partei wiederfinden können. Das ist nicht einmal ungeschickt, denn die GRÜNEN haben diese Rolle, allerspätestens mit dem Absingen der Nationalhymne im Bundestag, deutlich ausgespielt. Für Gysi also eine konkrete Chance "nützlich" zu werden, zumal sich bereits so integre Linksradikale wie die Mehrheitsfraktion des KB oder die Westberliner Zeitung PROWO in sein Fahrwasser begeben haben.

Mensch reibt sich die Augen: *die* Gruppierung, die ihre konkrete Stärke und ihre politische Bedeutung hauptsächlich der Anti-AKW-Bewegung verdankt, die an Brokdorf gewachsen ist, wirft sich mehrheitlich einer Partei an den Hals, die sozialistische Kernkraftwerke immer für sicher erklärt hat? Nun die Zeiten haben sich wirklich geändert, auch im Wahlprogramm der PDS/Linken Liste findet sich der Satz: *»Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie.«*

Weitere Forderungen aus dem Programm belegen zumindest eine Sensibilität für aktuelle linke Reformpolitik:

»Die Linke Liste/PDS fordert daher eine neue Verfassung, in der die Menschen- und Bürgerrechte erweitert werden und auch gesellschaftliche Gruppen, Verbände und Bürgerbewegungen Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte erhalten. In der Verfassung sollen als einklagbare Rechte insbesondere das Recht auf den Schutz der Umwelt, auf qualifizierte Erwerbsarbeit, auf bezahlbare Wohnung sowie das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ebenso verankert werden wie das Aussperrungsverbot und die Pflicht zur Entmilitarisierung und Abrüstung. Wir treten für die Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft ein. Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen.«

Doch alles bewegt sich auf streng gesetzlicher Grundlage und soll – wie von Sozialisten üblich!? – über einen Gesetzes- und Verwaltungsapparat Grundbestand dieser Gesellschaft werden. Ob das ausreicht die Ursachen für Diskriminierung, Ausgrenzung etc. zu beseitigen? Immerhin, beträfe es nur die PDS, könnte mensch diese Partei zu ihrer Umorientierung beglückwünschen.

Wie kam es nun aber zur Gründung der Linken Liste und der Steigbügelfunktion des KB?

Ausgangspunkt waren von Anfang an die gesamtdeutschen Wahlen und damit wird die Beteiligung und die Absegnung des deutschen Anschlußes zum Startpunkt für einen neuen Einigungsprozeß innerhalb der Linken. Und erinnert mensch sich an Hans Modrows Einigungspläne so geschieht dies noch nicht einmal in Opposition, sondern im Einklang mit der herrschenden Politik. Es war ganz einfach die Rechnung, daß der PDS-Stimmenanteil aus der DDR nicht zum Einzug in den Reichstag (den solls taktloserweise anscheinend wieder geben, auch wenn das Reich anders benannt wird) reichen würde und wenigstens 1 Million BRD-Stimmen hinzugewonnen werden müßten. Um diesem Ziel näher zukommen, gab es drei Varianten:

a) die PDS kandidiert überall, was nicht unbedingt erfolgversprechend gewesen wäre und vor allem personell Probleme bereitet hätte.
b) die PDS kandidiert zusammen mit einem Wahlbündnis, für das sich DKP, BWK, VSP und MLPD anboten. Trotz dieser erstaunlichen ideologischen Palette hätte dieses Bündnis nach bisherigen Erfahrungen kaum 1% der Stimmen erreicht und somit die Million-Grenze verfehlt. Hinzugekommen wäre, daß sich ehemals Ausgegrenzte wie die DKP-Erneuerer, DSler und andere "heimatlose Linke" in diesem Bündnis nicht wiedergefunden hätten. Zuletzt hätte ein solches Bündnis auch den Organisationsegoismus der genannten vier Gruppen sicherlich nicht überwunden.
c) die PDS kandidiert mit einem neuen Projekt, der Linken Liste. Da der KB, das Sozialistische Forum und einige sozialistische GRÜNE dieses Modell erstellten, dem sich auch unabhängige Linke und bekannte Aushängeschilder angliedern ließen (in Baden-Württemberg beispielsweise Karola Bloch oder das frühere langjährige Unikum im Stuttgarter Stadtrat Eugen Eberle, der KPOler Theodor Bergmann; ansonsten z.B. Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Axel Eggebrecht, Manfred Coppik (DS),etc.), hatten sich diese Gruppen für die PDS interessant gemacht und erhielten für ihr Modell am 28./29. Juli in Köln den Zuschlag

Recht geräuschlos innerhalb der Linken wurden, organisatorisch "Nägel mit Köpfen gemacht"; ein Vergleich zu dem mit viel Aufwand vorbereiteten Kongreß der basisdemokratischeren Radikalen Linken in Köln drängt sich auf. Dort waren neue Positionen zur Diskussion gestellt, ein organisatorisches Ergebnis jedoch als voreilig verworfen worden. Wir können jetzt gespannt sein, wieviele Radikale Linke sich dem Sog von PDS/Linker Liste nicht verweigern können. Ob die Beteiligung von Dorothee Gremlitza bei der PDS/Linken Liste nicht schon ein erstes Indiz für den Abbröckelungsprozeß ist? Hermann – schon immer DDR-verliebt – wird uns in der KONKRET bald erzählen, ob er umsattelt und Olli Tolli wird sich einmal mehr zwischen zwei KB-Fraktionen entscheiden müssen.

Was aber bewegt bundesdeutsche SozialistInnen *außer* der Furcht vor Großdeutschland?

Beispielhaft träumt die Berliner Wochenzeitung PROWO etwas realitätsfremd von einer *»feministischen USPD mit revolutionärem Flügel«*. Nun, dieser revolutionäre Flügel hat weder in der SED noch in der erneuerten PDS je bestanden, also müßte diese Fraktion wohl durch den Entrismus westdeutscher Kleingruppen erst geschaffen werden. Dazu gebe es viele Anmerkungen zu machen: Anscheinend bleibt es das Lieblingsspiel bundesdeutscher Linker Fraktionen in Parteien zu bilden und das für Politik zu halten, sich in Fraktionskämpfen abzuarbeiten, anstatt sich um die eigentlichen Sachfragen und Probleme oder um konkrete praktische Politik zu kümmern. Das führt zu Machtspielchen von Menschen, die keine Macht besitzen und wohl auch »keine Zeit« mehr haben, auf die Straße zu gehen. Anscheinend haben sie auch die Entwicklung bei den GRÜNEN der letzten Jahre verschlafen, denn sonst müßten sie wissen, daß der Anpassungsdruck in einer parlamentarischen Partei in Windeseile jeden »revolutionären Flügel« ausspuckt, – um des eigenen parlamentarischen Überlebens willen. Auch scheint die Kommunikation in Hamburg und zwischen KB und Ex-KB reichlich getrübt, denn die neuen MacherInnen hätten es so einfach, sich hautnah von ihren Ex-Genossen Trampert, Ebermann, der Gruppe Z u.a. zu informieren, die allesamt als »linke Fraktion« in die GRÜNEN eingetreten sind und sich als eigenständiger Zusammenhang sehr schnell aufgelöst haben, ohne Einfluß blieben oder inzwischen mit dem Projekt »Radikale Linke« einen neuen Zusammenhang suchen. Doch die Linke ist bescheiden geworden: es genügt, daß ein neues Etikett auftaucht und alles beginnt von vorne.

Die deutsche Entwicklung reißt nicht nur Mauern nieder, sondern auch jede Menge politischer Überzeugungen auseinander: so beeilen sich die verschiedensten Kleingrüppchen der BRD noch einen Fuß ins Bündnis zu bringen, da Gysi allen Organisationen versprochen hat, einen Vertreter pro Organisation durch einen Listenplatz in der DDR abzusichern. Eine KBlerin im gesamtdeutschen Parlament, einer von den sozialistischen Studiengruppen (Zeitschrift Sozialismus), eine von...... – der Traum vom gesellschaftlichen Einfluß via Parlament wird nun auch in Kreisen neu geträumt, die dort bislang keine Chance für linke Politik gesehen hatten, die dem Parlament auch nicht die entscheidende politische Bedeutung in diesem Land zugesprochen haben. Die PDS mit ihrer Rentnermassenbasis scheint hier die Phantasie zu beflügeln. Es scheint so, daß hier auch die Sehnsucht nach dem Eintauchen in die lange vermißte, große linke Massenpartei den AktivistInnen einen Streich spielt.

Das »Gesamtdeutsche Koordinierungsbüro« für die PDS/Linke Liste jedenfalls befindet sich in den Redaktionsräumen des *Arbeiterkampf*. Richtig gelesen, nicht in denen der *UZ*, denn die soll heimlicher mitmachen, schließlich hat sie den Erneuerungsprozeß verschlafen, da kann mann sie nicht so direkt... das müssen dann Einzelpersonen sein, ganz unverfänglich, nur mit Berufsbezeichnung oder unter Angabe der Gewerkschaftsfunktion. Da die DKP den Großteil ihrer FunktionärInnen ja auch entlassen hat, fällt die Entscheidung sich »als Privatperson« einzubringen nicht übermäßig schwer.

Bei diesem hektischen Rennen um die Listenplätze wird leicht übersehen, daß für den Bereich der BRD innerhalb der Linken eine Partei entstanden ist, die nach ihrer Gründung und nachdem sie ihre Wahlbeteiligung erklärt hat, ihre Landeslisten und ihre Basis zusammensuchen muß! Erinnern wir uns daran wie die GRÜNEN entstanden, so wird der Unterschied augenfällig. Mitte August wurden z.B. in Baden-Würtemberg die ersten Aufrufe zur Gründung/Unterstützung einer Landesliste verschickt. Die neuen Mitglieder werden also nicht übermäßig viel zu bestimmen haben, die Richtlinien stehen, das Programm ist verabschiedet; aber das ist ja für die DDR-Bündnisgruppen bei den GRÜNEN nicht mehr viel anders.

Sieht mensch also von den Autonomen, den AnarchistInnen und einem Teil der Radikalen Linken ab, so läßt sich die gesamte Linke vom gesamtdeutschen Wahltermin regelrecht vorführen. KeinE will zu spät kommen, keinE den *historischen* Zeitpunkt verpassen, dazu werden basisdemokratische Prozesse kurzerhand hinten angestellt. Erfahrungsgemäß dürfte eines klar sein: sind solche basisdemokratischen Strukturen »umständehalber« erstmal »vergessen« worden, werden sie ganz sicher später nicht mehr eingeführt.

Was wird sie also bewirken diese Kreation von oben?

Zu den ersten konkreten Ergebnissen gehört, daß die Illusionen in den Parlamentarismus erneut künstlich belebt werden und sich an linker Politik auf Jahre hinaus nichts ändern wird. Dazu kommt, daß selbst die antiparlamentarische Bewegung erneut AktivistInnen verlieren wird. Daß marxistische Splittergruppen in dieser neuen Oganisation aufgehen werden, ist wenig bedauerlich, eine Ausnahme macht jedoch der KB, dessen publizistische Arbeit weit über die Organisation hinaus brauchbar war und der eine erneute Spaltung sicherlich nicht überstehen wird. Eine KB-ähnliche Situation steht im übrigen der Vereinigten Linken in der DDR ins Haus: auch diese Gruppe wird zerrissen werden, der eine Teil wird sich der Liste GRÜNE/Bürgerbewegungen, der andere der Liste PDS/Linke Liste anschließen.

Die reformistische Linke spaltet sich endgültig in den ökologischen und den sozialreformerischen Flügel. Diese Spaltung wird den Sachfragen eher schaden als nützen, da zu befürchten ist, daß aus Parteikonkurrenzgründen selbst da die Zusammenarbeit unterbleibt, wo in den inhaltlichen Positionen wenig Unterschiede bestehen.

Beide Gruppierungen müssen sich den Sozialdemokraten anbiedern, um gesellschaftspolitische Macht auszuüben. Da die SPD jedoch die WählerInnen beider Gruppierungen am liebsten als eigene Klientel sehen würde, wird sie alles tun, diese beiden 5%-Parteien zu destabilisieren und deren Wählervolk zu der Partei zu ziehen, deren Stimmen zählen. Ob dies gelingt ist zweitrangig, wichtiger ist, daß der Anpassungsdruck, der bei den GRÜNEN zur rasanten Aufgabe linker, basisdemokratischer Positionen geführt hat, jetzt noch größer wird, noch schneller verlaufen dürfte. Jetzt bewerben sich zwei Parteien um dieselbe Anerkennung, diejenige, die mehr Opportunismus zu bieten hat, wird das Rennen machen! Dabei werden sich die PDS sozialdemokratisieren, die GRÜNEN liberalisieren.

Alles in allem wird es deshalb trotz der Zusammenschlüße von PDS/Linker Liste und GRÜNE/Basisbewegungen über diese Parteien keinen neuen Aufbruch der Linken in Gesamtdeutschland geben. Selbst der einzig positive Aspekt erinnert an ein Rückzugsgefecht: würde es nach den durchschaubaren Wünschen von CSUCDUSPDFDP gehen, würde die gesamtdeutsche Wahl den bundesrepublikanischen Zustand der 50er/60er Jahre wiederherstellen, in denen diese staatstragenden Parteien ganz alleine selbstherrlich schalten und walten konnten, ohne sich lästigen Fragen zu stellen. Doch ist das genug, um sich für eines der Bündnisse zu engagieren? Oder nur zur Wahl zu gehen?

Wir erinnern uns: gerade die Zeit der großen Koalition, in der von oben keine Impulse kamen, war die Aufbruchszeit in der BRD! Gerade die verkrustete SED-Alleinregierung führte letztlich zur »Novemberrevolution«. Was wäre denn gewesen, hätte sich die SED vor ein paar Jahren mit oppositionellen Kräften ein Stück Macht geteilt?

Wir brauchen keine integrativen Volksparteianhängsel, sondern Bewegung im System und die kommt nicht von oben, das hätten die Linken Liste-Menschen den PDSlern deutlich machen müssen.



Die nachfolgenden Gedanken sind aus einer Auseinandersetzung über die Funktion und Bedeutung der "Tageszeitung" für die Existenz der linksradikalen Zusammenhänge entstanden. Anlaß dafür war die Berichterstattung dieser Zeitung, insbesondere zur Vorbereitung der revolutionären 1. Mai-Aktivitäten 1990 in West-Berlin. Der Artikel versucht das Verhältnis von Linksradikalen zur TAZ historisch mit der Absicht zu skizzieren, die neue Dimension der Auseinandersetzung nach den revolutionären Mai-Aktivitäten in West-Berlin zu verdeutlichen. Darüber hinaus soll an einigen Stellen die Diskussion um die TAZ mit einigen Bemerkungen zur Bedeutung sogenannter "Gegenöffentlichkeiten" verknüpft werden, ohne die zukünftig ein selbständigerer und verantwortungsvollerer Umgang mit der eigenen linksradikalen Kommunktion undenkbar ist.

'Den Leuten gehört gehörig der Kopf gewaschen!'

Der Beherrschung der Köpfe kommt gerade in den Metropolen eine hervorragende Bedeutung und Funktion zu, die kaum zu unterschätzen ist. Konformes Verhalten wird weniger durch den offenen Zwang als vielmehr durch subtile Strukturen der Massenmanipulation erzeugt. Gerade in den hochdifferenzierten Sozialprozessen der spätkapitalistischen Gesellschaft kann die Errichtung von alltäglicher Herrschaft weniger durch den Polizeiknüppel erzwungen werden, als vielmehr durch verwirrende Bilder einer sich selbst feiernden "demokratischen Informations-und Mediengesellschaft". Wir werden tagtäglich von ARDZDFRTLPLUS, von BILD bis SPIEGEL mit kontrollierten Nachrichten, dirigierten Meinungen und bunten Werbebildern zugeschüttet. Sie dienen dem Ziel, Aufklärung und autonomes Bewußtsein über ungerechte Verhältnisse zu verhindern. "Die SPRINGER-Presse wirft Bomben in das Bewußtsein der Massen" war eine der Erkenntnisse aus der 68er Bewegung, die diesen Zusammenhang parolenhaft auf den Punkt brachte. Der sytematisch von der SPRINGER-Presse herbeigeschriebene Mordanschlag auf Rudi Dutschke, Ostern 1968 brachte vielen zu Bewußtsein, wie die Macht über Worte und Texte zur existenziellen Bedrohung für diejenigen werden können, die sich gegen spätkapitalistische Herrschaftmechanismen auflehnen. Die Entwicklung von "Gegenöffentlichkeiten" war eine der Schlußfolgerungen aus der "Anti-Springer Kampagne", die den politischen Kampf zur Veränderung der Verhältnisse in den Metropolen ergänzen sollte.

What's about the history ?

Seit Ende der 60er jahre existieren seitens der neuen Linken eine Unzahl der verschiedensten Zeitungs- und Zeitschriftenprojekte, die sich dem Anspruch zur Herstellung einer Gegenöffentlichkeit verpflichteten. Mitte der 70er Jahre existierten in so gut wie allen größeren Städten linksradikale Info-Blätter, Stadt- und Vokszeitungen. Vom Sommer 1973 ab an, wurde von Frankfurt aus der ID (Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten) überregional vertrieben, der als eine Art Vorläufer der TAZ angesehen werden kann. Diese eher dezentrale Struktur der 'Alternativpresse' war jedoch nicht in der Lage die im "Herbst 77" staatlicherseits erwünschte und von der bürgerlichen Presse willig befolgte Nachrichtensperre zu durchbrechen. Die für die neue Linke desillusionierenden Erfahrungen aus dieser Zeit, ihre Niederlage drückten sich in vielfältigsten Formen der Entsolidarisierung, Distanzierung und Angst aus. So ist es

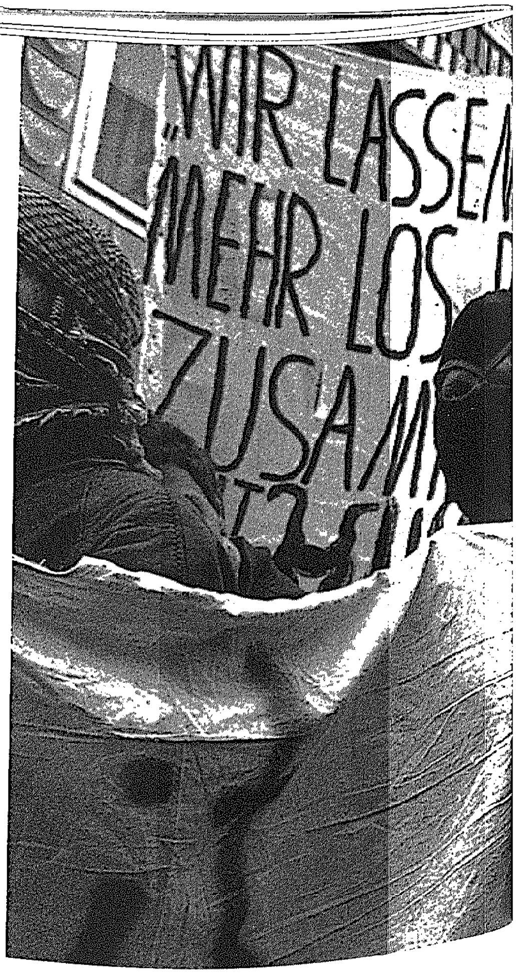
denn auch kein Wunder, wenn sich diese Entwicklung schließlich auch auf den Entstehungsprozess der "Tageszeitung" niederschlug. Sie entstand zwar mit der proklamierten Absicht gegenüber staatlichen Manipulations-, Gewalt- und Ausgrenzungsstrategien ein Medium zur "Gegenöffentlichkeit" zu schaffen, faktisch gründete sich dieses Projekt jedoch unausgesprochen auf einen zunächst schleichenden Resignationsprozeß von ehemals revolutionären Hoffnungen und Erwartungen von vielen Protagonisten aus der 68'er Bewegung. Es ist daher auch kein Zufall, wenn der Begriff 'Amnestie' fortan das Zauberwort hieß, wenn die TAZ in ihrer Berichterstattung einer prinzipiellen Ablehung des bewaffneten Kampfes das Wort redete. Man und frau muß kein Freund des bewaffneten Kampfes sein - um den es an dieser Stelle nicht geht! - um festzustellen, daß die TAZ damit immer zugleich auch die Ablehnung jeglichen radikalen und militanten Widerstandes gegen diesen Staat und diese Verhältnisse mitmeinte. Das haben dann zu Beginn der 80er Jahre die AktivistInnen aus den autonomen Basisbewegungen mehr als einmal in einer teilweise denunziatorischen und selektiven TAZ-Berichterstattung zu spüren bekommen. Diese Tendenz wird auch nicht dadurch gebrochen, daß die TAZ natürlich in Aufschwungphasen der Bewegung, diesen politischen Auseinandersetzungen und den Argumenten in ihrer Berichterstattung stets mehr Raum eingeräumt hat, als andere bürgerliche Tageszeitungen. Dieser Umstand drückt nur aus, daß starke politische und soziale Basisbewegungen in bestimmten historischen Momenten immer auch journalistisch gegen die bürgerliche Zeitungskonkurrenz ausbeutbar sind. Mit der einstmals proklamierten Herstellung einer politischen Gegenöffentlichkeit hatte der TAZ-'Journalismus' jedoch kaum etwas zu tun oder um es mit den Worten von Rudi Dutschke aus dem Jahre 1967 zu sagen: "Zur Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit: "Ich denke, daß Öffentlichkeit nicht existiert, denn zur Öffentlichkeit gehören bewußt denkende Indiviuen mit kritischer Einsicht, die fähig wären die Herrschenden zu kritisieren, sie unter Kontrolle zu nehmen und wirklich Öffentlichkeit herzustellen."

Zum Verhältnis der Linksradikalen zur TAZ und umgekehrt

Das Projekt TAZ hat sich in den 80er Jahren zwischen journalistischen Ansprüchen, massiven materiellen Existenzproblemen und der Verfolgung ureigenster Interessen einer sozialen Klientel aus den zunehmend grün-alternativ werdenden Mittelschichten hindurchlavieren müssen. Permanenter ökonomischer Krisendruck sorgte unter der Hand dafür, daß das klägliche Sein einer ungesicherten Journalistenexistenz zunehmend auch das Bewußtsein von vielen der in diesem Projekt tätigen Individuen bestimmte. Zumeist fern von der sozialen Realität politisch aktiver Gruppen schwankte die Zeitung konzeptionslos zwischen 'linker Verpflichtung' und 'marktgängigen Journalismus', verwechselte die eigenen Meinungen mit einem politischen Standpunkt und schaffte so oftmals auch gleich einen kritischen Sachverstand mit ab. (Diese schönen Gedanken wurden von Gabriele Goettle geklaut).

Das Verhältnis zwischen TAZ und der linksradikalen Szene läßt sich dabei als eine widersprüchliche Haßliebe beschreiben. Unausgesprochen benötigte man sich gegenseitig, proklamierte die tiefe Ablehnung und lebte voneiander. Im Unterschied zum drögen Einheitsbrei der anderen Tageszeitungen war die TAZ in ihrem widerspruchsvollen Dilletantismus immer noch amüsanter zu konsumieren. Die TAZ war die einzige Zeitung die zeitweise breit aus der linksradikalen Szene berichtete, was ein Teil ihres Kapitals war und sie zugleich gegenüber diesen politischen Zusammenhängen definitionsmächtig machte. Gern wurden TAZ-Formulierungen von der bürgerlichen Presse aufgegriffen und verfestigten sich so zu einem Begriff gegen die politische Praxis von linksradikalen politischen Gruppen; so geschehen z.B. mit dem Begriff einer kriminellen "Kiezmafia", mit der Kreuzberger Autonome nach dem 1. Mai 1987 in der TAZ-Berichterstattung in Verbindung gebracht wurden. Die monatelange Arbeit einzelner Gruppen konnte mit einem schludrig hingerotzten, vor Vorurteilen protzenden TAZ-Artikel zum schnellen und bequemen Leser-Konsum niedergemacht werden. Anstatt die Mühen und den Wert der oftmals unzulänglichen politischen Arbeit von Gruppen in der Berichterstattung anzuerkennen, dabei immer auftretende Schwächen und Unklarheiten als Probleme der Praxis einer gesamten Linken herauszuarbeiten, besorgten Berichte unter einem vermeindlichen Aktualitätsdruck ohne historische und soziale Dimension genau das, was dieses Projekt mit seiner Existenz einmal zu bekämpfen vorgab: Manipulation. Vielleicht meinte Lochte genau das mit seiner berühmten Bemerkung: Wo immer TAZ-Journalisten linksradikale Ansätze und Inhalte nicht auf die schnelle in 'locker-flockigen' und vor allem 'marktgängigen Artikeln' verwerten konnten, richteten sie zumeist einen Scherbenhaufen an Denunzierung und Desinformation an.

Es nimmt daher nicht Wunder, daß es immer wieder von neuem wütende Reaktionen der Szene auf üble TAZ-Diffamierungen durch Drohungen, Leserbrief- und Boykottkampagnen, freundliche und militante Besetzungen gegeben hat. Gerade wegen der sonst fehlenden Möglichkeit zur Vermittlung eige-



ner politischer Inhalte, konnte es kaum eine politisch arbeitende Gruppe kommentarlos auf sich sitzen lassen, gerade von der TAZ, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit als das Organ einer parteiunabhängigen Linken gilt, als bescheuert, verwirrt oder etwas 'neben der Kappe' hingestellt zu werden. Dabei mußten mehr als einmal GenossInnen in der Auseinandersetzung mit dieser Zeitung erleben, daß sie als Linke kamen und in den Redaktionstuben frech-arrogante Bürgertöchter- und Söhne trafen, die für ihre politische Praxis in ihrer Berichterstattung nur kalte Distanz, Hohn und Spott übrig hatten. Mehr als einmal nutzten bestimmte TAZ-'Journalisten' das Medium ihrer Zeitung als Machtinstrument, um unter Umgehung jeglicher journalistischer Sorgfaltspflicht mit entweder schlecht oder gar nicht recherchierten 'Meldungen' polemische Stimmungsmache gegenüber linksradikalen politischen Zusammenhängen zu betreiben. Eine Unzahl von Journalisten realisierten in ihrer weiteren persönlichen Entwicklung genau das, was Gremliza einmal zusammenfassend für die TAZ mit dem Begriff "Volontariat der Bürgerpresse" kennzeichnete. Für viele politisch perspektivlose und karrieristische Möchtegernjournalisten war die TAZ nur ein Sprungbrett zu den Futttertrögen der weit besser zahlenden bürgerlichen Journaille; die Zahl der zwischenzeitlich beim SPIEGEL, STERN, Tagesspiegel und als PressesprecherInnen in der grünalternativen Administration arbeitenden ehemaligen TAZ-JournalistInnen ist mittlerweile Legion. (Daß es natürlich bei einzelnen Journalisten immer wieder



Photo: Jörg Lange

Ausnahmen gegeben hat, bestätigt in diesem Fall nur die Regel.)

Weiß der Teufel, woran's genau gelegen hat, wie es die TAZ mit ihrer kontinuierlichen Desinformation fertig gebracht hat, die ca. seit Mitte der 80er jahre auftauchende Parole "TAZ lügt" auch zur allgemeinen subjektiven Warheit für die linksradikale Szene werden zu lassen. Stationen dieser Entwicklung könnten in der "Affaire" um das Lochte-Interview im Oktober '85 gegen den Hafen oder die gezielte "Kiezmafia" - Berichterstattung gegen die West-Berliner Autonomen nach dem Kreuzberger Kiezaufstand nach dem 1. Mai 1987 gelegen haben. Zu erinnern ist auch an die geradezu skandalöse Berichterstattung nach den Schüssen an der Startbahn-West. Es wäre mehr als notwendig gewesen - neben einer genauen Berichterstattung über die Kritik und Selbstkritik von den politischen Zusammenhängen, aus denen heraus die Schüsse gefallen waren - durch eine im wahrsten Sinne des Wortes "kritische Gegenöffentlichkeit" ein Minimum an Schutz für eine politische Bewegung zu organisieren, die unter dem Vorwand der Schüsse mit einem Netz staatlicher Repression überzogen wurde. Stattdessen konfrontierte die TAZ ihrer LeserInnen mit unkritisch übernommenen Versionen über den Hergang der Schüsse, die vom BKA und der Generalbundesanwaltschaft in die Öffentlichkeit lanciert wurden. Und als TAZ-Bonbon "politischer Gegenöffentlichkeit" war dann u.a. noch zu erfahren, daß ein Verhafteter aus der Startbahn-Bewegung angeblich keine Bücher zu Hause gehabt, bezw. bei seiner Festnahme auch noch mit seiner Freundin zusammen im Bett gelegen haben soll. In allen Fällen schimmerte bereits für kurze Momente auf, daß dieses Zeitungsprojekt nicht nur irgendwie "daneben" ist, sondern auch zu einer ganz konkreten Bedrohung für Autonome werden kann. Verschiedentlich wurde in diesen Konflikten bereits von manchen GenossInnen die Auffassung vertreten, daß "überhaupt keine TAZ" für die eigene Politik besser sei, als "diese TAZ", und die Gefahr von staatlichen Repressionen ohne diese Zeitung geringer sein würde.

Aus der Haßliebe zur TAZ wurde für viele Linksradikale eine größere Distanz. Diese Zeitung wurde zunehmend als Teil der abgelehnten Realität begriffen, was jedoch kaum jemanden daran hinderte, sie weiter für eine politische Arbeit zu benutzen. Man richtete sich gegeneinander ein Stück weit ein, die "Wiesenseite" oder der Kleinanzeigenteil wimmeln noch immer von den vielfältigsten Aufrufen zu linksradikalen Aktivitäten, die Knastseite läßt noch ein paar Infos über die Gefangenen durch, und hin und wieder kann man sich noch ein wenig auf der LeserInnenbriefseite austoben. Ansonsten konnte sich eigentlich kein Autonomer mehr sonderlich davon überrascht zeigen, wenn die TAZ entweder gar nichts über ihre Aktionen oder wenn, dann in der Regel nur etwas falsches darüber schrieb. Argumentativ waren die Linksradikalen im Verlaufe der zweiten Hälfte der 80er Jahre als politisch ernst zu nehmendes Subjekt aus der Berichterstattung der TAZ verschwunden. Und diesen bedrückenden Umstand gilt es zu begreifen und nicht zu beklagen.

Früher war alles anders

Die Bedingungen dieses Arrangements haben sich jedoch durch die rot-grüne Regierungskoalition in West-Berlin im Frühjahr 1989 sowie nach dem Fall der Berliner Mauer im November '89 gravierend verändert. Mit beiden Ereignissen verbindet sich ein Umgruppierungsprozess innerhalb der Linken in der BRD und West-Berlin, der nicht ohne Folgen für die Berichterstattung der TAZ geblieben ist. Nachdem die TAZ im Stakkato für die rot-grüne Regierungskoalition in West-Berlin getrommelt hatte, und sich danach in einer bedingungslosen Verteidigung derselben einrichtete, stand sie spätestens nach dem 9. November vor dem Scherbenhaufen einer rotgrünen reformistischen Strategie, die angesichts eines großdeutsch-nationalistischen Wiederverwinigungstaumels auf der institutionellen Ebene schlicht bedeutungslos geworden ist. Die Vision der Hartungs, Mehrs und Fehrles in West-Berlin (endlich!) an einem Zipfel der Macht teilhaben zu können, - der Wunsch nach politisch-kultureller Anerkennung durch die herrschenden Charaktermasken - hat in der Folge nicht nur zu einer in jeder Hinsicht oppurtunistischen Berichterstattung in Sachen imperialistischer Großmachtpolitik der BRD gegenüber der DDR geführt, sondern auch linksradikale und autonome Zusammenhänge in der Berichterstattung zu Prügelknaben für die eigene Vergangenheit mit ehemals 'linken Anspruch' gestempelt. Die Zeiten, in denen Linksradikale



Versuch der Aussöhnung Weizsäcker reist nach Polen
TAGESTHEMA SEITE 3

die ta[...]

MITTWOCH 2. MAI 1990
BERLIN
18.WOCHE NR.3086 JAHRGANG 13 POSTFACH 61 02

1. Mai in Berlin: Ei[...]

Zum ersten Mal seit 44 Jahren fand in Berlin eine gemein[...]

mit dem derzeitigen West-Berliner Regierungsblatt TAZ irgendwo noch strukturell auf einer diffusen Oppositionsseite gegen herrschende Verhältnisse standen, sind vorbei. Das machte nicht nur die kompromißlos-denunziatorische Berichterstattung gegen die Autonomen nach der Randale auf dem Lausitzer Platz in Folge des revolutionären 1.Mai 1989 deutlich. Die von Sachkenntnis ungetrübte, geradezu euphorische Hofberichterstattung über die Charaktermaske Momper und die aktuelle sozialdemokratisch-neo-nationalistische Kommentierung der "deutsch-deutschen Wiedervereinigung" ist nur noch aus diesem forcierten Anpassungsprozeß von perspektivlosen Protagonisten aus dem Alternativmilieu zu verstehen. Noch immer meinen sie den Integrationsprozeß einer grün-alternativen Mittelschicht in das Gefüge der herrschenden Macht mit dem Kleinarbeiten von politischen und sozialen Konflikten erkaufen zu können. Hausbesetzungen sollen eben nicht mehr "unverhältnismäßig" sondern nur noch mit kleinem Bullenaufgebot "sozialverträglich" abgeräumt werden. "Behutsame Sozialstrategien" gegen soziale Revolte. Welche Regierungsfunktion bleibt aber noch für die grün-alternative Mittelschicht, wenn ihre "beutsamen Sozialstrategien" deshalb nicht funktionieren, weil die herschende Macht entweder dafür die Kohle nicht rausrückt oder es Menschen in der Stadt gibt, die partout keine Lust auf Integration in das herrschende System haben? Was belibt ist zu versuchen, die Rolle eines politischen und sozialen Ordnungsfaktors zu spielen. Wie kann diese aber durchgesetzt werden, wenn zuvor alle Spaltungs- und Integrationsmechanismen versagt haben?

Brigitte Mehr und Max Thomas Fehrle sind doof und gefährlich!

Mit dieser Frage sind wir zu dem tieferen Sinn der TAZ-Berichterstattung zum 1. Mai 1990 vorgedrungen. Es ist mittlerweile nicht überraschend, wenn die TAZ in ihrer Berichterstattung der Theorie und Praxis autonomer Politik jegliche Berechtigung und Legitimität abspricht. Der Ort von Politik findet aus ihrer Sicht ausschließlich durch das "geschickte Handeln" irgendwelcher SenatorInnen im Momper-Senat statt, was sich auch in ihrer ausführlichen Berichterstattung über auch nur subjektivste Empfindungen dieser Charaktermasken ausdrückt. Wer diese Ebene in seinem praktischen Handeln für fast bedeutungslos erklärt, kann - da schließlich nur der rot-grüne Senat die "allgemeinen Interessen" vertreten kann - eigentlich nur infame, eigensüchtige und egoistische Interessen im Schilde führen. So entsteht das TAZ-Bild eines zu allem entschlossenen, verschworenen, unberechenbaren und vor allem irrational handelnden Häufleins Autonomer, die zerfressen von Haß und Neid, höhnisch lachend, gezielt auf Kosten anderer, gewälttätig durch das Bild der Stadt marodieren. In dieser Sichtweise existieren auch keine Gründe mehr für ein politisches Handeln als Antworten auf eine bedrückende soziale Realität, sondern nur noch Vorwände. Da ist es nur folgerichtig wenn sich die sozialen Frustrationen neurotisierter TAZ-Journalisten in gesellschaftlichen Konfliktsituationen in ungehemmten Gewaltphantasien gerade auf diejenigen entladen, die sich einer alternativ-fatalistischen Politikverwaltung von ungerechten Verhälttnissen demonstrativ zu entziehen suchen.

Der TAZ ist für ihre Berichterstattung am 30.April gegen einen "revolutionären 1. Mai" in mehrfacher Hinsicht zu danken:

- Sie war in ihrer journalistischen Berichterstattung glücklicherweise so dumm, die von ihr produzierte Ideologie mit der tatsächlichen Realität zu verwechseln. Am 30. April schrieb die 'Journalistin' Brigitte Fehrle im überregionalen Teil der TAZ als Argument gegen Hausbesetzungen, daß im 'übervollen Kreuzberg' angeblich keine leerstehenden Wohnungen mehr existieren würden; wenige Tage später war im bürgerlichen TA-



GESSPIEGEL nachzulesen, daß derzeit noch weit über 1000 Wohnungen in diesem Stadtteil leerstehen. Wer noch am 30.4. davon schreibt, daß sich weite Teile der alternativen Scene entschieden von dem revolutionären 1. Mai distanziert habe, und gar darüber nachgedacht werde, an jenem Tag den Stadtteil in Scharen zu verlassen, um zwei Tage später von einer "alternativen Mai-Demonstration" von 15000 TeilnehmerInnen berichten zu müssen, hat ein journalistisches Waterloo produziert.

- Mit den im Berliner Lokalteil am 30.April wohlweislich unter Pseudonym veröffentlichten zwei Artikeln "1. Mai Fest: Eingangstür zur Straßenschlacht" und "Luxuriöser Metropolenkarwall in Kreuzberg" hat die TAZ die strategische Dimension offenkundig werden lassen, mit der sie zukünftig bereit ist, die politisch und sozial nicht angepaßten Menschen aus der linksradikalen Scene zu bekämpfen. Die von `Valerie Dupont' gegenüber den Autonomen benutzten Unterstellungen, daß es den OrganisatorInnen des Straßenfestes ausschließlich darum gehe, eine "Eingangstür zur Straßenschlacht" zu eröffnen, um "Totschlaghandeln auch den Notausgang" zu bieten bezw. die Äußerung `Martin Dittkamps' im Zusammenhang mit `autonomen Aktionen': "Es ist reiner Zufall daß es bisher keine Toten gegen hat", markieren eine neue Stufe der Auseinandersetzung. Diese Formulierungen sind keine beliebigen Ausrutscher durchgeknallter TAZ-Journalisten, sondern wohl überlegte, in die Öffentlichkeit lancierte Assoziationsketten, an derem logischen Ende die öffentliche Nennung (sprich: Namenslisten) und die Verhaftung von GenossInnen aus den vorbereitenden Strukturen steht. Die Linksradikalen wären dann mit einer ähnlichen Entwicklung wie die italienischen Autonomen gegen Ende der 70er Jahre konfrontiert, die reihenweise in die Knäste gesteckt wurden, nachdem sie zuvor in den Zeitungen der Kommunistischen Partei öffentlich denunziert worden waren.

Diese durch die TAZ-Berichterstattung vom 30.4. greifbar gewordene Möglichkeit einer existenziellen Bedrohung von politisch aktiven GenossInnen wird durch die Einschätzung - "Von der TAZ ist ohnehin nichts anderes zu erwarten" - völlig verkannt. Die Linksradikalen werden es sich als politische Bewegung nicht erlauben können abzuwarten, bis sie eines Morgens die TAZ aufschlagen, um dort etwas ungläubig ihre eigenen Namen im Zusammenhang mit der Planung und Vorbereitung von Kapitalverbrechen zu lesen. "Zu spät!" heißt dann: Knast.

Was ist zu tun?

Der notwendige Abschied von dem Projekt TAZ fällt auch deshalb nicht leicht, weil das Ende von Illusionen, das Leben um ein ein paar liebgewonnne Bequemlichkeiten bringt. Dieser Abschied müßte zugleich eine Diskussion über andere Formen von von "Gegenöffentlichkeit" einschließen. Dabei wird auf jeden Fall der Gedanke auszuschließen sein, mit einer "eigenen Tageszeitung" oder ähnlichem gegen die TAZ konkurrieren zu wollen. Dazu sind die linksradikalen Zusammenhänge im weitesten Sinne politisch nicht in der Lage, und angesichts der mittlerweile 12-jährigen TAZ-Erfahrungen sollten sie es auch nicht sein. Dabei wird sich jede Form einer autonomen Gegenöffentlichkeit dem Aktualitätsdruck zu verweigern haben, der zwar Grundlage bequemer bürgerlicher Leserkonsumgewohnheiten ist, aber die Zeit brauchenden Diskussions- und Sozialprozesse politisch arbeitender Gruppen und Menschen nur zerstören kann.

- Es existiert in Umrissen eine linksradikale Zeitschriftenkultur, die sich als Teil einer radikal-oppositionellen Bewegung begreift und auch so verstanden werden sollte. Das heißt konkret: Konsumverhalten ist konterrevolutionär! Den vielen bereits existierenden linksradikalen Info-Blättern wäre zu wünschen, daß



sie von der Mitarbeit von tatendurstigen, ausdrucksstarken, witzigen, kreativen und viel Lay-out-Material benutzenden GenossInnen überschwemmt würden.

Allerdings wird selbst eine noch so blühende linksradikale Zeitschriftenkultur nichts daran ändern können, daß das Projekt TAZ auch weiterhin gegenüber den Linksradikalen als definitionsmächtiges Medium und Sprachrohr der sie tragenden sozialdemokratisch-grün-alternativen Mittelschichten existieren wird. 'Beherzte Aktionen' können die TAZ aktuell nur aufwerten aber nicht abschaffen. Eine wirkungsvollere politische Antwort war bereits in einer beeindrukkenden Art und Weise von den 15000 TeilnehmerInnen auf der revolutionären Mai-Demonstration gegeben worden. Irgendwelche Angriffe hätten der am 1. Mai in West-Berlin unter die Obhut des Polizeischutzes gestellten TAZ lediglich die Gelegenheit eröffnet, sich als gehetztes und hilfloses Opfer eines "gewissenlosen Autonomen-Terrors" darstellen zu können.

- Es sollte darauf hingewirkt werden, daß es zur Selbstverständlichkeit der Linken zumindestens in den Städten wird, sich keinerlei TAZ-Abos mehr zu halten. Abos sind Vorfinanzierungen und 'höhere Gewinne' für das Projekt TAZ. Bei jedem Kauf in der Kneipe oder am Kiosk wird die dünne Finanzdecke um ca. 1 DM destabilisiert. Mit dieser kleinen 'Erschwernis' würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Niemand müßte auf diese Zeitung verzichten, um die Linksradikale derzeit (noch) nicht herum kommen, und zum anderen hätte man diesem Projekt jede relevante ökonomische Unterstützung entzogen.

- Die Parole "TAZ lügt" muß in Zukunft auch von denjenigen ernster genommen werden, die bereits wissen daß die TAZ lügt. Die Erkenntnis das die "BILD-Zeitung lügt" wird sicherlich von Millionen ihrer Leser geteilt. Nichts desto trotz werden ihnen von der relmäßigen Lektüre dieser Zeitung Tag für Tag die Köpfe zukleistert. Warum sollte dieser Prozess ausgerechnet bei TAZ-Lesern anders verlaufen ?

So sorgte die TAZ mit der Meldung einen Tag vor der revolutionären Mai-Demo in West-Berlin, daß sich die Demo-Vorbereitungsgruppe aufgelöst habe, geraume Zeit für große Verunsicherung im weiteren Umfeld der vorbereitenden Strukturen. Das diese 'Meldung' nicht stimmte war nicht das Problem der TAZ sondern derjenigen Leser, die sich dadurch verunsichern ließen. In Zukunft kann nicht ausgeschlossen werden, daß einzelne TAZ-Redakteure in gesellschaftlichen Konfliktsituationen bewußt Falschmeldungen lancieren werden, um konkrete linksradikale Aktivitäten zu sabotieren. Auch wenn's nicht ganz einfach ist, sollte sich niemand bei der morgendlichen Lektüre dieser Zeitung von seiner eigenen Gutmütigkeit auf's Kreuz legen lassen.

- Der Ausschluß von TAZ-Journalisten aus autonomen Strukturen, Plenas und Veranstaltungen muß selbstverständlich werden. Jeder Name eines Autonomen aus konkret arbeitenden Zusammenhängen, der einem TAZ-Journalisten bekannt wird, ist ein Name zuviel.

Todor Schabolowsky

Literatur zum Thema:

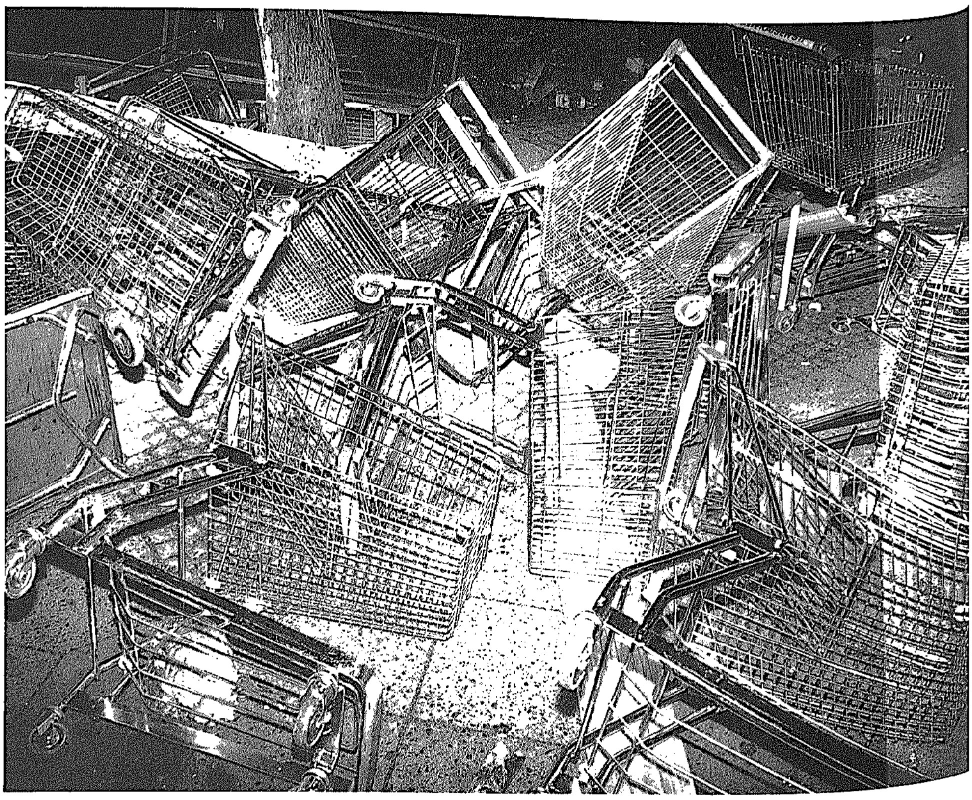
Initiativgruppen für eine Tageszeitung:"Prospekt Tageszeitung", Frankfurt 1978. Eine Selbstdarstellung aus den ersten (gutgemeinten) Anfängen dieses Projektes.

ID Verlag: "Projekt Gedächtnis - ID Artikel zum Thema Ggegenöffentlichkeit", Amsterdam 1988. In diesem Textband finden sich eine Reihe von Beiträgen, die sich schon Ende der 70er Jahre kritisch mit dem Beginn des Tageszeitungsprojektes auseinandersetzen.

Oliver Tomein/Detlef zum Winkel: "TAZsAcheN - Krallen zeigen - Pfötchen geben", Hamburg 1989. Dieser Band bemüht sich um eine umfassendere Analyse des Projektes TAZ. Er zeichnet die widersprüchliche Geschichte von der Entstehung der TAZ bis zum Ende der 80er Jahre nach. Lesenswert vor allem der Abschnitt über das Versagen dieser Zeitung in ihrer Berichterstattung über die Schüsse an der Startbahn-West.

Matthias Bröckers u.a. (Hg): "Die TAZ - Das Buch", Frankfurt 1989. In diesem Band ist ein Querschnitt von vielen lesenswerten Artikeln aus 10 Jahren TAZ Geschichte versammelt, die am Schluß durch 'Materialien' ergänzt worden sind, die teilweise Besetzungen und Szene-Reaktionen auf TAZ-Artikel wiederspiegeln. Der dort auf Seite 596/97 veröffentlichten Kritik von Gabriele Goettle: "Die TAZ ist (...) ein altbackenes, verbürgerlichtes, staatstragendes und deshalb überaus langweiliges Tagesblättchen." ist nichts mehr hinzuzufügen.

Photo: Theo Heimann



Feuer und Flamme

von Dieter Nelles



Kürzlich erschien ein Buch, das vom Thema schon lange überfälig war: *»Feuer und Flamme – Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen«*. Geschrieben von Geronimo, der nach eigenen Angaben seit zehn Jahren in der Bewegung ist und damit für autonome Verhältnisse schon ein »Veteran«.

Ausgangspunkt zum Schreiben des Buches waren für ihn die Diskussionen über Inhalte und Bezugspunkte der Autonomen sowie deren strategische und taktische Durchsetzung anläßlich der IWF-Kampagne 1988.

Doch bis er zu diesen Diskussionen kommt, muß der/die LeserIn sich erst einmal durch 150 Seiten Geschichte der linksradikalen Bewegungen der BRD kämpfen. Angefangen über die 68er-Revolte, in deren Kontinuität er die Autonomen sieht, bis hin zu den »riots« in Berlin-Kreuzberg und der Hafenstraße in Hamburg, die in den letzten Jahren die stärksten Identifikationspunkte für die autonome Bewegung bildeten. Herausgekommen ist bei dieser Skizze ein brauchbarer Überblick über die linksradikale Geschichte der BRD, aber wer die Autonomen sind, diese Frage beantwortet Geronimo nicht. Die von ihm vertretene Kontinuität seit '68 müßte sich dann auch in personeller Kontinuität niederschlagen. Aber für die meisten Autonomen der 90er Jahre sind die Kämpfe um Brokdorf und erst recht die 68er-Bewegung nur noch »Geschichte«. Interessant wäre es gewesen, zu erfahren, wer aus der Konstitutionsphase der autonomen Bewegung, die ich für die BRD 1980-1982 ansetzen würde, übrig geblieben ist. Wo die Kontinuitäten, wo die Brüche sind. Zu knapp ist für mich das Verhältnis Autonome – Antiimps ausgefallen, dem Geronimo nur eine Seite widmet. Er zieht die Trennlinie schärfer als sie nach meinen Erfahrungen in der Realität existiert. Ich behaupte, daß die Übergänge fließend sind, das kann aber mit der konkreten Situation vor Ort zusammenhängen, regional sehr unterschiedlich sein.

Das zweite und dritte Kapitel, dem Geronimo die Überschriften *Organisierung – aber mit Vorsicht* und *Her mit den Abenteuern* gibt, halte ich im Buch für die stärksten, mit großem Gebrauchswert für politische Gruppen. Hier erweist es sich als ein großer Vorteil, daß ein Insider das Buch geschrieben hat. Er faßt kurz einige Papiere zur Organisationsfrage der letzten Jahre zusammen und kritisiert Überlegungen, der autonomen Scene ein leninistisches Organisationsmodell überzustülpen:

»Ende der 80er Jahre scheinen sich einige Autonome (wie z.B. die *»Ich sag wie es ist«*-Genossen aus Hamburg) aus dem zwar nicht immer übersichtlichen, jedoch produktiven wie spannenden Versuch einer Vermittlung des Anspruchs von Leben, Alltag und Politik, mit Hilfe einer »proletarischen Wende« entziehen zu wollen.« (S.162) Kontinuität. Konsequenz, Berechenbarkeit, Verbindlichkeit … könne nicht durch formale Organisationsstrukturen erreicht werden, es sei denn mit dem Preis eines Rückfalls in verkrustete ML-Strukturen. Und er verweist auf die naheliegende Tatsache, daß eine formale autonome Organisation schnell zum Spielball des Staatsschutzes würde. Es ist erstaunlich, daß auch unter Autonomen immer noch der marxistisch-leninistische Mythos überlebt, mit »revolutionärer Organisation« sei eine Revolution zu machen. Als wäre es die kleine Gruppe der Bolschewisten gewesen und nicht die Arbeiter und Bauern, die in Rußland die Revolution gemacht haben.

Auf Mythen in der autonomen Scene geht Geronimo in einem längeren Abschnitt ein. Er versteht darunter, »die in die Wirklichkeit projiezierten Wunschbilder des eigenen Handelns als Ersatz für politische Vorstellungen.«

Und er benennt die autonomen Mythen in Gegensätzen:

»Haßkappensyndrom oder politische Militanz?, Kollektive Gruppen oder Vereinzelung?, Konspirationsgehabe/Spitzelparanoia oder öffentliche Diskussion, Reformismusvorwurf oder Bestimmung eines revolutionären Standpunkts.«

Er analysiert die Zählebigkeit dieser Mythen wie folgt:

> »Je schwächer sich die Autonomen in der Öffentlichkeit politisch begründen, desto mehr besteht die Gefahr, dem Medienbild der bürgerlichen Gesellschaft zu entsprechen…«

Gerade die Schwäche der Vermittlung der eigenen Politik in andere Bereiche der Gesellschaft öffnet den Raum für sich verselbständigende Formen des eigenen Handelns, was zur Grundlage des Entstehens von Mythen wird. Diese bieten dann die Folie für entpolitiserende Werbe- und Manipulationsmuster von Freiheit, Abenteuer, Abwechslung und Nervenkitzel. Dabei können auch die Autonomen das bunte Bild der »liberalen Republik« »um einen Farbtupfer bereichern« (S.176).

Unverständlich ist mir, daß Geronimo sich in dem Abschnitt *Gegen krasse Zeiten, Klassenanalysen für klasse Zeiten* ausschließlich auf J.Hirsch/R.Roth *»Das neue Gesicht des Kapitalismus«* bezieht. Gerade über den Klassenbegriff sind von autonomen Theoretikern in den letzten Jahren Analysen erschienen: in der *Autonomie*, in den *Materialien für einen Neuen Antiimperialismus* und im Vor-

wort zur Neuauflage des Buches *»Leben als Sabotage«* von Detlev Hartmann, die ich für besser und radikaler halte, als das Buch von Hirsch/Roth. Der Vorwurf der schwierigen Sprache, der gegenüber diesen Publikationen oft erhoben wird, trifft nicht minder auf Hirsch/Roth zu. Der Verdienst der autonomen Theoretiker besteht darin, den engen marxistischen Klassenbegriff hinter sich gelassen und den Blick geschärft zu haben für die zentrale Bedeutung der Kämpfe der Bauern und des Lumpenproletariats in den europäischen Revolutionen und den heutigen Kämpfen des Trikonts. Ein blinder Fleck bliebt aber bisher auch in diesen Analysen die Patriarchatskritik.

Die bleibt auch ein blinder Fleck in Geronimos Buch. Im Vorwort weist er darauf hin, daß die Widersprüche an diesem Thema explodiert seien:

> »Wut, Resignation und Hilflosigkeit lagen dicht beieinander. In meiner eigenen Hilflosigkeit kann ich nur ironisch anmerken, daß ich ein paar Jahre prognostiziere – wenn überhaupt – bis ein halbwegs unbefangenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen auch in der autonomen Scene wieder möglich sein wird, ohne daß die Widersprüche so explodieren wie beim Autonomentreffen für die IWF-Kampagne in Bremen oder den zahlreichen Auseinandersetzungen in verschiedenen Städten.«

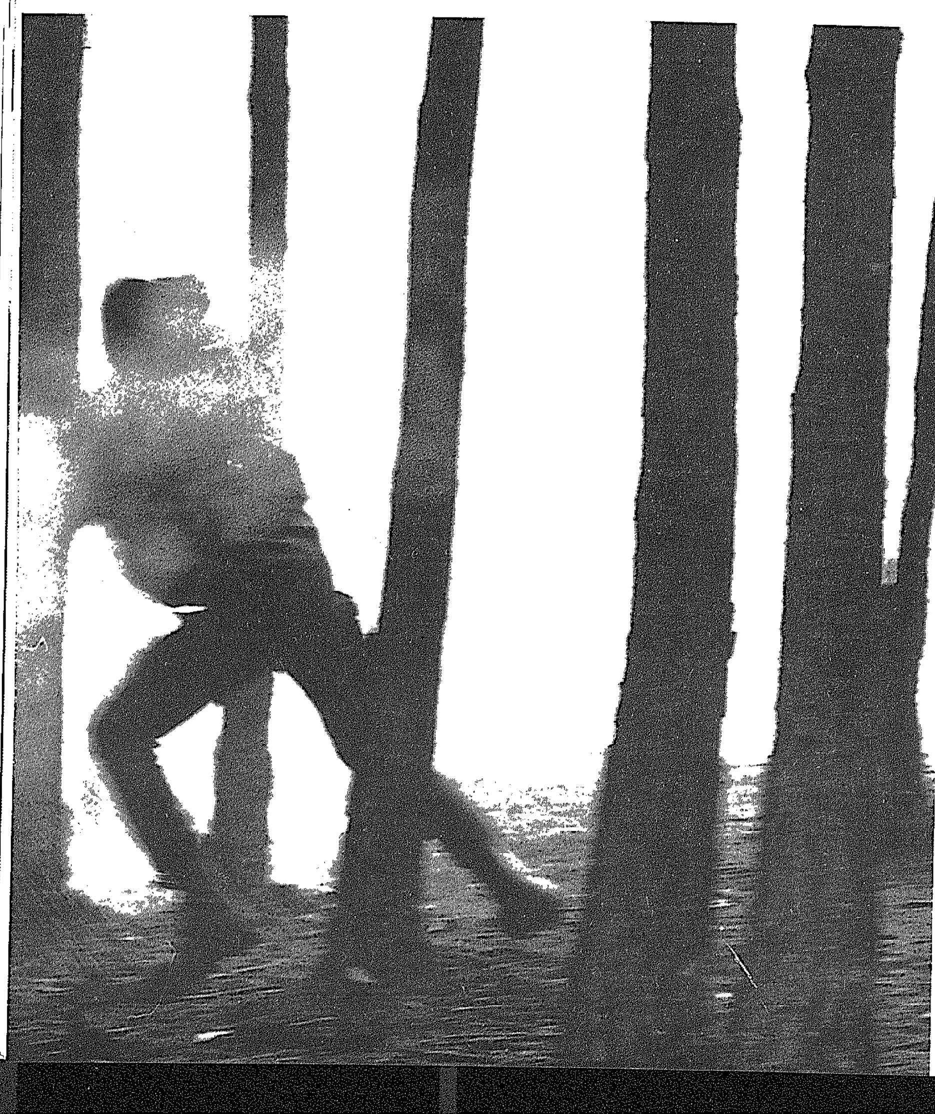
Den Schluß des Buches bilden einige Bemerkungen zu Bedingungen und Möglichkeiten autonomer Politik in den 90er Jahren, auf dem Hintergrund eines zukünftigen Großdeutschlands. Gerade deswegen fehlten mir in Geronimos Buch längere Ausführungen über autonome Antifa-Aktivitäten. Ein Bereich, wie ich meine, der zentral wird, in den 90er Jahren.

Es gäbe noch vieles zu kritisieren an Geronimos Buch. Aber ich halte es im ganzen für einen sehr gelungen Versuch; es ist auch lesenswert für Leute, die nicht der Scene angehören und sich informieren wollen. Hoffen wir, daß Geronimos Vision, die er am Ende des Buches beschreibt, Wirklichkeit wird:

> »Vielleicht sind die Autonomen in den kommenden gesellschaftlichen Konflikten fähig, relativ frei von bürokratischen und zentralistischen Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. den Wohnvierteln, Fabriken, Schulen und Universitäten Rätestrukturen zu entwickeln. Die Strukturen von Kiezpalavern, Gemeindeversammlungen, Straßen und Häuserräten bergen für viele Menschen die Chance in sich, erstmals in einem öffentlich sanktionsfreien Raum, offen und authentisch zu kommunizieren. Autonomie wäre nicht länger ein Begriff für eine kleine radikale Minderheit, sondern selbstverständliches Anliegen aller bewegten und alle kulturellen Grenzen durchbrechenden Menschen« (S.237).

Geronimo: Feuer und Famme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, 248 S., 22.-DM, Edition ID-Archiv, Amsterdam/Berlin 1990; Bestellungen an: AurorA-Vertrieb, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19 (oder auch an die Anares-Vertriebsgruppen).

Photo: Theo Heimann



btr. Janet Biehl: Der soziale Ökofeminismus* in SF-33 und SF-34

Radikalpolitischer Feminismus in »neuem« Gewand?

von Thea A. Struchtemeier

Ein Morgen Land in Middlesex ist besser als ein Fürstentum in Utopia. (Lord Macauly)

(nicht gerade SF-Philosophie, Anm. der Red.)

Vorweg: Die Kritik Janet Biehls am Ökofeminismus »alten« Stils ist sowohl von ihrem »übergreifenden« als auch von einem gleichberechtigt antietatistischen und frauenpolitischen Politikverständnis her berechtigt. So kritisierte Biehl die kritiklose Übernahme der patriarchalen Zuschreibung der Frau als »Naturwesen«, die die speziellen Unterschiede zwischen Frauen und Männern festschreibt, den Aufbau der politischen Theorie auf dem einzigen Kriterium der »biologischen Differenz«, die Arroganz und Anmaßung, ein biologisches Kriterium als politisches Prinzip von »Rettung« und Revolte zu deklarieren, die Zuschreibung militärischer Aktionen in den alleinigen Verantwortungsbereich von Männern, die Ignoranz von Hierarchien im gefeierten matrizentrischen Matriarchat (dessen Existenz widerlegbar scheint, nur nicht in den Phantasien von Männern und Frauen), sowie die Irrationalität im Kult der »Göttin«.



Photo: Theo Heimann

Dagegen aber scheinen die Argumente, die Biehl in der berechtigten Kritik am Ökofeminismus aufführt, selbst wiederum es wert zu sein, einer genaueren und frauenpolitischen Kritik unterzogen zu werden, die sich an einem größtmöglichen Grad von Befreiungsinhalten, gleichverteilten Interessen und unter Berücksichtigung der Realität zu orientieren versucht. Um auch noch diesen Punkt einzuschieben: eine Politik, die die Interessen einer Gruppe zum Inhalt hat, hat immer ihren Ort. Sie ist, auch wenn sie »-ismen« zu vermeiden sucht, damit parteiisch. Eine Politik, die versucht, einzelne Gruppenstrukturen und Beziehungsgeflechte auf anderen Ebenen wiederzuentdecken und Zusammenhänge festzustellen, arbeitet unter Verwendung von Teilaspekten verschiedener »-ismen«.

Janet Biehl, und das ist die Einführung meiner Kritik, vermißt am Ökofeminismus die gesellschaftliche Einbettung, das »soziale«. Und um sowohl die Ideen des Ökofeminismus zurechtzurücken als auch die Ideen des radikalen Feminismus zu reaktivieren, plädiert sie für die »Integration des Feminismus« in eine »übergreifende linke politische Theorie«.

Das ist m.E. keine Lösung. Denn diese Lösung funktioniert hierarchisch: Sie unterstellt in ihrer Theorie einerseits das Prinzip der Frauenunterdrückung einem »übergreifenden« anderen »-ismus« von Unterdrückung und hofft andererseits, daß übergreifenden linke Theorien diese Facette allgemeiner Gewalt »aufheben«. Meine Vorschläge zur Theorie und Praxis versuchen dagegen anders auszusehen, und dabei sowohl die emanzipatorischen Inhalte des Ökofeminismus als auch die berechtigten Kritikpunkte des sozialen Ökofeminismus zu berücksichtigen. Meine Vorschläge und meine Kritik werden versuchen, dahin zu gehen, Analogien der Unterdrückung im Kapitalismus und Nationalstaat in der Unterdrückung von Frauen wiederzufinden. Damit gelingt gleichermaßen noch ein weiteres: In

der Unterdrückung von Klassen, Rassen, Frauen, Kindern, politisch engagierter Männer und Frauen etc. arbeiten Prinzipien, denen sich sowohl Frauen als auch Männer verschrieben haben. Um von der häufig personalistisch betrachteten Unterscheidung zwischen Frauen und Männern wegzukommen, meine ich das Augenmerk mehr auf die politischen Prinzipien zu richten, denen sich sowohl Frauen als auch Männer – jedoch unter Berücksichtigung ihrer *sozialen Differenz* verschrieben haben.

D.h. ich unterscheide zwischen **frauenidentifizierter Politik und männeridentifizierter Politik.** Mit frauenidentifizierter Politik meine ich diejenige Politik, die die Interessen von Frauen unter Berücksichtigung der Errungenschaften feministischer Theorie vertritt. Frauenidentifizierte Politik meint keinen »Manchester-Feminismus« – keinen Feminismus, der die Interessen von Frauen auf Kosten anderer Beherrschter durchboxt. Insofern kann Janet Biehl zu Recht folgern, daß die Revolutionierung der sozialen Rollen von Frauen auch eine Revolutionierung der sozialen Männerrollen nach sich zieht, auch wenn »mann« sich mit unterschiedlichem »Profit« in ihnen eingerichtet hat. Frauenidentifizierte Politik kann sowohl von Frauen als auch von Männern vertreten werden – aber sie hat ihren Ort: Sie ist von Frauen für Frauen entwickelt worden. Männeridentifizierte Politik dagegen vertritt die Interessen des Status quo, der Mehrheiten und der Macht – in der Auseinandersetzung um den theorien-, parteien- und interessenübergreifenden Sexismus zeigt sich sogar, bis in welchen »progressiven« Winkel männeridentifizierte Politik reicht.

Eine harmonische Utopie zu beschwören in einer Zeit, in der soziale »Differenzen« auf sexuellen »Differenzen« gründen, ist Religion. Eine realistische Gesellschaftsvorstellung blendet die sexuelle (biologische) Verschiedenheit nicht aus, läßt sie aber gleichzeitig nicht zur Grundlage sozialer Ungleichheit werden. An dem Angelpunkt der Befreiung von der sozialen »Differenz« wird klar, wie hinfällig die Kategorien von »links« und «rechts« werden.

Am Ökofeminismus á la Mary Daly kritisiert Biehl die kritiklose Aneignung der »Biophilie« durch Frauen, die einerseits Frauen nur aufgrund ihrer »Biologie« besäßen und die ihnen andererseits auch nur aufgrund ihrer »Biologie« von Männern zugeschrieben würde, Ökofeministinnen – das steckt dahinter – drehen die herrschenden Feindbilder um. Es gibt keine »männermordenden Frauen«, so eine realexistierende Männerphantasie, sondern realexistierende Frauenmörder (durch Krieg, Vergewaltigung, Umweltverschmutzung usw.) Die Kritik der Aneignung männeridentifizerter Bilder durch Frauen wird aber hinfällig, wenn die gleichfalls kritisierte Sherry Ortner, die die Naturnähe der Frauen als kulturelles Allgemeingut deklariert, schreibt, daß der Kulturbegriff selbst ein »Konstrukt« sei, also nicht Fakt der Natur, sondern sozial gemacht ist. Es ist den Ökofeministinnen und ihrer Kritikerin also bewußt, daß hier eine patrizentrische Zuschreibung angeeignet wird (Vgl. Ynestra King in SF-26, 4/87). Wer mag nun aber, so frage ich ketzerisch, Frauenpolitikerinnen die gesellschaftsimmanente »Umwertung der Werte« vorschreiben, wenn es real immer unmöglich ist, einer patriachalen und phallokratischen Gesellschaft zu entfliehen und diese sich selbst in den kulturellen Widerstandsformen von Frauen widerspiegeln (z.B. Demos, Spruchbänder usw.)?

Die soziale Determination der sozialen Bewegungen durch die HERRschende Kultur ist real – ob sie total ist, zeigt sich erst am Potential von Widerstand.

Ich halte das Anliegen Biehls – das Ziel einer antikapitalistischen und antietatistischen Gesellschaft unter Ausschluß von sozialer Ungleichheit und unter Einschluß der Vermischung von »privat« und »öffentlich« – für ein hehres Anliegen. Es schreibt aber den Vernunft- und Fortschrittsglauben des westeuropäischen Kulturkreises mitsamt seinem Rekurs auf das »humanistische« Erbe und unter Zuhilfenahme sämtlicher dualistischer Denkprinzipien fort und läßt dabei realexistierende Bedürfnisse, z.B. nach Spiritualität (und nicht nach Religion) außer acht. Das Denken Biehls orientiert sich idealistisch unter Zuhilfenahme einer »Befreiungstheorie« an einer Utopie. Stattdessen aber sollte vorweg eine »Befreiungstheorie« die Bedürfnisse einer Gesellschaft nach Irrationalität analysieren, um sie, bei einem pragmatischen Ansatz, gesellschaftspolitisch zu berücksichtigen und dabei nicht an den Menschen vorbeizutheoretisieren. Die Spiritualität einer Mary Daly z.B. ist sicher keine Angelegenheit des »einfachen Gemüts« (viele halten ihre philosophischen Schriften sogar für höchst kompliziert), sondern ein Weg, den Mut und die grenzenbrechende Kraft zum eigenen Denken zu finden. Die Kritik an diesem Weg mag aber sein, daß er – erst Recht, wenn es um seine Ausschließlichkeit geht, – ein sogenannter Individualtrip ist und kein gemeinschaftlicher; er ist der esoterische Weg weniger in einem weiblichen Elfenbeinturm.

Was meint der Weg von Biehl, an das repressive Beziehungsgeflecht von Frau und Natur »ontologisch« (seinsmäßig) heranzugehen? Will sie das Beziehungsgeflecht »philosophisch« zerstören? Was ist das »Wesen« von Frau und Natur?

Der ontologische Weg Janet Biehls verkennt, daß im Bedürfnis nach weiblichen Göttern die Suche nach Vor»bildern« steckt, die Biehl selbst wiederum in »übergreifenden Theorien« gefunden hat, die aber nicht von Frauen und frauenpolitisch bestimmt wurden. Die weibliche Suche nach Vorbildern ist gesellschaftlich stark ausgeprägt, und die meisten der Suchenden wissen auch, daß sie ewig wären kann, um nur selten fündig zu werden. Das wirft »ontologisch« die Frauen auf sich selbst zurück – ist aber die Chance für ihre individuelle und kollektive Weiterentwicklung; wer sie jedoch nicht ergreift, wird entweder orientierungslos oder greift auf männlichidentifizierte Vorgaben zurück.

Biehl beschreibt das Dilemma des feministischen Bewußtseins dahingehend, daß, sollten die Frauen befreit werden, mithin die Gesamtgesellschaft befreit werden müsse. Frauenpolitik, so Biehl, schließt, um nicht insulär zu bleiben, und um »universalistisch« zu sein, Politik für Männer notwendig mit ein – schon deshalb, da Männer auch »Verbündete« von Frauen (besser: frauenidentifizierter Politik) sein können. Frauenpolitik so besehen – und nicht als Interessenpolitik – ist therapeutisch. Sie verkennt die Realität, daß eine linke »übergreifende Theorie« nicht selbstverständlich antisexistisch ist. Wie, so frage ich mich, können viele Männer »Verbündete« von gesellschaftlich Unterdrückten sein, wo sie bislang nur den Profit der sexuellen Differenz kannten? Wie ist ein gemeinsamer politischer Ort von Unterdrückten und Unterdrückern zu finden – realistisch, und nicht nur idealistisch beschworen? Wie können, um noch konkreter zu werden, lesbische Frauen mit Männern Politik machen, die mit ihrer Politik täglich zeigen, daß sie von lesbischer Frauenpolitik nichts verstehen? Wie können Männer konkrete »Verbündete« von lesbischen Frauen sein? Ich weiß, das mag ein »Minderheitenfall« in der jetzigen und kommenden Gesellschaft sein – aber zeigt er nicht, daß auch in »übergreifenden« politischen Theorien das Prinzip von Mehrheiten zum Vorschein kommt? Mit der Befreiung vom Sexismus, so Biehl, mag nicht von der Befreiung vom Kapitalismus und Nationalstaat gesprochen worden sein. Aber wer versucht, Strukturen von Herrschaft aufzudecken, der wird erkennen, daß sowohl im Kapitalismus als auch im Prinzip von Staaten dem Sexismus analoge

Strukturen immanent sind. Frauenunterdrückung, so hat Biehl richtig gesehen, ist nicht deshalb der Prototyp aller Herrschaft, weil Männer zu Kapitalisten und Etatisten werden, um Frauen zu unterdrücken. Die ständige Unterdrückung von Frauen in der Geschichte zeigt aber, daß es immer Subjekte gab, die unterdrückten und Objekte, die unterdrückt wurden bzw. sich unterdrücken ließen. Die Frage stellt sich anders: Es geht nicht um eine Wertigkeit von »primärer« oder »sekundärer« Herrschaft, d.h. die Frauenunterdrückung sei der Dreh- und Angelpunkt von Herrschaft und damit ihrer Aufhebung, sondern es geht um die Frage nach den Subjekten von Herrschaft in Zusammenhang mit den von ihnen vertretenen politischen Prinzipien.

Biehl schreibt, daß in vielen Fällen die Gerontokratie (Herrschaft der Alten) der männlichen_Dominanz vorausgeagngen wäre. Was aber anderes waren die »Alten« als Männer? Die Analyse über die, die herrschten und ihrer herrschenden politischen Prinzipien wird zeigen, daß nicht allein Frauen oder die »Natur« ausgegrenzt wurden. Die Analysen werden aber auch zum Vorschein kommen lassen, daß selektive Ausgrenzung ein politisches Prinzip ist, das auf staatlicher, nationaler und männlich-identifizierter Ebene funktioniert, d.h. dort, wo es Grenzen gibt, die zur Erhaltung eines Systems zwingend vorgeschrieben werden – also bei den Männerbünden der »Alten«, den klerikalen Orden, den »Seilschaften« im Kapitalismus, den Armeen im Nationalstaat (und auch bei Frauenbünden). Männerbündische Herrschaftsformen manifestieren sich nicht allein in der Unterdrückung von Frauen – das ist nur eine Variante neben der Unterdrückung Andersdenkender, Andersgläubiger, anderer Rassen usw. Aber es hat sich gezeigt, daß sich in der Unterdrückung Andersdenkender, Andersgläubiger, anderer Rassen usw. die sexistische Unterdrückung weiter fortsetzt, daß Ausgrenzung nicht gleich Ausgrenzung ist. (Vgl. die NS-rassistische Ideologie, die Weiblichkeit in den Bereich »rassistischer Minderwertigkeit« schob.) Deshalb ist eine frauenpolitische Befreiungstheorie gegen sämtliche Formen sexistischer Herrschaft: in alllen männerbündelnden Ausgrenzungssystemen wie Staat, Nation, Vaterland, Knast usw.

Am Schluß wird es bei Biehl dualwirtschaftlich, was hierzulande bei Joseph Huber zu finden ist, aber sich in den Staaten nach Murray Bookchin richtet, *man* aber auch als Vermengung von *Yin* und *Yang* oder als die androgyne Hoffnung bezeichnen könnte. Was bislang auf der Basis der Biologie fungierte – die »Ethik des Sorgens« im »Privaten« als Bereich der Frauen – soll nun auf der Ebene des »Sozialen« auch für Männer gelten. Weder das Private noch das Öffentliche sollen weiterhin durch die Biologie bestimmt werden – auch wenn sich real immer noch linke Männer damit schwertun (woher nimmt Janet Biehl eigentlich nur ihre Hoffnung bzw. die vielen progressiven Männer?). So wird ganz einfach das Private öffentlich und das Öffentliche zum Privaten gemacht, wobei durch diesen Gedankentrick den Frauen endlich die »Ethik der Rechte« aus dem Öffentlichkeitsbereich zukommen. Die »Ethik der Rechte« soll aber weiterhin im Bereich der »Öffentlichkeit« bleiben, sie hat nach dieser Fassung nichts im »Privaten« zu suchen – schade, deshalb gibt es auch immer noch Frauenhäuser, in die Frauen geschickt oder vermittelt werden und die Biehl als Fortschritt befürwortet, und nicht das Recht, andersherum zu verfahren und den Frauen ihren Ort zu lassen. Das alles stellt sich Biehl in einem »libertären Kommunalismus« in Bookchinscher Version vor, in der die Ökonomie moralischer wird und die Frauen vielleicht etwas unmoralischer (sie seien ja nicht moralisch von Natur aus). Die Stadt, so Bookchin, hat nichts mit einem Staat gemein, und deshalb, so folgert er weiter, dürfen Anarchisten auch Stadträte werden. Deshalb, so in Fortsetzung von Biehl, ist in der neuen Stadt auch alles anders zwischen Frauen und Männern.

Die griechische Polis, auf die sich beide als Vorbild berufen, wurde nämlich durch eine »Körperschaft freier Bürger« (vgl. Murray Bookchin, in: SF-19, 3/85) geleitet, aber nichts weist bei diesem historischen Kunstgriff darauf hin, daß beispw. Athen und Sparta männerbündische und militärische Stadtstaaten waren. Nach Janet Biehl ist ein »libertärer Kommunalismus« diejenige linke politische und »übergreifende« Theorie, die den Ökofeminismus politisiert.

Thea A. Struchtemeier, Bochum

* Janet Biehl: **Sozialer Ökofeminismus** und andere Aufsätze werden im Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1 als Buch erscheinen; der Band verzögert sich allerdings, da die Übersetzerin ihre Arbeit unterbrechen mußte. Ein genauer Erscheinungstermin steht momentan nicht fest, wir hoffen jedoch, noch 1990 das Bändchen zur weiteren Diskussion vorlegen zu können. Ein übersichtliche Zusammenfassung seiner Ideen und Vorstellungen für eine freiere Gesellschaft hat Murray Bookchin mit seinem neuesten Buch **»Remaking Society«** vorgelegt. Es wird derzeit übersetzt und im Mai 1991 im Trotzdem-Verlag auf deutsch erscheinen.

No more heroes, no more heroines

– Zur Theorie der »BANALität«

von Wolfgang Haug

Ein/e anonym bleibende AutorIn schüttet in der Nummer 6 von ***Banal*** in dem Artikel *»Anarchismus, der Schlaf der Gerechten oder Anarchismus als Herrschaftsideologie?«* das Kind mit dem Bade aus. Es handelt sich dabei anscheinend um einen Auszug aus einer geplanten größeren Veröffentlichung, die demnächst als Broschüre von *Banal* verbreitet werden und die anarchistische »Diskussion beleben« soll.

Aus einer lesenswerten Kritik am Hegelschen Denkansatz, aus berechtigtem Unmut über nationalanarchistische Strömungen in Gegenwart und Geschichte der anarchistischen Bewegung und den lange – eher verschwiegenen frauenfeindlichen, sexistischen, antisemitischen und nationalistischen Inhalten a la Proudhon u.v.a. wird ein Rundumschlag gegen Anarchisten und Anarchistisches, bei dem lediglich Emma Goldman und Pierre Ramus als vermeintlich neue Basis übrigbleiben. Wäre es war, was als Resümee gezogen wird, (*»Emma Goldman ist meiner Meinung der einzige Orientierungspunkt für AnarchistInnen, und die einzige, die sich mehr oder minder diesen national, völkisch, rassistischen Kriterien anderer TheoretikerInnen des Anarchismus entziehen kann und auf der wir aufbauen sollten.«*) dann stünde es wahrlich schlecht um diese Bewegung, und es wäre völlig unbegreiflich, warum sich überhaupt noch ein Mensch danach umdreht! Zwar läßt der letzte Satz des Artikels erkennen, daß der/die AutorIn selbstkritisch genug ist, die Problematik dieses Beitrags – wenigstens theoretisch zu erkennen: *»hohe Ziele und Ansprüche, aber die Gefahr von tiefen Stürzen in die Trivialiät und Scheinanalytik.«* Praktisch vermieden hat er/sie Letzteres nicht.



Der Beitrag schießt denn auch wirklich weit über eine ernsthafte Kritik hinaus und reizt gegen Ende gar zum Lachen. Wichtige Kritikpunkte und Überlegungen – etwa die, ob und inwieweit und weshalb anarchistisches Gedankengut von den Herrschenden partiell aufgegriffen und in eine Herrschaftsideologie einbezogen werden kann – werden durch überzogene, falsche oder verkürzte Behauptungen und "Herleitungen" wieder verwässert. (Möglicherweise liegt es an der Kürzung, dann aber wäre es der *Banal-Redaktion* nicht gelungen, die ausgelassenen Zusammenhänge durch entsprechende Zwischenbemerkungen dennoch weiterzuvermitteln.)

Ausgehend von der Voraussetzung, daß Rassismus/Sexismus und Nationalismus *die* bürgerlichen Herrschaftselemente seien und daß der Hegelsche Mensch Staatsmensch sei, sucht der/die ArtikelschreiberIn nachzuweisen, daß die anarchistischen Theoretiker

a) allesamt abhängig von der Philosophie Hegels blieben und

b) des öfteren rassistische und nationalistische Theorien produzierten, was zu der Folgerung führt, daß der Anarchismus theoretisch seinen eigenen Feind produziert.

Daran ließen sich genügend Fragen anschließen: etwa die, welche weiteren Herrschaftselemente das Bürgertum ausmachen und warum sie nicht einbezogen werden? Ob eine Philosophie, die von Hegel ausgeht, aber zu ganz eigenständigen Weiterführungen kommt, mit Hegel widerlegt werden kann? Konkreter: kann Bakunin, wenn er als Hegelschüler die Freiheit als übergeordnete Sache entwickelt, als Schüler Hegels verurteilt werden, der die Freiheit nur als Zweck für eine übergeordnete Sache (z.B. den Staat) ansah? Wer enteignet hier wen – etwa Hegel Bakunin?

Wichtiger ist mir jedoch bereits an dieser Stelle die Frage nach der Bedeutung und Wichtigkeit, die wir anarchistischen »Klassikern« zusprechen. Sie sind meiner Ansicht nach alle nur in ihrem historischen Rahmen zu lesen und somit auch in ihrer historischen Beschränktheit. Im Gegensatz zum Marxismus haben Anarchisten niemals erklärt, daß einer ihrer Theoretiker für das Denken, Handeln und Verhalten verbindliche Normen aufstelle. In diesem Sinne sehe ich alle »Klassiker« lediglich als Steinbruch für Ideen, von denen einige zum Allgemeingut der Bewegung wurden, andere diskutierbar sind, vieles jedoch als historisch, veraltet oder nicht brauchbar eingestuft

werden muß. Was wir mit diesen Ideen anfangen, ist in erster Linie unsere Sache.

Doch zurück zum Banal-Artikel, der zunächst die Herrschaftsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft aufgezeigt, die sich nicht zuletzt aufgrund der Französischen und Amerikanischen Revolution in die Köpfe und Herzen der Menschen (»des Volks«) verpflanzen ließen.

Danach hätte es mit Landauers und Bubers Volksbegriff weitergehen können, hätte sich die Abhängigkeit ihres Volksbegriffs von der bürgerlichen französischen und amerikanischen Revolution aufzeigen lassen, was uns zu weiterem Nachdenken anregen müßte. Stattdessen folgt völlig abrupt, nach einer kurzen Aufzählung anarchistischer Frauen, die in unserem Bewußtsein (!) (was nicht unbedingt ihre Realität beschreiben muß und was diese meines Wissens für einige der Genannten auch nicht beschreibt!) im Schatten ihrer Männer standen:

»Es ist etwas, das schon lange zum Himmel stinkt und sich Anarchismus nennt, es sind die letzten GralshüterInnen einer alten, mit staubigen Krusten umlagerten Lehre, die heute die schwarze Fahne hochhalten möchten. Es ist der proudhonsche Mief der Reproduktionsarbeit, des Nationalismus, des Rassismus/Sexismus, der diese Gesellschaft noch mitträgt.«

Gut gebrüllt, *Banal*, aber mehr als gebrüllt? Wo leitet sich das jetzt bloß her? Plötzlich ist der Herrschaftsmechanismus der bürgerlichen Gesellschaft über die Frage *»Wer war Milly Witkop?«* zum Herrschaftsmechanismus des Anarchismus erklärt worden. Ein wenig zu einfach, wie ich finde. Doch macht dieses Vorgehen wenigstens die Denkmethode deutlicher: wenn im Verhalten oder Denken selbsterklärter Anarchisten bürgerliche Verhaltensmuster erkannt werden, wird der Anarchismus als solcher zur (bürgerlichen) Herrschaftsideologie erklärt. Das ist allerdings großer Unsinn!

Richtig wäre es, mit der anarchistischen Theorie (und ich setze nun meinerseits voraus, daß es sich um keine Herrschaftsideologie handelt!) den Anarchisten wieder und wieder ihre nach wie vor bürgerlichen/herrschaftlichen Verhaltens- und Denkweisen vorzuhalten, denn daß es solche zweifellos gibt, – auch bei jedem von uns – ist selbstverständlich, schließlich leben wir in einer bürgerlichen Gesellschaft und haben, auch wenn wir viele ihrer Normen bekämpfen, ebensoviele als »natürlich« verinnerlicht.

Das soll nun nicht heißen, daß wir es unterlassen dürften, die anarchistische Theorie selbst zu überprüfen, oder ihre TheoretikerInnen einer Kritik zu unterziehen, doch dazu braucht es keiner *neuen Philosophie* wie sie in *Banal* gefordert wird, sondern selbstbewußter Menschen, die sich keinen Blödsinn einreden lassen. Daß diese durchaus existieren, scheint mir u.a. gerade auch an Proudhon, dessen theoretische Positionen (und noch mehr seine privaten Ansichten) völlig unakzeptabel sind, überprüfbar, denn dessen Schriften – abgesehen von dem wenigen zur Tauschbank und zum Eigentum – wurden auf deutsch nicht mehr neu aufgelegt und er findet nur bei einer Minderheit Resonanz. Trotzdem sollten weiter Fragen gestellt werden, gerade weil *diese Traditionslinie*, wie *Banal* folgert – anscheinend via Landauer – zu neu vertretenen Positionen wie der von Stefan Blankertz (Liberalismus, siehe *Graswurzelrevolution*) oder der von Hans-Jürgen Degen/Jochen Schmück etc. (Nationalanarchismus, siehe *SF + Guhl-Broschüre)* führen kann. (Spekulative Anmerkung: Vielleicht fand sich auch deshalb ein französischer Mitstreiter von der CNT-F für die nationalanarchistische Broschüre?!) Doch müßte eine solche Auseinandersetzung inhaltlicher werden, in *Banal* überwiegen die bloßen Schlagworte.

Und manche Folgerungen dürften »scheinanalysiert« sein: Ich habe auch schon erwähnt, daß Landauers und Bubers »Volksbegriff« nicht näher betrachtet wurden. Stattdessen wird im Banal-Artikel behauptet, daß Landauers und Bubers Vorstellungen vom »Volk« zum »Abstieg der italienischen FAI und deutschen FAUD« und zum Übertritt vieler Mitglieder zu den faschistischen Organisationen geführt habe. (Bislang wurden solche Übertritte mit den Schriften Sorels, der sowohl von syndikalistischer wie faschistischer Seite ausgewertet wurde, dem Aufgreifen syndikalistischer Theoriedersatzstücke im faschistischen "Nationalsyndikalismus" und der Perspektivlosigkeit revolutionärer Hoffnungen erklärt, doch auch das sind nur Facetten, von denen es noch sehr viel mehr gibt und wovon die wenigsten theoretischer Natur sein dürften.)

Ich halte die Behauptung gegenüber Landauer/Buber jedoch nicht nur aufgrund der historischen Tatsachen für falsch, sondern nehme auch an, daß ihr unserer heutiger Begriff von »Volk« und »völkisch« zugrundegelegt wird, der nur noch wenig mit dem »Volksbegriff« Landauers, also dem »Volksbegriff« der französischen Revolution zu tun hat. Wenn *wir* diese Begriffe verwenden, denken wir die nazistische Vergangenheit mit und verstehen Landauer zunächst einmal verkehrt. Es ist deshalb verkehrt, Landauer mit irgendwelchen Übertritten zum Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen, gar ihn

dafür verantwortlich zu machen. Tut man es dennoch, müßte die Retourkutsche lauten: warum wurde er dann von Präfaschisten erschlagen? Die wußten jedenfalls bereits zwischen »völkisch« und »Landauers Volk« zu unterscheiden, und das gründlich! Was dennoch am »Volksansatz« und somit Landauers Ansatz problematisch oder gefährlich bleibt, ist der Integrationsmechanismus »Volk«, mit dem die Herrschenden ihre Sache zur Sache aller machen, damit sie sich mit Interessen identifizieren, die gar nicht ihre eigenen sind.

Die Mär vom *falschen* anarchistischen Bewußtsein

Von *Banal* besonders gegeißelt wird zum Schluß die Studentenbewegung, die die Renaissance anarchistischer Ideen »falsch« eingeleitet habe, weil sie vom Rätemodell ausgehend vor allem Erich Mühsams Anarchokommunismus anstatt den von Ramus (!!) wiederentdeckt habe und Mühsam doch nur Tagesjournalist und kein Theoretiker gewesen sei, abgesehen von seinem Werk »Staatlichkeit und Anarchie«. Nun letzteres war zwar von Bakunin, aber weil dieser Hegel ins Russische übersetzt hat, wird er – als »Wegbereiter Lenins« – wie gesehen ja ebenso mit dem banalen Bannstrahl belegt, so daß es keinen großen Unterschied macht. Abgesehen davon, daß kein mensch eine »Theorie« alleine schafft, sondern immer auf vielen anderen aufbaut und sie in Auseinandersetzung mit anderen, mit politischen Entwicklungen, mit utopischen Vorstellungen, mit seiner sozialen Realität usw. entwickelt, ist die Formulierung, »Mühsam sei zum *Spielball anderer Ideen* (geworden). Zuerst war es der Einfluß Landauers, später Lenins und Kropotkins« äußerst seltsam. Denn wo anders hätte Mühsam eine anarchistische Position besser entwickeln können, als in der Auseinandersetzung mit seinem Freund Gustav Landauer? (Mit dem er sich im übrigen in vielen Fragen nicht einig war, was mir für einen "Spielball" etwas seltsam vorkommt.) Und weshalb hätte er Kropotkin nicht rezipieren dürfen? Und war das wirklich alles? Hatte nicht Stirner in der Boheme großen Einfluß? Nicht Otto Gross? Und speziell für Mühsam: nicht der italienische Anarchismus? und und... Was nun aber Lenin anbetrifft: war es nicht vielleicht umgekehrt? Hat nicht der Lenin von »Alle Macht den Räten« anarchistische Parolen von 1905/6 übernommen und ausgenutzt? Ist nicht Lenin ein Beispiel für die eingangs gestellte Frage, wie anarchistische Ideologie teilweise in Herrschaftsideologie umfunktioniert werden kann? Und waren nicht viele Syndikalisten und Linksradikale anfangs in der KPD, in der Hoffnung, daß sich diese Gruppierung nicht parlamentarisieren läßt und traten 1919 gerade deshalb wieder aus, nachdem sich der rechte Flügel mit Paul Levi, der auf die Vereinnahmung der viel größeren USPD spekulierte, durchgesetzt hatte. Und mußte Mühsam vorhersehen, daß derselbe Lenin, der »Alle Macht den Räten« verkündet hatte, um zur Macht zu gelangen, gegen die linksradikalen Kinderkrankheiten des Kommunismus anschreiben würde, um die Macht zu erhalten?

Und wenn mensch dies alles wegwischt, bleibt doch die Tatsache, daß Mühsam beileibe nicht der einzige war, der ab 1917 die (erst im Nachhinein!! illusionäre) Vorstellung hatte, daß sich Marxismus und Anarchismus über eine praktische Revolutionserfahrung neu definieren könnten. Für einen Schweizer Beitrag überraschend ist auch, daß sich die hier vorgetragene Kritik anstatt an Mühsam nicht an dem Zürcher Brupbacher festmacht, der schließlich mit »Marx und Bakunin« das entsprechende Buch verfaßt hat. Sieht mensch genauer hin, so war die gesamte radikale Linke, nämlich die, die sich nicht mit einer sozialdemokratisch geführten Demokratie zufrieden gab und die sich gleichzeitig in die aktive Politik einmischte (was nicht von allen Anarchisten behauptet werden kann, weil dort manch einer lieber die reine Lehre pflegt, als gesellschaftspolitisch in die Gefahr zu kommen, handelnd einen Kompromiß eingehen zu müssen!), die also an einer wirklichen Umgestaltung der Gesellschaft *mittels der Räteidee* interessiert war, in dieser "Illusion" befangen. Hätte es in den Jahren 1917-1919 historisch anders sein können?

Doch zurück zur Studentenbewegung, denn so folgert der – mir reichlich ahistorisch erscheinende – Rundumschlag, *»Mühsam eignete sich sehr gut für die Fusion Marx und Bakunin, und sein Vereinigungsaufruf konnte in Ost wie in West für ein linkes Stillhalteabkommen gegenüber dem Marxismus gebraucht werden«* – Tja, schön wärs gewesen, hätte *die* Studentenbewegung (und nicht nur ein kleines Häuflein Kommunarden) wieder »bei Mühsam begonnen«. Richtig ist an dieser Einschätzung aber nur, daß die Renaissance des Anarchismus in der Bundesrepublik mit einer Verbindung von Marxismus und Anarchismus begann. Dies geschah jedoch nicht, weil diese Studenten und Lehrlinge Mühsams Theorien studiert hätten, und damit das geeignete theoretische Gerüst für ihr Verhalten gegenüber marxistischen SDSlern oder dem realexistierenden Sozialismus gefunden hätten, sondern weil sie allesamt aus der marxistisch orientierten Studentenbewegung kamen, deren Theorien für die Gestaltung eines eigenen "revolutionären" Lebensstils nicht für ausreichend empfanden und bei der Suche nach ergänzenden Theorien aus der Fundgrube des Sozialismus auch den Anarchismus zu Tage förderten, den sie in der Folgezeit mehr und mehr provokativ *gegen* die anderen, mehrheitlich marxistisch-orientierten Gruppen stellten. Von Stillhalten kann also keine Rede sein.

Es ist a-historisch und sinnlos sich darüber zu ärgern, daß die 68er den Anarchismus mit der »falschen Theorie« neu belebt hätten. Der/die sich Ärgernde scheint die »richtige« Theorie zu kennen und zeigt dadurch eine Nähe zu Ramus, die vielleicht beantwortet, warum es zu keiner Ramus-Renaissance kommen konnte: Gerade ein sich so – oftmals fanatisch – auf die reine Lehre abschottender Theoretiker wie Ramus konnte über die Reihen der Anarchisten hinaus keinerlei Faszinationskraft entfalten, ja er erreichte selbst zu seiner Zeit noch nicht mal die Mehrzahl der »KameradInnen«. Wie hätte er, der anarchistische Antikommunist, ca. 40 Jahre später marxistisch vorgeprägte Bewegte erreichen können, denen die Grenzen des Marxismus deutlich geworden waren, die aber auch ein Gedächtnis für den konservativen Antikommunismus des Kalten Kriegs hatten?

Das soll heißen: eine lebendige anarchistische Bewegung – und das scheint ja auch das Anliegen von Banal zu sein – entsteht nicht über eine "richtige Theorie", sondern über gesellschaftliche Erfahrungen und Auseinandersetzungen, in deren Folge sich auch »alte Theorie« aktualisieren läßt. Anstatt also zu bedauern, daß Ramus übergangen wurde, anstatt die zugegebenermaßen sympathische Emma zur neuen Leitkuh hochzustilisieren, sollten wir tatsächlich aufgrund *unserer* heutigen Erfahrungen die Defizite analysieren und neu diskutieren, wie wir mit ihnen umgehen oder sie überwinden. Und dabei ist es wohl nicht zufällig, daß wir Anleihen beispielsweise eher beim radikalen Feminismus suchen, also bei einer zeitgenössischen Bewegung, als bei irgendeinem anarchistischen Autor der Vergangenheit.

Banal, Anarchistisches Magazin, Nr.6, PF 288, CH-8036 Zürich, 54S., 5.- sfr

Die Schattenseite der Freiheit

von Piotr J.K. Tyminski

übersetzt vom Heddernheimer Kulturverein

Piotr Tyminski ist Mitglied der Anarchistischen Föderation Polens und wurde von Editrice A und der A-Rivista Anarchica gebeten nachfolgenden Artikel zu verfassen. Wir danken unseren italienischen Genossen für die Zusendung.

Der 2. Weltkrieg und die sich anschließenden 40 Jahre kommunistische Tyrannei haben die anarchistische Bewegung erfolgreich zum Stillstand gebracht. Das Fehlen eigener Theoretiker, die Knappheit anarchistischer Literatur und die Schwierigkeiten, internationale Kontakte zu knüpfen führten dazu, daß Anarchismus lediglich als Symptom der extremen Abweichung begriffen wird.

Die spezifische geopolitische Lage des Landes macht die Propagierung der selbstverwalteten Gesellschaft in zweifacher Hinsicht schwierig. Nach über hundert Jahren der Aufteilung Polens durch Rußland, Preußen und Österreich, nach der kurzen Periode der polnischen Republik, der Nazi-Okkupation und schließlich die völlige Abhängigkeit von der Sowjetunion riefen das spezifisch polnische Verlangen nach einer Restauration des Staates hervor. Auf diesem Weg verband sich die traditionelle Vorstellung vom Anarchismus als eines Zustandes des Chaos unweigerlich mit einer patriotischen Krankheit, die die Vaterlandsliebe und die dazugehörigen Werte glorifiziert. Und dies war der Moment als die monströse Gestalt in ihrer ganzen Pracht erschien – der politische Mensch. Dieses Beispiel für verinnerlichte Knechtschaft steht für einen unglaublichen Mechanismus: Jeder Angriff gegen den Staat wird als ein Angriff auf sich selbst begriffen.

Unter solchen Umständen wurden sowohl alle positiven Möglichkeiten in der Gesellschaft als auch ihre Anstrengungen ausschließlich auf die Idee der Staatsrestauration hin konzentriert. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Idee staatlichen Einfluß zu begrenzen und schließlich den Staat ganz und gar aus dem sozialen Leben zu verdrängen kaum Anklang fand und sogar als Verrat an dem polnischen Volk angesehen wurde. 'Schließlich überlebten die Werte, für die unsere Großväter ihr Leben so freudig gegeben hatten, und zeigten so ihre Über-

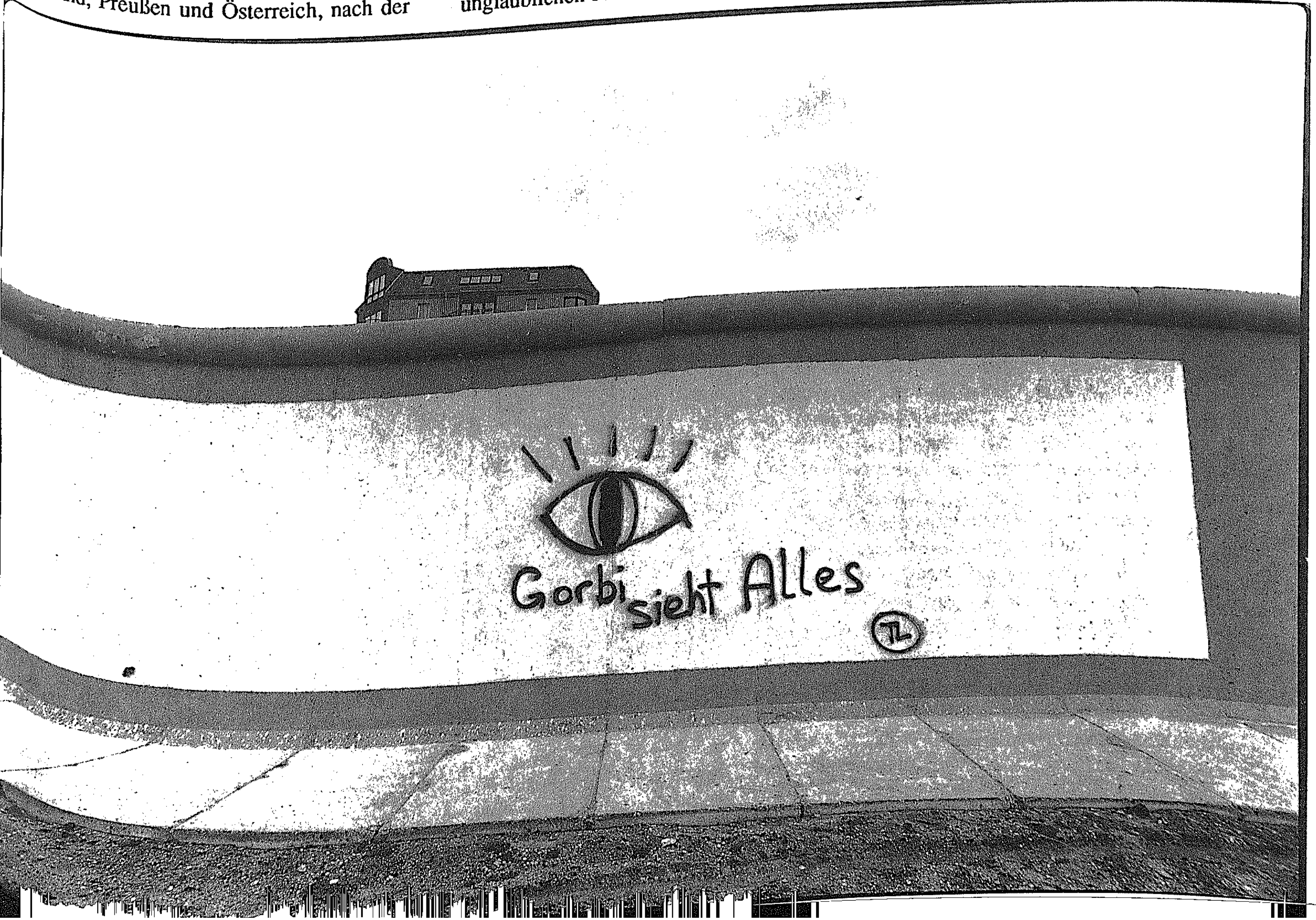


Photo: Theo Heimann

»Zawodowy Zwiazek Federacyjny«, die sich gegen die Unterbezahlung von Zivildienstleistenden wendet).

Was heute als sehr günstig für die Verbreitung des Anarchismus in Polen angesehen wird, ist die Tatsache, daß sich die früher so stark bewunderte Solidarnosc unweigerlich diskreditiert. Die Farce des »runden Tisches« und der spätere Pakt mit den Kommunisten, Grund dafür ist der Rückzug der Solidarnosc Bosse von der...... sich nicht einfach durch eine neue Regierung auflöst. Die Wahrheit ist aber, daß die meisten Leute immer noch über Mazowieckis Regierung als »ihrer Regierung« sprechen, was aber das wachsende Gefühl der Unzufriedenheit nicht aufhalten kann.

In jedem Fall hat der verzweifelte Sprung in den Kapitalismus zu einer Ausbreitung von Armut geführt, mit Ausmaßen, die sogar unter kommunistischer Herrschaft unbekannt waren. Es ist ein unweigerlicher Fakt, daß der Handel am runden Tisch seinen Preis hatte; nicht einer, der für das ökonomische Desaster verantwortlichen Prominenten wurde zur Rechenschaft gezogen, Henker und VB-Offiziere, die Menschen in Lagern gequält hatten, sind immer noch dabei; hunderte und tausende von absurden Regeln vom alten Regime vererbt, behindern immer noch eine nennenswerte ökonomische Entwicklung des Landes. Die alte Tradition der Manipulation von Wählern gab es auch wieder: Ich erinnere mich sehr genau an die Bemühungen von Solidarnosc, um die Stimen von Soldaten und wie schnell diese jungen Leute dann vergessen wurden. Solidarnosc ist heute eine sterbende politische Bewegung, ihre Chefs spielen die großen Bosse in der Regierung, während die Arbeiterunion komplett stagniert (es gibt aber noch Gruppen wie Solidarnosc Walczaca oder Solidarnosc '80, die sich in permanenter Opposition gegen die Verbindung aus Solidarnosc und Regierung befinden – eine gute Sache.) Walesa erzählt immer noch alte Geschichten vom Sprung über den Hafenzaun und gleichzeitig vermeidet er es, jede Verantwortung für das, was passiert zu übernehmen – es war halt immer leichter ein Gott zu werden als ein Mensch zu bleiben.

Die Therapie des ökonomischen Schocks bezeichnet mit *»made in Solidarnosc«* kündigt zunehmende Armut an, obwohl Reichtum für alle versprochen wird. Die Restauration des Kapitalismus (dieses Wort wird tunlichst vermieden) und die gleichzeitige Beibehaltung von kommunistischen Relikten als ein Preis der Beteiligung an der Macht kann nur zu einer weiteren Aufspaltung der Gesellschaft in sehr Reiche und sehr Arme führen.



Auf jeden Fall ist die jetztige Regierung in einer viel besseren Situation als jede andere vor ihr; sie wird immer noch von den meisten Menschen akzeptiert, die sich der Gefahr dieser Akzeptanz offenbar nicht bewußt sind. Die Regierung benutzt immer noch Tricks, um um jeden Preis an Popularität zu gewinnen (der Adler hat seine Krone wieder, aber wen interessiert schon wie teuer diese Operation ist?).

Es gibt nun sehr viel Arbeit für Anarchisten. Die Enttäuschung in der Gesellschaft, die kurz bevorsteht, gibt einen guten Ausblick für effektive anarchistische Propaganda. Den Boden für eine freie Gesellschaft zu bereiten, verlangt nach einer Entwicklung der erzieherischen Rolle des Anarchismus; Tag für Tag harte Arbeit, ohne die keine Veränderung möglich ist.

Desweiteren sei daran erinnert, daß der größte Teil der anarchistischen Gemeinde in Polen so jung ist (mehrheitlich Studenten und Schüler), daß anarchistische Schulung not tut. Diejenigen, die mehr Erfahrung haben, müssen ihre Kenntnisse mit den Jüngsten teilen, um deren Marginalisierung und Abfallen in die Subkultur zu verhindern. [Uff, stöhn..., wenn da nicht noch der ganz aufrechte Arbeiteranarchist der 20er Jahre spricht. SF-Setzer]

Der Grund weshalb Anarchismus meist mißverstanden wird, liegt nicht an der Idee selbst, sonst wahrscheinlich an der Art, ...

Deswegen hat die Schulung einen hohen Stellenwert. Mit besseren finanziellen und technischen Möglichkeiten könnten anarchistische Aktivitäten wahrscheinlich viel effektiver sein. Viele unserer Publikationen werden von ausländischen Kameraden wegen ihrer schlechten technischen Qualität und ihrem Aussehen geringgeschätzt. Grund dafür ist, daß die kommunistische Ökonomie die Preisrelationen zu höchst absurden Extremen getrieben hat; was im Ausland billig erscheint, ist hier unglaublich teuer. Und obgleich die anarchistische Presse in Polen nicht den westlichen Standard erreichen kann, geben sich Leute große Mühe etwas zu produzieren und ruinieren sich dabei finanziell, – nur um überhaupt etwas zu drucken; es fehlt uns einfach nur an Geld. Deshalb sind wir abhängig von den vielfältigen Erfahrungen unserer ausländischen Kameraden. Ihre Hilfe, sowohl materiell als auch in Theorie kann hier sehr viel zu einer starken anarchistischen Bewegung beitragen; die 90er Jahre können zum Meilenstein des polnischen Anarchismus werden. Weil, glaubt mir, Polen das einzige Land auf der Welt ist, wo eine Revolution um den Preis von 500 US Dollars gemacht werden kann.

(Bitte nehmt zur Kenntnis, daß dies hier meine persönlichen Meinungen sind, und obwohl ich weiß, daß viele meiner Kameraden meine Ansichten teilen, so würde ich niemals behaupten, daß dieser Artikel den generellen Standpunkt der polnischen anarchistischen Föderation ausdrückt.)

legenheit gegenüber der brutalen Gewalt.' So verwurzelten die Ideale "Gott, Ehre und Vaterland" tief im Bewußtsein der Polen und tun es immer noch.

Diese Probleme mögen für die meisten ausländischen Kameraden bis zu einem gewissen Grad unverständlich sein. Aber es sollte hervorgehoben werden, daß die ewigen Probleme libertäre Ideen zu verbreiten – durch Marginalisierung und Mißverständnisse – mit zahllosen, nur für diese Gegend typischen Hindernissen verbunden sind. Sie erschweren die Propagierung des Anarchismus extrem und zwingen uns unsere Vorgehensweisen sehr sorgfältig auszuwählen. Die gesellschaftliche Ablehnung des Anarchismus kommt nicht von der gewöhnlichen Angst des Bürgers vor der Gesetzlosigkeit, sondern leitet sich von dem »unterbewußten Patriotismus« ab, der, durch die jahrelange Tradition des dramatischen Kampfes für die Bewahrung der Unabhängigkeit, bekräftigt wurde. Dies waren die Gründe, die schon immer jedwede Entwicklung des organisierten Anarchismus in Polen behindert hatten, besonders zu der Zeit der völlien Abhängigkeit des Landes von seinen mächtigen Nachbarn.

Das Anwachsen von revolutionären Ideen in Europa am Ende des 19.Jahrhunderts hatte keinen Einfluß auf die anarchistische Propaganda in Polen, obwohl es scheint, daß es hätte so sein müssen. Unsere Gesellschaft zog es vor die Fremdherrschaft zu bekämpfen anstatt Herrschaft als solche zu überwinden. Natürlich waren Anarchisten schon vor 1900 aktiv, aber eher sporadisch und ihre Aktivitäten wurden meist von anderen sozialistischen Modeerscheinungen überspült. Gerade vor der Revolution 1905/07 wurden einige besser organisierte Gruppen sichtbar, die meisten von ihnen kamen aus der jüdischen Gemeinschaft, die zu dieser Zeit sehr groß war. Ihre Aktivitäten waren praktisch darauf beschränkt freie Gemeinschaften aufzubauen und sich somit aus der Gesellschaft zurückzuziehen. Der Grund für eine weitere Marginalisierung dieser Gruppen waren die verzweifelten Aktivitäten (Bomben-, Mordanschläge, Terror etc.) Diese wenigen Versuche haben die Popularität vom Anarchismus nicht gerade gefördert, sondern haben einzig die Aufmerksamkeit der Polizei erregt, was natürlich...... der Gruppen ein trauriges Ende bedeuteten. Zu jener Zeit wurde versucht eine polnisch-litauische Föderation zu gründen, aber wegen zahllosen Schwierigkeiten löste sie sich – bevor sie in irgendeiner Art und Weise aktiv werden konnte – auf. Während des Enthusiasmus der Revolution 1905-1907 gewann die anarchistische Propaganda Einfluß in den arbeitenden Massen und legte den Grundstein des Syndikalismus. einige der ersten, die verstärkt Forderungen nach Arbeit und Freiheit stellten, waren Jozef Zielinski, Dr. Walentyn Wroblewski und Edward Abramowski, der durch seine Idee von einer auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe beruhenden freien Gesellschaft berühmt wurde. (Die »frühe Solidarität« übernahm dieses Konzept, gab es aber später auf.)

Jozef Zielinski kann mit Niewenhuis verglichen werden, ihre Bemühungen um die Organisierung der Arbeiter und die Propagierung von antimilitaristischen Idealen zeigen große Gemeinsamkeiten. Die oben genannten haben durch zahlreiche Ansprachen, durch anarchistische Pamphlete und Broschüren sehr viel für den polnischen Anarchismus getan.

1918 nach Wiedererstehung des unabhängigen Polen wurde die anarchosyndikalistische Bewegung größer und stärker, sogar noch nach 1926, als es wegen des Militärputsches von »Opa« Pilsudski immer schwerer wurde zu agieren. Gerade zu dieser Zeit wurde »Powszechna Konfederacja Robotnico« gegründet, aus der später »Zjednoczona Konfederacja Zwiazkow Zawodowych« entstand mit einer klaren anarchosyndikalistischen Mehrheit. Die ZZZ hatte ca. 148.000 aktive Mitglieder und war gerade dabei der IAA beizutreten, als der Krieg ausbrach. Enge Verbindungen mit ausländischen anarchosyndikalistischen Organisationen wurden aufrechterhalten, so mit dem norwegischen »Syndikalistik Verbund«, der später die Solidarnosc sehr stark finanziell unterstützte als es noch den Anschein hatte, es wäre eine syndikalistische Gewerkschaft. Während des zweiten Weltkriegs hatte die ZZZ ihren Anteil am Kampf gegen die Besatzer mit einer eigenen Partisanengruppe, der Polska Armia Ludowa (Teile dieser Truppe waren an den harten Kämpfen während des Warschauer Aufstands 1944 beteiligt).

Die meisten anarchistischen Gruppen wurden nach dem Krieg durch die stalinistische Ära ausradiert, es wurde Jagd gemacht auf unabhängige Arbeiter und auf alles, was den Anschein der individuellen Freiheit hatte. Trotzdem existierten bis in die späten vierziger Jahre noch fragmentarische und marginalisierte Gruppen. Während der revolutionären Erhebungen 1956, 1968 ud 1970, als Anarchismus als semi-intellektuell und sogar als subkulturell beschrieben wurde, waren kaum organisierte Anarchisten zu sehen. So blieb es auch bis zur bemerkenswerten Nacht des 13.12.81 (Die Nacht des Staatsstreichs) als die Militärregierung unter Jaruzelski Truppen zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung ausschickte.

Das Wiedererstarken des Anarchismus nach 1981 ist ein außergewöhnliches Phänomen. Der Grund für die Verehrung des Anarchismus war (obwohl eigentlich alle Umstände s.o. gegen eine solche Entwicklung sprechen) die Tatsache, daß die Anarchisten vitaler waren als alle erwartet hatten. Auf der anderen Seite bedeutete das Fehlen von Traditionen im Kampf gegen den Staat, daß es meist jüngere Leute waren, deren Haß gegen das kommunistische System sich in eine extreme Ablehnung gegen jede Form von Autorität verwandelte. Eines der ersten Beispiele für eine organisierte anarchistische Bewegung gibt die Gründung der »Ruch Spoleczenstwa Alternatywnego« 1983 mit klarer Zielrichtung hin auf eine selbstorganiserte Gesellschaft. Die RSA hatte sich bald im ganzen Land ausgebreitet. Eine andere Gruppe war die »Wolnosci i Pokoj« mit antimilitaristischer und ökologischer Ausrichtung. Diese Gruppen waren die ersten, die Demonstrationen gegen die Anwesenheit sowjetischer Truppen vorbereiteten und organisierten. Außerdem gab es Demonstrationen für Menschen, denen ein Paß verweigert wurde und weitere Aktionen gegen die überentwickelten Machtstrukturen. Im Sommer wurde ein Netzwerk für Informationen »Miedzymiastowka Anarchistyczna« gegründet...... RSA und WJP. Die Idee fand großen Anklang und die MA zeigte sich sehr erfolgreich als Plattform zur Interkommunikation, Anbindung neuer lokaler Gruppen, zum Austausch von Informationen und Nachrichten und zur Verbreitung anarchistischer Schriften und Zeitungen. Die erste nationale Konferenz im Sommer 1988 wurde von ungefähr 100 Delegierten aus 20 Großstädten besucht, die das ganze Land repräsentierten. Die nächste Konferenz im Juni 1989 (sie wurde auch von Vertretern aus der UdSSR, DDR, Ungarn, Schweden, Frankreich, Spanien und der Niederlande besucht) war Entstehungsort der anarchistischen Föderation. Dies wurde später durch Beschluß einer Deklaration während eines zweitägigen Treffens von Delegierten aus den wichtigsten Großstädten bekräftigt (Nov. 1989) Außerdem wurde die Mitgliedschaft von lokalen Gruppen, Vereinigungen, Bewegungen, Einzelpersonen und Redaktionsgruppen festgeschrieben.

Die meisten der lokalen Gruppen sind in ihrer eigenen Umgebung aktiv (z.B. Lubelska Autonomiczna Grupa Anarchistyczna) mit eigenen Publikationen und Magazinen (z.B. Rewolta, Rebelian + Poranny, Awers). Anarchisten kooperieren auch mit lokalen libertären und ökologischen Gruppen (außerdem Tierbefreiungsgruppen). Neue Initiativen entstehen so schnell, daß es schwer ist, hier alle aufzuführen (eine von ihnen ist

@-Szene

★ Am 5.Mai 1990 wurde **Petr Petrovich Siuda** vor seiner Wohnung in der ukrainischen Stadt Novocherkask erschlagen aufgefunden. Petr Siuda war 53 Jahre alt und Mitglied der anarchosyndikalistischen KAS. Aufgrund seiner Organisationstätigkeit hatte er bereits 6 Jahre Haft hinter sich. Zum Zeitpunkt seines Todes beschäftigte er sich mit einer Untersuchung zu Streiks und Aufständen 1962 in Novocherkask, die – gerüchteweise auf Befehl des KGB – zusammengeschossen worden waren. Sein Tod ereignete sich kurze Zeit nach einem Telefongespräch mit einer Moskauer Zeitung, in der er seine Ergebnisse vorabdrucken lassen wollte. Die IAA fordert eine Untersuchung.

★ Die russische anarchosyndikalistische Zeitschrift **OBSCHINA (dt. Kommune) will an die Kioske**, das Haupthindernis bilden dabei die Papiermengen, die benötigt werden und die bei nicht wenigen Papierhändlern bereits in westlicher Währung (!) bezahlt werden müssen. Für die russischen AnarchistInnen ist es offiziell unmöglich Westgeld einzutauschen und der schwarze Markt gibt nur kleine Summen her. Spendengeld sammelt deshalb der Mailänder Verlag »Editrice A«. Das Postscheckkonto hat die Nr. 12552204, Post Mailand. Als Zweck sollte »für Obschina« angegeben werden. Kontakt für die *KAS und Obschina, Wladimir Gubarew, 117279–Moskau, ul. Miklukho-Maklaya dom 38-kv.136.*

★ Die **SMOT** (zu deutsch: Freie Vereinigung der Arbeiter aller Berufe) versucht freie Leihbüchereien aufzubauen, um dem großen Mangel an anarchistischer Literatur abzuhelfen. Die Sammelstelle für Spenden in der BRD ist das *Libertäre Zentrum in Moers, Essenberger Str.100, 4130 Moers*, Stichwort: Literaturspende UdSSR.

★ Neben KAS und SMOT ist mit **Soprotivlenie** (Widerstand) [oder ASMTU: Association of self-managing trade-unions] in der UdSSR eine weitere syndikalistisch orientierte Organisation gegründet worden, die die Selbstverwaltung anstrebt und unabhängig von Staat und Partei arbeiten will.

★ **Englischsprachiges Material zur KAS und zur SMOT**, zur anarchistischen Bewegung in **Ungarn, Jugoslawien** u.a. osteuropäischen Ländern, das Will Firth während seines Jugoslawien- und Moskau-Aufenthalts zusammengestellt hat, kann *beim SF* gegen Kopiergeld/Rückporto (4.-DM in Briefmarken) angefordert werden! **Für Polnischsprechende und Polenreisende** können wir eine Adressenliste polnischer anarchistischer Zeitungs-Gruppen liefern.

☆ *»Vom gesamten Schulkollektiv wird die Bedeutsamkeit der Appelle geachtet. Alle FDJler halten eine hohe, straffe Disziplin ein und dokumentieren ihre Verantwortung äußerlich durch das Tragen der FDJ-Kleidung. Das Verhalten beim Appell ist Maßstab für die Bewußtheit des Auftretens der Klasse insgesamt.« (§ 2.7. Der Hausordnung der Juri Gagarin-Schule , erweiterte Oberschule in Radebeul)*

★ Nach 45 Jahren wurde am 26.6.90 in Bulgarien die **»Jugendföderation der Anarchisten«** wiederbelebt. Den Mitgliedern geht es zunächst um Kontakte: Al. Isacov, Bull. Bulgaria Nr.28, Sofia, Bulgarien und K.N. Datschev, Yantrastr, Nr.11, 1124 Sofia, Bulgarien.

☆ *Die FDJ-Leitungen der Klassen schätzen regelmäßig die Einhaltung der Hausordnung ein und wirken durch Lob und Kritik vor der Klasse oder vor dem gesamten Schulkollektiv auf die Einhaltung der sozialistischen Normen des Zusammenlebens ein. (§ 5.6. der Hausordnung der Jurj Gagarin-Schule, Radebeul)*

★ In Bilbao fand der **7.Kongreß der CNT** statt. Seit der Spaltung hat die CNT Mitglieder verloren, bestätigte aber nun ihren Kurs, weiterhin die Betriebsratswahlen zu boykottieren und auf eine Organisierung über Industriesektionen zu setzen, die im Konfliktfall Arbeitervollversammlungen einberufen sollen, denen die eigentliche Entscheidungskompetenz und die Wahl eines Streikkomitees zugeschrieben wird.

Parallel zum Kongreß organisierte die *Anselmo Lorenzo Stiftung für libertäre Forschung* Diskussionsrunden zu den Themen Selbstbestimmung, Nationalismus und Föderalismus, Drogen, technologische Revolution und ökologische Folgen, Osteuropa und Frauen. Letztere wurde von den **Mujeres Libres** bestimmt, nicht zuletzt durch die Veteranin *Pepita Carpena*, die den Kampf gegen den Sexismus als äußerst notwendig bezeichnete – erst recht in dem traditionell machistischen Spanien und durchaus auch innerhalb der CNT. Daß jedoch auch sie in ihrer Tradition verhaftet blieb, belegt ihre abweisende Haltung gegen Homosexualität und Lesbentum, was »kein Thema einer anarchosyndikalistischen Organisation« wäre. Dies wurde von vielen Jüngeren (aber nicht nur) als Widerspruch zu den anarchosyndikalistischen Prinzipien gesehen, nach denen politische und ökonomische Themen in einen Zusammenhang gebracht werden sollen, gerade um die Kämpfe am Arbeitsplatz mit denen im Alltag und am Wohnort zu verbinden. Eine Diskussion, die anscheinend nicht nur in der spanischen CNT sondern auch beispielsweise in der deutschen FAU zum ungelösten Dauerbrenner zu werden scheint, weil sie nicht zuletzt den unterschiedlichen politischen Standort von Syndikalisten und Anarchisten innerhalb der jeweiligen Organisationen neu zum Ausdruck bringt.

Publizistisch verfügt die CNT seit einiger Zeit über einen eigenen Verlag: Kontakt: *Ediciones Madre Tierra, Parque Vosa, 12 bajo, E-28993 Mostoles.*

☆ *Die FDJ-Aufsicht als solche ist durch das Tragen des FDJ-Hemdes und der roten Armbinde zu erkennen. (Anlage I Punkt 2 zur Hausordnung der Jurj-Gagarin-Schule)*

★ Die Initiative für eine anarchistische Föderation **I-AFD** gibt anstelle der zuletzt veröffentlichten Postlagerkarten neue Adressen bekannt:

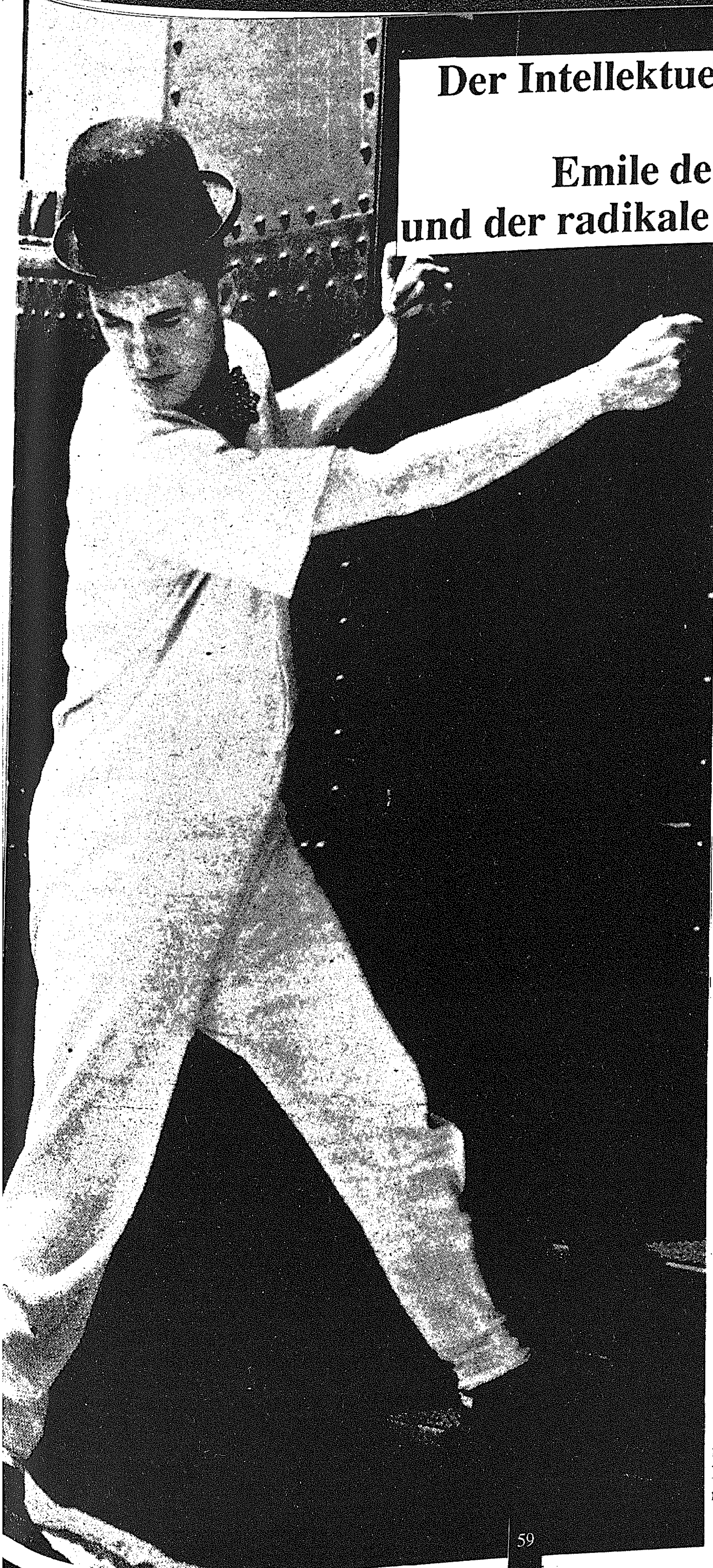
– *Anarchistische Synthese, c/o Schwarzmarkt, Paulinenstr.15, 2000 Hamburg-4*

– *Libertäres Zentrum, Essenbergerstr. 100, 4130 Moers*

– *Internationales Sekretariat der I-AFD, c/o Der Laden, Dreikönigenstr.157, 4150 Krefeld*

★ In den USA wurden im Februar 1990 endlich die seit 1952 bestehenden **Einreiseverbote für AnarchistInnen aufgehoben.**

☆ *Die tägliche Zimmerreinigung erfolgt nach den Richtlinien, die in Zusammenarbeit von Schulleitung und FDJ-Org. festgelegt wurden. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird täglich von einer Kommission der GOL (= Grundorganisationsleitung) kontrolliert und eingeschätzt. Regelmäßig wöchentlich erfolgt die öffentliche Auswertung. Bei ungenügender Reinigung setzt sich die GOL mit den entsprechenden Klassen auseinander. (§ 4.2. der Hausordnung der Juri-Gagarin-Oberschule, Radebeul)*



Der Intellektuelle als Cinéaste

Emile de Antonio und der radikale Dokumentarfilm

von Jörg Auberg

I

»The icons of authority make me reach for a hammer. (Emile de Antonio)
[= Die Heiligenbilder der Autorität veranlassen mich zum Hammer zu greifen, SF]

Seit den Tagen, als der Film – wie Walter Benjamin meinte – die realexistierende »Kerkerwelt mit dem Dynamit der Zehntelsekunden« gesprengt hatte, umgibt den Dokumentarfilm eine Aura des sozialen Engagements, ein Mythos der Aufklärung über die wahre Natur der Dinge. Schon allein die bloße filmische Darstellung des »rohen Fleisches der sozialen Realität« sei der erste Schritt hin zur Veränderung des Bestehenden, welche von den »Windbeuteln« der Hollywood-Industrie hintertrieben werde, bemerkte im Jahre 1935 ein linker New Yorker Filmkritiker. Daß es das erklärte Ziel von Dokumentarfilmemachern als »engagierten Künstlern« sei, zur Emanzipation des Menschen von den ihn einschnürenden und erdrosselnden Verhältnissen beizutragen, ist jedoch oft nur ein Schein oder ein Mißverständnis. Und nicht selten kommt es vor, daß der Dokumentarfilm entgegen allen Absichtserklärungen autoritären Zwecken dienstbar gemacht wird.

Gerade typisch dafür war die Arbeit der britischen Dokumentarfilmschule, welche *John Greierson* Anfang der dreißiger Jahre ins Leben gerufen hatte. Zwar rückten er und seine Mitarbeiter als erste in der westlichen Welt den Alltag der arbeitenden Massen ins Zentrum des dokumentarischen Kinos, doch lag hinter der zum Programm erhobenen Repräsentation der gesellschaftlichen Realität nicht der Anspruch, radikal verändernd auf das Bestehende einzuwirken; vielmehr ging es Grierson darum, das Medium Film als Instrument der »Aufklärung« und der »staatsbürgerlichen Erziehung« zu benutzen. In seinen Augen war der Staat jene Maschinerie, welche am besten die Interessen der Menschen schütze, und wenn

der Staat die »negative Kraft« des Individualismus ins festgeschnürte Korsett der kollektiven Einheit einzwängte, übte er nach Griersons Auffassung einen »guten Totalitarismus« aus. Dieser Logik entsprechend implizierte seine Dokumentarfilm-Theorie eine zentralisierte und hierarchisierte Praxis gesellschaftlicher Ideologieproduktion, in der das sogenannte Massenmedium von einer bürokratischen Elite von Technikern und Spezialisten einzig dazu benutzt wurde, Informationen und Nachrichten der Herrschaft in Richtung des Publikums hinabfließen zu lassen, damit dieses die Funktionsmechanismen der Staatsmaschinerie verstehe und gemäß den aus den metallischen Lautsprechern schallenden Betriebsdirektiven sich verhalte. Zwar nannte Grierson diese höchst einseitige Kommunikation »Propaganda für die Demokratie«, doch sollte das unentwegte Geblök von Demokratie und Freiheit noch den letzten Gedanken an deren Realisierung aus-löschen und den Menschen einbleuen, daß die eklatante Mißachtung ihrer eigenen Bedürfnisse nur zu ihrem Besten geschehe.

Der Triumph des Tonfilms ermöglichte es dem staatlich zugelassenen Missionar Grierson, das Kino zur Kanzel umzufunktionieren, wo die Herrschaft vor dem ihr ausgelieferten und zum Schweigen verdammten Publikum im fortwährenden Monolog sich selbst preisen konnte. Mit der Etablierung der autoritären Kom-mentarstimme erschloß Grierson dem Dokumentarfilm ein vollkommen neues Terrain, und in der Folgezeit wurde von ihr – vor allem in den anglo-amerikanischen Propagandafilmen des zweiten Weltkriegs und der Wochenschauserie *»The March of Time«* (1935–1951) – ein solch exzessiver Gebraucxh gemacht, daß die Bilder zu bloßen Illustrationen des Gesprochenen verkamen, das die Realität mit einer ideologischen Paste überzog und die totalitäre Vereinheitlichung der Gesellschaft weiter vorantrieb. Die von Grierson initiierte mediale »Volkserziehung«, welche heute von den als kritische und engagierte Geister sich kostümierenden Apologeten der Macht in den Fernsehanstalten fortgeführt wird, hatte seit jeher nur den Sinn, die Menschen im stumpfen Weitermachen zu drillen und das Nachdenken darüber zu verhindern, wie dieser Panzer der fatalen Kontinuität des Immergleichen aufgesprengt werden könnte. Die geschlossene Form des Griersonschen Dokumentarfilms schrieb hieroglyphenartig die Unabänderlichkeit des herrschenden Systems fest.

60er Jahre

Zu Beginn der sechziger Jahre läuteten jedoch technische Innovationen eine neue Ära des Dokumentarfilms ein: leichte Handkameras und tragbare Tonbandgeräte ebneten den Weg für das »Direct Cinema«, das auf dem Glauben an eine »unmanipulierbare Realität« und der »Weigerung« beruhte, »das Leben, wie es sich selbst präsentiert, zu verfälschen«. Vorbei war es mit dem brachialen Didaktismus des alten Zuchtmeisters Grierson; stattdessen trachtete eine neue Generation von Dokumentarfilmemachern nach Unsichtbarkeit, wollte, ohne in die Realität einzugreifen und das filmische Material nach eigenen Intentionen zu gestalten, die Ereignisse lediglich aufzeichnen lassen. Den Zuschauern sollte die Möglichkeit gegeben werden, aus der filmischen »unkontrollierten Realität« eigene Schlüsse zu ziehen, und so waren Kommentare wie Interviews als Instrumente zur »Verzerrung« der Wirklichkeit verpönt. Doch war der Phraseologie von »Objektivität«, »Unverfälschtheit« und »Spontaneität« selbst die Ideologie eingestanzt: Während man vorgab, »neutral« die Realität »widerzuspiegeln«, paktierte man mit der Herrschaft und betrieb eine Mumifizierung des Bestehenden. Die Filme des *Direct Cinema* zeigten beispielsweise, »auf welche doch eigentlich unwürdige Weise Politker um Stimmen werben müssen« oder »zu welcher Massenhysterie Sport entarten kann«, wie es ein bundesdeutscher Filmjournalist ausdrückte. Solch frappante Einsichten mögen einen liberalen Cinéphilen noch in Entzücken versetzen – was ist die Konsequenz daraus: Wahlen wegen der Verletzung elementarer Menschenrechte von Politikern verbieten; der sportlichen Entartung durch von Riefenstahl Communications organisierte Massenspektakel Einhalt gebieten? –, doch förderte das Direct Cinema das Vergessen darüber, auf welchem Fundament die Herrschaft tatsächlich errichtet wurde. Und in einer Zeit, als Afro-Amerikaner in den Ghettos revoltierten, Studenten gegen die Verfilzung der Universitäten mit dem militärisch-industriellen Komplex demonstrierten und Kriegsgegner Prügel von den Schergen der Staatsmaschinerie bezogen, beschäftigten sich die Verfechter der »unkontrollierten Realität« mit Zelebritäten der Kulturindustrie, Bibelverkäufern und Hausfrauen und blendeten die realen Turbulenzen vollständig aus, wohl weil diese ihr schönes Konzept vom »herrschaftsfreien« Filmdiskurs, von der Neutralität und Objektivität durcheinandergewirbelt hätten.

II

In den Augen *Emile de Antonios* liefen beide Vorgehensweisen einer emanzipatorischen Filmpraxis zuwider. Gelegentlich bezeichnete er die Verwenmdung des allwissenden, belehrenden Voice-over-Komentars als »faschistisch«, denn darin drücke sich ein menschenverachtender Autoritarismus aus, welcher das vorgebliche Ansinnen, das Publikum über die Wahrheit aufzuklären, in sein Gegenteil verkehre. Seine Kritik richtete sich nicht nur gegen die üblichen Fernsehdokumentarfilme, sondern auch gegen jene »militanten«, welche das filmische Medium dazu mißbrauchten, in unfilmischer Weise den Zuschauern ideologische Lektionen zu verabreichen und ihnen mit endlosen Tiraden die wahre revolutionäre Gesinnung einzuprügeln. Das Direct Cinema dagegen war für ihn ein »Witz«, eine »Lüge« und eine »bankrotte Konzeption«, deren anti-ideologischer Schein lediglich ein hohlköpfige Anmaßung zum Ausdruck brachte.

Jenseits solcher Vorstellungen verfochte der »libertäre Marxist« de Antonio in seinen Dokumentarfilmen eine »demokratische Didaktik«, und er machte sich die Auffassung des jungen Marx zu eigen, wonach zur Wahrheit nicht nur das Resultat, sondern auch der Weg gehöre. »Die Untersuchung der Wahrheit muß selbst wahr sein«, schrieb Marx in seinem ersten Artikel im Jahr 1842, »die wahre Untersuchung ist die entfaltete Wahrheit, deren auseinandergestreute Glieder sich im Resultat zusammenfassen.« De Antonio ging es nicht um besserwisserische Belehrung, sondern um »Enthüllung« und »Entschleierung« der abscheulichen Verhältnisse; er wollte sein Analyse nicht in einer geschlossenen Form darbieten, sondern beabsichtigte, durch den Montageprozeß das Publikum in den kreativen Akt einzubinden, in dessen Verlauf es zu eigenen Schlußfolgerungen und Urteilen gelangen sollte, ohne daß der Autor jedoch seine politischen Intentionen verbarg. Im Gegensatz zu vielen anderen nahm de Antonio die intellektuellen Fähigkeiten des Publikums ernst und verlangte ihm eine geistige Anstrengung ab, ohne daß seine Filme auch nur entfernt in die Gefahr rückten, in Steißtrommelei auszuarten.

Innerhalb der Linken wie im Milieu der radikalen Filmemacher seiner Zeit war de Antonio immer etwas isoliert, und stets blieb er der suspekte Außenseiter. 1919 in eine Familie der haute bourgeoisie geboren, trat er während seine Studiums an der Harvard-University der Young Communist League und der John Reed Society bei, verdingte sich als Hafenarbeiter, war im zweiten Weltkrieg Bomberpilot und vertrieb sich danach die Zeit als Barkassenkapitän, Englisch- und Philosophielehrer, Lektor, Librettoübersetzer, Impressario der New Yorker Kunstszene, Dandy und

Playboy im Greenwich Village, ehe er zu Beginn der sechziger Jahre seinen ersten Film realisierte, ohne jemals zuvor eine Kamera nur in den Händen gehalten zu haben.

Point of Order (1963) arbeitete jene »dunkle Zeit« auf, in der ein demagogischer Politico namens Joseph McCarthy die paranoiden und xenophobischen Unterströme der US-amerikanischen Gesellschaft und die magische Kraft der Massenmedien geschickt auszunutzen verstand, um das nationale Kollektiv auf die Ausmerzung all dessen, was den »kommunistischen«, »un-amerikanischen« Geruch an sich trug, einzuschwören. In den Augen de Antonios personifizierte McCarthy den Triumph der Technik über den Inhalt, denn McCarthy hatte im Grunde nichts zu sagen; vielmehr baute er seine antikommunistische Agitation auf dem Fundament der US-amerikanischen Angst vor dem von außen kommenden und nach Zerstörung gierenden »Bösen« auf, und seine »Beweisführung« barg nicht mehr Tiefgründigkeit in sich als solche Filme wie *The Invasion of the Body Snatchers, From Hell It Came, The Attack of the Crab Monsters* oder *The Creature Walks Among Us*, welche sich in jenen Jahren besonderer Beliebtheit erfreuten. Seinen Erfolg verdankte McCarthy der effektvollen Manipulation der Medien, doch bewahrte ihn diese Virtuosität nicht davor, selbst dieser Technik zum Opfer zu fallen.

Sein Stern verlöschte, als er seiner pathischen Projektion selbst erlag und den Kampf gegen das allgegenwärtige Böse in den Reihen jener Macht zu führen gedachte, welche die Herrschaftsinteressen des Staates schützte. Als man entgegen McCarthys Willen einen seiner Schergen, G. David Schine, zum Militärdienst einziehen wollte, wähnte McCarthy eine kommunistisch gesteuerte Verschwörung am Werke, welche seine Untersuchung subversiver Umtriebe innerhalb der Armee torpedieren sollte. Schine werde, so mutmaßte er, von der Armee als »Geisel« gehalten, um von ihm Willfährigkeit zu erpressen. So wurden im Jahre 1954 die »Army-McCarthy-Hearings« anberaumt, um zu klären, ob McCarthy unzulässig Druck auf die Armee ausgeübt habe oder ob diese der »Geiselnahme« schuldig sei. 188 Stunden lang vom Fernsehen übertragen, läuteten sie das Ende McCarthys ein.

Aus diesem Material montierte de Antonio eine 97-minütige kommentarlose Filmcollage, und da er in dieser Angelegenheit einen Höhepunkt im »amerikanischen politischen Theater« sah, stellte er die Teilnehmenden als »Ensemble« vor. Die Standbilder der Akteure sind mit



charakteristischen Selbstzitaten unterlegt, und Mc Carthy wird mit seiner berüchtigten »Sieg oder Tod«-Rede eingeführt: Wo Kommunisten betroffen seien, gebe es keine akademische Freiheit, erklärte er und sah Amerika von einem Netz von Professoren und Lehrern umspannt, welche ihre Befehle aus Moskau erhielten und einer Organisation hörig seien, deren Ziel die Zerstörung der Nation und die Verderbung der Jugend sei. Der Krieg gegen diese »brutalitäre« Macht könne allein mit dem Sieg oder dem Tod der amerikanischen Zivilisation enden. Im folgenden erscheint »Ugly Joe« jedoch nicht als der alles beherrschende schurkische Demagoge, dem die aufrechten Kämpfer für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit unterliegen, sondern lediglich als eine ekelhafte, schmierige, bigotte Figur im politischen Ränkespiel der Macht, so daß *Point of Order* nicht – wie oft behauptet wurde – einen Selbstreinigungsprozeß der amerikanischen Demokratie vermittelt, sondern das System, das solche Kreaturen hervorbringt, einer harschen Kritik unterzieht. So ist auch der Gegenspieler McCarthys, der Anwalt Joseph Welch, keineswegs ein guter, liberaler Kombatant für die Wahrheit, sondern ein opportunistischer und heuchlerischer Karrierist: Zuvor gehörte er als rechter Republikaner zu McCarthys Jagdgesellschaft, doch nun präsentiert er sich als Verfechter der bürgerliche Freiheitsrechte und der liberalen Toleranz. Um McCarthy zu Fall zu bringen, wendet er die Techniken seines Kontrahenten an, operiert mit bedeutungsschwangeren, aber hohlen Andeutungen, gibt Zeugen der Gegenseite der Lächerlichkeit preis, nutzt kursierende Gerüchte, wie etwa jenes von der angeblichen Homosexualität einzelner Mitarbeiter McCarthys, aus, läßt zweideutige Bemerkungen fallen. Welch war ein beachtlicher Schauspieler, der alle Register seines Könnens zog und eine Perforance zum besten gab, welche ihm später eine Hauptrolle in Otto Premingers

Anatomy of a Murder und eine eigene Fernsehshow einbrachte. Von das Publikum zu Lachsalven herausfordernden Witzeleien bis zum tränentreibenden kitschigen Pathos reichte sein Repertoire: Als McCarthy die angeblichen kommunistischen Verstrickungen von Welchs Kanzleikollegen Fred Fisher »enthüllt«, setzt Welch zu einem Seifenopermonolog an, welchen er mit der heuchlerischen Frage abschließt, ob er, McCarthy, auch nur noch einen Funken Anstand im Leib habe. Am Ende strömt alles aus dem Sitzungssaal, und einzig die hysterische Stimme des bulligen Senators aus Wisconsin wabert noch durch den Raum, gegen Subversive und mangelnde Wachsamkeit wetternd. In Wirklichkeit stürzte McCarthy erst Monate später und trank sich danach unter die Erde, doch verdeutlicht dieser Schluß, daß McCarthy aufgrund dieser hearings in den Abgrund fiel.

Obwohl de Antonio in erster Linie von den Collagearbeiten seiner Freunde aus der New Yorker Kunstszene inspiriert worden war, stand er unverkennbar in der Tradition der sowjetischen Filmemacherin Esther Shub, die in den zwanziger Jahren dem radikalen Collagefilm den Weg gebahnt hatte. Auf altes Archivmaterial zurückgreifend, löste Shub die Bilder aus ihren ursprünglichen Kontexten und setzte sie in neue Beziehungen zueinander, wobei ihre ideologische Haltung allein in den Kollisionen zum Ausdruck kam. Ihre Absicht war es nicht, eine faktenhuberische Kompilation von Bildern zu liefern, sondern diese ihrer ursprünglichen Bedeutungen zu enteignen und konterrevolutionäres Material in revolutionäres zu verwandeln. Ebenso nutzte de Antonio die Montage als Mittel der Expropriation: Das Fernsehmaterial entriß er jenem Medium, das Demagogen und Schmierenkomödianten Autorität und Legitimität verliehen und das Publikum untätig gehalten hatte, und formte es zu einem filmischen Werk, das an die Grotesken von W.C.Fields, Laurel & Hardy und den Marx Brothers gemahnte.

Einen satirischen Höhepunkt markierte **Millhouse: A White Comedy** (1971), eine »dokumentarische Kömödie« über die Karriere eines erzopportunistischen Politikers namens Richard M. Nixon, der ebenso wie McCarthy geschickt die Medien für seine Zwecke einzusetzen verstand. Als Nixon beispielsweise für das Amt des Vizepräsidenten unter Eisenhower kandidierte, wurde ruchbar, daß er seiner Frau Pat neue Pelzmäntel mit Spendengeldern gekauft habe. Daraufhin mietete sich Nixon eine halbe Stunde Sendezeit im nationalen Fernsehen und hielt vor 58 Millionen Zuschauern seine berüchtigte »Checkers«-Rede, welche de Antonio mit der ihm eigenen Spitzfindigkeit aufgetrieben hatte. Das Fernsehstudio ist wie ein Arbeitszimmer eingerichtet, in dem Nixon an einem Schreibtisch sitzt, während seine Frau wie eine blasse und starre Braut Frankensteins regungslos daneben hockt und nur dann ins Bild kommt, wenn die Fernsehkamera Nixons Blick hin zu ihr folgt. In dieser Rede präsentierte der Kandidat nichts, was nicht schon vorher bekannt gewesen wäre, außer der Tatsache, daß er einen Cockerspaniel als Geschenk angenommen habe, den seine Tochter Tricia Checkers genannt habe. So nutzte er das Medium, um seine nichtssagenden Botschaften mit allen darstellerischen Möglichkeiten der Heuchelei und Niederträchtigkeit, des billigen Pathos und Populismus vor einer Rekordkulisse zu verbreiten.

Im Verlauf des Films wird immer deutlicher, daß es sich bei Nixon um eine Art Golem des fortgeschrittenen Medienzeitalters handelt, dessen privates Gesicht mit seinem medialen Bild zu einer starren Maske verschmilzt: nicht ein Individuum ist er, sondern ein künstliches Produkt. In einer Sequenz ertönen Trompeten, und eine Stimme kündigt den Präsidenten der Vereinigten Staaten an; anschließend schwenkt die Kamera nach oben: in Madame Tussauds Wachsfigurenkabinett ersteht Mister Nixon aus Wachs; der Kopf wird auf den Rumpf gesetzt, das Haar gekämmt, die Krawatte zurechtgerückt – fabriziert wird das Abbild eines politischen Monsters, welches das ganze wahnhafte System symbolisiert.

III

Schon der zweite Weltkrieg wurde – wie Adorno in *Minima Moralia* schrieb – vollständig durch Information, Propaganda und Kommentar verdeckt. Im Falle des Vietnamkrieges geriet der tägliche Horror zum illusionären Spektakel der Realität, zerbrochen in zahllose winzige Fragmente, noch vermischt mit den Werbespots der Konsumindustrie. Die US-Networks lieferten ihren ideologischen Beitrag zum Fortbestand des mörderischen Systems, indem sie – wie de Antonio sagte – es den Zuschauern bequem mit dem Krieg machten, anstatt daß sie Fragen über diese Barbarei auslösten. Mit ihren endlosen Nachrichtenclips und information bits überzogen sie die Realität mit einer erstickenden Maische, ehe sie nach der Tet-Offensive im Jahr 1968 für die moderaten Kriegsgegner Partei ergriffen und ihre öffentliche Macht zu dem Zwecke einsetzten, die New Left zu marginalisieren und zu isolieren.

In **In the Year of the Pig** (1969) versuchte de Antonio die Geschichte des Vietnamkrieges, von der französischen Kolonialzeit bis zur Tet-Offensive, zu rekonstruieren, und durch die Verbindung von Dokumentarfilm- und Fernsehmaterial mit Interviews kompetenter Zeitgenossen wollte er ein Verständnis über die fatale Entwicklung vermitteln, ohne in den leidenschaftlich moralisierenden Ton zu verfallen, welcher die radikale Antikriegsbewegung kennzeichnete. Der Film präsentiert eine dichte, komplexe, fast unterkühlte Analyse jenseits des Gut-Böse-Schemas und entschleiert die ideologischen Nebelkerzen der herrschenden Eliten. Sprecher der US-Regierung faselten von der »kommunistischen Bedrohung«, um den mit Napalm betriebenen Genozid zu rechtfertigen; im Gegenzug legt aber nicht Ho Chi Minh seine Weltsicht bezüglich der Aggression dar, sondern Paul Mus, ein französischer Historiker, stellt »Onkel Ho« vor, während auf der Leinwand Bilder von der vietnamesischen Provinz erscheinen, um die Beziehung Hos zu seinem Land und zu seinem Volk zu verdeutlichen, welche in der technokratischen Vorstellungswelt der Regierungsbeamten nicht vorhanden ist: Dort sieht man einzig den Agenten Moskaus, der Asien unter die Knute des blutrünstigen Kommunismus zu zwängen beabsichtigte, doch im Film erscheint Ho als liebenswürdiger alter Mann, der als Gleicher unter Gleichen voller Bescheidenheit in einer kleinen, spartanisch eingerichteten Dorfhütte lebt. Der scharfe Kontrast zwischen den technokratisch-bürokratischen Eliten in Washington und dem hageren, weisen Leader des vietnamesischen Widerstandes produziert voller Absicht ein heroisches Bild Hos, den fast ein Glorienschein umgibt. So war es nicht verwunderlich, daß dem Film vorgeworfen wurde, propagandistisch zu sein, einseitig und unkritisch Partei für Nordvietnam zu ergreifen und durch die Manipulation des Materials US-amerikanische Politiker als Narren, wenn nicht gar als Kriminelle erscheinen zu lassen, doch operiert er zu keinem Zeitpunkt mit Lügen, allenfalls mit Vorurteilen. De Antonio, ein entschiedener Gegner des Krieges seit den fünfziger Jahren, wollte kein objektives Statement abgeben, sondern einem größeren (wenn auch begrenzten) Publikum eine andere Perspektive ermöglichen als jene, welche Tag für Tag von der Regierung und den Medien verkauft wurde. Aus seinem Engagement machte er keinen Hehl, und seine Absicht war es, die »fundamentale Verkommenheit Amerikas« offenzulegen. Und diese kommt zum Ausdruck, wenn etwa Colonel Patton um die getöteten Kameraden seines Trupps jammert, um im nächsten Moment psychopathisch in die Kamera

zu grinsen und festzustellen, daß seine Soldaten zu einem »verdammt guten Haufen von Mördern« geworden seien, oder wenn Vizepräsident Hubert Humphrey die »Friedensstiftung« mit dem Bau einer Kathedrale vergleicht: In einem mühseligen und langwierigen Prozeß müsse ein Stein nach dem anderen aufgeschichtet werden, wobei »Stein« hier eine Chiffre für »Bombe« ist.

Hatte er in seinen vorangegangenen Filmen eine Kritik des »amerikanischen politischen Theaters« entwickelt, so versuchte de Antonio in **Underground** (1976) die in zahllose Bruchstücke zersprengte Geschichte der New Left zu rekonstruieren und zu einem kohärenten, multiperspektivischen Bild zusammenzusetzen, und zwar in einer Zeit, als die »Sixties« den Abfluß der Geschichte hinuntergespült zu werden drohten. *Underground* verfolgt den politischen Weg von Aktivisten und Aktivistinnen der Stadtguerillaorganisation Weather Underground, welche von der Bürgerrechtsbewegung zu Beginn der sechziger Jahre über die Studenten- und Antikriegsbewegung zur marxistisch-leninistisch gewirkten Militanz gelangten, um schließlich – nach der versehentlichen Explosion ihrer »Bombenfabrik« im Greenwich Village im März 1970 – in den Untergrund abzutauchen. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre verübte der Weather Underground eine Reihe symbolischer Bombenanschläge auf den Computerraum des Pentagon, den Senatsflügel des Capitols, das Gebäude des State Department (Außenministerium, SF), auf Niederlassungen von Großkonzernen, Polizeistationen und militärische Trainingscamps, ohne je dabei einen Menschen zu verletzen. Auf diese Weise wollte man die Verletzbarkeit des Systems aufzeigen, einen Volksaufstand entfachen und eine revolutionäre Situation schaffen, doch wandte sich der Weather Underground im laufe der Jahre von solchen Aktionen ab und verlagerte seine Energien in publizistische Unternehmungen. Im Jahre 1974 veröffentlichte er *Prairie Fire: The Politics of Revolutioary Anti-Imperialism* (Boston: Red Dragon Print Collective), das eine revolutionäre Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse darstellen und eine Perspektive für die radikale Linke bieten wollte, doch präsentierte dieses Statement lediglich einen kaum lesbaren Mischmasch diverser revolutionär sich drapierender »Theorien«, verfaßt in einer geschlossenen, leblosen, rituellen Sprache, wie sie auch den dumpf-volkstümelnden »Avantgarden« der Communist Party, Marxist-Leninist oder der Revolutionary Communist Party eigen war. Einst aus der antiautoritären Jugendbewegung erstanden, schottete man sich nun mit rigiden Ideologieverschnitten gegen die gesellschaftliche Realität ab und propagierte eine »Politik der Objektivität«.

Prairie Fire sollte der erste Schritt sein, den Weather Underground aus seiner Isolation innerhalb der Linken zu lösen, und das gleiche Ziel verfolgten die Führungskader Bill Ayers, Kathy Boudin, Bernardine Dohrn, Jeff Jones und Cathy Wilkerson auch, als sie einwilligten, mit de Antonio, der Montageuse Mary Lampson und dem Kameramann Haskell Wexler (der als Regisseur auch den fernsehkritischen Film *Medium Cool*, 1969, realisiert hatte) einen Film zu machen. Lange, klandestin geführte Interviews wurden mit Ausschnitten aus radikalen Dokumentarfilmen der sechziger Jahre montiert, und es entstand ein frappierender Kontrast zwischen der dramatischen, pulsierenden Leidenschaft der Bilder von Demonstrationen und militanten Aktionen und den starr gefilmten in ruhigem Ton geführten Interviews mit den Weatherpeople, deren Gesichter durch die Verwendung von Spiegeln, Gazen und riesigen Hüten nicht zu erlennen sind. Obgleich es de Antonio gelang, durch seine mise en scène eine Distanz zwischen Sprechenden und Angesprochenen herzustellen, leidet der Film jedoch unter einer mangelnden Negativität: prallten in *In the Year of the Pig* unterschiedliche Gesichtspunkte aufeinander und schufen in der Kollision neue Aspekte, wurde dort jede Meinung einer kritischen Prüfung unterzogen und eine radikale Skepsis in den Zuschauern genährt, so fehlen in Underground die wirklich harten, bohrenden Fragen. So wird beispielsweise niemals das Ritual der Selbstkritik durchleuchtet. Noch in ihrer legalen Phase propagierten die Weatherpeople eine machistische Gewalt, berauschten sich an den Morden der Manson-Family (»Erst töteten sie diese Schweine«, hatte sich Bernardine Dohrn begeistert, »dann aßen sie im gleichen Zimmer mit ihnen, dann stießen sie sogar dem Opfer eine Gabel in den Bauch. Irre!«), wollten die radikale Linke im Kampf gegen die »Schweine« stählen und vertraten stets das neutestamentliche Motto: »Wer nicht für uns ist, ist wider uns.« Getrieben von einer missionarischen, besserwisserischen leader-Arroganz, trugen die selbsternannten Revolutionäre aus der weißen Bourgeosie dazu bei, kleine, autonom und lokal agierende SDS-Gruppen mit ihrer falsch verstanden Militanz der staatlichen Zerschlagung preiszugeben und die radikale Oppositionsbewegung verlöschen zu lassen. Im Film konzedieren sie, »Fehler begangen zu haben«, doch wird durch diese billige Selbstkritik der angerichtete Schaden für die Linke nicht behoben. Darüberhinaus wird die Frage ausgeblendet, inwieweit die Weatherpeople selbst Akteure in der »Gesellschaft des Spektakels« waren: Je gewalttätiger die Aktionen sich manifestierten, um so weniger wurden sie erklärt. Die Explosionen rissen die Bedeutungen von ihren Ursachen fort und zersprengten sie in der Atmosphäre. So übte das Fernsehen, das ihre Aktionen kunstvoll erweiterte, Rache an jener Generation, welche mit ihm erstmals aufgewachsen war: der einstige Schock des Anschlags geriet zur Routine, blieb undurchdacht, eine spasmische Antwort auf die letzte Untat.

Unfähig, eine radikale Perspektive zu entwickeln, spaltete sich der Weather Underground kurz nach der Fertigstellung des Films: Einige tauchten Ende der siebziger Jahre aus dem Untergrund auf, stellten sich den Behörden und kamen mit glimpflichen Strafen davon, während andere am Kampf festhielten und einen hohen Preis zu zahlen hatten. So ist heute Bernardine Dohrn als Anwältin in New York tätig, während Kathy Boudin eine 20-jährige bis lebenslängliche Haftstrafe wegen Beteiligung an einem Überfall auf einen Geldtransport verbüßt, bei dem ein Wachmann und zwei Polizisten ums Leben kamen.

IV

»Im Gegensatz zu den meisten Filmemachern war ich ein Intellektueller«, sagte de Antonio von sich selbst, und in seinen Filmen verband er eine intellektuelle Integrität ,mit einer radikalen Kritik des Bestehenden. In den letzten beiden Dekaden wurde zwar die von ihm entwickelte Praxis des Collageflms vielfach imitiert, doch fehlt diesen Filmen oft das, was die Arbeiten de Antonios auszeichnet: die Redlichkeit im Umgang mit dem historischen Material, die Erarbeitung einer fundierten Perspektive durch extensive Lektüre und Recherche, die filmische Transposition der politischen Argumentation, die ästhetische Originalität.

So werfen besispielsweise Deborah Shaffer und Stewart Bird in **The Wobblies** (1979) einen nostalgischen Blivck auf die Geschichte der Industrial Workers of the World (IWW) nach dem Motto: Those were the days und erweckten den Eindruck, als existierten im heutigen Kapitalismus nicht mehr jene menschenfeindlichen Bedingungen, gegen die die Wobblies angetreten waren. Zudem stellt es der Film so dar, als sei einzig die staatliche Repression für den Niedergang der IWW verantwortlich, und verwandelt aus einem manglenden Verständnis der Geschichte heraus die Wobblies in hilflose Objekte des Unterdrückungsapparats. Auf diese Weise wurde den interviewten alten

Wobblies nochmals Unrecht getan, und gleiches wird dem Publikum zugefügt, das mit Hilfe filmtechnischer Taschenspielertricks um eine der historischen Komplexität angemessene filmische Analyse betrogen wird. Dieser wird auch **The Good Fight** (Noel Buckner, Mary Dore & Sam Sills, 1983) nicht gerecht, betreibt er doch eine Mystifikation jener Antifaschisten, welche im Spanischen Bürgerkrieg in den Reihen des Abraham-Lincoln-Bataillon kämpften: Dargeboten werden die Erinnerungen der Veteranen, in denen freilich die blutigen Auseinandersetzungen zwischen »Trotzkisten« /Anarcho-Syndikalisten auf der einen Seite und Stalinisten auf der anderen, keinerlei Rolle spielen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil die Lincolns nicht Zeugen dieser historischen Ereignisse waren – der Bürgerkrieg erscheint simpel als der »gute Kampf«. Stattdessen wird die Kontinuität des Ringes um eine bessere Welt präsentiert: Die Schlußbilder des Films zeigen, wie die Lincolns gegen die Kommunistenhatz, gegen die Kriege in Korea, Vietnam und Lateinamerika, gegen die Atompolitik der US-Regierung demonstrieren. Diese scheinhafte, zur Konvention erstarrte Verbindung der dreißiger Jahre mit der Gegenwart vollzieht auch **Seeing Red** (Julia Reichert & James Klein, 1983), ein Film, der die Erlebnis-Geschichte US-amerikanischer Kommunisten von der Weltwirtschaftskrise bis hin zum unaufhaltsamen Zerfallsprozeß der Kommunistischen Partei in den USA nachzeichnen will und in einem Akt poltscher wie intellektueller Regression neuerlich die autoritäre Kommentarstimme einführt, welche die Interpretation der historischen Ereignisse in eine festumrahmte Ideologie preßt.

Aber auch wo man der von de Antonio entwickelten filmischen Form epigonenhaft sich bedient, ist eine historische Perspektive zumeist nicht vorhanden. So präsentiert **The Atomic Café** (Jayne Loader, Kevin & Pierce Rafferty, 1982) zwar eine an de Antonio formal geschulte satirische Collage aus staatlichen Propagandafilmen der vierziger und fünfziger Jahre, mit denen die Gesellschaft unter dem Schatten der roten Pilzwolke zum amorphen Nationalkollektiv zusammengeschweißt werden sollte, doch der Film bleibt statisch, kommt nicht von der Stelle. Im immergleichen Amüsement wird jene Generation der Lächerlichkeit preisgegeben, welche diesen unverschämten Lügen auf Zelluloid Glauben schenkte; nicht aber wird die geschichtliche Situation analysiert, in der solch eine effektive Manipulation möglich war, und der Film als running-gag verhindert die Reflexion darüber, welche Bilder die Menschen heute kritiklos als wahre Repräsentationen der Realität akzeptieren, inwieweit die ideologische Propaganda subtiler geworden ist, ohne ihren menschenfeindlichen Charakter verloren zu haben.

Den vorläufigen Höhepunkt einer progressiv drapierten Regression markiert schließlich **Roger & Me** (1989), in dem Michael Moore den Vorstandsvorsitzenden des Automobilkonzerns General Motors, Roger B. Smith, mit den sozialpolitischen Auswirkungen seiner Unternehmenspolitik in Flint (Michigan) konfrontieren will, doch bleibt dieser unauffindbar.

Der Film ist keine »schwarze ideologiekritische Sozialsatire über Ungerechtigkeiten im amerikanischen Wirtschaftssystem«, wie die Nachfahren Don Camillos im katholischen filmdienst (Nr.8, 18.April 1990) wohlmeinend verlauten lassen, sondern vielmehr tobt sich in ihm jene populistische, moralisierende und systemstabilisierende Ideologie aus, welche bereits die Filme Frank Capras kennzeichnete. Wie schon Gary Cooper in *Mr. Deeds Goes to Town* (1936) oder Jimmy Stewart in *Mr. Smith Goes to Washington* (1939) erscheint Moore, ein nicht ungebildeter Mensch, als ein etwas dummer, naiver David aus dem Mittelwesten, der, getrieben von seinem Kleinstadtidealismus, gegen die üblen Machenschaften des kapitalistischen Goliaths sich aufbäumt, doch scheut Moore der Filmemacher wie Capra vor ihm davor zurück, das Übel an der Wurzel zu fassen. Die aufgemotzte Radikalität entlarvt sich als Affirmation des Bestehenden, die vorgeschobene Suche nach der Wahrheit als intellektuelle Unaufrichtigkeit, die angebliche Aufklärung als Betrug am Publikum.

Als de Antonio im Dezember 1989 starb, verschwand mit ihm ein weiterer jener radikalen Intellektuellen, die in der Great Depression politisch aufgewachsen waren und eine historische Perspektive sich erarbeitet hatten, die von den Moden des pseudo-radikalen Chics unberührt blieben. Schon 1972 wies Herbert Marcuse darauf hin, daß der von der New Left praktizierte Anti-Intellektualismus letztendlich dem Establishment diene, und nun paktiert er – durch sein Medium Moore – mit dem Mediengiganten Warner Communications. De Antonio wurde immerhin noch die Ehre zuteil, als einziger Cinéaste auf Nixons Feindesliste sich wiedergefunden zu haben.

»Das Beste, was ich stehlen konnte, war ein Küßchen«

Der Anarchosyndikalist Helmut Kirschey erzählt über den spanischen Bürgerkrieg

von Reinhold Görling

Immer wieder nahm er seine Mütze in die Hand, eine jener Kopfbedeckungen aus Stoff mit kleinem Schirm, die so viele Jahrzehnte lang zum Habitus der europäischen Arbeiterklasse gehört hatten und die von der kulturellen Revolution des Konsumismus in die Geschichte verdrängt wurden. Aus dem schwedischen Göteborg war er an diesem Abend im März 1987 in eine Wuppertaler Buchhandlung gekommen, um über die rheinischen Anarchosyndikalisten zu erzählen, deren Geschichte Ulrich Klan und Dieter Nelles in ihrem Buch *»Es lebt noch eine Flamme« (2.Auflage Juni 1990, Trotzdem Verlag)* aufgeschrieben haben: Helmut Kirschey.

1913 wurde er in Elberfeld geboren. Seine Eltern waren aktive Sozialdemokraten, sein Vater fiel 1917, seine Mutter wurde nach dem ersten Weltkrieg für die KPD als Stadtverordnete ins Elberfelder Rathaus gewählt. Sie starb als Helmut 11 Jahre alt war. Wie sein Bruder wurde Helmut Mitglied der Pioniere und des Kommunistischen Jugendverbandes, 1931 wechselte er dann aber zur syndikalistisch-anarchistischen Jugend. Über den Widerstand dieser Gruppe gegen die Naziüberfälle läßt sich viel in dem Buch von Klan und Nelles nachlesen.

Kirschey wurde im März 1933 auf der Straße von SA-Leuten erkannt, und ein halbes Jahr im KZ Dinslaken inhaftiert. Nach seiner Entlassung konnte er nach Holland fliehen und arbeitete dort in der Gruppe DAS (Deutsche Anarcho-Syndikalisten) mit. Als er vom Widerstand der Arbeiter gegen den faschistischen Putschversuch in Spanien hörte, reiste er noch im Juli 1936 mit anderen nach Barcelona und arbeitete in der revolutionären Stadt wieder im Rahmen der Gruppe DAS, die, in Helmuts eigenen Worten, eine Art Fremdenpolizei für deutschsprachige Ausländer war. * Nach einigen Monaten trat er in die Columna Durruti ein und kämpfte an der Ebro-Front.

Im Mai 1937, nach den blutigen Auseinandersetzungen zwischen der linkskommunistischen POUM, den Anarchisten einerseits und parteikommunistisch orientierten Gruppen und Einheiten andererseits wurde er verhaftet und mußte die nächsten neun Monate in spanischen Gefängnissen verbringen. Das war eine Phase des kritischen Nachdenkens für ihn, auch über die Möglichkeiten der anarchistischen Politik der Bürgerkriegsjahre. 1938 konnte er nach Schweden emigrieren, nach einer harten Zeit eine Frau finden, eine Familie gründen, sich eine Heimat schaffen.



1956, nachdem auf dem 20.Parteitag der KPdSU Chrustschow die Entstalinisierung angekündigt hatte, trat er für eine Zeit in die Kommunistische Partei ein.

Eine Rückkehr nach Deutschland erwog er nie, aber dieser Abend im März 1987 hatte etwas davon. Später, bei einem Bier, erzählte er, was es mit seiner Mütze auf sich hatte: das Jahr zuvor war er erstmals wieder nach Barcelona gereist, zu einem Treffen ehemaliger Spanienkämpfer. Gerührt erzählte er vom Empfang durch die Spanier und davon, wie er in einem Geschäft diese Mütze fand.

Nun, bei einer anderen Rückkehr, wieder so ein Stück Erinnerung, das er bei sich trägt, nur diesmal sind die Bilder eingeschlossen in eine dunkle Kammer: auf fast allen Einstellungen des Films, den Dieter Nelles und drei weitere WuppertalerInnen (Angelika Feld, Volker Hoffmann und Jörg Lange) mit ihm auf einer erneuten Fahrt nach Barcelona machten, trägt Helmut Kirschey eine Spiegelreflexkamera vor den Bauch gehängt. Und, wenigstens in mir, stieg den Film über die Spannung, doch die Bilder zu sehen, die er mit diesem Apparat aufnahm. Das mag auch daher kommen, daß dieses Erstlingswerk der FilmemacherInnen visuell wenig reizvoll ist, die Einfallslosigkeit der Schnitte bisweilen mit einem Tagesschau-Bericht konkurrieren kann, daß aber das Erzählen von Kirschey so lebendig ist, daß es nicht nur entschädigt, sondern zur Produktion eigener Bilder reizt.

Wie jedes autobiographische Erzählen darf man auch das des Helmut Kirschey nicht als wissenschaftliche Geschichtsschreibung mißverstehen. Es lebt vom Wechsel der Sprechweisen, vom Hin und Her zwischen dem Bericht unabgegoltener Erlebnisse, den romantischen und idealisierenden Bildern und den rationalisierenden Erklärungen und Lebensentwürfen. Geschichte, die die Menschen machen und von der die Menschen gemacht werden, besteht aus diesem Ineinander von Sprechweisen. Und zu einer Erfahrung für den Zuhörer wird Kirscheys Erzählen vor allem dann, wenn der poetische Sinn hinter seinen Geschichtchen fühlbar wird, wenn er zum Beispiel seine Entscheidung, den polizeiähnlichen Dienst für die Gruppe DAS aufzugeben und zur Front zu gehen mit einer Erinnerung an eine Spanierin verbindet: »Carmencita Rueda López, ein herrliches Mädchen, aber sie war von Mutter und Bruder gut bewacht. Das beste, was ich ihr stehlen konnte, war ein Küßchen. Dann bin ich losgefahren, ganz alleine, nach Pina del Ebro.«

Feld, Hoffmann, Lange und Nelles gaben dem Film den Titel *»A las Barrica-*

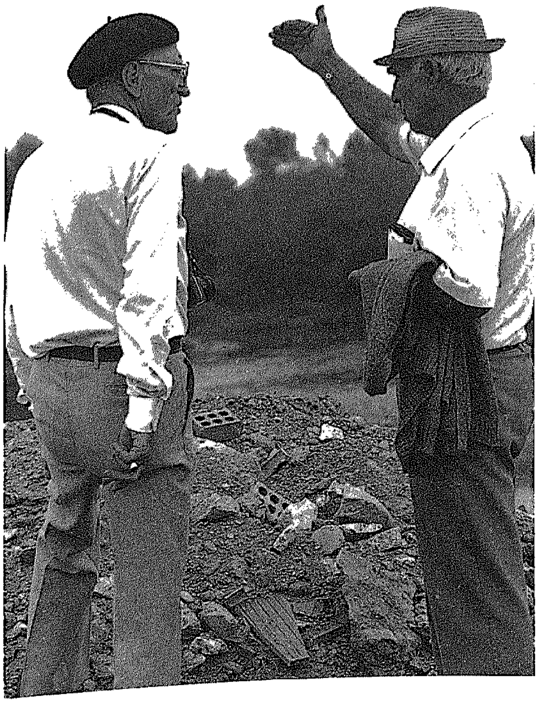


Photo: Jörg Lange

das«. Ein Ruf, der dem Erleben Kirscheys wohl nicht so ganz entspricht. Man muß den Film überhaupt bisweilen etwas gegen die Intention seiner MacherInnen sehen, damit auch ein anderer seiner Reize deutlich wird: das Verstehen und das Mißverstehen zwischen den Generationen. Jedenfalls hatte ich gerade aufgrund der Filmschnitte den Eindruck, daß die Wuppertaler Genossen ihren älteren Freund bisweilen an einen Ort haben wollen, wo dieser gar nicht ist. Wer auf solche Widersprüche Lust hat und bereit ist, sich nicht an den filmischen Unvollkommenheiten zu stören und etwas erfahren will über die subjektive Wirklichkeit deutscher Anarchosyndikalisten im spanischen Bürgerkrieg, der wird die Mühen nicht bereuen, an diesen Film zu kommen.

A las Barricades. Dokumentarfilm 1990 (50 min) von Angelika Feld, Volker Hoffmann, Jörg Lange, Dieter Nelles. Entleihgebühr: 40.-DM Entleihstelle: SF-Red., PF 1159, 7043 Grafenau-1

** Was die Gruppe DAS noch alles unternahm, wie sie arbeitete, wie sie entstand und wann sie zerfiel, wer alles mitarbeitete ... dazu stellen derzeit Dieter Nelles, Wolfgang Haug, Ulrich Linse und Hans-Jürgen Degen ein ausführliches Buch zusammen, das 1991 erscheinen soll.*

Schalom Libertad! – Juden im spanischen Bürgerkrieg

Rezension zum Buch von Arno Lustiger

von Marianne Kröger

In seinem Buch »Schalom Libertad!« hat Arno Lustiger sich ganz gezielt der Aufgabe gewidmet, jener landläufigen und viele jüdische Menschen sehr belastenden Assoziation »Juden = wehrlose, passive Opfer« die Tatsache entgegenzusetzen, daß Juden und Jüdinnen sehr wohl auch als Subjekte in die Geschichte der Herrschenden eingegriffen haben. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist für ihn der Spanische Bürgerkrieg. Lustiger, der damls noch zu jung war, um selbst daran teilnehmen zu können, erfuhr nach und nach, daß es im Spanischen Bürgerkrieg sogar außerordentlich viele jüdische Freiwillige gab, deren Anzahl in keinem Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil in den entsprechenden Herkunftsländern stand. Den Recherchen des Autors zufolge waren es ungefähr 6.000–8.000.

Aufzeichnungen über den Umfang der jüdischen Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg gab es bisher nur unzureichend. Kaum jemand wußte beispielsweise, daß eine jüdische Einheit »Botwin« innerhalb der Internationalen Brigaden existierte, daß jiddischsprachige Frontzeitungen in Spanien erschienen waren oder etwa, daß weit über die Hälfte des im republikanischen Spanien tätigen Medizinpersonals Juden und Jüdinnen waren.

Lustiger verfolgte daraufhin zielstrebig den Plan, die von den Standardwerken sowie der Sekundärliteratur überhaupt nicht wahrgenommene Rolle der jüdischen Präsenz in Spanien entsprechend zu würdigen und soviel Material wie möglich darüber zusammenzutragen.

Für Arno Lustiger wurde dieses Buch zu einer Art Lebenswerk. Lustiger, der als jüdischer Häftling Auschwitz überlebt hat und Mitbegründer der Frankfurter Jüdischen Gemeinde ist, war für die gründlichen Recherchen zu diesem Buch geradezu prädestiniert. Keinem unbeteiligten Historiker wäre es in dieser Weise gelungen, das Vertrauen der Spanien-VeteranInnen zu erlangen. Kaum jemand beherrscht so viele Sprachen wie Lustiger, die ihm den Zugang zu den Überlebenden erleichterten. Und niemand hätte mit dem gleichen Engagement wie er, um die jüdischen SpanienkämpferInnen »dem Vergessen zu entreißen« (Lustiger), in jahrelanger mühsamer Arbeit Archive in vielen Ländern der Welt aufsuchen, mehr als 50 ZeitzeugInnen interviewen und an die detaillierten Zeitdokumente über die jeweiligen Einzelschicksale gelangen können.

Auf diese Weise kamen 800 Seiten Manuskript zustande, von denen der [inzwischen Konkurs gegangene] Athenäum Verlag genau die Hälfte für eine Veröffentlichung akzeptierte.

Das solcherart zusammengekürzte Buch enthält u.a. Kapitel über die Vorgeschichte des Spanischen Bürgerkriegs, die Rolle der Juden in Spanien sowie über das prekäre Verhältnis zwischen linken jüdischen Organisationen und der Komintern. Problematisiert wird auch der Vorwurf, daß sich die meisten jüdischen SpanienkämpferInnen in erster Linie als KommunistInnen oder SozialistInnen betrachteten und der Aspekt jüdischer Identität zu jener Zeit wohl nicht diejenige Bedeutung hatte, die ihm heute verliehen wird. Das mag soweit stimmen, jedoch erscheint es mir durchaus legitim, bei der Untersuchung von besonderen Merkmalen der internationalen Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg dasjenige der jüdischen Herkunft eben auch als Charakteristikum hervorzuheben. Arno Lustiger geht es in dieser Frage auch nicht um eine religiöse Identität, sondern um eine »jüdische Nationalität«, die er als unabhängig von der jeweiligen Staatsbürgerschaft begreift.

Im Hauptteil des Buches werden rekonstruierte Einzelbiographien, zuweilen auch Auszüge aus Interviews, vorgestellt. Die Personen sind gemäß ihrer Staatsbürgerschaft den jeweiligen Länderkapiteln zugeordnet.

Auf diese Weise ergibt sich ein Mosaik interessanter Lebensgeschichten, von denen jede einzelne es verdient hätte, in anderen Publikationen ausführlicher dokumentiert zu werden. Lustiger berichtet in engagiertem, flüssig lesbaren Stil, so daß »Schalom Libertad!« auch für Nicht-SpezialistInnen des Spanischen Bürgerkriegs spannend und aufschlußreich ist.

Positiv ist weiterhin zu vermerken, daß die lebensgeschichtlichen Darstellungen auch die Jahre vor und nach dem Spanischen Bürgerkrieg beinhalten. So entsteht einerseits eine Vorstellung von den zeitgeschichtlichen Zusammenhängen. Zum anderen wird deutlich, daß jene Einzelschicksale so vereinzelt nicht sind. Wir erfahren von den unterschiedlichsten jüdischen Organisationen und deren Positionen, von der Bedeutung der ostjüdischen Arbeiterbewegung, aber auch von der Teilnahme an der Résistance, den stalinistischen Exekutionen jüdischer Landsleute in der Sowjetunion oder den nach dem zweiten Weltkrieg in Polen einsetzenden antisemitischen Verfolgungen. Interessant ist auch die rückblickende Sichtweise der zu Wort Kommenden. Manche ehemaligen Mitglieder der Internationalen Brigaden haben sich kritisch vom orthodoxen Parteikommunismus gelöst, andere wiederum berichten mit großer Vorsicht und wieder andere beschönigen und verfälschen ganz offensichtlich das Erlebte.

Insgesamt überwiegt der Eindruck, daß Lustiger den Schwerpunkt seiner Recherchen deutlich auf die Internationalen Brigaden gelegt hat. Nach den Kriterien seiner Auswahl befragt, verweist er stets auf jene 400 Seiten, die wegfallen mußten. Hierin würden die jüdischen MitkämpferInnen innerhalb der POUM und der CNT/FAI berücksichtigt. Weshalb aber ausgerechnet sie gestrichen wurden, bleibt unerfindlich.

Als weiterer Eindruck entstand bei mir ein leichtes Unbehagen angesichts der oftmals pathetisch geratenen Heroisierung der aufgeführten Personen. Aus

dem Anspruch heraus, die am Spanischen Bürgerkrieg beteiligten Juden und Jüdinnen »dem Vergessen zu entreißen« entsteht eine Präsentation fast übermenschlich heldenhafter Wesen, die auch von Nicht-Juden mit Auszeichnungen überschüttet wurden. In den Lebensläufen häufen sich auffallend diejenigen, welche später »hohe Partei- und Staatsämter« innehaben, die Orden als »Helden der Sowjetunion«, »Nationalheld Jugoslawiens«, Generalstabspositionen, Beförderungen und Verdienste jeglicher Art vorweisen können. So liegt die Schlußfolgerung nahe, daß sozialer Aufstieg und die Übertragung von wichtigen gesellschaftlichen Führungspositionen gleichsam als Beweis für Mut und Tüchtigkeit jüdischer SpanienkämpferInnen fungieren sollen.

Ein weiteres Kriterium bei der Darstellung der Rolle von Juden im Spanischen Bürgerkrieg ist darüberhinaus die moralische Integrität der aufgeführten Personen. Nur einmal erwähnt Lustiger kurz, daß die Juden in Spanien nicht nur Verfolgte waren, sondern daß es auch Täter gab. Als Beispiel wird ausgerechnet und ausschließlich General Alexander Orlow genannt, der oberste Chef des sowjetischen Geheimdienstes in Spanien, der die Verfolgung der POUM-AnhängerInnen angeordnet hat. Doch selbst er wird bei Lustiger zum Verfolgten, »ständig in Angst vor Stalins langem Arm«.*

Aber Lustiger ist schließlich kein Historiker. Folglich ist sein Buch eine subjektive (und legitime) Auswahl derjenigen jüdischen SpanienkämpferInnnen, die »die ihnen zustehende Anerkennung und Ehre erlangen sollen«. Daß selbst dies keine leichte Aufgabe ist, klingt an, wenn er betont, daß es an der Zeit sei, »der negativen oder gleichgültigen Haltung der israelischen Öffentlichkeit gegenüber den jüdischen Spanienkämpfern entgegenzutreten.«

Zu einer Zeit, in der zu lesen ist, daß selbst in der DDR seit den raschen Wandlungen PolitikerInnen, deren nahe Verwandte Spanienkämpfer waren, unverhohlenes Mißtrauen aufgrund eben dieser Teilnahme am Spanienkrieg und der daraus gefolgerten dogmatischen Ausrichtung der Familie entgegenschlägt, bekommt dieses Buch noch mehr Bedeutung.

Es bleibt zu wünschen, daß auch die andere Hälfte der Aufzeichnungen sowie ein Personenregister in absehbarer Zeit erscheinen kann.

Arno Lustiger: Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg, Athenäum Verlag, Frankfurt 1989, 64.-DM

*** Anm. der SF-Red.:** Da *Marianne Kröger* der SF-Redaktion das Buch zur Lektüre überließ, verschlug es uns doch den Atem, auch Vittorio Vidali, mit der berüchtigste Folterer und Killer Stalins und später Senator und ZK-Mitglied der KPI, in der Liste Lustigers wiederzufinden, mit einem ehrenvollen Lebenslauf, an dessen Ende der saloppe Vermerk steht:

»Es war uns im Rahmen unserer Recherchen nicht möglich, Behauptungen zu verifizieren, die von seiner Beteiligung an der Unterdrückung der Anarchisten und POUM-Milizen im Mai 1937 in Barcelona berichten.«

Bei *Lustiger* »kämpfte Comandante Carlos in den entscheidenden Schlachten, wurde im November 1938 schwer verwundet und verlor die linke Hand etc.« Die Wirklichkeit sah anders aus: Vittorio Vidali (alias Carlos Jorge Contreras alias...) war eine der Drehpunktfiguren des sowjetischen Geheimdienstes in Spanien. Während Palmiro Togliatti (ebenfalls Italiener und Komintern-Mitglied) die Abteilung für Säuberungen leitete, zeichnete Vidali in einer Spezialabteilung für die Verfolgung von Trotzkisten und allen, die als solche bezeichnet wurden, verantwortlich und hat neben vielen anderen den Führer der POUM Andres Nin umgebracht. (Vergleiche den Bericht zur Folterung und Ermordung Nins durch Vidali von Julian Gorkin: *Stalins langer Arm*, Kiepenheuer&Witsch 1980, S.177-182). Vidalis einschlägige Killer-Karriere endete auch nicht mit dem Spanischen Bürgerkrieg (vgl. z.B. auch den Artikel zu Carlos Tresca in SF-30, S.55). Spätestens bei der notwendigen Kürzung auf 400 Seiten hätte Vidali rausfallen müssen, doch vermutlich hat sein späterer Senatorenstatus zu sehr in Lustigers Auswahlkriterien gepaßt, als daß er ihn zugunsten eines später "erfolglosen" Anarchisten hätte streichen wollen.

Neue Bücher, die dem SF zugesandt wurden

* Hubert Kennedy: Anarchist der Liebe. **John Henry Mackay** als Sagitta. 56S., 12,80DM. *EditionAurorA, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19*

* **Pierre Ramus**: Die Irrlehre und Wissenschaftslosigkeit des Marxismus, Reprint der Ausgabe: Verlag Fritz Kater, Berlin 1920, 14S.,2.-DM. *Verlag Markus Heilck, Hamburg-Altona 1990*

* **Karl Roche**: Der proletarische Ideenmensch, Reprint der Ausgabe: Verlag Der Syndikalist, Berlin o.J., 19S., 2,30DM. *Verlag Markus Heilck, Hamburg-Altona 1990*

* Leben im Proviantbachquartier. Heimat oder Spekulationsobjekt?. Eine Ausstellung der **Geschichtswerkstatt Augsburg** über die geschichtliche Entwicklung der ehemaligen Arbeiterkolonie der Mechanischen Spinnerei und Weberei Augsburg. 78 S. *AV-Verlag, Franz Fischer, Schroeckstr.8, 8900 Augsburg*

* Dietmar Bartz (Hg.): **Konfusion im Binnenmarkt.** Die vollständige Taz-Serie zu EG, Europa 1992 wurde für diese Buchveröffentlichung ergänzt und überarbeitet. Augsburg 1990, 340 S. *AV-Verlag, Franz Fischer, Schroeckstr.8, 8900 Augsburg*

* AK Jugendarbeit und Rechtsextremismus-Aachen (Hg.): **Jugendliche auf dem Weg nach rechtsaußen?**, 50S, 5,50DM. DISS-Texte Nr.11, Duisburg 1990; *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung , Realschulstr.51, 4100 Duisburg*

* **Reader der »anderen« Archive.** Politische »Privatarchive«, Archive politischer Gruppen, Verlage, Bürgerinitiativen. Wo sie zu finden sind, was sie archivieren, wie mensch von ihnen Material bekommen kann etc. – vermittelt dieses neue Verzeichnis auf 332 S., 34.-DM. ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1990; c/o AurorA-Buchvertrieb, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19. (Einzelexemplare können auch beim SF bestellt werden).

* **Peter Paul Zahl: Die Erpresser.** Eine böse Komödie, *Karin Kramer Verlag, Braunschweigerstr.26, 1 Berlin-44;* Berlin 1990, 104 S.. Wo die deutsche Wirklichkeit zur Farce wird, meint ppz, da wird die Komödie zur einzigen Darstellungsform. So läßt er im wiedervereinigten Deutschland eine Ökoguerilla den Präsidenten der Vereinigten Arbeitgeberverbände entführen, im Gegensatz zu seinem Vorgänger aus den spät-Siebziger Jahren, haben wir es mit einem innovativen Unternehmer zu tun, der sein G(eld)lück mit ökologischen Produkten gemacht hat und mitverantwortlich zeichnete, daß sich eine rotgrüne Koalition etablieren konnte. Wie würden die KED (Kapitalistische Einheitspartei Deutschlands, von REP bis Grüne, von PDS bis CSU) auf den Austauschvorschlag reagieren? Sie lassen ihre Leitfigur fallen, wer hätte das gedacht? Die Staatsräson... wir wissens schon. Wer's genauer wissen will, greif zum neusten Theaterstück dieses neudeutschen Exilautors auf Jamaica.

Daß Köln eine Unmenge von »Szenelokalen« besitzt, ist unbestreitbar und jederzeit praktisch nachzuprüfen. Daß es aber in Köln schon vor über 60 Jahren solche mehr oder weniger bekannten Lokale und Kneipen gab, in denen gewisse Linksradikale, Künstler und Anarchisten verkehrten, das wissen sogar kaum die Einheimischen. Diese Lokale sind durch die Zerstörungen im 2.Weltkrieg buchstäblich aus dem Stadtbild verschwunden. Und trotzdem – kleine Spuren sind da und dort geblieben von einem Bohemeleben, das angeblich die »Roaring Twenties« mitbestimmte.

Das prägendste Geschehen in den ersten 20 Jahren dieses Jahrhunderts war der 1.Weltkrieg. Nicht nur daß dieser Krieg zum ersten Mal ein durch modernste Technik möglich gemachtes Massenmorden vorführte, bedeutete er für viele Menschen eine radikale Bewußtseins- und Lebensänderung. Der Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs war begleitet vom Aufkommen neuer Ideen und Aktivitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dazu gehörte nicht zuletzt auch die bildende Kunst. Sie war ein Spiegelbild der Gesellschaft, und in manchen Tendenzen der Kunst gegen Ende des 19.Jahrhunderts hatten sich radikale Brüche mit dem Althergebrachten (linker Naturalismus, Expressionismus etc.) bereits angekündigt. Köln als eine Großstadt, in der traditionell Lebensfreude und kulturelle Aufgeschlossenheit zu Hause waren, in der es aber auch provinzielle Dumpfheit gab, war schon damals ein Magnet für solche Menschen, für die die alte Welt endgültig zusammengebrochen war und die auf vielen Gebieten nach neuen Wegen suchten.

Bereits in den Jahren kurz vor dem 1.Weltkrieg waren in Köln eine Reihe von Künstlervereinigungen und -clubs entstanden, deren selbstgestellte Aufgabe darin bestand, die Richtungen einer neuen Kunst vorzustellen und publik zu machen. Eine Reihe von Vorträgen und Ausstellungen brachten dem Publikum erstmals die Werke von Macke, Delauny, Picasso, Klimt und vielen anderen zur Ansicht. Auch eine Reihe neuer Galerien eröffneten in diesen Jahren. Die Stadt zog viele junge Künstlerinnen und Künstler an, die bald verschiedene Zirkel bildeten. Zu den avantgardistischsten Gruppierungen gehörte bald der Kölner Dadaistenklüngel. Der Dadaismus war einer der ersten Versuche, gegen die erstarrten Kunsttraditionen radikal vorzugehen; gleichzeitig war er eine übernationale Erscheinung – es gab Gruppen in Köln, Berlin, Zürich, Paris und einer Reihe weiterer europäischer Städte. Zu den umtriebigsten dadaistischen Gestalten in Köln gehörten die Künstler Max Ernst, Hans Arp und Johannes Baargeld. Ihre Aktionen, Veröffentlichungen, Happenings und Werke waren provokativ und führten in Köln zu beträchtlichem Aufruhr.

Zum Dunstkreis der Kölner Dadaisten gehörte auch eine Reihe jüngerer, überwiegend aus Köln stammender KünstlerInnen: Heinrich Hoerle, F.W. Seiwert, Angelika Fick und ihr Bruder Wilhelm, Marta Hegemann, Otto Freundlich und Anton Räderscheidt. Die meisten von ihnen arbeiteten an der satirischen Wochenzeitung »Der Ventilator« mit, die als Beilage zur Kölner Tagespresse eine große Verbreitung erfuhr. »Der Ventilator« griff gleichermaßen Staat und Kirche, die etablierte Kunst und die Prominenz an. Ebenso wie die später erschienene Kölner Dadaistenzeitschrift »Bulletin D« wurde »Der Ventilator« verboten. Bereits 1919 jedoch begannen sich Einige von Dada zurückzuziehen; sie warfen dieser Richtung kurz und bündig vor: »Dada ist bürgerlicher Kunstbetrieb«. Diese abweichende Gruppe, die sich vorübergehend (noch in Anlehnung an eine dadaistische Wortschöpfung) als Gruppe »stupid« bezeichnete und als solche Ausstellungen veranstaltete und Schriften veröffentlichte (Motto: »Kunst ist die Ausdauer der Hinterbliebenen«), war auch politisch orientiert. Sie hatte einen marxistischen Ausgangspunkt mit einem starken anarchistischen Einschlag, also der Gegnerschaft zum Staat und die strikte Betonung der individuellen Freiheit. Durch die Erfahrungen des 1.Weltkriegs wollten sie mit bürgerlichen Parteien und dem Parlamentarimus nichts mehr zu tun haben; sie wandten sich gegen alles Spießige und besaßen eine große Skepsis gegen den Parteikommunismus. Eine Reihe von ihnen arbeitete auch in linksradikalen Organisationen mit und vor allem bei der in ganz Deutschland verbreiteten Zeitschrift »Die Aktion«. Die »Aktion« wurde von Franz Pfemfert in Berlin herausgegeben und war strikt antimilitaristisch und sozialrevolutionär ausgerichtet. An der Zeitschrift arbeitete ein Kreis von Schriftstellern und bildenden Künstlern mit, zu denen bereits 1917 Heinrich Hoerle, Otto Freundlich und F.W. Seiwert gehörten. Diese drei bildeten auch den Kern der zwischen 1919 und 1922 neu entstandenen Künstlergruppe in Köln, die später als »Rheinische Progessive« bekannter wurden. Heinrich Hoerle, geboren 1895 in Köln, war ein beliebter Gesellschaftskritiker und Satiriker, während der fast gleichaltrige Seiwert eher ein stiller, nur in – allerdings häufigen – Diskussionen aufbrausender Mensch war. Beide waren Maler und Grafiker; Seiwert betätigte sich zudem als politischer Journalist. Neben dem Bildhauer Otto Freundlich, der bis 1924 in Köln lebte, und der Malerin Angelika Fick, die 1919 Hoerle geheiratet hatte, aber schon 1923 im Alter von 24 Jahren an Tuberkulose starb, gehörten zu der Gruppe der Grafiker Gerd Arntz, der in Köln gebürtige Bildhauer Hans Schmitz, der 1918 nach seiner Rückkehr aus dem Krieg Mitglied des Kölner Soldatenrates war, sowie der Grafiker Augustin Tschinkel und der bekannte Fotograf August Sander, der seit 1910 in Köln lebte und eine tiefe Freundschaft mit den »Rheinischen Progressiven« schloß. Der künstlerische Stil, den diese Gruppe in vielen Diskussionen entwickelte, war grobflächig, stilisierend und arbeitete mit konstruktiven Elementen, vorherrschende Stilmittel waren Flächen (farbig oder schwarz/weiß) und klare Linien. Häufigstes Motiv war – entsprechend ihrer politischen Ausrichtung – der Mensch in der Arbeitswelt.

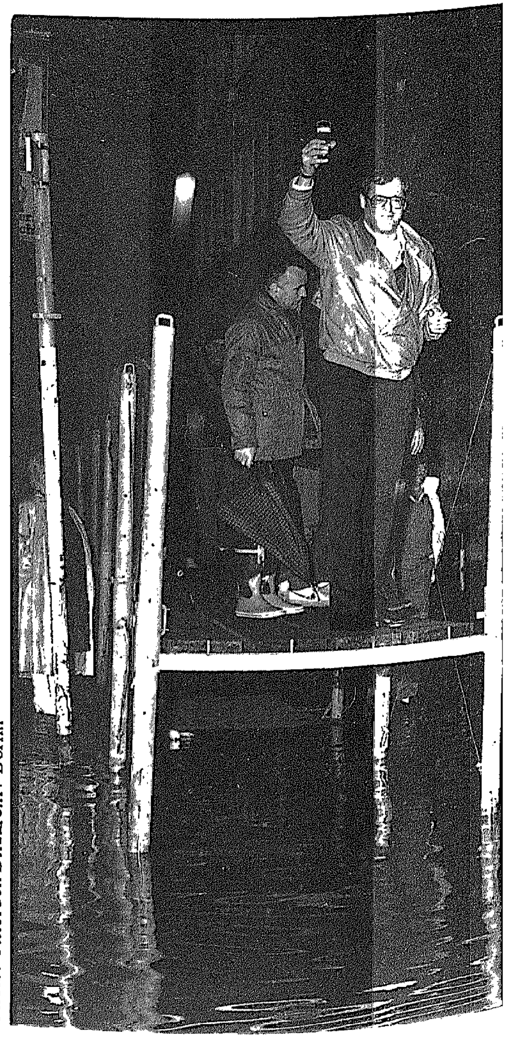
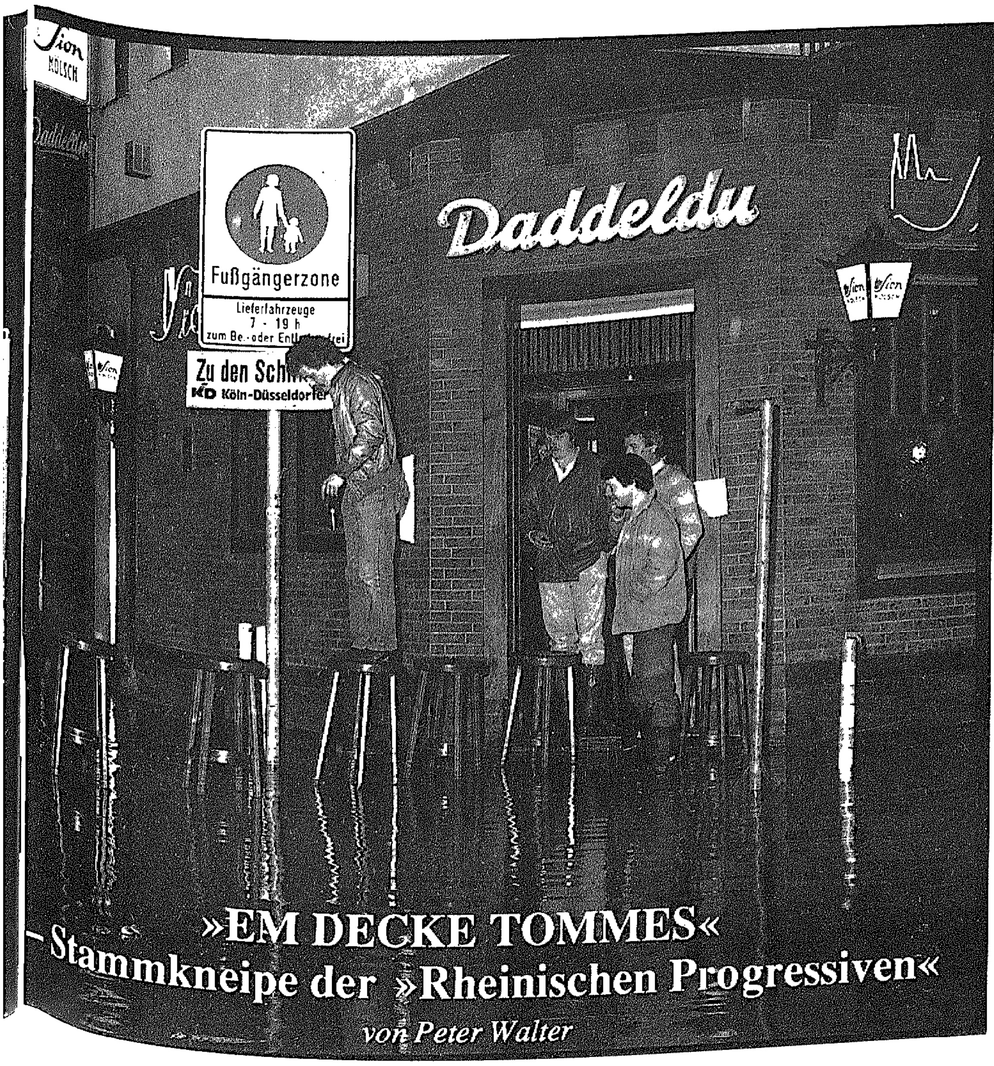


Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin

Aber nicht nur bildende KünstlerInnen gehörten zum Umkreis der Rheinischen Progressiven; neben anderen Linksradikalen wurden vor allem Intellektuelle von dem Kreis angezogen. Zu ihnen gehörte der Kölner Galerist Andreas Becker. Er gehörte zu denen, die die Gruppe und ihre Werke einem größeren Publikum vorstellte, meist allerdings – was die Ver-



»EM DECKE TOMMES«
– Stammkneipe der »Rheinischen Progressiven«

von Peter Walter

käufe betraf – ohne viel Erfolg. Auch der Rundfunkjournalist Walter Stern und der bekannt gewordene Architekt Wilhelm Ripahn (von ihm stammten die Bauentwürfe des Restaurants »Bastei« und vieler Siedlungen in Köln, die während der 20er Jahre erbaut wurden) gehörten zum Kreis um die Progressiven. Ripahn konnte einigen, darunter vor allem Seiwert und Hoerle, durch Arbeitsaufträge handfest helfen, denn viel Geld mit ihrer Kunst verdienen konnte keiner der Progressiven.

Die Progressiven hatten eine Reihe von Stammlokalen, die wie fast alle kölnische Kneipen der einfachen Leute waren: etwas schmuddelig – aber mit einer herzlichen Atmosphäre. Zu diesen Lokalen gehörten der »Zweispann« (Breite Straße), die »Schreckenskammer« (Johannisstraße) und vor allem die Gaststätte »Em decke Tommes« (Glockengasse). Dort traf sich der Kreis regelmäßig, und nur noch das legendäre Cafe Monopol (Wallraffplatz, dort steht heute der WDR-Bau) kam in seiner Bedeutung dem Rang der anderen Stammlokale gleich. Das Cafe Monopol nämlich war der »Redaktionsraum« der Zeitschrift *»a bis z«*. Diese Zeitschrift (Untertitel: Organ der Gruppe Progressiver Künstler) erschien von Oktober 1929 bis Februar 1933 in Köln und war das politische, künstlerische und literarische Sprachrohr der Gruppe.

Das Lokal »Em decke Tommes« war eine alte Gaststätte. Berühmt wurde dieses Lokal aber nicht durch den Stammtisch der Progressiven, sondern durch die karnevalistischen »Lumpenbälle«, die ebenfalls von den Progressiven dort veranstaltet wurden. Dabei wollten die Künstler mit dem offiziellen Kölner Karneval der Etablierten nichts zu tun haben. Ihre Lumpenbälle waren antibürgerliche und intellektuelle Veranstaltungen, gleichzeitig aber auch exclusiv – oft kam es vor, daß Einlaßbegehrende abgewiesen wurden. Berühmt waren diese Lumpenbälle auch durch ihre originellen und phantasievollen Kostüme – so ganz anders als der uniformierte Sitzungskarneval in Köln. Wer sich nicht richtig kostümiert hatte, wurde am Eingang kurzerhand mit Farbe nachverziert. Der Trubel war unbeschreiblich, in dichtem Gedränge spielte die Musik erfolglos gegen Jubel und Lärm an. Das beliebteste Getränk war Bier, aber nicht weil es andere Getränke bei diesen Lumpenbällen nicht gab, sondern weil sich die meisten Sekt, Wein oder Schnaps nicht leisten konnten. Über die Lumpenbälle, die etwa seit Ende der 20er Jahre im »Decke Tommes« stiegen, waren allerlei böse Gerüchte über Ausschweifungen aller Art im Umlauf, jedoch kamen die vereinzelten Voyeure, die sich daraufhin bei diesen Bällen einfanden, nach glaubwürdiger Versicherung von Augenzeugen nicht auf ihre Kosten.

Diese fast verzweifelte Fröhlichkeit der Progressiven hatte aber auch ihre Ursachen: Mit ihrem Traum, die Kunst als wirksame Agitation zu benutzen, waren sie gescheitert; zudem konnten sie von ihren Werken noch nicht einmal karg leben – viele aus dem Kreis um die Progressiven bekamen die Arbeitslosigkeit der frühen 30er Jahre am eigenen Leib zu spüren. Schließlich war das politische Klima durch die Erfolge und den Vormarsch der Nazis für Linke, vor allem für solche kompromißlosen Linke wie es die Progressiven waren, erheblich rauher geworden. Und es gab kein besseres Ventil für ihre Sorgen und Nöte als die legendären Lumpenbälle.

Der letzte Lumpenball fand 1933 statt. Der Kölner Journalist und Freund der Progressiven Hans Schmitt-Rost berichtete darüber:

»Draußen strichen die Rollkommandos der SA durch das Viertel, und wir hatten allen Grund, Überfälle und Schießereien zu befürchten. Da kam die Nachricht vom Reichtagsbrand. Eine Gruppe von Freunden brachte sie mit und hatte auch schon ein Lied dazu gemacht: »Der Reichstag steht in Flammen, hipp hipp hurrah!« Diese Nachricht wirkte explosiv. Spitzley, der alte Anarchist und Anführer der Blechmusik auf der Galerie, begann eine Art von musikalischem Vabanquespiel. Er wollte irgendetwas Oppositionelles tun, und da ihm nichts anderes einfiel, ließ er sein ganzes Blech, das einige Strassenblöcke bis hin zum Polizeipräsidium (das sich damals am Neumarkt befand) zu hören war, die »Internationale« spielen. Die Wirkung war nicht zu beschreiben. Leute, die mit dem Kommunismus nicht das Geringste zu tun hatten, sprangen auf Tische und Stühle, und der ganze überfüllte Saal sang, brüllte und tanzte die »Internationale«. Wir dachten jeden Augenblick würde es durch die Tür schießen. Der Kapellmeister war überhaupt nicht zu beruhigen. Er meinte, jetzt sei doch alles egal und fing wieder von vorne an, zwanzig-, dreißigmal hintereinander. Ein solches Furioso haben wir nie mehr erlebt. Es war sicherlich auch die letzte »Internationale«, die 1933 mit einer solchen Inbrunst gesungen worden ist. Es gab Leute, denen liefen die Tränen über die Wangen. In diesem Auftritt lag alles: Abschied von einer Zeit, die zu Ende gegangen war, Opposition, Angst und Verzweiflung.«



Was fehlt hier? Leider erreichen uns wieder vermehrt LeserInnenriefe ohne Absender-Innenangabe und mit Pseudonym. Wir weisen deshalb nochmal daraufhin, daß wir solche Briefe – egal, ob wir den Inhalt richtig oder falsch finden – *nicht* berücksichtigen. Wir halten sie uns oder unseren AutorInnen gegenüber für unfair, da wir und sie mit ihren Namen (Gruppen) Verantwortung übernehmen, die KritikerInnen jedoch nicht. Wir veröffentlichen allerdings Briefe unter Pseudonym, wenn dies gewünscht wird, aber uns muß die Möglichkeit zur Rückfrage bei den VerfasserInnen gegeben werden.

btr. SF-35 Leserbriefspalte

Liebe Leute, ich weiß zwar nicht, ob die von euch abgedruckten Leserbriefe bei den LeserInnen auf große Resonanz stoßen, aber der im letzten Heft abgedruckte Leserbrief von Hans Appalt sollte vielleicht doch nicht ganz unkommentiert durchgehen. Damit ihr gleich merkt, was Sache ist, erst einmal Zitate:

»Ich packte sie bei ihrer dicken weißen Taille und brachte sie mit kurzen harten Stößen schnell zur Climax; aber sie gab nicht eher Ruhe, bis mein Same heiß in sie hineinschoß, ich zog mich sogleich aus ihr zurück.«

Oder:

»Sie wollte meinen Samen in den Mund bekommen, um mir ihre ganze Liebe zu beweisen... Es dauerte nicht lange, bis mein Glied in ihrem Mund pulsierte und sie gierig schluckend alles bis zum letzten Tropfen in sich aufnahm.«

Oder:

»Ich warf sie unsanft auf das Binsenbett und nahm sie von hinten, von der Seite, in allen nur erdenklichen Stellungen, bis ich fühlte, wie sich ihr schweißnasser Körper aufbäumte, erschlaffte und entspannt zurückfiel.«.

Bei der Frau handelt es sich dabei um eine Farbige, die »gemessen an zivilisierten hygienischen Verhältnissen, noch etwa 30 Jahrhunderte aufzuholen hatte!«

Das alles sind Originalzitate aus Alexander Trocchis »Frank Harris«, ein Buch, das 1969 in der Olympia Press erschien, ein Verlag, der damals dem »März«-Verleger Jörg Schröder gehörte und allgemein als mächtig kulturrevolutionär galt – ja, ja, die alten Zeiten mit ihrer befreiten Sexualität!

Aber ich brauche euch ja wohl nicht darauf hinzuweisen, daß sich die Zeiten geändert haben und ein Buch wie das von Trocchi heute wohl nicht mehr als kulturrevolutionär, sondern als pur sexistisch eingeschätzt würde. Da der Sexismus, insbesondere der neulinke Sexismus, euch ja nicht unbekannt ist, was schließlich auch an diversen Beiträgen im Schwarzen Faden zu merken war, fragt man sich dann doch, wie es dazu kommt, daß ihr ein solches Buch quasi zur Lektüre empfehlt.

Dabei sollte man doch auch noch wissen, daß Trocchis Buch gewissermaßen als Fortsetzung von Frank Harris Autobiographie »Mein Leben & Lieben« gilt, die seinerzeit in dem auf sogenannte erotische Literatur spezialisierten C. Stephenson Verlag in Flensburg (Beate Uhse!) erschienen ist. Es ist sicherlich schön, wenn ihr in einem der letzten SF auf Harris' »Bombe« hinweist. Wenn ihr aber einmal einen Blick in seine Erinnerungen geworfen hättet, wäre euch sicherlich aufgefallen, daß Harris selbst ein ganz spezifischer »Bomber« war, nämlich einer derjenigen, die man heute wohl als Sexbomber bezeichnen würde – weitere Zitate, die durchaus die »Qualität« der oben angeführten aufweisen, erspare ich euch!

Jedenfalls ist es wohl nicht so sehr ein Ei, sondern eher schon eine Eierhandgranate, was euch euer Leserbriefschreiber da ins schwarze Nest gelegt hat. Aber vielleicht wollte er sich ja auch nur als Libertin (was ja nicht mit libertär zu verwechseln ist) in der Nachfolge Trocchis erweisen, in dessen Buch man z.B. auch folgenden Satz lesen kann: »Hier wird augenscheinlich, daß Karl Marx in vielen Punkten irrte: Nur der Bohemian ist zu einem freien Leben fähig, niemals der Proletarier.«

Georg Vower, Münster

btr. SF-33, 4-89: La Bande à Bonnot von Ulf Gyllenhak*

Nichts gegen einen Artikel über die Bande à Bonnot und auch nichts dagegen, darauf hinzuweisen, daß sich diese Leute u.a. auf Max Stirner berufen haben. Tut man aber Letzteres, so muß das mit äußerstem Bedacht geschehen. Der Autor sollte sich diese »Anarchisten einer heute ziemlich seltenen Sorte: Stirnerianer« einmal genauer ansehen. Besser noch, er schaut sich Stirner einmal genauer an. Daß, ob und *warum* dieser Begriffe, wie Vernunft, Gerechtigkeit und Volk als »widerliche Abstrusitäten« empfand, kann man an Hand der Lektüre von »Der Einzige und sein Eigentum« (2) nachlesen. Wer dann noch solche Sätze, wie »Was ich mit Gewalt erreichen kann, erreiche ich mit Gewalt...« aus dem Zusammenhang gerissen und ohne Erklärung schreibt, ist es nicht wert im SF gedruckt zu werden.

Stirner's Philosophie ist in ihrer Konsequenz nach wie vor bestechend und unerreicht, leider aber auch vielfach unbekannt. Ein Philosoph wie Nietzsche ist anerkanntes Kulturgut geworden, obwohl seine Ideen nur ins Abstruse verkehrtes Plagiat von Stirner'schem Gedankengut sind (Nietzsche hat allerdings auch sehr viel Brillantes geschrieben!). Lediglich Marx und Engels haben seinerzeit (1845) die Brisanz der Stirner'schen Philosophie erkannt – vor allem hat es sie enorm gestört, daß ein Junghegliancr ihnen an Kühnheit vorauseilt. Das veranlaßte Marx und Engels in ihrer »Deutschen Ideologie« dazu, dieses Buch von Stirner auf über 300 Seiten zu verreißen (was ihnen im übrigen nicht sonderlich gelungen ist) (3)

Es ist unmöglich, in einem Leserbrief die Gedanken Stirners hinreichend zu erläutern; dies müßte in Form eines Artikels geschehen, den ich gerne bereit bin zu schreiben. Nur so viel sei gesagt: Stirner geht in seinen Gedanken in die letzte Konsequenz über die Entstehung von Ethik und Moral. Er sagt, daß alle Wertgebäude in den Köpfen der Menschen entstehen (Feuerbach hat dazu noch beigetragen, indem er Gott entthront hat, um dann den Menschen als Begriff zum Gott zu machen und damit das Individuum seiner Selbst zu entrücken). Sind aber alle Wertsysteme nur Ausgeburten des menschlichen Geistes, also Hirngespinste, dann gibt es keinen logischen Grund, diese als absolut zu setzen. Was für jemand anders «gut« ist, muß es für mich noch lange nicht sein. Also ist in letzter Konsequenz nur das (für mich) gut, was ich als gut empfinde. Das ist einfach und logisch, hat aber in der Konsequenz auch solche Dinge zur Folge, wie sie in besagtem SF-Artikel abgedruckt sind.

Es geht nicht darum, daß Stirner raubend und mordend durchs Land ziehen wollte und dafür eine Philosophie benötigte, sondern es war nur die Konsequenz seines radikalen Denkens. Wie man mit und gerade durch diese Philosophie friedlich miteinander leben kann, hat Stirner ebenfalls in seinem Buch aufgezeigt. Und gerade darum wehre ich mich gegen diese Zerhackstückung seiner Philosophie. Er wird damit, wie schon so oft, oder eigentlich ständig, in eine Ecke gestellt, in die er nicht gehört!

Stephan Krall, Kronberg

** Der angespochene Text von Ulf Gyllenhak ist jetzt als Nachwort für den Comic von Clavé/Godard »Viel Blut für teures Geld. Das kurze, aber dramatische Leben des Jules Bonnot und seiner Komplizen« verwandt worden. Erschienen im Karin Kramer-Verlag, PF 440 417, 1000 Berlin-Neukölln, 4Berlin 1990, 6S., 19,80DM*

Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: Für 3 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 10.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. (Oder: 20.-DM für 7 Nummern!) Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar 0-15, 23

Nr.16: Venedig-Berichte * Barbara Köster über Feminismus und Anarchismus * John Clark über Die Ware * Zur Wendepolitik * IWF-Kritik * Selbstverwaltung bei Indios * Atommüllpriester * Über Oskar Maria Graf * Fritz Scherer über die "Bakuninhütte" * Nachruf auf Otto Reimers

Nr.17: Günter Hartmann über Industrialismus-Kritik * Sozialstaat oder Marktanarchie * Murray Bookchin über Natur- und Evolutionsverständnis * Chile-Widerstandstage * Egon Meusel über den Fall Casas Viejas im Vorfeld des span. Bürgerkriegs

Nr.18: Herby Sachs über Theater * Medienwerkstatt Freiburg über Videofront Wider die Vereinnahmung * Über Carl Einstein + Rede über Durruti * Leslie Fishbein über das andere Amerika im Film * Jean Vigo: Ich sage Scheiße zu Ihnen! * CNT-Nachlaßstreit * Irische Knäste (I)

Nr.19: Unruhen in Griechenland * Murray Bookchin über libertären Kommunalismus * Anarchismus und Mystik * Uracher Kommune 1919 * Ulrich Klan über Frauen in der FAUD * Irische Knäste (II)

Nr.20: Anti-NATO-Kongreß * Militarisierung der UdSSR und USA * Horst Blume über Bruch mit den GRÜNEN * Lutz Bredlow über Unruhen in Spanien * Interview mit Clara Thalmann (I) * Gottfried Mergner über Deutschen Kolonialismus * Kritik an Barclays Anthropologieansatz

Nr.21: Kritik an GRÜNEN und Selbstkritik * Glotz Hegemoniemodell * VOBO * Staatskritik * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Stammheim (Buch, Film) * Franz Jung * Libertarians * Antisemitismus in der Linken

Nr.22: Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten * Wolfgang Pohrt über Linke und Ausländerpolitik * Umbauprogramm der GRÜNEN * Appelscha-Treffen * Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon * CNT heute * Garcia Lorca * Vierfarbmitteldruck Mexikanische Malereien von Georg Janthur * Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories * Exilliteraturreihe bei Fischer * Erich Mühsam in der DDR * Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik

Nr.24: Clara Thalmann (Nachruf, Text) *Anarchoseminar Arnoldshain * Wuppertaler Häuserkampf * Knast (I) * Exil/"Asylantenbehandlung" in Berlin * Stefan Schütz über Künstler und Gesellschaft * Hans Litten in der DDR * über Karl Otten * Libertäre in Ungarn * US-Basen in Grönland

Nr.25: Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge von den Lib. Tagen) *Berlin Kreuzberg - 1.Mai * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit * Frauenknast * Französische Streiks * Wolfgang Haug über Ernesto Sabato

Nr.26: Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Malik-Beschlagnahmeaktion * Kulturkritik (I) * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ökofeminismus? * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas



Nr.27: Startbahn-danach * Strobl/Penselin * Amnestiedebatte * Deutscher Herbst (Bücherschwemme) * Detlef Hartmann über IWF * Wolfgang Haug über Alltag/Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II) * Kulturkritik (II) über Jacob van Hoddis * Schriftstellerkongreß in Valencia

Nr.28: Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * Nationalrevolutionäre gescheitert * (Autonomes?) Selbstverständnis * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik * Filmkritik * Capek-Graphiker * Amnestiedebatte * Arbeitsdiskussion u.v.a.

Nr.29: Anti-IWF-Kampagne * Shell-Boykott * Putsch in Birma * Strobl - Beugehaft * Gegenöffentlichkeit * A-Szene (CNT, Themroc) * Kubat-Dreieck * DDR-Anarchos * Filmkritik * Medizinkritik * Interview mit Michel Foucault * Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft * Mythos Kibbuzim * WRI-Treffen * Nachrufe (Bogerd, Guerin, Benner, Binder) * Diskussion - Vergewaltigung u.a.

Nr.30: Genkongreß-Bericht * Strobl-Brief * Antifa-Kongreß Berlin * Generalstreik in Spanien (Salamanca, Sevilla) * Medien und Europa von Herby Sachs * Knipselkrant - frontline * AKTION - Vergewaltigungssondernummer und Kritik ehemaliger MitarbeiterInnen * Interview mit INTERIM * FLI-Bericht * Interview mit Joseph Luden (Israel) + Kritik * Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth von Michael Seligmann * Carlo Tresca - italoamerikanischer Anarchist von Jörg Auberg * Deserteure * Gerd Arntz - Nachruf * Über Else Lasker-Schüler * u.a.

Nr.31: EG-Binnenmarkt: Industrieeuropa von Wolfgang Haug * Startbahn-Prozeß * Strobl-Prozeß * Zur Forderung nach freier medizinischer Versorgung im Knast * Leiharbeit in der BRD von Thomas Schupp * Häuserkampf in Köln * Media-Park * Anarchismus und Intellektuelle von Jörg Auberg * Rudi Dutschke * Left Green Network * Interview mit Rainer Trampert * (Wahl-)Parteien machen Real(o)politik * Wintex/Cimex * Interview mit Paco Cabello/CNT-AIT * Diskussion: Israel/Palästina * u.a.

Nr.32: China: Gesellschaft contra Staat * Strobl-Urteil/EMMA * Frauenhandel von Anita Wilmes und Monika Autenrieb * Autonomes Zentrum Wuppertal * 1.Mai in Kreuzberg * Rassismus in der Linken von Jürgen Tobegen * Roma/Sinti von Karola Fings und Frank Sparing * Interview mit Luis Fuentes/CNT-AIT * Interview mit Jean-Louis/CNT-F * Rez. zu Senna Hoy, April Carter und Schulvermeidung * Esoterik ändert nichts! von Hans A. Pestalozzi * Über den Graphiker Carl Meffert * Über den Dadaisten Walter Semer * u.a.

Nr.33: Radikale Linke von Michael Wilk * Hungerstreik-Kritik von Gerhard Linner * Sozialer Ökofeminismus, Teil 1 von Janet Biehl * Situationisten damals und heute * Interview mit der KAS, mit der RADIKAL, mit Rio Reiser * Erich Mühsam-Gesellschaft * Namibia wird dekolonialisiert von Karola Fings * Gegenöffentlichkeit * Friedrich Wolf bei den Kapputsch-Kämpfen? von Wolfgang Fey * Romanauszug aus Frank Harris: »Die Bombe« * Rez. zu FIZZ, Bonnot-Bande, Der Dieb, Türkenghettos, GATT; Berichte, Meldungen etc.

Nr.34: Wi(e)dervereinigungsdiskussion * Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus heute von Siegfried Jäger * Fantifa-Bericht * SHELL und die Nazis * Sozialer Ökofeminismus, Teil 2 von Janet Biehl * Italienische Centri Sociali Autogesti, vorgestellt von Egon Günter * Die Anarchisten in Mülheim-Styrum nach dem Sozialistengesetz von Andreas Müller * Romanauszug aus Kurt Kläber: »Passagiere der 3.Klasse« * Herbert Read's Ästhetik von Ulrich Klemm * Rez. des Sonderhefts Anarchosyndikalismus der IWK, Rez. zur IAA-Geschichte, Rez. zu Frauenräten, einem autonomen Kulturzentrum u.v.a.

Nr.35: Demorede: Nie wieder Deutschland! * Stasi-Konferenz 1989 * Was kostet der Anschluß? * Nationalismusdiskussion * Flüchtlingspolitik – Ausländergesetz * 500 Jahre Kolonisation * Subsistenzansatz, Teil 1 von Veronika Bennholdt-Thomsen * Brief aus Argentinien * Carrara - Germinal * A-Konferenz in Triest * Märzrevolution 1920 von Erhard Lucas * Traven - Marut von Augustin Souchy * Interview mit Laid Thenardier * Nachruf auf Georg Usinger * AFD-Initiative, Neue Bücher, Rezensionen, frz. Zeitschriftenschau uva.



10 Jahre SF:

10 Jahre – Lust an der Politik

Photo: Herby Sachs